

Bernd Rill (Hrsg.)

NATIONALES GEDÄCHTNIS IN DEUTSCHLAND UND POLEN

AMZ

73

Argumente und Materialien
zum Zeitgeschehen

Bernd Rill (Hrsg.)

NATIONALES GEDÄCHTNIS IN DEUTSCHLAND UND POLEN

Impressum

ISBN	978-3-88795-381-2
Herausgeber	Copyright 2011, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. 089/1258-0 E-Mail: info@hss.de, Online: www.hss.de
Vorsitzender	Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.
Hauptgeschäftsführer	Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Leiter PRÖ/Publikationen	Hubertus Klingsbögl
Redaktion	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser (Chefredakteur, V.i.S.d.P.) Barbara Fürbeth M.A. (Redaktionsleiterin) Susanne Berke, Dipl. Bibl. (Redakteurin) Claudia Magg-Frank, Dipl. sc. pol. (Redakteurin) Marion Steib (Redaktionsassistentin)
Druck	Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Inhaltsverzeichnis

<i>Bernd Rill</i> Einführung	5
<i>Manfred Alexander</i> Tausend Jahre deutsch-polnische Beziehungen.....	7
<i>Aleida Assmann</i> Das gespaltene Gedächtnis Europas und das Konzept des dialogischen Erinnerns	17
<i>Robert Traba</i> Wie bestimmt die Geschichte die nationalen Erinnerungs- und Gedenkkulturen in Deutschland und Polen?	27
<i>Klaus Ziemer</i> Erinnerungs- und Gedenkkultur in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg	35
<i>Krzysztof Ruchniewicz</i> Der September 1939 und der Zweite Weltkrieg in der deutschen und polnischen Erinnerungskultur	49
<i>Hans-Erich Volkmann</i> Der Bromberger Blutsonntag – oder von der Gegenwärtigkeit der Geschichte	61
<i>Stephan Lehnstaedt</i> Deutsche Besatzungspolitik in Polen 1939-1945	71
<i>Wolfram Wette</i> Hauptmann der Wehrmacht Wilm Hosenfeld – Retter von Juden und Polen in Warschau 1939-1945	81
<i>Jerzy Maćków</i> Jedwabne und die dunklen Seiten der polnischen Geschichte	91
<i>Jan Rydel</i> Die polnische Exilarmee im Westen und die Besatzung des Emslandes	103
<i>Jan M. Piskorski</i> Krieg, Flucht, Vertreibung und Versöhnung im deutsch-polnischen Kontext	113
Autorenverzeichnis	117

Einführung

Bernd Rill

Die vorliegende Publikation verarbeitet Beiträge aus der einschlägigen Expertentagung, die die Akademie für Politik und Zeitgeschehen zusammen mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. vom 29. bis 30. Juli 2010 durchgeführt hat. Das Thema ist von offensichtlicher Bedeutsamkeit nicht nur zwischen den beiden Nationen, sondern für das politisch-mentale Klima in ganz Europa. Denn die meisten Nationen Europas müssen in ihrem historischen Gedächtnis eine Fülle von zwar gemeinsamer, aber gewaltsam abgelaufener Vergangenheit zu bewältigen versuchen, eine Fülle, die dennoch ihre aktuell und zukünftig dringend erforderliche Kooperation nicht behindern darf. Man nehme etwa das Beispiel der jahrhundertlang zwischen Deutschland und Frankreich gewissermaßen postulierten „Erbfeindschaft“: Victor Hugo beschwor bereits das verbindende Bild von Frankreich als dem Kopf und Deutschland als dem Herz Europas – die er sich beide als gleichberechtigt und zusammenarbeitend vorstellte – da mussten die Deutschen einen Krieg gegen Frankreich führen, um ihre (kleindeutsche) nationale Einheit gegen das machtpolitisch eifersüchtige Frankreich durchzusetzen. Und anschließend stand bis 1919 noch das von Frankreich abgetretene Territorium von Elsaß-Lothringen zwischen beiden Nationen, so dass ernsthafte Bündnis-Erwägungen dadurch mindestens bis 1919 ausgeschlossen waren. Mittlerweile hat sich die Vision Victor Hugos erfüllt, aber erst nach zwei Weltkriegen, die beiden Völkern unermessliches Leid gebracht haben.

Ähnliche Erinnerungen von Hass und gegenseitiger Zufügung von Leiden bestehen zwischen Deutschen und Polen, mit dem quantitativen und qualitativen Höhepunkt

im Zweiten Weltkrieg und in der anschließenden Zeit der Vertreibung der Deutschen aus Schlesien, Hinterpommern, West- und Ostpreußen. In der Zeit des „Kalten Krieges“ waren einzelne ehrliche Versuche zu verzeichnen, aus der Konfrontation der gegenseitigen Schuldzuweisungen und Aufrechnungen auszubrechen, doch bedurfte es erst des Zusammenbruchs der kommunistischen Herrschaft in Polen, bis ein dauerhafter und breiter Dialog in diesem Sinne aufkommen konnte. Es dürfte nun rund 20 Jahre nach dem Fall des „Eisernen Vorhanges“ die Zeit reif dafür sein, die betreffende deutsch-polnische Diskussion zu dokumentieren, wenn auch nur, wie hier, in zusammenfassender Auswahl und mit der Konzentration auf die Zeit des Zweiten Weltkrieges.

Doch unter all den schmerzhaften Einzelheiten, die dabei erörtert werden müssen, ist nicht zu vergessen, dass Deutsche und Polen im Laufe ihrer mittlerweile mehr als tausendjährigen Gemeinsamkeit weitaus mehr an friedlichen, im Rahmen des Möglichen „konstruktiven“ Phasen durchlaufen haben, als dass sie gegeneinander gewütet hätten. Dasselbe gilt übrigens auch für das Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen, dessen nationalistischer Zuspitzung ab dem 19. Jahrhundert eine vorhergehende Zeit der Symbiose gegenübersteht, die weitaus mehr Generationen umfasst hat. Die deutsche Ost-Kolonisation des Hohen Mittelalters etwa, die in ihrem Endergebnis die Siedlungsgebiete so verzahnte, dass sich daraus im späteren Zeitalter des exklusiven Nationalismus die gewichtigsten Probleme ergaben, lief ab, ohne dass dabei von gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Einheimischen berichtet wird. Aus-

nahmen – wie die Zwangs-Christianisierung der Pruzzen im nachmaligen Ostpreußen – bestätigen die Regel, galten damals als vollkommen „politically correct“ (eben wegen des Aspektes der Hinführung zum Glauben), richteten sich gegen Balten und nicht gegen Slawen und belasteten, um die Verbindung zu unserer besonderen Thematik herzustellen, allenfalls das Verhältnis zwischen der „classe politique“ bei den Deutschen und Polen, aber nicht das Verhältnis breiterer Volksschichten zueinander.

Ähnlich verhielt es sich mit den im Nachhinein berüchtigt gewordenen drei „Polnischen Teilungen“, die von 1772 bis 1795 den gesamten polnischen Staat, die damalige Adelsrepublik, von der Landkarte tilgten. Das war ein klarer Verstoß gegen das internationale Recht, der auch nicht durch Erwägungen über das „Europäische Gleichgewicht“ in Rechtmäßigkeit umgedeutet werden konnte, und zwei deutsch bestimmte Großmächte waren als Teilungsmächte dabei: Preußen und Österreich. Aber es ist ein allzu weiter Weg von diesen Ereignissen hin zu der Konfrontation zwischen Deutschen und Polen, die dann im 20. Jahrhundert stattfand.

Andererseits darf man unter „Geschichte“ nicht nur die Vergangenheit verstehen, die gerade erst abgetan wird, sondern muss in

die Jahrhunderte zurückgreifen. Denn auf unserem mit Historie gesättigten Kontinent haben auch diese ihre unzerstörbaren Spuren hinterlassen. Daher sind sie auch von fortwirkender Bedeutung und häufiger, als wir in unserem immer noch von den Kampflinien der beiden Weltkriege bedrängten Bewusstsein zu erkennen vermögen, in einem positiven Sinne. Man muss nur die Bereitschaft aufbringen, in die Geschichte hinabzusteigen, dann relativiert sich der zeitliche Abstand. Goethe, der so überaus Vielseitige, hat zwar nicht speziell als Historiker brilliert, aber der angeführte Gedanke, der für alles historische Verständnis grundlegend ist, leuchtete ihm ein. Deshalb reimte er im „West-Östlichen Divan“:

*„Wer nicht von dreitausend Jahren
Sich weiß Rechenschaft zu geben,
Bleib im Dunkeln unerfahren,
Mag von Tag zu Tage leben.“*

Und es sei dem Herausgeber gestattet, diese Einführung mit einem weiteren Zitat zu schließen, das für die wünschenswerte Gestaltung des zukünftigen deutsch-polnischen Verhältnisses ein passendes Motto abgibt: Hölderlins Wort –

„Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch.“

Tausend Jahre deutsch-polnische Beziehungen

Manfred Alexander

Über viele Jahrhunderte hinweg haben Deutsche in Polen in einer überwiegend guten und privilegierten Nachbarschaft gelebt. Nach den Teilungen Polens entwickelte sich in Preußen ein deutsch-polnischer Antagonismus, der nach der Reichsgründung (1871) auf das gesamte deutsch-polnische Verhältnis übergang und seine Zuspitzung in einem „Rassenkonflikt“ fand.

Eine Betrachtung der deutsch-polnischen Beziehungen darf sich nicht auf die letzten 150 Jahre beschränken, weil sonst der Eindruck entstehen kann, dass die vorangegangenen Jahrhunderte nur als Vorgeschichte der Konflikte des 19. und 20. Jahrhunderts zu sehen seien. In einer Nachbarschaft von über 1.000 Jahren im Herzen Europas sind aber viele Felder und Ebenen zu beachten, auf denen die Menschen beider Sprachgruppen in der jeweiligen Zeit einander begegnet sind. Ein kurzer Überblick über solche Phasen unterschiedlicher Intensität kann einen vielseitigen Austausch belegen und davor bewahren, dem suggestiven Vers *jak świat światem, niemiec polakowi nie będzie bratem* („solange die Welt besteht, wird ein Deutscher dem Polen niemals ein Bruder sein“) zu erliegen.

1. Polen im christlichen Europa

Als erste Zeitebene bietet sich der Anfang der nachbarlichen Beziehungen an, als Polen mit der Taufe des Herzogs Mieszko (966) der Familie der christlichen Völker Europas beitrug. Mit der Christianisierung seines Landes erreichte der Herzog Gleichrangigkeit auf der Ebene der Herrscher, was sich unmittelbar in den folgenden Heiratsbeziehungen zwischen seiner Familie und den sächsischen Adelsfamilien in den slawischen Gebieten zwischen Elbe und Oder, darunter auch die Familie der sächsischen Könige von Heinrich I. bis Heinrich II.,

niedergeschlagen hat. In drei Generationen sind dort auf der Ebene der Herzöge sechs Ehen zu verzeichnen. Auch ohne Quellenachweis ist anzunehmen, dass diesen wohl weitere auf niedrigerer Ebene gefolgt sind, jedenfalls sind dadurch persönliche Bindungen entstanden, die die Kenntnis über die jeweils andere Seite vertieft, die Sitten und religiösen Vorstellungen einander annähernten und häufige Treffen zur Folge hatten. Der Streit um Familienerbe, um Rangfragen und Herrschaftsgebiete war „normal“, wie unter sonstigen Verwandten des Hochadels. Der Chronist Thietmar von Merseburg berichtet von der Unlust der sächsischen Krieger, unter Heinrich II. gegen den polnischen Herzog Bolesław zu Felde zu ziehen; gleichfalls kritisch hatte er sich aber auch über die demonstrative Geste der Erhöhung desselben durch Otto III. während dessen denkwürdiger Wallfahrt zum Grab des Märtyrers Adalbert in Gnesen im Jahre 1000 ausgesprochen. Heiratsbeziehungen bedeuteten aber nicht nur den Umzug einer hochadeligen Dame an einen anderen Hof, sondern auch deren Begleitung durch eine ganze Eskorte von Vertrauenspersonen. Die Damen aus dem Gefolge werden sich oft lokale Partner gesucht haben, auch wenn dies nicht berichtet wird. Zu ihrem Umkreis gehörten auch Priester, die zur Einrichtung der neuen Kirchenorganisation oder zur Verwaltung der Herrschaftsgebiete benötigt wurden, ferner Mönche, die Klöster errichteten und mit ihrer Lebens- und Arbeitsweise auf die lokalen Bauern Einfluss nahmen. Setzte sich

dieser Prozess des Kulturaustausches über mehrere Generationen fort, so konnte dies zu beträchtlichen Änderungen in der herkömmlichen Lebensweise führen, die im Fall der piastischen schlesischen Herzogsfamilie zum allmählichen Hineinwachsen in die Sprache des deutschen Nachbarn führte. Ob den Zeitgenossen dieser Prozess unangenehm war, wird kaum berichtet; nur der böhmische Chronist Cosmas von Prag schreibt über Anzeichen von Fremdenfeindlichkeit in seinem Land, während der entsprechende polnische Chronist, der unter der Bezeichnung Gallus Anonymus bekannt ist, selbst aus dem fernen Lothringen stammte, aber die polnischen Verhältnisse mit überschwänglichem Lob geschildert hat.

2. Der mittelalterliche Landesausbau

Betraff diese erste Phase der Kulturkontakte nur den engen Kreis der Herrscherfamilien und der Kirche, so ist im fortschreitenden Mittelalter die Dimension beträchtlich größer. Nach der Einigung der polnischen Teilgebiete und der Wiederherstellung der Königsmacht hat sich insbesondere Kazimierz „der Große“ (1333-1370) Verdienste um den Landesausbau und die Modernisierung seines Reiches erworben. Er hat fremde Fachleute verschiedener Art ausdrücklich nach Polen eingeladen und damit eine Entwicklung gefördert, die schon vorher sichtbar gewesen war. Dies betraf die Ansiedlung von Kaufleuten in den Städten, die zugleich das Privileg gesichert erhielten, ihre ökonomischen und rechtlichen Probleme untereinander selbstständig zu regeln und frei ihrer Wirtschaftstätigkeit nachzugehen. Die Übertragung des „*ius teutonicum*“, die Selbstverwaltung nach dem Magdeburger Stadtrecht oder nach anderen ähnlichen Rechten (Nürnberg, Lübeck, Wien) wurde zu einem Exportschlager, der auch dort Erfolge feierte, wo keine Ansiedlung von deutschsprachigen Siedlern nachweisbar ist. Eingeschlossen war auch die Einladung an

die Juden, die sich nicht nur durch die Sprache von den Einheimischen unterschieden, sondern – was damals viel wichtiger war – durch Religion und Lebensweise. So entstanden im ganzen Land Inseln eigener Kultur, die sich von den einheimischen polnischen Kräften, dem Adel und den Bauern, unterschieden, mit diesen aber in einen regen Austausch eintraten. Darin einen „deutschen Drang nach Osten“ oder in überheblicher Weise eine deutsche Kulturüberlegenheit zu sehen, verkennt, dass die Weitergabe von Waren, Fertigkeiten und Gedanken aus dem Westen einen „normalen Vorgang“, wenn auch mit Zeitverschiebung, darstellte: Im frühen Mittelalter hatten das Mittelmeergebiet und die Provence ihre Einflüsse in die nordfranzösischen Gebiete und nach Flandern gebracht, im Hochmittelalter gingen von den Niederlanden und dem Rheinland ähnliche Einflüsse in Richtung der slawischen Gebiete aus (Mecklenburg, Pommern, Polen, Böhmen und Mähren); später sollte der polnische Adel im polnisch-litauischen Doppelreich weite Gebiete Ostmitteleuropas kulturell überformen, und schließlich haben die Ostslawen ihre russische Kultur bis in den fernen Osten getragen.

Es ist falsch, in diesem Prozess eine Massenwanderung zu sehen, denn es handelte sich um „bewegende Gruppen“, wie der Gießener Historiker Peter Moraw sie genannt hat: Gruppen von Menschen, die sich selbst bewegten und anderswo Neues in Bewegung brachten. Stadtgründungen „zu deutschem Recht“ intensivierten den Handel und erweiterten die Gewerbetätigkeit, indem sie die Initiative der Bürger freisetzten und für den Herrscher Steuervorteile brachten. Die Stadtbürger fremder Herkunft schoben sich als Schicht zwischen den landbesitzenden polnischen Adel und die einheimischen Bauern, vielfach zum Nutzen beider. Im Ergebnis dieses Prozesses wurde die „Stadt“ östlich der geschlossenen deutschen Sprachgrenze zu einer polyethnischen Erscheinung, in der Bewohner verschiede-

ner Sprachen und unterschiedlicher Religionen lebten. Dies war jedoch keine Idylle, denn alle Fremden setzten in ihrem Gewinnstreben mit Monopolen und manchmal rüden Methoden ihre Interessen durch und bewiesen darin auch untereinander wenig Solidarität. Am deutlichsten bekamen dies die Juden zu spüren, deren Anteil an der Wirtschaft in dem Maße beschnitten wurde, wie christliche Bewohner ihre Konkurrenten ausschalten konnten, bis hin zur Einführung der Regel „de non tolerandis Iudaeis“, der Ausweisung aus einigen königlichen Städten Polens.

Das deutschsprachige Patriziat der königlichen Städte war die führende Kraft dieser Bewegung und formte deren Bild, das bis heute in der Anlage der Städte und den Häusern um die Marktplätze sichtbar ist. Die enge Verbindung zum polnischen Adel bedeutete ökonomische Vorteile für beide Seiten und bewirkte im 15. Jahrhundert zunehmend eine Neigung, eine noch engere Verbindung zum Adel einzugehen: Aus der Krakauer Bürgerschaft sind z. B. die Familien der Firlej, Morsztyn und Boner zu nennen, die ihre Aufnahme in den polnischen Adel erreichten. Aber die Attraktivität der Selbstverwaltung des polnischen Adels wirkte auch über die Landesgrenzen hinaus, wie die Stadtbewohner am Unterlauf der Weichsel in ihrer Opposition zum strengen Reglement der Deutschen Ordensritter im Preußenland bewiesen; so wurde das deutschsprachige Danzig, das durch Getreideexporte aus Polen reich geworden war, nach den Niederlagen des Deutschen Ordens im 15. Jahrhundert zum treuesten Anhänger und größten Steuerzahler des polnischen Königs.

3. Polen-Litauen als Land der Toleranz

Das Doppelreich Polen-Litauen war nach der Union von Lublin (1569) ein seltenes Beispiel für das Zusammenleben von Men-

schen vieler Sprachen und Religionen. Der Adel bildete die Nation im mittelalterlichen Verständnis und entwickelte sich aus dem polnischen Kleinadel (szlachta) und den litauischen Magnaten zu einer einheitlichen Kulturgemeinschaft. Wohl nur die Hälfte der Bevölkerung war polnischsprachig; in großen Teilen Litauens sprachen die Bauern weißrussisch oder ukrainisch, im Süden kamen dazu Rumänen und Tataren; am Unterlauf der Weichsel und im ehemaligen Ordensstaat lebten deutsche Bauern und Bürger. Die Städte waren durchweg mehrsprachig, wobei neben der deutschen Sprache in den königlichen Städten besonders das Jiddische in vielen Adelsstädten zur Sprache der Mehrheit geworden war. Diese ethnische Vielfalt wurde durch die religiöse ergänzt: Die polnischen Bauern waren katholisch geblieben; der Adel war etwa eine Generation lang stark von der Reformation beeinflusst und kehrte erst Anfang des 17. Jahrhunderts zum alten Glauben zurück. Teile des Adels und alle Bauern im Osten waren aber orthodox, im Westen evangelisch. In den Städten waren alle Religionen dieser Zeit vertreten: Neben den Katholiken die Calvinisten und Lutheraner, sowie kleine Gemeinschaften der Antitrinitarier, Armenier und Muslime; die Juden bildeten in einigen Gebieten gar die Mehrheit. Die Adelsrepublik war ein Land der Toleranz, das viele Flüchtlinge aus Glaubensgründen aufnahm, aber auch weiterhin vom Zustrom von Fachleuten aller Richtungen und aus allen westlichen Ländern profitierte. Der innere Frieden in dieser Vielfalt wurde dadurch begünstigt, dass Polen von seiner Verfassung her keine aggressive Außenpolitik betreiben konnte. Ein Dauerkonflikt bestand im Süden mit der Verteidigung des Landes gegen das Osmanische Reich; andere Kriege wurden vom König aus dynastischen Gründen geführt, und dies betraf im Osten das aufstrebende Moskauer Reich, in das König Sigismund in der „Zeit der Wirren“ (russisch: smuta, 1605-1613) massiv eingegriffen hatte, sowie der Streit um die Krone Schwedens. Konflikte um Territorien

deutschsprachiger Bewohner finden sich nicht. Die Hilfe des polnischen Heeres bei der Befreiung Wiens von der osmanischen Belagerung 1683 war entscheidend. In verschiedenen Königswahlen traten auch deutschsprachige Kandidaten auf, und die Beziehungen der Könige Polens etwa zum Habsburger Reich waren meist sehr eng. Als mit August dem Starken 1697 der sächsische Kurfürst zum polnischen König gewählt wurde, erreichte für zwei Generationen lang der Einfluss von Deutschen in Warschau seinen Höhepunkt. Dies zeigte sich auch darin, dass manche deutsche Adelige im polnischen Dienst das Indigenat, also die Aufnahme in den polnischen Adel, erreichten. Einige Familien entwickelten auch einen polnischsprachigen Zweig, wie neben den deutschen Dönhoffs auch polnische Denhoffs zu verzeichnen sind. Man kann für das letzte Jahrhundert der Adelsrepublik durchaus von einer privilegierten Stellung der Deutschen in Polen sprechen. Dem entsprach jedoch keine gleichwertige Einstellung auf deutscher Seite, denn am Ende des Jahrhunderts finden sich in der beginnenden Publizistik bereits abwertend gemeinte Begriffe wie „polnische Wirtschaft“ oder „polnische Unordnung“. Letzterer war allerdings aus der innerpolnischen Diskussion über die Reformbedürftigkeit des polnischen Staates übernommen.

4. Die Teilungen Polens und Gründe für den preußisch-polnischen Gegensatz

Die Teilungen Polens tilgten den Staat, der nach Russland der flächenmäßig größte Europas war, von der Landkarte und änderten das Verhältnis der Polen und Litauer zu den Teilungsmächten grundlegend. Deren Interessen waren höchst unterschiedlich: Während Russland unter Peter dem Großen bereits Einfluss auf das ganze Königreich Polen gewonnen hatte und die Zarin Katharina II. 1764 sogar ihren Kandidaten für den Thron durchsetzen konnte, erhielt es in der ersten

Teilung (1772) nur Gebiete an der oberen Duna und am mittleren Dnjepr. Der österreichische Zuerwerb von Galizien und Lodomerien war im Vergleich dazu bedeutsamer. Preußen war der eigentliche Betreiber der Teilung, da es mit dem flächenmäßig kleinen Erwerb am Unterlauf der Weichsel die ersehnte Landverbindung zwischen den brandenburgischen Besitzungen im römisch-deutschen Reich und seinem Anteil an Preußen erhalten hatte. Dort war Kurfürst Friedrich 1701 zum König in Preußen gekrönt worden, in dessen Besitz der Berliner Zweig schon früher der Hohenzollern über Vormundschaft und Erbgang gelangt war. Wie sehr die ehemalige Zugehörigkeit des „Preußens königlichen Anteils“ zur Krone Polens und die ehemalige Lehnsabhängigkeit des „herzoglichen Preußens“ (seit 1525) das Prestigebedürfnis der Hohenzollern belastet hatte, geht aus der Tatsache hervor, dass die Brandenburger sich dreimal bei internationalen Friedensschlüssen ihre Souveränität von Polen haben bestätigen lassen.

Konnten die preußischen Gebietsgewinne der ersten Teilung aus Sicht der dort mehrheitlich deutschsprachigen Bevölkerung im modernen Verständnis noch gerechtfertigt werden, so galt dies für die Gewinne aus der zweiten (1793) und dritten Teilung (1795) nicht mehr. Berlin war nunmehr zur Hauptstadt eines dynastischen Staates geworden, dessen Bevölkerung etwa zur Hälfte polnischsprachig war.

Aber nicht die Sprachenfrage war das wichtigste Argument in dem nun beginnenden Gegensatz zwischen der polnischen Bevölkerung und dem vergrößerten „Preußen“, denn in einem dynastischen Staat war die Sprache ein eher technisches Problem, wie das Zarenreich und das Habsburger Reich bewiesen. Nachdem Friedrich II. im „Siebenjährigen Krieg“ (1756-1763) durch Sperrung der Weichsel und die Prägung minderwertiger Münzen Teile seiner Kriegskosten Polen auferlegt hatte, war Berlin zu einer Garantie der polnischen Modernisierungs-

bestrebungen bereit gewesen, die sich in der Verfassung vom 3. Mai 1791 niedergeschlagen haben. Auf Druck Katharinas II., die sich vehement gegen die „französische Pest“ an der Weichsel ausgesprochen hatte, brach Friedrich Wilhelm II. jedoch seine Zusage und stimmte der zweiten Teilung zu, die ihm das westpolnische Posener Gebiet eintrug, in der dritten Teilung gar Masowien mit Warschau. Nun erst wurde das alte „Preußen“ zu „Ostpreußen“, die Weichselgebiete einschließlich Danzig zu „Westpreußen“, Masowien zu einem Kunstgebilde „Südpreußen“. Friedrich Wilhelm II. avancierte nun zum „König von Preußen“, dessen Name die alte Landesbezeichnung des Kurfürstentums der Mark Brandenburg verdrängte.

Der nun virulent werdende Gegensatz zwischen Preußen und den Polen geht aber über die Herrschaftsveränderungen weit hinaus, denn er betraf grundsätzliche Strukturmerkmale der beiden staatlichen Gebilde. Die polnische Adelsrepublik gründete bis zu den Teilungen des Landes auf dem Prinzip der Selbstorganisation des Adels, der etwa 10 % der Bevölkerung ausmachte. Der Adel mit seinem ausgeprägten Standesbewusstsein regierte das Land mit gewählten oder vom König eingesetzten Vertretern auf Zeit. Diese Amtsträger mussten den gewählten Vertretern der Adelsgesellschaft im Reichstag (sejm) Rechenschaft ablegen. Diese Idealvorstellung galt über lange Zeit, wurde dann aber durch die mögliche Bereicherung der Amtsträger und den Egoismus der reichen Familien verwässert und schließlich mit der Einführung des „liberum veto“ im Jahre 1652 ausgehebelt, als der Einspruch eines einzigen Abgeordneten den Reichstagsabschluss verhinderte. Der „Staat“ war in Polen die politische Organisation der Adelsgesellschaft und kein Wert an sich; er war schwach und besaß nur wenige Beamte; sein Träger war der adelige Bürger, der sich für ihn einsetzte. Die Möglichkeiten der Korruption und die Einzelinteressen der Magnaten sind vor den Teilungen von pol-

nischen Intellektuellen selbst scharf kritisiert worden, die davor gewarnt haben, dass die höchste Freiheit der Einzelnen auch die größte Gefahr für den Staat darstelle.

Dem polnischen Beispiel völlig entgegengesetzt war das Prinzip, mit dem die Kurfürsten von Brandenburg ihr armes Land und ihre verstreuten Besitzungen zu einem einheitlichen Staat geformt haben. Der König in Preußen verlangte von seinen Untertanen Gehorsam; der „ideale Bürger“ war der Soldat und der Beamte, der überall in den Landesteilen nach denselben Gesetzen den Willen des Königs durchsetzen sollte. „Ruhe“ war die erste Bürgerpflicht, und nicht die selbstständige Betätigung des Bürgers für das Gemeinwesen. Der Adel hatte dem Herrscher zu dienen, in der Verwaltung oder in der Armee. Dieser „aufgeklärte Absolutismus“ als Mischung von guter Verwaltung und Wirtschaftsförderung fand unter Friedrich II. seinen Höhepunkt, wie in vielen Anekdoten über den „Zuchtmeister“ Friedrich erzählt wird. Die Übersteigerung dieser Staatsauffassung findet sich schließlich in dem Begriff „Staatsräson“, die den preußischen König dazu verführt hat, ohne Rechtsgrundlage die alte Landschaft Schlesien den Habsburgern (1740) zu entreißen und seinem Territorium anzugliedern, das dadurch eine noch längere gemeinsame Grenze zu Polen erhielt. Als Friedrich mit viel Glück den Siebenjährigen Krieg überstanden hatte, war sein Land unter dem Namen „Preußen“ zu einer europäischen Großmacht aufgestiegen, dessen Interesse sich auf Gebietsabrundungen auf Kosten Polens richtete.

Dazu trat ein weiteres grundsätzliches Problem: Die Teilungen Polens erfolgten zu einer Zeit, als in Europa (Frankreich) und in den amerikanischen Kolonien (USA) das Prinzip der „Volkssouveränität“ siegte, das der polnischen Staatsauffassung sehr ähnlich war. Die Teilungen entsprechend einer „Staatsräson“ widersprachen also völlig dem

„Zeitgeist“ und wurden zu einem Dauerproblem der europäischen Politik bis ins 20. Jahrhundert.

5. Die Sprache als Politikum

Ein weiteres Problem war die Politisierung des Faktors „Sprache“, weil sich die Sprache von einem Medium der Kommunikation – wie das Lateinische in der katholischen Kirche und in der Wissenschaft bis ins 18. Jahrhundert – zu einem Faktor der politischen Identifikation gewandelt hatte. Die Aufklärer im 18. Jahrhundert hatten die Vernunft zur Grundlage menschlichen Handelns erklärt und dem *ancien régime*, das auf Geburtsrecht und Tradition beruhte, das Todesurteil verkündet. Die französische Sprache wurde, nicht nur durch die Enzyklopädisten, zur Sprache der Vernunft, so wie Friedrich II. und auch Katharina II. von Russland diese Sprache für ihre politischen Überlegungen verwendeten. Die Revolution von 1789 machte die Gedanken der Aufklärer über die Volkssouveränität zu einem Exportartikel, der bald in großen Teilen Europas triumphierte, viele alte Herrschaften zum Einsturz brachte und neue „Republiken“ entstehen ließ. Der Begriff der „*nation française*“ war ein politischer Begriff: Als Franzose wurde betrachtet, wer sich zu den Ideen der Vernunft (und der Revolution) bekannte, unabhängig von seiner Herkunft und Muttersprache. Napoleon übernahm dieses Erbe und entwickelte eine imperiale Herrschaft, die ganz Europa in einen mörderischen Krieg hineinzog. Für Polen bedeutete dies nicht die erhoffte Wiederherstellung der alten Republik, sondern die kurzfristige Existenz eines Herzogtums Warschau (1807), das nach der Niederlage der *Grande Armée* in Russland (1812) auf dem Wiener Kongress (1815) (mit der Ausnahme Posens) dem Zarenreich angegliedert wurde.

Im Kampf gegen Napoleon hatte sich in den Befreiungskriegen aber eine andere Idee als

wirkmächtig erwiesen, die bis heute unser Denken beherrscht: der Begriff der Nation als einer Sprachgemeinschaft. War der Begriff „Volkssouveränität“ noch ein politischer Gedanke gewesen, der – wie in den USA – die Bevölkerung eines bestimmten Territoriums unabhängig von ihrer sprachlichen Unterscheidung und Herkunft als Willensgemeinschaft verband, so verstand Johann Gottfried Herder das „Volk“ als eine durch die gemeinsame Sprache als angeblich unveräußerliches Merkmal geprägte Gemeinschaft von Menschen, die sich von anderen eben durch die Sprache unterschied. Im Begriff „Volk“ sah er eine geradezu mystische Einheit, die sich in dem Wortfeld von „Volkslied“, „Volksmärchen“ und „Volkstum“ äußerte und ihre Höhepunkt im „Volksgeist“ als dem Gedanken Gottes fand. Der scheinbar objektive Charakter der Muttersprache verband sich hier mit dem politischen Ziel der nationalen Einheit und damit letztlich mit der Forderung eines Nationalstaates. Ist dieser Gedanke noch als ein politisches Konzept zu deuten, so waren die Folgen für die Einzelnen beträchtlich; wenn die Sprache als Voraussetzung einer „Volksseele“ galt, so unterschied sich eine „Volksseele“ von der anderen, dann konnte niemand zwei Seelen besitzen, also als Zweisprachiger die Frage nach der Muttersprache unbeantwortet lassen, dann war der Sprachwechsel ein Verrat an der Volksseele, dann musste um jede Seele gerungen werden.

Was Herder mit Blick auf die Französische Revolution als Aufforderung zur nationalen Einigung der Deutschen formuliert hatte, gewann in der sprachlichen Gemengelage Ostmittel- und Osteuropas eine besondere Sprengkraft. Ein Pole in Oberschlesien z. B. konnte ein guter Preuße sein, weil dies seine Zugehörigkeit zu einem dynastischen Staat bezeichnete, aber er konnte kein Deutscher werden, ohne seine Identität als Pole aufzugeben. Selbst die Zweisprachigkeit war kein Ausweg, da sie vom Ansatz her bereits eine innere Zerrissenheit und damit Unzuverlässigkeit verriet.

Diese Gedanken haben sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts allmählich durchgesetzt, wie sich am Bild der Polen in Deutschland zeigt. Die Flüchtlinge der „großen Emigration“ nach dem Aufstand von 1830/31 im russischen Teilungsgebiet wurden auf ihrem Weg nach Frankreich in den deutschen Teilstaaten – über Preußen durften sie nicht ziehen – von der Bevölkerung unterstützt und z. T. begeistert empfangen. Auf dem Hambacher Fest der Studenten von 1832 waren polnische Fahnen zu sehen, und die Parole „Für unsere und Euer Freiheit“ verband die Wünsche des deutschen Bürgertums nach einem Verfassungsstaat mit den Wünschen der Polen auf Wiederherstellung ihres Staates. Aber obwohl dort auch die berühmten Polenlieder gesungen wurden, bleibt fraglich, inwieweit außerhalb Preußens die Polen als eigene Nation wahrgenommen wurden und nicht etwa als beliebiger Ersatz für mangelndes revolutionäres Engagement des deutschen Bürgertums dienen mussten. Für Preußen galt jedenfalls, dass die Angst vor revolutionären Unruhen und vor einer politischen Emanzipation des Bürgertums größer war, als eine Sympathie mit Gegnern der zaristischen Unterdrückung im russisch beherrschten Polen.

6. Antipolnische Politik in Preußen und im Deutschen Reich

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Stimmung im „Großherzogtum Posen“ und im preußischen Staat nämlich bereits verändert: Nach der Regelung der territorialen Verhältnisse auf dem Wiener Kongress war den Polen die sprachliche Gleichberechtigung trotz der deutschen Amtssprache zugesichert worden. Ein Mitglied der Familie Radziwill war zum Statthalter ernannt worden, und viele Polen hatten sich soziale Verbesserungen durch die preußische Verwaltung erhofft. Nach dem Aufstand von 1830 im russischen Teilungsgebiet war der Statthalter aber abgesetzt und kein Nachfol-

ger bestellt worden. Mit dem Oberpräsidenten Flottwell begann eine „neue Ära“ der Polenpolitik, die zwar weitere Reformen im sozialen und kommunalen Bereich brachte, aber die traditionellen Kräfte der polnischen Gesellschaft – katholischen Klerus und Adel – zurückdrängte. Politisch motivierte Prozesse gegen den Erzbischof von Posen-Gnesen, Marcin Dunin-Sulgustowski, und den Anführer einer Gruppe von „Demokraten“, Ludwik Mierosławski, heizten die Stimmung an, die sich im Revolutionsjahr 1848 in lokalen Unruhen entlud. Im preußischen Landtag kam es zu hitzigen Debatten über die polnischen Forderungen nach eigenen polnischen Institutionen in Posen, gegen die sich unter anderen auch der junge Abgeordnete Otto von Bismarck vehement aussprach. Über die Stellung Posens in einer zukünftigen Deutschen Republik, um die in der Frankfurter Paulskirche heftig gestritten wurde, und gegen die polnischen Wünsche formulierte der Abgeordnete Jordan in der Polendebatte vom 23. bis 25. Juli 1848 die deutschen Ansprüche auf Beherrschung des Landes nach dem Recht des Stärkeren und im Sinne eines nationalen Egoismus. Damit begann ein Nationalitätenkampf zwischen Polen einerseits und den „Deutschen“ andererseits, der sich in den Köpfen vieler Zeitgenossen in den damals geprägten Stereotypen und Verunglimpfungen fast bis in unsere Tage fortgesetzt hat.

In Preußen war nach den Ereignissen des Jahres 1848 die Sonderstellung des Großherzogtums Posen beendet worden, das nun als eine normale preußische Provinz verwaltet wurde. Dies bedeutete, dass zahlreiche polnische Fachkräfte – Lehrer, Offiziere und Geistliche – ihre Stellungen verloren und gezwungen wurden, ihren Lebensunterhalt in bürgerlichen Erwerbsberufen zu suchen. Zwar kam dies langfristig dem ökonomischen Aufstieg des polnischen Bevölkerungsteils entgegen, bewirkte aber eine innere Abkehr von Preußen, die sich auch in der Gründung von polnischen Institutionen im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen

Bereich abzeichnete. Der Staat konnte die polnischen Ansprüche zwar zurückdrängen, weckte aber mit jeder Maßnahme Gegenkräfte, die die polnische Position stärkten. So entstanden Agrargesellschaften zur Selbsthilfe der polnischen Bauern, Turnvereine und Kreditgesellschaften in den Städten und ein starkes Pressewesen, das ein Bewusstsein der polnischen Identität verbreitete (polak katolik – „der Pole ist katholisch“ im Unterschied zu den protestantischen Preußen). Der polnische Teil der Gesellschaft in Preußen entwickelte sich zum Spiegelbild der deutschen Gesellschaft: gebildet, diszipliniert, arbeitsam und relativ wohlhabend.

Den entscheidenden Bruch brachte die Reichsgründung von 1871, denn bis dahin waren die Polen Bürger – wenn auch benachteiligt – des preußischen Staates gewesen, nunmehr wurden sie rechtlich deutsche Staatsbürger, ohne Deutsche sein zu wollen. Damit aber wandelte sich die antipreußische Einstellung der meisten Polen in eine anti-deutsche Haltung, die sich bald weiter verstärken sollte. Der „Kulturkampf“, den Bismarck als Reichskanzler entfesselte, traf zwar die katholische Kirche im gesamten Reich, brachte aber in der Kombination mit den nun einsetzenden massiven „Germanisierungstendenzen“ eine weitere Verschärfung. Die deutsche Sprache wurde in den Behörden als allein gültig eingeführt, das Polnische in den Schulen zurückgedrängt, polnische Schulbücher wurden abgeschafft. Polnisch sollte zur Haussprache herabgestuft werden. Durch massive finanzielle Hilfen versuchte der Staat die Landwirtschaft in deutschen Händen zu stützen, erreichte aber das Gegenteil, weil die polnischen Gegenmaßnahmen dazu führten, dass mehr polnische Bauern als deutsche im Posener Gebiet davon profitierten. Dazu trat als Gegenbewegung der Zug polnischer Landarbeiter nach Westen, wo jene, die im Zuge der Landreform ihren Boden verloren hatten, in der sich rasch entwickelnden Industrie des Ruhrgebietes ihre Arbeit fanden. Die

fremden Arbeiter mit eigenen Traditionen, mit ihrer spezifischen katholischen Religiosität, stießen aber verbreitet auf Misstrauen und konnten jedenfalls kein adäquates Bild von der polnischen Kultur des Adels oder des gebildeten Bürgertums vermitteln; der preußische Argwohn gegen die Polen in Posen übertrug sich auf diese Weise in die westlichen Gebiete des Reiches.

Antipolnische und antislawische Ressentiments verbreiteten sich im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts rasch in der gebildeten deutschen Gesellschaft und wurden durch rassistische Gedanken ergänzt, die selbst in intellektuellen Kreisen Widerhall fanden. Der „Alldeutsche Verband“ und der „Ostmarkenverein“ wurden zu Wortführern gegen eine angebliche „polnische Aggression“, die auch der Staat durch gezielte antipolnische Maßnahmen bekämpfen wollte. Gesetze, wie das „Feuerstättengesetz“ von 1904, das Verbot der polnischen Sprache in den Schulen und angedrohte Zwangsenteignungen zeigten, dass Preußen – und damit Deutschland – den Boden der Rechtsstaatlichkeit verlassen hatte und – da selbst durch Hass geprägt – Hass auf der Gegenseite hervorrufen musste.

7. Die zweite polnische Republik und die Weimarer Republik

Der Erste Weltkrieg brachte den Polen die ersehnte Eigenstaatlichkeit zurück, wobei ihnen zu Gute kam, dass alle drei Teilmächte in einen Krieg gegeneinander verwickelt worden waren, und alle drei schließlich zu den Verlierern zählten. Polen musste um alle seine Grenzen kämpfen. Der erste kurze Krieg erfolgte schon im Januar 1919 in dem Grenzgebiet zur neugegründeten Tschechoslowakei in Teschen (Cieszyn) und führte nach langen Verhandlungen zu einer Teilung des Ländchens. Im Osten war der Wunsch zur Wiederherstellung der alten Grenze von 1772 illusorisch, auch wenn der Krieg gegen das sowjetische Russland im

Frieden von Riga (1922) die Grenze ein gutes Stück weiter östlich ansiedelte, als dies der kompakt siedelnden polnischen Bevölkerung entsprochen hätte (die etwa bis zur 1919 festgesetzten „Curzon-Line“ reichte). Dem schwachen Litauen nahm Polen die alte historische Hauptstadt Wilna (Vilnius), was eine Dauerfeindschaft bis zum Zweiten Weltkrieg zur Folge hatte. Vom deutschen Nachbarn hatte Polen das Posener Gebiet erworben, aber um andere Territorien wurde gestritten. Die Siegermächte bestimmten die Landkarte auf der Friedenskonferenz von Versailles; Polen erhielt den versprochenen Zugang zur Ostsee, hauptsächlich dadurch, dass die Stadt Danzig unter Völkerbundsmandat gestellt wurde und beiden Seiten offen stehen sollte – was beide Seiten als ungerecht und nicht ausreichend empfanden. Am heftigsten wurde um jene Gebiete gestritten, die nicht einfach an Polen abgetreten werden sollten (wie Westpreußen), sondern deren Bevölkerung in Volksabstimmungen über ihre Zugehörigkeit zum deutschen oder polnischen Staat entscheiden sollten (Südostpreußen, Oberschlesien). Nach erbitterten Wahlkämpfen, die von beiden Seiten als Kampf um die „nationale Identität“ geführt wurden und den Streit zwischen Polen und Deutschen bis in die Familien getragen hatten, brachten die Abstimmungen – trotz mehrerer Aufstände – zwar einen numerischen Sieg der deutschen Seite, mit der Teilung von Oberschlesien hatten die Siegermächte aber die polnischen (und die eigenen) Interessen unterstützen wollen.

Im Ergebnis des Grenzstreits zwischen Polen und Deutschland blieb auf beiden Seiten eine große Verbitterung, die den Chef der obersten Heeresleitung, General von Seeckt dazu führte, von Polen als dem „unerträglichsten Nachbarn“ zu sprechen, der mit Hilfe Sowjetrusslands wieder zu vernichten sei. Während Deutschland die Gebietsabtretungen im Westen an Frankreich hinnehmen musste, und dies im Locarno-Vertrag von 1925 auch noch bekräftigte, blieb eine sol-

che Geste gegenüber Polen aus. Deutsche Politiker beklagten die „blutende Grenze“ gegenüber Polen, die in der nationalen Polemik der Zwischenkriegszeit eine ständige Belastung der Beziehungen bedeutete; im „Zollkrieg“ nach 1925 strebte Deutschland auch die materielle Schwächung Polens an. Polen versuchte sich durch ein enges Bündnis mit Frankreich gegen deutsche Revisionswünsche abzusichern, sah sich aber – mit Ausnahme von Rumänien – nur von Nachbarn umgeben, mit denen es einen Streit um die Grenzen und um die Behandlung der Minderheiten dieser Nationen auf polnischem Territorium gab.

Polen war mit 27 Millionen Einwohnern (1921) ein Vielvölkerstaat, der sich als polnischer Nationalstaat verstand, obwohl der polnische Bevölkerungsanteil nur etwa 70 % betrug. Die größte Minderheit stellten mit (amtlichen) 14 % die Ukrainer, deren Zahl wohl in Wirklichkeit höher war; die Juden, die in manchen Gegenden die Mehrheit der Stadtbevölkerung bildeten, machten etwa 8 % aus; ihnen folgten die Weißrussen und die Deutschen mit jeweils etwa 4 %. Angesichts des polnischen Nationalgefühls und des Sendungsbewusstseins des polnischen Adels als der politisch führenden Gesellschaftsschicht bedeuteten diese Bevölkerungsverhältnisse dauernde Spannungen im Innern und ständige Polemik nach außen. Zwar wurde die deutsche Minderheit, deren größter Teil in Westpolen siedelte, aber auch in Streusiedlungen im ganzen Land zu finden war, eher zurückhaltend behandelt, wenn man dies mit der Unterdrückung der Ukrainer vergleicht, aber die politischen Beziehungen zwischen Warschau und Berlin waren dauerhaft belastet, wozu auch beitrug, dass die „geheime“ Zusammenarbeit der Reichswehr mit der Roten Armee in Polen bekannt war. Das Misstrauen gegenüber dem polnischen Nachbarn fand im Rapallo-Vertrag (1922) seine Nahrung und konnte während der ganzen Existenz der Weimarer Republik nicht abgebaut werden. Es gehört zur Ironie der deutsch-polni-

schen Beziehungen dieser Zeit, dass erst Hitler 1934 mit dem Nichtangriffsvertrag mit Polen diese Klammer gesprengt zu haben schien – zu Täuschungszwecken, wie sich dann schon 1939 herausstellen sollte.

Dieser Absturz einer tausendjährigen Nachbarschaft von Deutschen und Polen in eine tiefe Feindschaft war das Ergebnis eines Streits von einander entgegengesetzten Nationalbewegungen um dasselbe Territorium an den Grenzen beider Staaten. Dieser Streit ergab sich aus den spezifischen politischen Bedingungen des 19. und 20. Jahrhunderts, und er bewirkte die Perversion der Nachbarschaft.

Literaturhinweise

Alexander, Manfred: Kleine Geschichte Polens, Stuttgart, 2. Aufl., 2008.

Broszat, Martin: Zweihundert Jahre deutscher Polenpolitik, Frankfurt / M. 1971.

Rhode, Gotthold: Kleine Geschichte Polens, Darmstadt 1965.

Hellmann, Manfred: Daten der polnischen Geschichte, München 1985.

Hoensch, Jörg. K.: Geschichte Polens, Stuttgart, 3. Aufl., 1998.

Jaworski, Rudolf / Christian Lübke / Michael G. Müller: Eine kleine Geschichte Polens, Frankfurt / M. 2000.

Das gespaltene Gedächtnis Europas und das Konzept des dialogischen Erinnerns

Aleida Assmann

Der Literaturkritiker Leslie Fiedler hat einmal betont, dass die amerikanische Nation im Gegensatz zu der englischen oder französischen nicht durch ein gemeinsames Erbe, sondern durch einen gemeinsamen Traum zusammengehalten wird. „Als Amerikaner“, so drückte er sich aus, „sind wir Bewohner einer gemeinsamen Utopie und nicht einer gemeinsamen Geschichte“.¹

Die Europäer, so möchte ich mit Fiedler weiterdenken, sind beides: Bewohner einer gemeinsamen Utopie und einer gemeinsamen Geschichte. In Europa ist beides untrennbar miteinander verbunden.

1. Einleitung

Der amerikanische Traum besteht bekanntlich darin, dass ein jeder, eine jede es in der Gesellschaft ohne Ansehen der Person, ihrer Klasse, ihres Geschlechts oder ihrer Rasse zu etwas bringen kann. Mit Barack Hussein Obama, dem 44. Präsidenten der Vereinigten Staaten, ist dieser Traum in eindrucksvollster Weise eingelöst worden. Der europäische Traum ist aber nicht weniger beeindruckend: Er besteht in der Überzeugung, dass aus ehemaligen Todfeinden friedlich koexistierende und sogar eng miteinander kooperierende Nachbarn werden können. Da wir in den letzten Jahrzehnten viele erschütternde Beispiele dafür haben, wie aus friedlichen Nachbarn fast über Nacht Todfeinde und Massenmörder werden (Kosovo, Rwanda, Sudan), ist der europäische Traum heute aktueller denn je.

Die Europäer stehen allerdings noch nicht wirklich in ihrem Traum und in ihrer Geschichte. Was ihnen auf gemeinsamer europäischer Ebene fehlt, ist jene mobilisierende und identitätsbildende Kraft, die Nationalstaaten in einer integrierenden Symbolik finden. Die Bindungskraft im transnationa-

len Europa ist nicht nur deshalb schwach, weil hier viele unterschiedliche Traditionen zusammengefloßen sind, sondern vor allem auch, weil die gemeinsame traumatische Gewaltgeschichte noch immer für Spannungen sorgt. Die Europäer sind nicht nur die Erben einer sehr langen Geschichte, die bis in die griechische und römische Antike zurückreicht und über die Bibel auch Überlieferungsströme des Vorderen Orients mit aufgenommen hat, sie sind auch die Erben einer gemeinsamen Geschichte, die wesentlich kürzer zurückliegt. Das ist die Gewaltgeschichte zweier Weltkriege von ungekanntem Ausmaß, die Europa in Trümmer gelegt hat. Während die Amerikaner bei ihrem Traum von dem Versprechen eines Neubeginns und einer tabula rasa ausgehen, müssen die Europäer von dieser gemeinsamen Erfahrung der Zerstörung ausgehen. Die europäische Utopie ist deshalb nicht jenseits der Geschichte entstanden, sondern eine direkte Antwort auf die Geschichte. Wenn wir also fragen, was Europa im Innersten zusammenhält, dann müssen wir bei dieser Geschichte und ihrer Verarbeitung ansetzen. Europa als vorgestellte Gemeinschaft – das kann dann auch heißen: Europa als Erinnerungsgemeinschaft und Erbe seiner traumatischen Geschichte.

Ich möchte hier auf drei Schichten des europäischen Gedächtnisses eingehen, die gegenwärtig besonderen Anlass zu Spaltungen und Konfrontationen in Europa geben:

- die Erinnerung an den Holocaust,
- die Erinnerung an den Gulag,
- die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg.

2. Der Holocaust als europäischer Gründungsmythos

Die Geschichte des vereinigten Europa hat 1950 mit der Zusammenlegung der deutschen und französischen Kohle- und Stahlproduktion begonnen. Wir dürfen nicht vergessen, dass der Kern dieses Europagedankens die Therapie gegen deutschen Größenwahn war: Die Maßnahme der Zusammenführung deutscher und französischer Kohle- und Stahlproduktion war ursprünglich als Kriegsprävention gedacht, gewann aber schon bald eine Eigendynamik und wurde zur Keimzelle einer sich stetig ausweitenden Wirtschaftskooperation. Der gemeinsame wirtschaftliche Wiederaufbau bewährte sich dabei auch, wie sich bald herausstellte um die Erinnerung an die traumatische Geschichte zu anästhesieren. Nach dem Zusammenbruch Europas 1945 stand überall die Nachkriegszeit zunächst im Zeichen der praktischen Bewältigung von Lebensproblemen sowie der sozialen und politischen Integration. Der kalte Krieg war eine Eiszeit der Erinnerung. Es dauerte 20 Jahre, bis der Holocaust aus seiner Überlagerung und Verdeckung durch den Zweiten Weltkrieg allmählich (wieder) zum Vorschein kam, weitere 20 Jahre, bis diesem Menschheitsverbrechen im Weltbewusstsein ein Platz zugewiesen wurde, und dann noch einmal 20 Jahre, bis dieses Ereignis in die Form einer transnationalen Kommemoration überführt wurde.

Das Crescendo der Holocaust-Erinnerung:

- 1945: Kriegsende
- 1965: Auschwitz-Prozess
- 1985: Weizsäcker Rede
- 2005: Zentrales Holocaust-Mahnmal

Wir können hier ein deutliches Crescendo wahrnehmen, das sich in Schüben aufgebaut hat. Paradoxerweise gilt dabei: Je größer der zeitliche Abstand, desto stärker ist die Erinnerung geworden. Die Entscheidung für den Holocaust als Gründungsmythos Europas schlägt sich handgreiflich in der gedächtnispolitischen Einführung eines neuen Gedenktages nieder. Der 27. Januar 1945, Tag der Befreiung von Auschwitz durch die Rote Armee, war zunächst 1996 durch eine Initiative des deutschen Bundespräsidenten Roman Herzog nach der Wiedervereinigung als ein neuer gesamtdeutscher Gedenktag eingeführt worden. Vier Jahre später ist der schwedische Präsident Göran Persson gefolgt, der im Rahmen einer internationalen Holocaust-Konferenz im Januar 2000 in Stockholm ein transnationales Erinnerungnetzwerk ins Leben rief: die Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research (ITF). Diese NGO setzte sich ein doppeltes Ziel; es bestand darin,

1. die Erinnerung an den Holocaust über die Schwelle des neuen Millenniums zu tragen und in ein Langzeitgedächtnis zu verwandeln, das die zeitliche Begrenzung des lebendigen Zeitzeugengedächtnisses überwindet und
2. die Erinnerung an den Holocaust über die nationalen Grenzen zu tragen und eine transnational-europäische Erinnerungsgemeinschaft zu gründen mit einer ausgedehnten Infrastruktur von Institutionen, Finanzen und Netzwerken.

Die zeitlich wie räumlich ausgedehnte Erinnerungsgemeinschaft der ITF umfasst inzwischen 26 Staaten, zu denen neben den USA, Israel und Argentinien 23 europäische Län-

der gehören. In diesem Zuge wurde der 27. Januar als neuer Holocaust-Gedenktag in vielen europäischen Ländern eingeführt. Nicht selten ersetzte er dabei bestehende Gedenktage.² Am 27. Januar 2005, fünf Jahre nach der Stockholm-Konferenz, gedachte zum ersten Mal das Europäische Parlament in Brüssel der Befreiung von Auschwitz mit einer Schweigeminute und verabschiedete eine Resolution, durch die „der 27. Januar in der gesamten Europäischen Union zum Europäischen Holocaust-Gedenktag erklärt wird.“³

Seit 2005 gehört der Eintritt in die Holocaust-Erinnerungsgemeinschaft mit Übernahme der Verpflichtungen innerhalb des Netzwerks der ITF einschließlich der Einführung des neuen Gedenktages zu den Beitrittsauflagen der EU. Im selben Jahr schloss sich der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, dieser Initiative an und bestimmte den 27. Januar als Jahres-Gedenktag für die Opfer des Holocaust. Damit erweiterte sich der Horizont des Gedenkens von einer europäischen zu einer globalen Erinnerungsgemeinschaft. Der Tag wurde definiert als ein Appell an das Weltgewissen und als ein dringender Aufruf, frühzeitig und entschieden gegen Intoleranz, Fanatismus, Vorurteile, Ignoranz und Hass vorzugehen.

3. Die Erinnerung an die stalinistischen Verbrechen (Gulag)

Nach Ende des Kalten Krieges und dem Aufbrechen des bipolaren politischen Rahmens kam es, wie oft betont worden ist, zu einer eruptiven Wiederkehr von Erinnerungen. Durch die politische Auflösung des Ostblocks und die Öffnung der Archive kam es zu mehreren Erinnerungsschüben, durch die sich das Geschichtsbild Europas tiefgreifend veränderte. Die Erinnerung nahm im Westen und Osten Europas einen sehr unterschiedlichen Verlauf. In den westlichen Nationen Europas kehrte die Erinnerung

an Kollaboration und Verstrickung in den Holocaust zurück, in den östlichen Nationen Europas kehrte die Erinnerung an die Verbrechen des Stalinismus zurück.

Eine Reihe von neu zugänglich gewordenen historischen Dokumenten rückte im Westen den Holocaust in ein neues Bewusstsein und brachte dabei positive nationale Selbstbilder ins Wanken. Kompromittierende Erinnerungen kamen in Schüben hoch und wurden mit großer Erregung debattiert, was die Eindeutigkeit und Ausschließlichkeit der herrschenden nationalen Narrative in Frage stellte.

Aufgrund neuer Informationen über Vichy und die Geschichte des Antisemitismus in Ostdeutschland waren Frankreich und die DDR nicht mehr ausschließlich Widerstandskämpfer, nach Waldheim und Jedwabne waren Österreich und Polen nicht mehr ausschließlich Opfernationen, und selbst die neutrale Schweiz musste entdecken, dass sich ihre Banken und Grenzen in belastende Erinnerungsorte verwandelten.

Während sich im Westen Europas Tätererinnerungen mit Bezug auf den Holocaust verbreiteten, festigten sich gleichzeitig im Osten Europas die nationalen Selbstbilder durch Konzentration auf eine kollektive Opfererinnerung an die Zeit der russischen Besatzung und Diktatur des Kommunismus. Mit der selbstbezüglichen Kultivierung ihres Opferstatus gingen politische Gefahren einher. Einige osteuropäische Nationen entfernten sich von ihrer europäischen Identität, wurden unempfindlich für andere Opfer und stellten zum Teil eine Bedrohung dar für ihre eigenen Minderheiten.

Auf diese Weise hat sich das Gedächtnis Europas seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion gespalten. Janusz Reiter, ehemaliger polnischer Botschafter in Deutschland, hat das gespaltene europäische Gedächtnis auf den Punkt gebracht: „Was seine Erinnerungen angeht, so ist die Europäische Union ein gespaltenen Kontinent geblieben. Nach

seiner Erweiterung verläuft die Grenze, die die EU einst von den östlichen Staaten getrennt hatte, nun mitten durch sie hindurch.“ Dieses gespaltene Gedächtnis steht im Spannungsfeld zweier Erinnerungsbrennpunkte: des Holocaust und des Gulag, die dem Zusammenwachsen einer europäischen Gedächtniskultur vorerst noch im Wege stehen.

In östlicher Perspektive hält man die Erinnerung an den Holocaust auf Distanz, in westlicher Perspektive hält man die Erinnerung an den Gulag auf Distanz. Der amerikanische Historiker Charles S. Maier zog eine Analogie aus der Kernphysik heran, um den Unterschied zwischen dem Gedenken an den Nationalsozialismus und dem an den Kommunismus zu beleuchten: Das „heiße“ Gedächtnis des Nationalsozialismus habe, wie Plutonium, eine lange Halbwertszeit in der Geschichte, während das „kalte“ Gedächtnis des Kommunismus wie Tritium eine wesentlich kürzere Halbwertszeit habe.⁴ Eva Kovács, eine ungarische Historikerin, kommentierte dies mit folgenden Worten: „Soweit ich abschätzen kann, trat in den postsozialistischen Staaten gerade der umgekehrte Fall ein: Das Gedenken an den Kommunismus wurde zu einem heißen Topos, der sogar Massen mobilisieren kann, während das Gedenken an den Nationalsozialismus kalt geblieben ist.“⁵

Man kann diese europäische Gedächtnisspaltung auch an zwei Gedächtnisaktivistinnen veranschaulichen. Sie können jeweils als Gallionsfiguren des westlichen Holocaust-Gedächtnisses und des östlichen Stalinismus-Gedächtnisses gelten.⁶ Die eine ist Simone Veil, Holocaust-Überlebende, überzeugte Europapolitikerin und seit 2000 Vorsitzende der französischen Stiftung für das Gedenken an die Shoah. Sie wiederholt bei ihren öffentlichen Auftritten den Leitsatz „Die Shoah ist unser aller Erbe“, den sie zum fundamentalen Erinnerungsimperativ der westlichen Zivilisation erklärt.⁷ Die andere ist Sandra Kalniete, Gulag-Überleben-

de, aktive Schlüsselfigur im Unabhängigkeitskampf Lettlands von 1990 und frühere lettische Außenministerin. Sie kämpft ihrerseits für die Anerkennung der Opfer des stalinistischen Terrors im europäischen Gedächtnis. Sie macht geltend, dass auch ein Siegedächtnis sich gegen diese Verbrechen nicht immunisieren dürfe, die in die Verantwortung des heutigen Russland fallen, und betont: „Der Kampf und Sieg gegen den Faschismus kann nicht als etwas gesehen werden, das die Sowjetunion, die zahllose Unschuldige im Namen einer Klassen-Ideologie unterdrückte, für immer von ihren Verbrechen entschuldet.“⁸

Claus Leggewie hat dieses Dilemma auf den Punkt gebracht, als er schrieb: „Die Schwierigkeit der europäischen Erinnerungskultur besteht darin, das Singuläre an der industriell-bürokratischen Vernichtung der europäischen Juden herauszustellen, ohne sie dabei dogmatisch dem historischen Vergleich zu entziehen und die systematische Ausrottung vermeintlicher Klassen- und Volksfeinde und die allseitigen ‚ethnischen Säuberungen‘ herunterzuspielen.“⁹ Es ist längst nicht mehr nachzuvollziehen, warum sich diese beiden Erinnerungen im europäischen Gedächtnis noch immer gegenseitig bedrohen und verdrängen. Denn bereits Anfang der 90er-Jahre, als die Frage nach dem Vergleich der beiden Massenverbrechen noch aus der Sorge heraus tabuisiert wurde, die Erinnerung an die Verbrechen des Stalinismus könnte die soeben etablierte Erinnerung an das Verbrechen des Holocaust relativieren, wurde in einem Expertenbericht eine Formel gefunden, die es uns erlaubt, der Sorge des Vergleichs explizit zu begegnen und das Gespenst der Relativierung zu bannen. Die Formel sollte ursprünglich das deutsche Problem des Umgangs mit zwei Diktaturen lösen, aber sie kann sich auch bewähren im Umgang mit Hindernissen auf dem Weg zu einer europäischen Gedächtniskultur. Als die erste Enquetekommission über der Frage nach der Gewichtung der Erinnerung an die beiden deutschen Diktatu-

ren zu zerbrechen drohte, löste der Historiker Bernd Faulenbach damals den Konflikt mit zwei salomonischen Sätzen:

1. Die Erinnerung an den Stalinismus darf die Erinnerung an den Holocaust nicht relativieren.
2. Die Erinnerung an den Holocaust darf die Erinnerung an den Stalinismus nicht trivialisieren.¹⁰

Im nationalen Gedächtnis herrscht notoriischer Platzmangel. Durch das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung von Erinnerungsansprüchen und deren Hierarchisierung kann jedoch Platz geschaffen und ein unversöhnliches „entweder-oder“ in ein „sowohl-als-auch“ umgewandelt werden. „Erst die ungeteilte Kommemoration beider totalitärer Vergangenheiten, der Staatsverbrechen des Nationalsozialismus wie des Stalinismus, sprengt den nationalen Referenzrahmen. Eine antitotalitäre Öffentlichkeit muss genuin europäisch sein, wenn sie den Gräben des Kalten Krieges entkommen will.“¹¹ Während ich an diesem Aufsatz schreibe, erreicht mich eine Mail aus Brüssel, wo man sich im Mai 2011 treffen will „to stimulate exchange of experience and ideas on how to reconcile the two memories (Nazism / Holocaust and Stalinism) and develop a European rather than national perspective on the causes and consequences of these two phenomena for modern European identity. The meeting is to mark a beginning of a longer term process of networking and dialogue.“ Das stimmt hoffnungsvoll, sieht es doch so aus, als wäre die Phase dieser Erinnerungskonkurrenz allmählich abgelaufen.

4. Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg oder: Dialogisches Erinnern

Es gibt aber nicht nur Gegensätze, es gibt auch merkwürdige Asymmetrien im europäischen Gedächtnis. Während sich die Ho-

locast-Erinnerung inzwischen weit über die europäischen Grenzen ausgedehnt hat, tut sich innerhalb Europas eine signifikante Leerstelle auf. In Russland ist nicht nur das Gedenken an den Stalinismus gänzlich verdrängt, auch das an den Holocaust findet dort keinen Anhaltspunkt. Das ist jedoch paradox. Am 27. Januar wird inzwischen in immer mehr Nationen jährlich der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz im Jahre 1945 gedacht, doch die Befreier selbst gehören nicht zu dieser ständig wachsenden Erinnerungsgemeinschaft. Dabei ist die Rote Armee im post-sowjetischen Russland durchaus Gegenstand intensiver nationaler Kommemoration. In deren Zentrum steht der „Große Vaterländische Krieg“, in dem Hitler durch Stalin überwältigt wurde. Diese Leistung, das schlechthin Böse mit großen Verlusten heroisch überwunden zu haben, bildet heute im post-sowjetischen Russland den Kern des historischen Selbstverständnisses und nationalen Gedenkens. Die Russen erinnern sich an den 9. Mai 1945, also nicht an das Ende des Massenmords an den europäischen Juden, sondern an das Ende des Zweiten Weltkriegs und den Sieg der ruhmreichen Roten Armee samt der zivilen Opfer. Das russische nationale Gedächtnis konstruiert über den problematischen, image-schädigenden Systemwandel von 1990/91 hinweg eine lange historische Kontinuität von russischer Ehre und russischem Leid. Das ehemalige internationalistische Selbstbild ist dem affirmativen Selbstbild einer imperialen Nation gewichen.¹² Dieses Selbstbild versperrt sich der Aufnahme eines Gedächtnisses, das nicht die eigenen, sondern fremde Opfer betrifft. Es gibt noch einen anderen Grund, warum Russland sich der Erinnerungsgemeinschaft des 27. Januar nicht anschließt: Das Datum ist in der russischen Erinnerung bereits belegt mit dem Trauma der Leningrader Hungerblockade durch die deutsche Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg.

In der europäischen Erinnerungsgeschichte lässt sich immer deutlicher ein „Auseinander-

treten von Krieg und Holocaust“ erkennen.¹³ Es wird immer offenkundiger, dass das traumatische Erbe der verschränkten Gewaltgeschichte des zweiten Weltkriegs nicht länger in der beschränkten Grammatik traditioneller nationaler Gedächtniskonstruktionen bearbeitet werden kann. In dieser Geschichte gibt es vieles, was die Historiker wissen, was jedoch keinen Platz im nationalen Gedächtnis erhält, weil bisher der Druck eines persönlichen Bedürfnisses oder politischen Imperativs fehlte. Dazu gehören auch viele Gräueltaten des Zweiten Weltkrieges, die die Deutschen an ihren Nachbarn verübt haben, die dort zu identitätsdefinierenden traumatischen Kernereinerungen geworden sind. Während bei den Deutschen die jüdischen Opfer ins allgemeine Bewusstsein gedrungen sind, wissen die nachwachsenden Generationen so gut wie nichts von den polnischen oder russischen Opfern der deutschen Kriegsführung. Die Bombardierung Dresdens ist fest im deutschen nationalen Gedächtnis verankert, aber man weiß in Deutschland kaum etwas von der Zerstörung der historischen Warschauer Altstadt durch die Deutschen und den Opfern des Warschauer Aufstands, der meist mit dem durch Willy Brandts Kniefall berühmt gewordenen Ghetto-Aufstand verwechselt wird. Auch die bereits genannte Leningrader Blockade von 1941-1944 durch die Wehrmacht, eine der längsten und destruktivsten „Belagerungen“ der neueren Geschichte, bei der annähernd eine Million Russen verhungerten, hat keinen Platz im deutschen historischen Gedächtnis.¹⁴

Diese paradigmatischen europäischen „lieux de mémoire“, zu denen auch Oradour-sur-Glane gehört, bilden keinen Schulstoff, finden keine Erwähnung in Diskursen und keine symbolische Repräsentation im öffentlichen Raum. Sie machen aber – durch ihre Asymmetrie der starken Erinnerung auf Seiten der Opfer und des Vergessens auf Seiten der Nachfolger der Täter – einen erheblichen Teil der Last der Vergangenheit aus und verformen nachhaltig die europäische Binnenkommunikation.

Wie können diese Asymmetrien und Grenzen überwunden werden, sodass Europa von einer gespaltenen zu einer integrierten und gemeinsamen Gedächtniskultur findet? Um diese Frage zu beantworten, möchte ich den Begriff des „dialogischen Erinnerns“ einführen. Darunter verstehe ich eine Erinnerungspolitik zwischen zwei oder mehreren Staaten, die durch eine gemeinsame Gewaltgeschichte miteinander verbunden sind, und die gegenseitig ihren eigenen Anteil an der traumatisierten Geschichte des anderen anerkennen und empathisch das Leiden des Anderen ins eigene Gedächtnis mit einschließen. Dialogisches Erinnern steht deshalb auch für die wechselseitige Verknüpfung und Aufrasterung allzu einheitlicher Gedächtniskonstruktionen entlang nationaler Grenzen.¹⁵ Der Weg zu einem dialogischen Gedächtnis ist freilich ein weiter, denn in aller Regel ist das nationale Gedächtnis monologisch organisiert; es hat die Aufgabe, die nationale Identität zu stützen und zu zelebrieren. Das Prisma des nationalen Gedächtnisses tendiert deshalb stets dazu, die Geschichte auf einen akzeptablen Ausschnitt zu verengen. Angesichts einer traumatischen Vergangenheit gibt es üblicherweise überhaupt nur drei Rollen, die das nationale Gedächtnis akzeptieren kann: die des Siegers, der das Böse überwunden hat, die des Widerstandskämpfers und Märtyrers, der gegen das Böse gekämpft hat, und die des Opfers, das das Böse passiv erlitten hat. Was jenseits dieser Positionen und ihrer Perspektiven liegt, kann gar nicht oder nur sehr schwer zum Gegenstand eines akzeptierten Narrativs werden und wird deshalb auf der offiziellen Ebene „vergessen“.

Den monologischen Charakter des nationalen Gedächtnisses hat Marc Bloch bereits in den 20er-Jahren kritisiert. Er schrieb: „Hören wir doch endlich damit auf, uns ewig von Nationalgeschichte zu Nationalgeschichte zu unterhalten, ohne uns gegenseitig zu verstehen“. Er sprach von einem „Dialog unter Schwerhörigen, bei dem jeder völlig verkehrt auf die Fragen des anderen antwortet“.

tet“.¹⁶ Das nationale Gedächtnis existiert heute keineswegs mehr in Isolation, sondern ist mit anderen nationalen Gedächtnissen eng verbunden. Der zweite Weltkrieg ist Teil eines europäischen Gedächtnisses, das von den Mitgliedstaaten nur gemeinsam und dialogisch getragen werden kann. Die Europäische Integration kann nicht wirklich fortschreiten, solange die monologischen Gedächtnis-Konstruktionen sich weiter verfestigen. Bei dem, was ich hier mit „dialogischem Erinnern“ umschreibe, handelt es sich zwar noch keineswegs um eine allgemein praktizierte Form des Umgangs mit einer geteilten Gewaltgeschichte, aber doch um eine große kulturelle und politische Chance, die in dem Projekt Europa enthalten ist. Die Konstellation der Europäischen Union bietet einen einmaligen Rahmen für die Überführung von monologischen in dialogische Gedächtnis-Konstruktionen. Der Psychoanalytiker Alexander Mitscherlich sprach einmal von der „so lange aufgeschobenen Bearbeitung der Vergangenheit unter dem Realitätsprinzip“, die heute unter der Bedingung des Zusammenrückens in Europa umgesetzt werden kann.¹⁷ Richard Sennett hat betont, dass es einer Vielfalt widerstrebender Erinnerungen bedarf, um unangenehme historische Fakten anzuerkennen.¹⁸ Genau darin liegt das besondere Potenzial, das der europäische Erinnerungsrahmen bereithält, und das bisher erst ansatzweise genutzt worden ist.

Während die monologische Erinnerung die eigenen Leiden ins Zentrum stellt, nimmt die dialogische Erinnerung das den Nachbarn zugefügte Leid mit ins eigene Gedächtnis auf. Dialogisches Erinnern mündet nicht in einen auf Dauer gestellten ethischen Erinnerungspakt, eine Form, die ausschließlich für die Holocaust-Erinnerung geprägt worden ist. Dialogisches Erinnern mündet in ein gemeinsames historisches Wissen um wechselnde Täter- und Opfer-Konstellationen. In dieser geteilten traumatischen Gewaltgeschichte sind beide Erinnerungen aufgehoben. Ich zitiere noch einmal Claus

Leggewie: „Wenn Europa ein kollektives Gedächtnis haben soll, dann ist dieses ebenso vielfältig wie seine Nationen und Kulturen. Erinnerung lässt sich nicht mnemotechnisch regulieren, schon gar nicht durch offizielle Staatsakte und routinierte Gedenkrituale wie am 8. oder 9. Mai. Europäisch kann jedoch der Weg sein, den wir finden, um Untaten unserer Vorfahren gemeinsam zu erinnern und daraus behutsame Lehren für die Gegenwart der europäischen Demokratien zu ziehen.“¹⁹

Ein vereinigt Europa braucht kein einheitliches, wohl aber ein kompatibles europäisches Geschichtsbild. Es geht ganz ausgesprochen nicht um ein abstraktes, vereinheitlichtes europäisches Master-Narrativ, in dem sich die Erinnerungs-Perspektiven der Betroffenen verwischen, sondern um die dialogische Bezogenheit und gegenseitige Anschlussfähigkeit nationaler Geschichtsbilder. Die italienische Oral History Forscherin Luisa Passerini hat in diesem Zusammenhang eine wichtige Unterscheidung eingeführt. Sie spricht von „shared narratives“ (oder gemeinsamen Geschichten) und „shareable narratives“ im Sinne von anschlussfähigen Geschichten.²⁰ Dialogisches Erinnern ist im nationalen Gedächtnis verankert, überschreitet jedoch den Horizont der Nationen durch eine transnationale Perspektive. Erst auf der Basis der wechselseitigen Anerkennung von ehemaligen Opfern und Tätern kann sich der Blick auf eine gemeinsame Zukunft öffnen. Solange allerdings die verengten nationalen Geschichtsbilder dominieren, herrscht in Europa weiterhin „ein Dialog unter Schwerhörigen“, um nicht zu sagen: ein schwelender „Bürgerkrieg der Erinnerungen“. Aus der Sackgasse heroischer Mythen und Opferkonkurrenz führt allein, um mit Peter Esterhazy zu sprechen, „ein geteiltes europäisches Wissen über uns selbst als Täter und Opfer“.²¹

Das Prinzip des transnationalen dialogischen Erinnerns in Europa hat ein weiterer ungarischer Schriftsteller, nämlich György Kon-

rád, auf den Punkt gebracht: „Es ist gut, wenn wir Erinnerungen austauschen und erfahren, was die anderen von unseren Geschichten denken. ... Die gesamte europäische Geschichte ist zusehends Allgemeingut, das für einen jeden ohne die Verpflichtung nationaler oder anderer Befangenheiten zugänglich ist“.²² Auch damit hat Konrád noch keinen Ist-Zustand beschrieben, aber noch einmal das besondere Potential beim Namen genannt, das der kulturelle Rahmen der EU für seine Mitgliedstaaten bereithält.

5. Fazit

In Europa liegen Traum und Trauma eng beieinander. Mit dieser Geschichtslast verbindet sich auch ein besonderes Erinnerungspensum. Das gilt zunächst für das Trauma des Holocaust, das eine nationale, europäische und transeuropäische Erinnerung hervorgebracht hat. Es gilt aber auch für die Traumata des Krieges und Nachkrieges, denn die gemeinsame Erinnerung an eine Gewaltgeschichte ist die wirksamste Methode, um die Voraussetzungen, die sie möglich gemacht haben, zu überwinden. In dem Maße, wie die Europäer sich ihrer gemeinsamen Geschichte bewusst werden, festigt sich das Haus Europa. Darin liegt die unvollendete Utopie Europas.

Anmerkungen

- ¹ Fiedler, Leslie: Cross the Border, Close the Gap, in: Wege aus der Moderne. Schlüsseltexte der Postmoderne-Diskussion, hrsg. von Wolfgang Welsch, Weinheim 1988, S. 57-74; hier S. 73.
- ² In Luxemburg verdrängte der neue Gedenktag, der 2007 zum ersten Mal begangen wurde, den 10. Oktober, den Jahrestag des Referendums von 1941. In Frankreich besteht der 27. Januar neben dem 16. Juli, dem Tag der größten Judenraza unter deutscher Besatzung („Rafle du Vel' d'Hiv“, 16./17. Juli 1942), an das sich die Franzosen seit 1995 erinnern, indem sie der „Opfer der rassistischen und antisemitischen Verbrechen der Vichy-Regierung“ gedenken und die französischen „Gerechten“ ehren. In den USA und in Israel hat der 27. Januar als Gedenkdatum keine Geltung. In beiden Staaten findet das Holocaust-Gedenken im Frühjahr in Entsprechung zum 27. Nissan statt, dem Ende der 60er-Jahre eingeführten israelischen Holocaust-Gedenktag.
- ³ Amtsblatt der Europäischen Union vom 27.1.2005; /eurlex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2005:253E:0037:0039:DE:PDF
- ⁴ Maier, Charles S.: Heißes und kaltes Gedächtnis: Über die politische Halbwertszeit von Nazismus und Kommunismus, in: Transit 22/2001-02.
- ⁵ Kovacs, Eva: „Das Gedächtnis der Shoah als mémoire croisée der verschiedenen politischen Systeme“, Eurozine 2007, http://www.eurozine.com/articles/article_2007-04-18-kovacs-de.html, Stand: 4.3.2011.
- ⁶ Droit, Emmanuel: Die Shoah: Von einem westeuropäischen zu einem transeuropäischen Erinnerungsort?, in: Europäische Erinnerungsräume, hrsg. von Kirstin Buchinger, Claire Gantet und Jakob Vogel, Frankfurt a. M. / New York 2009, S. 257-265.
- ⁷ Ihre Holocaust-Autobiographie ist auch auf deutsch erschienen. Veil, Simone: Und dennoch leben. Die Autobiographie der großen Europäerin, Berlin 2009.
- ⁸ Siehe Droit: Die Shoah, S. 159; Sandra Kalniete hat ihr Schicksal in dem Buch „Mit Ballschuhen im sibirischen Schnee. Die Geschichte meiner Familie“, München 2005, erzählt.
- ⁹ Leggewie, Claus: Ende und Anfang des Leids. Der 9. Mai: Europas gespaltene Erinnerung, in: Süddeutsche Zeitung (SZ), 7./8.5.2005, S. 13.
- ¹⁰ Faulenbach, Bernd: Probleme des Umgangs mit der Vergangenheit im vereinten Deutschland. Zur Gegenwartsbedeutung der jüngsten Geschichte, in: Deutschland. Eine Nation – doppelte Geschichte. Materialien zum deutschen Selbstverständnis, hrsg. von Werner Weidenfeld, Köln 1993, S. 190.
- ¹¹ Leggewie, Claus: Der Kampf um die europäische Erinnerung. Ein Schlachtfeld wird besichtigt, München 2011, S. 11.
- ¹² Diner, Dan: Gegenläufige Gedächtnisse. Über Geltung und Wirkung des Holocaust, Göttingen 2008, S. 58.
- ¹³ Ebd., S. 9.
- ¹⁴ Jahn, Peter: 27 Millionen, in: Die Zeit, 14.6.2007.
- ¹⁵ Dazu ausführlicher Assmann, Aleida: Europe: A Community of Memory? Twentieth Annual Lecture of the GHI, November 16, 2006, in: German Historical Institute Bulletin 40/2007, S. 11-25.
- ¹⁶ Middell, Matthias (Hrsg.): Alles Gewordene hat Geschichte. Die Schule der Annales in ihren Texten 1929-1992, Leipzig 1994, S. 159.
- ¹⁷ Mitscherlich, Alexander und Margarete: Die Unfähigkeit zu Trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens, Nachwort 1970, München 1977, S. 365.
- ¹⁸ Sennett, Richard: Disturbing Memories, in: Memory, hrsg. von Patricia Fara und Keraly Patterson, Cambridge 1998, S. 10-26, hier S. 14.
- ¹⁹ Leggewie: Der Kampf um die europäische Erinnerung; weiter: „Dabei kann Europa sein Selbstbewusstsein natürlich nicht allein aus der Widerlegung seiner Verbrechen Geschichte ziehen.“
- ²⁰ Passerini, Luisa: Shareable Narratives? Inter-subjectivity, Life Stories and Reinterpreting the Past, Berkeley 2002, S. 5, 14.
- ²¹ Esterhazy, Peter: Alle Hände sind unsere Hände, in: SZ, 11.10.2004, S. 16.
- ²² Konrád, György: Aufruhr. Rede zur Eröffnung des 50-jährigen Bestehens der Aktion Sühnezeichen am 3.5.2008 im Haus der Kulturen der Welt in Berlin, www.asf-ev.de/fileadmin/asf_upload/aktuelles/Jubilaum2008/gyoergy.pdf

Wie bestimmt die Geschichte die nationalen Erinnerungs- und Gedenkkulturen in Deutschland und Polen?

Robert Traba

Beeinflussen historische Ereignisse tatsächlich die Art, wie sie erinnert werden und wie ihrer gedacht wird? Scheinbar wissen wir, worum es geht. Vielleicht unterliegen wir aber auch einer kollektiven Täuschung, dass wir nur glauben, es zu wissen. Denn ist es nicht so, dass wir in zwei Realitäten leben, die paradoxerweise gleich real sind, die sich gegenseitig vervollständigen und ineinander verwoben sind: in der Welt der Fakten, also der Ereignisse (Schlachten, Kriege, Entdeckungen, spektakuläre Haltungen) und in der Welt der Bilder, die wir in unseren Köpfen formen? Natürlich betreffen diese Bilder Ereignisse, die Jahrzehnte oder Jahrhunderte her sind, aber ihre Erinnerungen und Erzählungen sind unglaublich vielfältig, manchmal geradezu widersprüchlich.

1. Einführung

Ich möchte meinen Beitrag mit einem kurzen Kommentar zu seinem Titel beginnen: „Die Geschichte bestimmt die nationalen Erinnerungs- und Gedenkkulturen“. In diesem Zusammenhang fällt mir die schon klassische Maxime von Ernest Gellner ein, „es sind nicht die Nationen, die den Nationalismus schaffen, sondern die Nationalisten, die die Nationen schaffen“ und auch die berühmte Formulierung von Benedict Anderson über Nationen als „imagined communities / (imaginierte Gemeinschaften)“. Vielleicht wäre es also besser zu fragen: Wie konstruieren Geschichtspolitik in Polen und Deutschland die zeitgenössischen Bilder vergangener Ereignisse? Wie beeinflussen sie Erinnerungs- und Gedenkkulturen? Diese Überlegungen stelle ich zunächst einfach in den Raum, gewissermaßen als Memento, und wende mich ihnen erst später wieder zu.

2. Erinnerungspolitik¹

Die Vertreter der Vereinigung Liberté pour l'Histoire (Freiheit für die Geschichte) haben in dem sog. Appell von Blois am 11. Oktober 2008 geschrieben:

„Die Geschichte darf nicht zum Sklaven der laufenden Ereignisse werden, man darf sie nicht unter dem Diktat der miteinander konkurrierenden Erinnerungen schreiben. In einem freien Staat steht es weder dem Parlament noch der Judikative zu, die historische Wahrheit festzulegen, geschweige denn die Freiheit der Historiker mittels der Androhung von Strafsanktionen einzuschränken. ... Die politisch Verantwortlichen bitten wir zu begreifen, dass es zwar zu ihren Aufgaben gehört, das kollektive Gedächtnis zu pflegen, dass sie aber keinesfalls per Gesetz Staatswahrheiten institutionalisieren sollen, die schwerwiegende Konsequenzen für die Arbeit des Historikers und für die intellektuelle Freiheit insgesamt haben können.“

Amtlich dekretierte Gräueltaten werden nichts am Verstehen der Geschichte ändern. Stellen wir uns – schrieb einer der Unterzeichner des Appells, Timothy Garton Ash – die Verhandlungen hinter den geschlossenen Brüsseler Türen vor: „Die Polen sagen den Franzosen: schön, der armenische Genozid für den ukrainischen Großen Hunger. Der reine Gogol“. Und er fügte hinzu:

„Um solchen Dingen die Stirn bieten zu können, muss man vor allem über sie Be-

scheid wissen. Man muss in den Schulen über sie unterrichten und ihrer öffentlich gedenken. Um zu unterrichten, muss man forschen. Entdecken, nachprüfen, die Beweise durchsieben, um gegensätzliche Interpretationen möglichst zu verifizieren. Dieser Prozess – die Summe der historischen Forschungen und Debatten – verlangt eine vollkommene Freiheit, die einzig durch ein eng abgestecktes Verleumdungs- und Verunglimpfungsgesetz eingeschränkt wird ...“

Ich glaube, dass Ash seinen Artikel nicht zufällig damit pointierte, sich auf die satirische Welt der Heuchelei und des Zynismus aus den Werken von Nikolai Gogol sowie die polnisch-ukrainische „historische Allianz“ zu berufen. Den Zusammenstoß nationaler Interessen, deren Quellen in einer hybriden Vergangenheit und in der gesellschaftlichen Struktur stecken, liefert insbesondere Ostmitteleuropa. Da genügt es, die realen Streitigkeiten und die aus ihnen folgende Konkurrenz der Erinnerung von Slowaken und Ungarn, Polen und Deutschen, Weißrussen und Litauern, Tschechen und Deutschen oder Polen und Ukrainern in Erinnerung zu rufen. Sie stellen einen wichtigen Faktor der aktuellen Politik dar. Diese Beispiele öffnen auch neuen Raum für eine Debatte, die nicht unbedingt von einer politischen Dekretierung bedroht sein muss. Bedroht wird sie jedoch vom „Ende der Zeitzeugenepoche“. Jan Assmann erkennt darin eine universelle Erscheinung, die auf die römische Tradition zurückgeht. Der Grenzpunkt, das Ende des „saeculum“, war der Tod des letzten Mitglieds der Zeitzeugengeneration. Gegenwärtig können wir diese Phänomene am Beispiel der Mitte der 70er-Jahre des 20. Jahrhunderts anfangenden Explosion von Memuaristik beobachten, die mit den Erlebnissen des Holocaust im Zusammenhang stand, oder auch in Deutschland seit Mitte der 80er-Jahre des 20. Jahrhunderts, als der mit Unterbrechungen bis heute andauernde „Historikerstreit“ begann. Der Fall Polens und Ostmitteleuropas, der nur teilweise der Konstruktion von

Jan Assmann entspricht, wird zusätzlich durch einen politischen Faktor überlagert: die Änderung des politischen Systems, die eine Entsperrung der Zensurverbote nach sich zog. „Das Ende der Zeitzeugenepoche“ ist eine objektive Erscheinung, gegen die man kaum polemisieren kann. Sie löst auf natürliche Weise die Sperre des notwendigen Mechanismus der Neuinterpretation von Geschichte. Zugleich gebiert sie eine Nebenerscheinung: die Buchhaltung der Opfer, die Suche nach neuen Dominanten der eigenen Identität, gestützt auf die Geschichte.

Ich werde mich hier auf zwei Beispiele beziehen, die seit knapp zwanzig Jahren sowohl meine Forschungsarbeit als auch meine öffentliche Aktivität begleiten.

Das erste Beispiel. Es geht um das Problem des erzwungenen Bevölkerungstransfers, vor allem nach dem 2. Weltkrieg: auf Deutsch „Vertreibung“, auf Polnisch „wysiedlenia“ (Aussiedlungen) und Deportationen, auf Tschechisch – „odsun“ (Abschiebung) genannt. Allein schon in der Bezeichnung ist die nationale Besonderheit der Wahrnehmung und der Rezeption dieser Erscheinung enthalten. Zu einem Problem wird nicht die Frage, „ob man darüber sprechen und dessen gedenken sollte“, sondern „wie man gedenken sollte“, „welche Erzählkriterien man für die Aussiedlungen im großen Narrativ über das 20. Jahrhundert annehmen sollte?“ Während ich die öffentlichen, nicht wissenschaftlichen Debatten zu diesem Thema verfolge, habe ich den Eindruck, dass in den letzten Jahren eine eigenartige Magie großer Zahlen siegt und „das Bedürfnis, das Unrecht an den Opfern wieder gutzumachen“, sogar um den Preis der Geschichtsfälschung befriedigt werden soll. Keiner dekretiert die Geschichte, doch was entsteht, ist ein hegemonialer Diskurs, dessen Kern „das ungerechterweise vergessene Leiden“ des eigenen Volkes ist. Alle, die zum Beispiel versuchen, die Zahl der Opfer zu rationalisieren, den Vertreibungsdiskurs nicht nur in den Kategorien der Menschenrechte, sondern

auch als eine europäisierte Fortsetzung von Elementen der völkischen Sprache der 20er- und 30er-Jahre des 20. Jahrhunderts zu beschreiben, werden an den Rand der Debatte gedrängt, weil sie „die Leiden der Opfer“ nicht verstehen.

Im ermländischen Dorf Purda, wo ich zwei Jahre lang mit polnischen und deutschen Studenten Forschungsarbeiten führte, waren die einzigen „Vertriebenen“ nur die „importierten“ Beamten der örtlichen NSDAP-Strukturen, die in Wirklichkeit vor der Verantwortung und der Rechtsprechung flüchteten. Sie und ihre Nachkommen sind ebenfalls „Heimatvertriebene“. Die Massenausreisen begannen in den 50er-Jahren, und ihr Höhepunkt fiel in die 70er-Jahre des 20. Jahrhunderts. Die Kraft der kulturellen Erinnerung ist jedoch so stark, dass in manchen Erinnerungen automatisch die Kategorie „Vertreibung“ auftaucht.

Heute werden in der deutsch-deutschen Debatte die „Vertreibungen“ nicht dekretiert, sondern in der staatlich sanktionierten Formel aufgeschrieben: „Das 20. Jahrhundert, das Jahrhundert der Vertreibungen“. Wie sollen sich in der Konfrontation mit einem so definierten 20. Jahrhundert die Nachbarn fühlen, die die deutsche und sowjetische Besatzung erfahren haben, die zerstörerischen Folgen des 2. Weltkrieges, zwei Totalitarismen? Droht diese Formel nicht, die Proportionen und die Bedeutung historischer Ereignisse zu verwischen? Die „Erinnerung“ über „Geschichte“ dominieren zu lassen?

In letzter Zeit erfahre ich viel über Projekte, in denen polnische und deutsche „Vertriebene“ an Oder und Neiße einander von den tragischen Schicksalen ihres Heimatverlustes erzählen. Jemand hat diese Erscheinung sogar mit dem Satz pointiert: „Auf diese Weise, durch die Gemeinsamkeit des Schicksals, können sich Deutsche und Polen besser verstehen“. Ist das tatsächlich so? In diesem Erzählen geht die Tatsache verloren, dass – bevor ein „gemeinsames Schicksal“

sie Anfang 1945 verband, ein durchschnittlicher Pole vier Jahre oft tragischer deutscher Besatzung erlebt hatte. Und gerade diese Besatzung war die primäre Erfahrung seines Schicksals. In jener Zeit erlebten die heutigen „Vertriebenen“ die „Zeit der Frauen“, die auf ihre an der Ostfront kämpfenden Männer und Söhne warteten. „In der Erinnerung an die andere Seite“ – vielleicht ist gerade das die Formel, die einen neuen Wert in diese Erzählung bringen könnte?

Wenn ich es aus der Perspektive der Geschichtspolitik Ostmitteleuropas / Polens betrachte, so habe ich den Eindruck, dass die deutsche Debatte über „Vertreibungen“ sich seit dem Jahr 2000 gar nicht so sehr von den historischen Identitätsdebatten z. B. in Polen oder in der Ukraine unterscheidet. Die Palette der Akteure der öffentlichen Diskussion ist anders und differenzierter, das Niveau der Emotionalität nicht ganz so hoch, und die Distanz gegenüber sich selbst größer. Doch der Sinn bleibt der gleiche: der Versuch, mit Hilfe von Geschichte die zeitgenössische Identität aufzuschreiben.

In Polen ist es, nach den Erfahrungen des Kommunismus, ein Streit um die Prinzipien, in Deutschland nur um einen Teil des Selbstbildes. Daher hat dieser Versuch in Polen noch immer nicht den Charakter von einem Historikerstreit, sondern von einem ideologischen Streit. Es geht darum, welchen Platz die Kategorie Nation und Nationalgeschichte in der Konstruktion der modernen Identität einnehmen werden. Ihre Teilnehmer benutzen häufiger Epitheta als sachliche Argumente: patriotisch – antipatriotisch, national – kosmopolitisch, und stigmatisieren damit „echte Polen“ und „nationale Verräter“.

Das zweite Beispiel: Vor einiger Zeit, im Rahmen des deutsch-polnischen Workshops, habe ich sachlich, strukturell und didaktisch eine ausgezeichnete Ausstellung gesehen: „Das Gleis“ vom Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände in Nürnberg über die Beteiligung der Deutschen Bahn an der

Endlösung. Die Diskussion um einen Teil der Ausstellung stellt für mich eine Art Fallstudie des deutsch-polnischen Missverständens dar. Im letzten Teil der Ausstellung kam es zu einem Streit über die Tafel mit der Aufschrift „Auschwitz“. Diese Tafel befindet sich in einer Reihe anderer Tafeln, die die Namen von Vernichtungslagern tragen und die auf die letzte Etappe der Beteiligung der Deutschen Bahn an der Endlösung verweisen.

Wie bekannt ist, war Auschwitz nicht vollständig für die Vernichtung bestimmt, als Vernichtungslager diente nur das Lager Auschwitz-Birkenau. Um von den deutschen Besuchern verstanden zu werden, bedienen sich die Autoren der Ausstellung des Begriffs Auschwitz und dachten dabei ausschließlich an das Vernichtungslager. Auf diese Weise wurden die ersten zwei Jahre des Lagers (1940-1942) aus der Betrachtung ausgeschlossen, wie auch die ersten Opfer dieses Lagers, die u. a. polnische Bürger gewesen sind. Diese Tatsache rief bei Workshopteilnehmern kritische Reaktionen hervor. Die Reaktion unseres Moderators nach Besichtigung der Ausstellung lautete so, dass es sich dabei um ein kaum bedeutsames Detail handele, das keiner der deutschen Besucher wahrnehme und das im Grunde keinen besonderen Einfluss auf die Darstellung des Hauptthemas – die Beteiligung der Deutschen Bahn an der Vertreibung und Vernichtung der Juden – ausübe. Im Zusammenhang mit dieser Kontroverse möchte ich zwei Gedanken darlegen:

1. Der erste Gedanke bezieht sich auf einen historiographischen Widerspruch und betrifft nicht den deutsch-polnischen Kontext. Ich denke, dass bei der Anfertigung der Tafel zwei Kategorien der historischen Darstellung vermischt worden sind. Dieser Teil der Ausstellung konfrontiert uns auf eine interaktive Weise mit den Fakten der Verbrechen in den Vernichtungslagern. Es handelt sich dabei also um eine Darstellung auf der Ebene der Ereignisgeschichte, der so ge-

nannten Geschichte ersten Grades (*histoire au premier degré*). Diese Art der Darstellung verlangt in einer Ausstellung statt der Bezeichnung „Auschwitz“ die konsequente Verwendung des Begriffs „Birkenau“. Der Begriff „Auschwitz“ wurde benutzt, da er gleichzeitig auf der Ebene der Geschichte des zweiten Grades (*histoire au second degré*, Wahrnehmungsgeschichte, Interpretation) als Bestandteil des globalen Diskurses über den Zweiten Weltkrieg fest etabliert ist. Durch eine Überlagerung der ereignisgeschichtlichen Analyse durch Elemente der Erinnerungspraxis werden Zahlen, Daten und Fakten der vielschichtigen Geschichte der drei Haupt- und der Nebenlager, aus denen der Lagerkomplex bestand, verkürzt erfasst. „Auschwitz“ zählt zu den transnationalen Erinnerungsorten (Moritz Csáky). In diesem Zusammenhang ist das Argument, dass „Auschwitz“ in Deutschland eben auf eine bestimmte Art und Weise interpretiert wird, nicht plausibel. Wir haben es hier mit einem wahrscheinlich zufälligen Konflikt zweier unabhängig voneinander existierender, aber parallel laufender historischer Darstellungs- und Analyseformen zu tun. Wenn man in der historischen Darstellung allerdings um wissenschaftliche Konsistenz bemüht ist, müsste in der Ausstellung die Bezeichnung „Birkenau“ Verwendung finden, und es müssten nur die Zahlen angegeben werden, die die im Vernichtungslager ermordeten Menschen und Opfergruppen betreffen. Wenn man den Begriff „Auschwitz“ benutzt, sollte man dagegen sowohl die Zahlen der Opfer als auch die Daten der Existenz des „Stammlagers Auschwitz“ nennen. Ansonsten geraten wir in Gefahr, historische Vorstellungen zu rekonstruieren, statt Ereignisse zu beschreiben. Vor einem solchen Umgang mit dem historischen Gedächtnis hat unter anderem auch der Historiker Reinhard Koselleck gewarnt.

2. Der zweite Gedanke betrifft den deutsch-polnischen Kontext. Die emotionale, aber vor allem sachliche Reaktion einiger polni-

scher Teilnehmerinnen auf diese Fehler, wurde – diesen Eindruck habe ich gewonnen, wenngleich ihn niemand so offen ausgesprochen hat – erstens im Sinn einer polnischen Überempfindlichkeit bezüglich der eigenen Opfererfahrung und zweitens als ein generell zweitrangiges Problem interpretiert, weil es nicht den Kern der Ausstellung berühre. Mir scheint, dass dies keine geeignete Form ist, einen Dialog zu führen. Denn im Voraus wird hier eine nichtrationale Kategorie von Argumenten benutzt. Die Auseinandersetzung mit Geschichte erfolgt auf der Grundlage von Bezügen auf einen so genannten „Nationalcharakter“. Das Problem des „polnischen Opfers“ ist eines der wichtigen Themen der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Ich habe zunehmend den Eindruck, dass gewisse Fakten der Geschichte Polens nicht berücksichtigt werden oder überhaupt nicht bekannt sind, sogar im Kreis von Spezialisten. Ich möchte an dieser Stelle dieses Problem nicht weiter verfolgen.

Auf der anderen Seite bestimmt der Holocaust – berechtigterweise – einen Hauptstrom des Diskurses über den Zweiten Weltkrieg. Das ist ein Faktum, das ganz offensichtlich und zugleich wünschenswert ist. Eine Gefahr besteht dann, wenn ein Mainstream-Diskurs sich in einen hegemonialen Diskurs verwandelt und andere Diskursteilnehmer an den Rand gedrängt werden. Es handelt sich hierbei um ein ungewöhnlich schwieriges Thema, aber auch um eine charakteristische Tendenz. Als vor ein paar Jahren die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ eröffnet wurde, begann die Darstellung nicht mit dem Ausbruch des Krieges 1939, sondern mit dem Überfall der Deutschen auf die Sowjetunion. Erst die Sensibilität, die meine deutschen Kollegen bei der Arbeit am Deutschen Historischen Institut in Warschau erwarben, führte dazu, dass die Ausstellung um einen „Prolog“ bezüglich des Zeitraums 1939-1941 ergänzt wurde. Hierbei geht es nicht um eine Opferkonkurrenz, sondern lediglich um Sensi-

bilität und Kompetenz bei der Darstellung der Geschichte. Die deutsche und sowjetische Vernichtungspolitik in Polen in den Jahren 1939-1941 ist auf ihre Art ein europäisches Phänomen, in dem sich bereits wie in einer Linse die gesamte „Dramaturgie“ der folgenden Kriegsjahre zeigt, einschließlich der Vernichtung der Juden.

Bei der deutschen Aufarbeitung der Geschichte fehlt – so scheint es mir – ein Wort in der Liste der Erinnerungsorte (*lieux de mémoire*), nämlich Besatzung / Okkupation. Es geht dabei nicht darum, sich auf alle Einzelfälle zu beziehen, sondern darum, dass für alle Opfer – im Unterschied zu den Tätern – jedes Verbrechen in dem Maße spürbar ist, wie es persönlich oder kollektiv als gesellschaftliche und nationale Gruppe erlebt wird. In Deutschland ist seit dem Ende der 60er-Jahre des 20. Jahrhunderts der Diskurs über die Opfer des Nationalsozialismus der dominierende Diskurs. Heute kommt ein weiterer Faktor hinzu: Die Deutschen nicht nur als Täter, sondern auch als Opfer des Zweiten Weltkriegs (Bombenkrieg und Vertreibungen) zu sehen. In diesem Zusammenhang denke ich, dass eine größere Sensibilität gegenüber den Polen bestehen sollte. Durch die Folgen des Zweiten Weltkrieges kamen 20 Prozent der polnischen Bevölkerung ums Leben. Ein weiterer Fakt, der ohne Zweifel das Problem bezüglich der Selbstwahrnehmung der Polen verschärft, ist der Umstand, dass die polnische Historiographie fast 50 Jahre lang nicht an der globalen Diskussion über dieses Thema als gleichberechtigter Partner teilgenommen hat. Daher stammen sicher auch manchmal Minderwertigkeitskomplexe bzw. sogar die oben erwähnte Übersensibilität.

Timothy Garton Ash findet den Schlüssel zur „Flucht“ im Dekretieren von Geschichte in der Formulierung „man muss vor allem über sie Bescheid wissen, man muss in den Schulen über sie unterrichten“. Einen der Wege zum Wissen hat das Beispiel des deutsch-französischen Geschichtslehrbuchs

zeigt. Während der Öffentlichkeitsarbeit für den zweiten Band sprach Wolf Lepenies eine bezeichnende Botschaft aus, sinngemäß etwa: Dieses Lehrbuch ist wichtig, doch eine wahre Herausforderung wird erst ein deutsch-polnisches Lehrbuch sein, nicht nur aus bilateralen Gründen, sondern weil es Westeuropa ein vergessenes Fragment der Geschichte Osteuropas nahebringen wird. Die ersten Arbeitsergebnisse der Gruppe polnischer und deutscher Experten deuten darauf hin, dass wir tatsächlich die Chance haben, ein außergewöhnliches Projekt zu schaffen. Die Politiker schreiben dabei die Geschichte nicht vor, doch sie schaffen günstige Rahmenbedingungen für ein ideologiefreies Funktionieren des Projekts. Ich denke nicht, dass dieser Weg zu einem Modell für Europa werden wird, doch sicherlich reißt es eines der letzten Elemente des Eisernen Vorhangs nieder, und das in Ausführung von Historikern aus zwei Völkern, zwischen denen es im 20. Jahrhundert wohl die am stärksten konfliktbeladenen Beziehungen gab. Dieses Beispiel wirkt weiter, wofür die große französisch-polnisch-ukrainische Konferenz „Geopolitik – Versöhnung und Erinnerung“, die Anfang Dezember 2009 in Kiew stattgefunden hat, als Beispiel dienen kann. Auch für solche Projekte hat die Botschaft nach Verständnis für „eine andere Erinnerung“ einen Sinn.

3. Methode oder Vielfalt der historischen Kontexte

Ich habe bereits erwähnt, dass wir in Zeiten der „Entdeckung einer neuen historischen Quelle“ leben, des Zeitzeugen. Wir leben in der Zeit der Dominanz des „kollektiven Gedächtnisses“ über die „Geschichte“, oft im Geiste der Botschaft „denn Geschichte ist doch Erinnerung“. Je mehr ich mich selbst mit dieser Problematik beschäftige, desto skeptischer werde ich gegenüber einer Art Kult für eine solche Tendenz. Es freuen sich die Sozialwissenschaftler, es freuen sich

die Kulturwissenschaftler, es freuen sich die Konstruktivisten: Endlich entfernen sich die Historiker von Ereignisgeschichte. Ich selbst finde mich übrigens eher in der Kulturgeschichte wieder. Die Erinnerung an die andere Seite bedeutet in diesem Fall, dass man nach einer Balance zwischen den unterschiedlichen Haltungen gegenüber der Vergangenheit suchen sollte.

Eine fundamentale Warnung für den ganzen Forschungskomplex des kollektiven Gedächtnisses hat einer seiner größten Kritiker und zugleich einer der besten deutschen Historiker, Reinhart Koselleck, formuliert, der verstorbene Autor des auch auf Polnisch erschienenen Buches „Vergangene Zukunft – Zur Semantik geschichtlicher Zeiten“. Koselleck sah die Gefahr in der Verwischung der Grenzen zwischen Ereignisgeschichte – der sogenannten Geschichte ersten Grades, und der – vorgestellten – Geschichte zweiten Grades. Das fehlende Gleichgewicht zwischen diesen beiden Kategorien kann zu einer Störung der Wahrnehmung und Beschreibung der sogenannten historischen Realität führen. Diese Gefahren kann man auf drei Folgerungen reduzieren: die Entrealisierung von Geschichte, fehlende Repräsentativität und den Bau theologischer Konstruktionen. Im Ergebnis dessen würden sich die Unterschiede zwischen dem II. und III. Reich nicht auf die Realitäten beschränken, sondern auf ihre Wahrnehmung auf der Ebene von Geschichte kollektiver Vorstellungen / Konstruktionen.

Am Ende seines Lebens griff Koselleck jedoch selbst nach den Forschungen zur Erinnerung, nur tat er das im individuellen Kontext, inspiriert u. a. von der Reflexion zu eigenen, persönlichen Erfahrungen. In dem von ihm in der Vierteljahrszeitschrift „Borussia“ publizierten Artikel lese ich eine große Warnung vor der Fetischisierung „kollektiver Vorstellungen“ als historischer Realität. Koselleck bemerkt jedoch gleichzeitig die Rolle des Zeugen, der, vom „Schweige-

zwang“ berührt, in einem bestimmten Moment den Mut hat, mit dem Sprechen anzufangen. Unsere, der Historiker Aufgabe besteht dann darin, die individuelle Erzählung in den historischen Kontext einzubauen, ohne das Gleichgewicht zwischen Individualisierung und Kontextualisierung des Blickes auf die Vergangenheit zu verlieren.

Ich schreibe hier über die kritischen Anmerkungen von Reinhart Koselleck hinsichtlich des kollektiven Gedächtnisses, weil ich selbst, gemeinsam mit Hans Henning Hahn und einem Team von mehr als 100 Autoren die große Aufgabe übernommen habe, die deutsch-polnischen Erinnerungsorte zu beschreiben. Die Skepsis von Reinhart Koselleck und Klaus Zernack, oder auf der polnischen Seite des Ideenhistorikers Jerzy Jedlicki und des Germanisten Hubert Orłowski haben bewirkt, dass wir „unsere bilateralen“ Erinnerungsorte als historische Phänomene definiert haben. In diesem Begriff sind sowohl die metaphorische Kraft der Ereignisse, Personen, topografische Orte, Artefakte oder auch Symbole, Denkmäler und diskursive Ereignisse enthalten, als auch der Kontext ihres Funktionierens in einem konkreten Raum von Tatsachen und Ereignissen. So beziehen wir uns also in der Dimension der deutsch-polnischen Nachbarschaft auf die Beziehungsgeschichte von Klaus Zernack. Wir untersuchen Mechanismen des Alltagslebens, die dazu führen, dass eben „dieses“ und kein „anderes“ Ereignis zu einem Element wird, das Menschengruppen konstruiert, die sich für Deutsche oder Polen halten / hielten. Wir versuchen, auf diese Weise der Falle der Normativität bei der Beschreibung von Erinnerungsorten zu entkommen.

Reinhard Koselleck hat „das Prinzip der sieben P“ formuliert, das vor der Dominanz kollektiver Vorstellungen über das Recht auf individuelle Erinnerung schützen soll. Diejenigen, die das Recht auf individuelle

Erinnerung bedrohen, sind: P-rofessoren, P-olitiker, P-riester, P-ädagogen, P-oeten, P-ublizisten und PR-Spezialisten. Wir haben im Team des Zentrums für Historische Forschung der Polnischen Akademie der Wissenschaften neun Prinzipien formuliert, die die deutsch-polnischen Erinnerungsorte vor ihrer normativen Funktion in der aktuellen Geschichtspolitik und der Hypostasierung der Realität ausschließlich durch kollektive Vorstellungen schützen soll. Wir bemerken, dass die heutige Rekonstruktion der Erinnerung viel zu oft dazu beiträgt, nationale Identitätskonstrukte zu verfestigen oder miteinander konkurrieren zu lassen.

4. Schlussbemerkung

Das Modell bilateraler Erinnerungsorte soll die von Pierre Nora, Hagen Schulze, Etienne François oder der Gruppe österreichischer Kulturwissenschaftler und Historiker um Moritz Csáky vorgeschlagene Perspektive erweitern. Es löst aber überhaupt nicht das Problem der kollektiven Gedächtnisse im Kontext Ostmitteleuropas. Das ist mir bei der Vorbereitung einer Ausstellung über in den letzten 200 Jahren in Berlin lebende Polen deutlich bewusst geworden. Es stellte sich heraus, dass es am schwierigsten war, die Frage „Wer ist denn ein Pole in Berlin?“ zu beantworten. Zum ersten Mal erfuhr ich dieses Problem aus eigener Erfahrung. Ich musste einen Kollegen finden, der in der Paul-Robeson-Straße am Prenzlauer Berg wohnte, wusste jedoch seine Hausnummer nicht. Fast eine Stunde lang las ich die Namen an den Klingeln, um im vorletzten Haus den richtigen zu finden. Fast alle Namen klangen merkwürdig bekannt: slawisch-polnisch, doch unter Bruch aller Rechtschreibregeln der polnischen Sprache! Waren das noch Polen? Oder vielleicht schon Deutsche? Ist ein Schlesier, der „Wasserpole“ spricht, ein Pole? Oder ein aus einem polnischen Shtetl stammender Jude ein „Ostjude“? Wen soll man von

den Helden der Erzählung über das polnische Berlin einbeziehen und wen ausschließen? Wie verhält sich die Kategorie des kollektiven Gedächtnisses zu diesem Problem? Wie bleibt in einem solchen hybriden Kulturraum, wo sich verschiedene Migrationswellen und Haltungen überlappen, die Erinnerung „erhalten“? Wie wird das Bild „unserer“ und „nicht-unserer“ Vergangenheit konstruiert? Ob das Verhältnis zwischen kommunikativem und kulturellem Gedächtnis eine spezifische Form annimmt? Kann man auf dem Niveau eines allgemeinen Prinzips die Mechanismen der Erinnerung und des Vergessens definieren?

Ich kann diese Fragen nicht alle beantworten. Ich übertrage sie jedoch auf die hybride Struktur Ostmitteleuropas und nehme eine noch größere Herausforderung wahr. Die Massendimension der Nationsbildungsprozesse dauerte dort oft noch bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts. Wenn wir das kollektive Gedächtnis im Raum der langen Dauer beschreiben, berühren wir zwangsläufig nur einen kleinen Prozentsatz von „Polen“, „Ukrainern“, „Litauern“ oder „Slowaken“ und so weiter, wodurch wir die Gefahr schaffen, dass wir uns auch derjenigen bemächtigen, die keine eindimensionale nationale Identifikation verspürt haben.

Anmerkung

- ¹ Vgl. Traba, Robert: „Die andere Seite der Erinnerung“ – über das Gedächtnis in der historischen Erfahrung Ostmitteleuropas im 19. und 20. Jahrhundert, in: *Historie. Jahrbuch des Zentrums für Historische Forschung Berlin*, Folge 2, Berlin 2009, Nr. 2, S. 11-21.

Erinnerungs- und Gedenkkultur in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg*

Klaus Ziemer

Der Zweite Weltkrieg bildete zusammen mit den ihm vorausgehenden Jahren ab 1933 sowie den unmittelbaren Nachkriegsjahren eine sehr tiefe Zäsur. 1945 sah nicht nur die politische Landkarte Europas, insbesondere Ostmitteleuropas, ganz anders aus als zuvor. Die Erfahrung des Zweiten Weltkriegs veränderte nachhaltig Mentalitäten, bildete einen entscheidenden Anstoß zur europäischen Integration und änderte auch das Verhältnis von Völkern zueinander. Ich möchte im Folgenden der Frage nachgehen, wie sich in Deutschland Erinnerung und Gedenken an diese Zeit entwickelt haben.

„Erinnerung“ ist in den letzten Jahren zu einem zentralen Paradigma der Geschichtsschreibung geworden. Schlüsselkategorien sind dabei „kommunikatives“ und „kulturelles Gedächtnis“. „Kommunikatives Gedächtnis“ meint die Weitergabe von Ereignissen an die Nachfolgenden durch Zeitzeugen, die gewissermaßen „aus erster Hand“ ihre Erlebnisse weitergeben. Die Vielzahl solcher Berichte wird, verdichtet durch die Interpretation der Medien, der Politik und der Wissenschaft, zum „kommunikativen Gedächtnis“, das die Narratio über Ereignisse bestimmt, die die Zeitgenossen selbst nicht miterlebt haben.

Wenn wir wiederum den Zweiten Weltkrieg als Bezugspunkt für unsere Überlegungen nehmen, befinden wir uns gegenwärtig in einer Phase, in der die Zahl derer immer kleiner wird, die diesen Krieg selbst erlebt haben und darüber berichten können. Er geht, in den genannten Kategorien gesprochen, vom kommunikativen in das kulturelle Gedächtnis über. Umso wichtiger wird, was in diesem kulturellen Gedächtnis gespeichert ist.

Der Begriff „Erinnerungskultur“ impliziert, dass die Inhalte des kulturellen Gedächtnis-

ses von einer großen Zahl von Personen geteilt werden. Er bedeutet nicht, dass es in einer Gesellschaft nur eine einzige Erinnerungskultur gibt. Vielmehr können mehrere, sich teilweise beträchtlich unterscheidende Erinnerungskulturen in einer Gesellschaft nebeneinander und zum Teil in offener Konkurrenz zueinander bestehen.¹

Ein weiterer im Titel vorgegebener Begriff betrifft die „Gedenkkultur“. Hier wird im Gegensatz zum Erinnern abgehoben auf das öffentliche Gedenken, auf das, was von Staats wegen erinnert werden soll. Jeder Staat bestimmt solche Fixpunkte der gemeinsamen Erinnerung, etwa durch die Festlegung eines Nationalfeiertags, durch die Bestimmung der Staatsflagge oder des Staatswappens, das die gegenwärtige von vorhergehenden Staatsordnungen abgrenzen soll. Hinzu kommen die Bezeichnungen von Straßen- und zum Teil auch Städtenamen. Wir haben gerade in Deutschland die Neubestimmung solcher historischen Bezugspunkte 1933, 1945 und – im Osten des heutigen Deutschland – 1989/90 erlebt. Gedenken und Erinnern an die Zeit des Zweiten Weltkriegs haben dabei in Deutschland in mehr als 60 Jahren beträchtliche Veränderungen erfahren.

1. Der Umgang mit der jüngsten Vergangenheit in den 1950er- und frühen 1960er-Jahren

Heute verbinden sich mit der deutschen Rolle im Zweiten Weltkrieg Begriffe wie „Vernichtungskrieg“, „deutsche Verbrechen“, „Holocaust“. In den westdeutschen Massenmedien oder auch Politikerreden der ersten Nachkriegsjahre findet man ein ganz anderes Bild. Hier dominierten die Alltagsprobleme einer Gesellschaft, die charakterisiert waren durch die weitgehende Zerstörung vieler Städte, durch Arbeitslosigkeit, die Notwendigkeit, Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen zu integrieren, und die Ungewissheit über das Schicksal von Angehörigen. Die mentale Disposition der deutschen Gesellschaft charakterisierte dabei eine „diffuse Grundstimmung, die aus Frustrationen, Enttäuschungen und einem tiefgreifenden Verlust an Lebensorientierung resultierte“.² Entsprechend dominierten in der Erinnerung breiter Kreise der Gesellschaft die Entbehrungen des Krieges, unter Soldaten das an der Front Durchlebte und insgesamt das Bewusstsein, schwere Jahre hinter sich gebracht zu haben. Dies war, wie Jürgen Danyel festgestellt hat, die „Erinnerungskonstellation in der Bevölkerungsmehrheit“, von der alle politischen Parteien und staatlichen Institutionen im Westen wie im Osten Deutschlands ausgehen mussten, wenn sie unter Bezugnahme auf den Zweiten Weltkrieg und das NS-Regime sinn- und identitätsstiftende Bindungen an die neue politische und sozio-ökonomische Ordnung herstellen wollten.³

Für den Umgang mit dem Nationalsozialismus in der alten Bundesrepublik hat Norbert Frei eine plausible Phaseneinteilung getroffen: 1. Politische Säuberungen von 1945 bis zum Ende der direkten Herrschaft der Alliierten 1949, 2. „Vergangenheitspolitik“, also die Amnestierung und durch Gesetzgebung vorgenommene Reintegration von Personen, die durch ihre NS-Vergangenheit mehr oder minder schwer belastet

waren (bis Mitte 1950er-Jahre),⁴ 3. die vor allem strafrechtliche „Aufarbeitung“ (bis Mitte der 1980er-Jahre), und 4. das „Bewahren der Erinnerung“ (bis heute).⁵

Die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse hatten zwar erst ansatzweise die Dimensionen der von deutscher Seite zu verantwortenden Verbrechen sichtbar gemacht. Für große Teile der Gesellschaft waren damit jedoch bereits die Schuldigen gefunden und zur Rechenschaft gezogen worden. Die Unterstützung breiter Bevölkerungskreise für das NS-Regime wurde verdrängt, die Deutschen waren von Hitler und einer kleinen Gruppe von Verbrechern verführt worden und eher „Opfer“.⁶ Erst in den letzten Jahrzehnten ist herausgearbeitet worden, wie stark einzelne Berufsgruppen aktiv den Nationalsozialismus unterstützt und sich an seinen Verbrechen beteiligt haben, Ärzte, Juristen, Hochschullehrer, bis hin zu Angehörigen des Auswärtigen Amtes.⁷ In den vierziger und fünfziger Jahren dominierte dagegen eine Ablehnung der von den Alliierten durchgeführten Entnazifizierung und eine Solidarisierung mit von den Alliierten verurteilten Kriegsverbrechern. Entsprechend war die Erwartungshaltung großer Teile der Gesellschaft gegenüber den neuen eigenen politischen Institutionen. Die Legitimität von Bundesregierung und Bundestag wurde geradezu daran gemessen, wie weit Amnestiesetze erlassen wurden und bei den Alliierten die Freilassung inhaftierter deutscher Militärs erreicht wurde. Um Wahlen zu gewinnen, mussten Politiker dieser Stimmungslage entsprechen. Gerade die SPD tat sich angesichts dieses Dilemmas mit der Zustimmung zu einer Reihe von Beschlüssen und Gesetzen des Bundestages (Amnestien für NS-Straftäter, Reintegration der sogenannten „Säuberungsoffer“, etc.) schwer.⁸ Vor diesem Hintergrund sind aus heutiger Sicht unverständliche Maßnahmen zu sehen wie Interventionen der Bundesregierung zugunsten von Kriegsverbrechern oder die weitgehende Übernahme des bisherigen Beamtenapparats. Gleichwohl muss als skan-

dalös gelten, dass kein einziger Richter zur Verantwortung für Terrorurteile in der NS-Zeit gezogen wurde, selbst die Mitglieder von Freislers Volksgerichtshof nicht.⁹ Die weitgehende Blindheit auf dem rechten Auge ist die eine Seite der frühen Bundesrepublik (im Falle der Beschäftigung der Justiz mit nur der frühen ihrer eigenen Vergangenheit allerdings nicht Bundesrepublik).¹⁰

Im Laufe der Zeit konsolidierte sich in der Bundesrepublik die neue demokratische Ordnung, die ganz wesentliche Impulse für ihre Legitimation aus der wirtschaftlichen Entwicklung bezog. Allerdings wurden auch Normen und Werte der Demokratie zunehmend internalisiert, wozu nicht zuletzt die schulische wie außerschulische politische Bildung wesentlich beitrug. Es entbehrte daher nicht einer inneren Logik, dass früher oder später auch die eigene jüngste Vergangenheit unter den jetzt gültigen Wertmaßstäben neu gesehen wurde. Der entscheidende Bruch im Umgang mit dieser Vergangenheit vollzog sich in den sechziger Jahren, insbesondere im und nach dem Schlüsseljahr 1968. Es brach geradezu ein Generationenkonflikt auf, in dem die Jüngeren die Generation ihrer Eltern fragten, wie die nationalsozialistische Herrschaft überhaupt möglich war und welche Rolle die Mitglieder der eigenen Familie damals spielten. Erst zu diesem Zeitpunkt setzte eine breitere Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und mit Einzelaspekten des Zweiten Weltkriegs, der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik und deutschen Kriegsverbrechen ein, die in Wissenschaft und Publizistik allerdings sehr intensiv und teilweise kontrovers geführt wurde und bis heute andauert.

2. Ebenen der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in den 1960er- und 1970er-Jahren

Werfen wir zunächst einen Blick auf die strafrechtliche Verfolgung von Kriegsver-

brechern. Nach den Nürnberger Prozessen und einigen wenigen Kriegsverbrecherprozessen Ende der 1940er- / Anfang der 1950er-Jahre konnten sich die Täter im politischen Klima Mitte der fünfziger Jahre relativ sicher fühlen. Erst die Dreistigkeit des ehemaligen Polizeidirektors von Memel, auf Wiedereinstellung in den Staatsdienst zu klagen, führte 1958 zum sogenannten Ulmer Einsatzgruppenprozess, bei dem deutlich wurde, „dass, entgegen der allgemeinen Annahme, bisher nur die Spitze des Eisbergs der nationalsozialistischen Verbrechen sichtbar geworden war“.¹¹ Als direkte Folge dieses Prozesses wurde Ende 1958 die Zentralstelle zur Verfolgung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen in Ludwigsburg errichtet. Danach wurde eine ganze Serie von Verfahren eingeleitet, die ihren Höhepunkt im von 1963 bis 1965 dauernden ersten Frankfurter Auschwitz-Prozess fand.

Im Bundestag gab es 1964/65 die erste, teilweise leidenschaftlich geführte Debatte über die Verjährung von NS-Verbrechen, denen jeweils bei Auslaufen von dann verlängerten Verjährungsfristen weitere folgten, bis 1979 die Verjährung von Mord gänzlich aufgehoben wurde. Hans-Peter Schwarz stellte 1983 fest: „In keinem Land sind im 20. Jahrhundert die im Auftrag der eigenen Regierung und von eigenen Landsleuten begangenen Verbrechen über einen so langen Zeitraum und mit solcher Intensität geahndet worden“.¹² Freilich war der Ruf, endlich einen „Schlussstrich“ unter die Vergangenheit zu ziehen, nicht zu überhören. Er wurde nicht nur, aber gerade auch im Kontext von Kriegsverbrecherprozessen laut, die Jahrzehnte nach dem Geschehen unter zum Teil völlig unbefriedigenden Bedingungen wie fehlenden oder erinnerungsschwachen und bewusst „mauernden“ Zeugen stattfanden.

Einen Anlass, sich insbesondere mit dem deutschen Militär im Zweiten Weltkrieg auseinanderzusetzen, bot der Aufbau der Bundeswehr. Wo sollte angeknüpft werden,

welche Traditionen sollten übernommen, welche ausgeschieden werden? Die Aporien wurden auch nach außen sichtbar, als 1965, also zehn Jahre nach Gründung der Bundeswehr, ein auch in der Öffentlichkeit heftig diskutierter „Traditionserlass“ Antworten auf diese Fragen zu geben versuchte. Einerseits wurden als Maßstab für die „Traditionswürdigkeit“ freiheitlich-demokratische Werte genannt, hinsichtlich der Beurteilung der Wehrmacht aber keine eindeutigen Aussagen gemacht. Der zweite Erlass von 1982 erklärte zwar präziser, das „Unrechtssystem des Nationalsozialismus könne keine Tradition begründen“, doch konnte sich „die politische Führung der Bundeswehr im Zusammenhang mit der Traditionspflege bis heute nicht zu einem offiziellen Verdikt der Wehrmacht als Organ der NS-Herrschaft durchringen“. Ein unter Verteidigungsminister Manfred Wörner ausgearbeiteter dritter Traditionserlass, der auf die ambivalente Rolle der Wehrmacht und die Bedeutung des Widerstands gegen Hitler für die Traditionsbildung der Bundeswehr hinwies, wurde vor der Bundestagswahl 1987 nicht veröffentlicht und nach Wörners Berufung zum NATO-Generalsekretär von dessen Nachfolger nicht weiter verfolgt.¹³ Dies hatte zur Folge, dass die Abgrenzung der Bundeswehr zu Traditionsbeständen der Wehrmacht nicht bis ins Letzte geklärt wurde und dementsprechend auch für die Öffentlichkeit wahrnehmbare Auseinandersetzungen, etwa um die Benennung von Kasernen, von Einheiten der Bundeswehr etc. weiter andauerten.

Die Rolle der Wehrmacht im Nationalsozialismus im Allgemeinen und während des Zweiten Weltkriegs im Besonderen war in den vergangenen Jahrzehnten Gegenstand zahlreicher Untersuchungen, deren Resultate von der Öffentlichkeit – zum Beispiel von Kriegsveteranen – zum Teil heftig abgelehnt wurden. Dies galt etwa für die bahnbrechende Studie von Manfred Messerschmidt zur politischen Indoktrination der Wehrmacht und ihre Integration in den NS-

Staat.¹⁴ Die Rolle der Wehrmacht wurde in der breiten Öffentlichkeit vor dem Hintergrund der nicht zu leugnenden Kriegsverbrechen auf die einer „moralisch integren Armee“ reduziert, während für die Verbrechen die SS und andere NS-Einheiten verantwortlich gemacht wurden. Dass diese Dichotomie so nicht haltbar ist, war für größere Teile der Gesellschaft kaum nachvollziehbar. Die heftigen Reaktionen auf die „Wehrmachtsausstellung“ des Hamburger Instituts für Sozialwissenschaften, deren zwei Versionen 1995 bis 1999 und 2001 bis 2004 in etlichen Städten der Bundesrepublik gezeigt wurden,¹⁵ unterstrichen, dass dieses Thema weiterhin in hohem Maße emotional besetzt war. Diese Diskussion führte zur Veröffentlichung eines Werkes zur Rolle der Wehrmacht und ihrer Angehörigen im Dritten Reich und im Zweiten Weltkrieg mit dem Ziel, die Millionen Soldaten der Wehrmacht nicht pauschal als Kriegsverbrecher zu verurteilen, sondern ihrem Handeln im Einzelnen gerecht zu werden.¹⁶ Ein zweites, nicht minder monumentales Werk verfolgte die Absicht, eine Beurteilung der Wehrmacht vorzulegen, die dem aktuellen Stand der historischen Forschung und ihrer benachbarten Disziplinen entsprach, und so zu einer Versachlichung der Diskussion beizutragen.¹⁷ Eine ab 2005 in Deutschland gezeigte Ausstellung zu Verbrechen der Wehrmacht während des Polen-Feldzuges 1939 vermittelte zwar auch weitgehend unbekannte Fakten,¹⁸ erregte aber keinen Skandal mehr.

Lange Zeit und insbesondere in den Anfangsjahren war in der alten Bundesrepublik die Bewertung des Widerstands gegen Hitler ausgesprochen kontrovers und wurde auf die Attentäter des 20. Juli 1944 verkürzt, denen von vielen der Bruch des Fahneideals auf Hitler vorgeworfen wurde. Den Widerstandskämpfern gegen den Nationalsozialismus wurde zunächst eher Unverständnis entgegengebracht. Doch bereits Mitte der fünfziger Jahre wurden sie sowohl als unverzichtbarer Bestandteil der Legitimation

des neuen deutschen Staates in Anspruch genommen als auch als leuchtende Vorbilder präsentiert, die den Deutschen neues Selbstbewusstsein vermitteln sollten. Inzwischen sind die verschiedenen Verästelungen dieses Widerstands ausführlich erforscht, und die Literatur zu diesem Gegenstand ist kaum mehr überschaubar.¹⁹

Da der Zweite Weltkrieg untrennbar mit dem Nationalsozialismus verbunden ist, unterscheidet sich auch das öffentliche Gedenken an diesen Krieg signifikant vom Gedenken an die Gefallenen nach dem Ersten Weltkrieg oder dem deutsch-französischen Krieg 1870/71. Augenfällig ist dies bei den Kriegerdenkmälern, die nach den früheren Kriegen nicht nur der Gefallenen gedachten, sondern ihren Tod als Opfer für das Vaterland überhöhten, das den Sieg erst möglich gemacht habe bzw. Verpflichtung für die Zukunft sei. Entsprechend heroisch waren häufig die Darstellungen auf den Denkmälern.²⁰

Nach dem Zweiten Weltkrieg stellte sich zunächst einmal die Frage, „wessen nun eigentlich gedacht werden sollte“, da zu den gefallenen Soldaten ganz neue, in früheren Kriegen nicht bekannte Opfergruppen hinzutraten, eine große Zahl ziviler Kriegstoter sowie die fast kaum überschaubaren Gruppen der Opfer des Nationalsozialismus, Juden, Sinti und Roma, Euthanasieopfer etc., aber auch Widerstandskämpfer und politische Gegner des NS-Staates.²¹ Eine Sinnstiftung des Gefallenentodes unterblieb durch offizielle deutsche Stellen, sobald diese sich ab Ende der vierziger Jahre zu diesem Thema äußern konnten. Charakteristisch war in diesem Zusammenhang auch, dass Denkmäler für die Gefallenen in den einzelnen Gemeinden nicht mehr auf zentralen Plätzen, sondern eher auf Friedhöfen errichtet bzw. dorthin verbracht wurden, was die Annäherung des Kriegstotenkults an den zivilen Totenkult unterstrich. In dieselbe Richtung ging die zunehmende Verchristlichung der Symbolik der Denkmäler, auf denen das

Eiserne Kreuz und der Stahlhelm durch Palmzweige und das christliche Kreuz abgelöst wurden.

Ähnliche Akzentverschiebungen in der Erinnerungskultur der alten Bundesrepublik lassen sich auch am Wandel der Ansprachen anlässlich des seit 1950 begangenen Volkstrauertages festmachen. Schon die Änderung der Bezeichnung des früheren „Heldengedenktages“ in „Volkstrauertag“ machte eine grundlegend gewandelte Sichtweise deutlich. Dominierte in den Ansprachen anfangs ein Erinnern an Krieg, Wehrmacht und Soldatentod, so überwogen bald „christliche Symbole und Denkfiguren, verbunden mit häufig wiederkehrenden Metaphern für Trauer und Versöhnung“.²² Bezeichnend ist auch, dass seit etlichen Jahren dieser Tag nicht nur den Toten der beiden Weltkriege, sondern auch den Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gewidmet ist. In der ungeachtet der Unterschiede in sonstigen Fragen eindeutigen Verurteilung und Distanzierung vom Nationalsozialismus sind sich die im Bundestag vertretenen Parteien einig.

Ein einschneidendes Ereignis für die historische Bewusstseinsbildung der deutschen Gesellschaft bildete die Veröffentlichung der so genannten „Ostdenkschrift“ der Evangelischen Kirche Deutschlands im Oktober 1965. In ihr wurde zum einen auf das Schicksal der Flüchtlinge und Vertriebenen in der Bundesrepublik eingegangen, zum anderen aber erstmals seit Kriegsende das Verhältnis Deutschlands zu seinen östlichen Nachbarn thematisiert und auf die schwere Schuld hingewiesen, die Deutschland gegenüber seinen östlichen Nachbarn auf sich geladen hatte. Die Denkschrift löste eine scharfe, nicht nur die Evangelische Kirche polarisierende Diskussion aus, bereitete aber ein Umdenken in Teilen der Gesellschaft und mittelfristig die Akzeptanz der von der sozialliberalen Koalition ab 1969 geführten Neuen Ostpolitik vor.²³ Willy Brandts Kniefall vor dem Denkmal des Warschauer Ghet-

tos 1970 löste in Deutschland erneut heftige Diskussionen aus, wurde aber schrittweise auch von konservativen Kreisen akzeptiert und schließlich zu dem Symbol deutsch-polnischer Aussöhnung.

3. Geschichtspolitische Kontroversen der 1980er-Jahre

Zwar lagen zur Shoa seit Jahrzehnten einschlägige Untersuchungen von Historikern vor, und der Öffentlichkeit war die Problematik spätestens seit dem Frankfurter Auschwitz-Prozess bekannt. In das Bewusstsein breiter Bevölkerungskreise gelangte das Thema jedoch erst durch die 1979 ausgestrahlte Fernsehserie „Holocaust“, die Millionen Menschen bewegte. Seither ist der Begriff „Holocaust“ in Deutschland geläufig, wird dieses Thema umfangreich im Schulunterricht behandelt und rücken die Opfer in den Mittelpunkt der Erinnerung.

Mit der von Helmut Kohl bei der Übernahme seiner Kanzlerschaft 1982 verkündeten „geistig-moralischen Wende“ wurden auch in der Vergangenheitspolitik neue Akzente gesetzt. Das 1984 von Kohl auf einer Israelreise geprägte Wort von der „Gnade der späten Geburt“ zielte auf eine Entlastung der großen Mehrheit der damaligen deutschen Gesellschaft von der Verantwortung für die NS-Verbrechen. Nachdem im selben Jahr – dem 70. seit Beginn des Ersten Weltkriegs – Mitterrand mit Kohl in Verdun eine medial einprägsame Versöhnungsgeste vornahm, konnte Kohl den US-Präsidenten Ronald Reagan dazu gewinnen, zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs am 5. Mai 1985 in Bitburg gemeinsam einen Kranz auf einem Soldatenfriedhof niederzulegen, auf dem, wie sich im Vorfeld des Besuchs herausstellte, auch Angehörige der Waffen-SS bestattet waren. Zwar ging der Veranstaltung in Bitburg ein Gedenken beider Politiker an die NS-Opfer in Bergen-Belsen voraus. Doch blieb von der Gedenkstunde in Bitburg, die eigentlich Deutschland sym-

bolisch auf Augenhöhe mit den Westalliierten hatte setzen sollen, ein schaler Nachgeschmack.

Es mochte wie eine Antwort auf Bitburg klingen, als drei Tage später Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum 40. Jahrestag des Kriegsendes eine damals heftige Kontroversen auslösende Rede hielt. Hatte Konrad Adenauer 1955 den Tag des Kriegsendes noch als einen schwarzen Tag in der deutschen Geschichte bezeichnet, da hier die Teilung Deutschlands begonnen habe, sah Richard von Weizsäcker im 8. Mai nicht einen Tag der Niederlage, sondern der Befreiung. Weizäckers Appell, die Verantwortung für die eigene Geschichte „ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit“ anzunehmen und sein Aufruf, alle Aspekte der deutschen Geschichte im Auge zu behalten, wären in den fünfziger Jahren kaum denkbar gewesen.

Die Auseinandersetzung um die Bewertung des Nationalsozialismus in der deutschen Geschichte flammte 1986 im wissenschaftlich-publizistischen Bereich mit großer Öffentlichkeitswirksamkeit erneut auf. Auslöser war ein Artikel des Historikers Ernst Nolte in der FAZ vom 6. Juni 1986, in dem er den Nationalsozialismus und den Holocaust historisierte und damit relativierte. Die scharfe Reaktion der Gegenseite vertrat vor allem Jürgen Habermas, der Nolte vorwarf, eine ungebrochene, konservative, nationale Identität schaffen zu wollen. Der „Historikerstreit“ absorbierte 1986/87 zwar einige Aufmerksamkeit der historisch-politisch interessierten Öffentlichkeit, brachte inhaltlich aber keine neuen Erkenntnisse.

4. Die Haltung der DDR zum Zweiten Weltkrieg und zum Nationalsozialismus

Der Umgang von KPD und SED in der SBZ bzw. der DDR mit dem Nationalsozialismus wies zwar auf der deklamatorischen und

legitimatorischen Ebene deutliche Unterschiede zu Westdeutschland auf. In mehr als nur einer Hinsicht ähnelte indes der praktische Umgang mit dem Problem zumindest in den ersten Nachkriegsjahren dem Herangehen in Westdeutschland. In beiden Fällen wurde bis 1948/49 die Entnazifizierung überwiegend von den Alliierten vorgenommen, wenngleich dies im Westen eher eine – von den Besatzungsmächten je unterschiedlich gehandhabte – „bürokratische“ Säuberung darstellte, im Osten dagegen eine „instrumentalisierte politische Säuberung“,²⁴ die unter der faktischen Regie der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) zu einem radikalen Elitenaustausch in Verwaltung, Justiz, Wirtschaft und Kultur führte.

Ab 1948/49 setzten jedoch auch die Behörden in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bzw. der DDR ebenso wie im Westen auf eine schrittweise Integration der Masse der durch die Entnazifizierungspolitik seit Kriegsende bisher Ausgegrenzten, ohne dass diese freilich ihren beruflichen oder besitzrechtlichen Status quo ante zurückerhielten. Aktiv um die Einbindung dieser Personengruppe bemühte sich selbst die SMAD, auf deren Initiative 1948 die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD) gegründet wurde. Durch diese Partei sollten ehemalige Wehrmachtangehörige und NSDAP-Anhänger für die neue Ordnung gewonnen und in sie integriert werden. In der Praxis erfüllte sie diese Funktion allerdings nur bedingt. Frappierend sind allerdings die zeitlichen Parallelen von Gesetzen zur Wiederherstellung der staatsbürgerlichen Rechte für ehemalige Wehrmachtsoffiziere und NSDAP-Mitglieder vom 9. November 1949 und 3. Dezember 1952 zu analogen Maßnahmen in der Bundesrepublik.²⁵

Grundlegend verschieden von der Bundesrepublik war indessen der explizite Umgang mit dem Nationalsozialismus in der Selbstdarstellung der DDR. Die DDR verstand sich als einen von Anbeginn an antifaschistischen

Staat. Hierbei wurde das spezifische Selbstverständnis der Führungsschicht von KPD und SED auf den gesamten Staat übertragen. Diese politische Führung verstand sich als moralisch überlegene Elite, die den Nationalsozialismus von Anfang an bekämpft und unter seiner Herrschaft gelitten hatte. Zugleich war sie geprägt von großem Misstrauen gegenüber der Mehrheit der Gesellschaft, die sich nach ihrer Überzeugung vom Nationalsozialismus materiell hatte korrumpieren lassen. Beide Faktoren zusammen führten zu einem Umgang mit dem Nationalsozialismus, den Jürgen Danyel als „spezifische Schlussstrichmentalität“ bezeichnet hat.²⁶ Eine umfassende Diskussion über den Nationalsozialismus unterblieb. Fragen von Schuld und Verantwortung, von Anpassung und Opportunismus auch der in der DDR lebenden deutschen Bevölkerung vor 1945 waren tabu, was einerseits zu einem Defizit an demokratischer Kultur führte, andererseits gerade die Glaubwürdigkeit des so lautstark propagierten Antifaschismus der DDR unterminierte, nicht zuletzt in Polen, das in besonderer Weise unter dem Nationalsozialismus gelitten hatte.

Das von ihrer Führung konsequent verfochtene Selbstverständnis, von Anfang an ein antifaschistischer Staat gewesen zu sein, zog für die DDR eine Reihe von Konsequenzen nach sich. So weigerte sie sich, materiell in irgendeiner Weise für NS-Unrecht haftbar gemacht zu werden, und lehnte jahrzehntelang Wiedergutmachungsleistungen nach dem Muster der Bundesrepublik kategorisch ab. Bis in die sechziger Jahre hinein versuchte die offizielle DDR, unter geschickter Ausnutzung von Schwachstellen der Bundesrepublik bei der Abgrenzung vom Dritten Reich,²⁷ die Bundesrepublik insgesamt als eine Fortsetzung des NS-Staates darzustellen und für alle aus dem Dritten Reich erwachsenen Folgeprobleme auf Bonn zu verweisen. Gleichzeitig setzte in der Bundesrepublik im Laufe der Zeit eine dann nicht mehr abreißende Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ein, während eine

analoge Diskussion darüber, wie weit die eigene Gesellschaft von diesem Problem betroffen war, in der DDR tabu war. Beide Phänomene wurden dahingehend auf den Begriff gebracht, dass die Bundesrepublik das Problem des Nationalsozialismus internalisiert, die DDR dagegen externalisiert habe (Rainer-Maria Lepsius). Eine Auseinandersetzung etwa mit Fragen persönlicher Verantwortung für die Geschehnisse im Nationalsozialismus fand erst relativ spät in der Literatur (Christa Wolf oder Franz Fühmann) statt.

Hatte die Bundesrepublik lange Zeit ihre Schwierigkeiten mit der Bewertung des Widerstands gegen den Nationalsozialismus, was sich selbst auf die Attentäter des 20. Juli 1944 erstreckte, von kommunistischem Widerstand ganz zu schweigen, so zeigte sich auch in der DDR eine „politisch motivierte Differenzierung und Hierarchisierung“ sowohl des Widerstands als auch von Opfer- und Verfolgtengruppen.²⁸ Eine in der Anfangsphase der SBZ zu beobachtende Tendenz, alle Gruppen von Verfolgten und Opfern des Nationalsozialismus, auch wenn sie nicht dem kommunistischen Widerstand angehört hatten, in der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN) zusammenzufassen, wurde schon Ende der vierziger Jahre aufgegeben, da eine auch nur ansatzweise Unabhängigkeit vom Machtmonopol der SED nicht mehr tolerierbar war. Die Widerstandsbewegung des 20. Juli wurde lange Zeit als eine Auseinandersetzung innerhalb einer Klasse gewertet, deren Ziel nicht in der Überwindung der bürgerlichen Ordnung bestanden habe. Mit der Durchsetzung des Stalinismus wurde in der DDR der Widerstand verengt auf den „dogmatisch interpretierten kommunistischen Widerstand“.²⁹

Nicht zu übersehen sind gewisse Schwierigkeiten der offiziellen DDR im Umgang mit Problemfeldern wie der Haltung zur Wehrmacht, mit der sie sich spätestens beim Aufbau eigener Streitkräfte konfrontiert sah,

und mit der sie sich auch in der Geschichtsschreibung schwertat. Ähnliches galt auch für die Pflege von anderen als sowjetischen Soldatengräbern. Diese Thematik wurde zum Teil erst unter dem Druck kirchlicher Kreise aufgegriffen. Noch mehr erstaunt, dass in der DDR die zahlenmäßig größte Opfergruppe, Juden sowie Sinti und Roma, im öffentlichen Gedenken ganz im Hintergrund standen. Die DDR beschränkte sich, wie Danyel, Groehler und Keßler feststellten, in der Tradition der kommunistischen Arbeiterbewegung von vor 1945 „vorwiegend auf die politisch-sozialen Determinanten von Antisemitismus und jüdischer Emanzipation und ignorierte die ethnisch-religiöse Komponente dieser Frage. Diese Deutung prägte auch die Sicht auf die NS-Vernichtungspraxis gegenüber den Juden, deren Einmaligkeit und irrationale Motivation verkannt wurde“.³⁰ Die anti-israelische Grundposition der DDR-Außenpolitik verstärkte eine solche Sichtweise. Dass gegen Ende der DDR gegenüber dem Jüdischen Weltkongress wenigstens die grundsätzliche Bereitschaft signalisiert wurde, zumindest in eher symbolischem Umfang auch materielle Wiedergutmachung zu leisten, entsprang primär außenpolitischem Kalkül, kaum aber einer prinzipiellen Revision früherer Grundsatzpositionen.

Auf der Ebene öffentlichen Gedenkens gelang es der DDR sogar, gewissermaßen nachträglich an die Seite der Sieger des Zweiten Weltkriegs zu treten. Der 8. Mai 1945 wurde im Kanon der Gedenktage der DDR zum Schlüsseldatum, an dem zusammen mit sowjetischen Vertretern am zentralen sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow sowie zahlreichen sowjetischen Ehrenfriedhöfen in der DDR des Kriegsendes gedacht wurde. Der 1. September wurde sowohl als „Internationaler Kampftag für die Opfer des faschistischen Terrors und Kampftag gegen Faschismus und Krieg“ als auch als „Weltfriedenstag“ begangen, an dem die politische Führung der DDR ihre jeweils aktuellen außenpolitischen Zielsetzungen der Öffentlichkeit präsentierte. Die Neue Wache Unter

den Linden diente ab 1969 als zentrales „Mahnmal für die Opfer des Faschismus“, als Platz, an dem der Antifaschismus der DDR öffentlichkeitswirksam inszeniert wurde. Gleichzeitig jedoch verblasste durch die geschichtspolitische Konstruktion der offiziellen DDR „die konkrete Erinnerung an den Nationalsozialismus und an den von den Deutschen verursachten Krieg nahezu völlig. Faschismus und Zweiter Weltkrieg wurden zu einem abstrakten historischen Geschehen ohne Akteure“.³¹

Es gab in der DDR freilich sehr wohl eine Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus, mit deutscher Schuld und den Verbrechen in den besetzten Gebieten. Allerdings fand diese Auseinandersetzung nicht in der „offiziellen“ DDR statt, sondern eher in gesellschaftlichen „Nischen“, insbesondere in kirchlichen Gruppen. Bekanntestes Beispiel ist die „Aktion Sühnezeichen“, die gegen den Willen der SED und behindert von den DDR-Behörden Reisen nach Polen und in andere Länder durchführte, um dort an der Erhaltung von Gedenkstätten für die Opfer deutscher Besatzungspolitik zu arbeiten.³²

Erst die am 18. März 1990 frei gewählte Volkskammer verabschiedete auf ihrer ersten Sitzung am 12. April 1990 eine Resolution, in der sich alle Fraktionen zu den vom nationalsozialistischen Deutschland begangenen Verbrechen bekannten und namentlich den Völkermord „an den Juden aus allen europäischen Ländern, an den Völkern der Sowjetunion, am polnischen Volk und am Volk der Sinti und Roma“ erwähnten.³³

5. Der Umgang des vereinten Deutschlands mit seiner jüngsten Vergangenheit

Das vereinte Deutschland hat auf verschiedenen Ebenen verschiedene Antworten auf den Umgang mit seiner jüngsten Vergan-

genheit gefunden. Es zeigte sich, dass der 2+4-Vertrag von 1990 doch nicht der endgültige politische Schlussstrich unter den Zweiten Weltkrieg war. Die Entschädigung für Zwangsarbeiter vor allem aus den früher kommunistischen Staaten, die die Bundesregierungen jahrzehntelang mit dem Verweis auf das Londoner Schuldenabkommen von 1953 und damit auf eine Regelung auf der im Potsdamer Abkommen angekündigten Friedenskonferenz abgelehnt hatte, wurde erst von der rot-grünen Koalition in Angriff genommen und 55 Jahre nach Kriegsende geregelt.

Auf der symbolischen Ebene wurde staatlicherseits die Aussöhnung zwischen Polen und Deutschland vollendet durch den kurz nach dem Mauerfall ausgetauschten Friedensgruß zwischen Premierminister Mazowiecki und Bundeskanzler Kohl sowie durch die Reden von Bundespräsident Roman Herzog zum 50. Jahrestag des Warschauer Aufstands am 1. August 1994 und die Rede von Außenminister Władysław Bartoszewski vor beiden Kammern des deutschen Parlaments zum 50. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs.

In Deutschland selbst wurden die von Helmut Kohl in den achtziger Jahren initiierten Bauten des Museums der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn sowie des Deutschen Historischen Museums in Berlin verwirklicht. War zunächst von Kritikern in heftigen innenpolitischen Diskussionen unterstellt worden, dass diese Museen ein konservatives Bild der deutschen Geschichte vermitteln sollten, rief ihre Realisierung weit weniger Konflikte hervor, da ein eher konsensuales Konzept umgesetzt wurde. Hinzu kam das Zeitgeschichtliche Forum in Leipzig, das die Geschichte der DDR dokumentiert.

Heftige Kontroversen löste über Jahre der Bau des 2005 eingeweihten Denkmals für die ermordeten Juden Europas aus, das in

unmittelbarer Nähe des Brandenburger Tores als zentrale Gedenkstätte für die Opfer des Holocaust errichtet wurde.³⁴ Ebenfalls im Stadtzentrum von Berlin wurden weitere Gedenkstätten errichtet, die an andere Opfer des Nationalsozialismus erinnern, wie die „Topographie des Terrors“ oder das „Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma“. Während die Befürworter eines solchen Vorgehens einen Gewinn an Glaubwürdigkeit des heutigen Deutschland nach innen wie außen sahen, sich aber das Zentrum der Hauptstadt nach Meinung der Kritiker allmählich zu einer Art Museum der schrecklichsten deutschen Verbrechen verwandelte, setzte ab etwa 2000 eine gegenläufige Tendenz ein, die darauf abzielte, Deutsche auch als Opfer des Zweiten Weltkriegs darzustellen.

Den für die Öffentlichkeit spektakulärsten Durchbruch bildete dabei Günter Grass' im Jahre 2001 veröffentlichtes Buch „Im Krebsgang“, das mit dem Untergang der „Gustloff“ das Leid von Millionen Flüchtlingen thematisierte.³⁵ Mit dieser Publikation setzte eine ganze Welle von Serien in Zeitschriften, Büchern und im Fernsehen ein, die immer neue deutsche Opfergruppen thematisierten, neben Flüchtlingen und Vertriebenen die zivilen Opfer des Bombenkrieges, die beim Einmarsch der Roten Armee vergewaltigten Frauen, etc. In kaum einer dieser Veröffentlichungen wurden dabei freilich die Schuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg und die deutschen Verbrechen während des Krieges als Ursache für das Leid, das die deutschen Opfer gegen Ende des Krieges erfuhren, in Frage gestellt.

Eine andere Qualität gewannen die Aktivitäten der im Jahre 2000 vor allem von Führungsmitgliedern des „Bundes der Vertriebenen“ (BdV) ins Leben gerufenen Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“, die darauf abzielten, in Berlin eine Einrichtung gleichen Namens zu gründen, in der das Schicksal der deutschen Vertriebenen ab 1944/45

dokumentiert werden sollte. Sie ging zwar davon aus, dass auch andere Vertreibungen in Europa einbezogen werden sollten und somit das Schicksal von Millionen Deutschen am Ende des Zweiten Weltkriegs in einen breiteren Hintergrund eingebettet würde. Doch wurde insbesondere aus Polen kritisiert, dass a) die im Konzept des „Zentrums gegen Vertreibungen“ genannten anderen Beispiele für Vertreibungen eine gewisse Beliebigkeit aufwiesen und dass der BdV eine Organisation sei, die über Jahrzehnte die deutschen Verbrechen während des Zweiten Weltkriegs ausgeblendet habe und den Krieg erst mit dem Heranrücken der Ostfront 1944/45 habe beginnen lassen.

Die Diskussion über das geplante „Zentrum gegen Vertreibungen“ wurde vor allem in Polen sehr intensiv geführt und trübte zeitweilig die deutsch-polnischen Beziehungen. In Polen wurden die Pläne vor dem breiteren Hintergrund des neuen deutschen „Opfer“-Diskurses gesehen und eine Revision der deutschen Beurteilung des Zweiten Weltkriegs befürchtet. Verstärkt wurden diese Befürchtungen, als die in Deutschland weitgehend unbeachtete „Preußische Treuhand“ erklärte, zwar seien die östlich von Oder und Neiße gelegenen früher deutschen Gebiete an Polen abgetreten worden, dadurch hätten sich jedoch die privatrechtlichen Besitzverhältnisse nicht geändert, so dass der polnische Staat die dort gelegenen Immobilien an ihre früheren Besitzer zurückgeben oder Entschädigungen zahlen müsse. Als die „Preußische Treuhand“ im Dezember 2006 22 Einzelklagen beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte einreichte, löste dies in Polen große Beunruhigung aus. Im Oktober 2008 wies der Gerichtshof die Klagen zurück.

In Deutschland nahmen die Auseinandersetzungen um das „Zentrum gegen Vertreibungen“ spätestens im Vorfeld der Bundestagswahlen 2005 die Gestalt eines parteipolitischen Konflikts an, da Angela Merkel der BdV-Vorsitzenden und Hauptinitiatorin

des Projekts, Erika Steinbach, versprach, bei einem Wahlsieg der Union das „Zentrum“ zu errichten, während die SPD ankündigte, dass es mit ihr nicht errichtet würde. Als das Wahlergebnis nur eine Große Koalition zuließ, lautete der Formelkompromiss in der Koalitionserklärung, dass in Berlin ein „sichtbares Zeichen“ errichtet werde, das „im Geiste der Versöhnung ... an das Unrecht der Vertreibung“ erinnern solle. Im Ergebnis kam Ende 2008 ein Gesetz zustande, durch das die Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ geschaffen wurde, die dem rechtlich neu gefassten Deutschen Historischen Museum in Berlin unterstellt wurde. Bei den Feierlichkeiten an der Westerplatte zum 70. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs bekannte sich Bundeskanzlerin Merkel am 1. September 2009 in einer eindringlichen Rede, die nichts an Klarheit vermissen ließ, zur deutschen Schuld am und im Zweiten Weltkrieg und entzog damit Vorwürfen die Grundlage, Deutschland wolle die Geschichte des Zweiten Weltkriegs revidieren. Politisch umstritten bleibt indes weiter die personelle Zusammensetzung des Stiftungsrats der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“, was sich auch in der Fluktuation von dessen wissenschaftlichem Beirat widerspiegelt.

Eine weitere Ebene der Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit bilden in den letzten Jahren entstandene, teilweise eindringliche familiengeschichtliche Darstellungen, in denen in den Jahren unmittelbar vor, während oder nach dem Zweiten Weltkrieg geborene Personen in der Regel der Biografie des eigenen Vaters nachgehen und anhand privater Dokumente aufzeigen, wie tief er und die Familie in das NS-Regime verstrickt waren.³⁶ Gegenläufig hierzu haben Analysen von Familiengesprächen und Familiengedächtnis ergeben, dass zu unterscheiden ist zwischen kognitiv (etwa im Schulunterricht) vermitteltem Wissen und emotionalen Vorstellungen von der Vergangenheit, die von Zeitgenossen des Nationalsozialismus unter den Familienmitgliedern tradiert werden, die selbst ganz überwiegend in der Rolle von Opfern und Helden auftreten.³⁷ Es kann durchaus vorkommen, dass Wissen über den Nationalsozialismus vorhanden ist, die Verstrickung der eigenen Familie hierin jedoch verdrängt wird, weil „die vergangenheitspolitische Kritikfähigkeit der Nachgeborenen oft da endet, wo persönliche Loyalität beginnt“.³⁸ Es ist also zu unterscheiden zwischen „Geschichtswissen“ und „Geschichtsbewusstsein“.

Anmerkungen

- * Dieser Beitrag beruht in Teilen auf dem Artikel „Der Umgang mit dem Zweiten Weltkrieg in der deutschen Nachkriegsgesellschaft“, den ich in der Festschrift für Mieczysław Tomala „Polska – Niemcy. Nadzieja i zaufanie. Księga Jubileuszowa na 80-lecie Urodzin Profesora Mieczysława Tomali“ (Polen – Deutschland. Hoffnung und Zuversicht, Festschrift für Mieczysław Tomala zum 80. Geburtstag), Warschau 2002, S. 543-562, veröffentlicht habe.
- ¹ Vgl. u. a. Assmann, Aleida: *Geschichte im Gedächtnis*, München 2007; Assmann, Jan: *Das kulturelle Gedächtnis*, München 2007.
- ² Danyel, Jürgen: Die Erinnerung an die Wehrmacht in beiden deutschen Staaten. Vergangenheitspolitik und Gedenkrituale, in: *Die Wehrmacht. Mythos und Realität*, hrsg. von Rolf-Dieter Müller und Hans-Erich Volkmann, München 1999, S. 1139-1149, hier S. 1140.
- ³ Ebd., S. 1141.
- ⁴ Vgl. hierzu die den Begriff „Vergangenheitspolitik“ einführende Arbeit von Frei, Norbert: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996, ²1997.
- ⁵ Vgl. Frei, Norbert: *From Policy to Memory. How the Federal Republic of Germany Dealt with the Nazi Legacy*, in: *Totalitarian and Authoritarian Regimes in Europe. Legacies and Lessons from the Twentieth Century*, hrsg. von Jerzy W. Borejsza and Klaus Ziemer, New York / Oxford 2006, S. 481-489.
- ⁶ Sichtbar wird diese Haltung z. B. in der Rede des Alterspräsidenten Paul Löbe (SPD) bei der Eröffnung der ersten Sitzung des Deutschen Bundestages am 7.9.1949: „Wir ... bestreiten auch keinen Augenblick das Riesenmaß von Schuld, das ein verbrecherisches System auf die Schultern unseres Volkes geladen hat.“ (Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 1. Sitzung, 7.9.1949, S. 1-3, hier S. 2). Schuld war „das System“, nicht das Volk.
- ⁷ Vgl. hierzu jetzt Conze, Eckart u. a.: *Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik*, München 2010.
- ⁸ Vgl. Frei: *Vergangenheitspolitik*.
- ⁹ Vgl. u. a. Jahntz, Bernhard / Kähne, Volker: *Der Volksgerichtshof. Darstellung der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin gegen ehemalige Richter und Staatsanwälte beim Volksgerichtshof*, Berlin 1986.
- ¹⁰ Vgl. u. a. Müller, Ingo: *Furchtbare Juristen. Die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz*, München 1987; Friedrich, Jörg: *Freispruch für die Nazi-Justiz. Die Urteile gegen NS-Richter seit 1948. Eine Dokumentation*, Reinbek 1983.
- ¹¹ Birn, Ruth Bettina: *Die Strafverfolgung nationalsozialistischer Verbrechen*, in: *Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkriegs*, hrsg. von Hans-Erich Volkmann, München / Zürich 1995, S. 397.
- ¹² Schwarz, Hans-Peter: *Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957-1963. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Bd. 3*, Stuttgart / Wiesbaden 1983, S. 213.
- ¹³ Jacobsen, Hans-Adolf: *Wehrmacht und Bundeswehr – Anmerkungen zu einem umstrittenen Thema soldatischer Traditionspflege*, in: *Die Wehrmacht. Mythos und Realität*, hrsg. von Rolf-Dieter Müller und Hans-Erich Volkmann, München 1999, S. 1184-1191, Zitate S. 1188.
- ¹⁴ Messerschmidt, Manfred: *Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination*, Hamburg 1969.
- ¹⁵ Die zweite Version der „Wehrmachtsausstellung“ ist im Internet einsehbar unter <http://www.verbrechen-der-wehrmacht.de/docs/home.htm>, Stand: 13.11.2010.
- ¹⁶ Poeppel, Hans / Prinz von Preußen, Wilhelm-Karl / von Hase, Karl-Günther (Hrsg.): *Die Soldaten der Wehrmacht. Mit einem Geleitwort von Bundesminister a. D. Gerhard Stoltenberg*, München 1998.
- ¹⁷ Vgl. die Einleitung von Rolf-Dieter Müller in: *Die Wehrmacht. Mythos und Realität*, hrsg. von Rolf-Dieter Müller und Hans-Erich Volkmann, München 1999.
- ¹⁸ Vgl. „Größte Härte ...“: *Verbrechen der Wehrmacht in Polen, September-Oktober 1939* (Ausstellungskatalog), hrsg. vom Deutschen Historischen Institut Warschau. Redaktion: Jochen Böhler, Osnabrück 2005. Zum Thema selbst siehe die eingehende Studie von Böhler, Jochen: *Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939*, Frankfurt am Main 2006.
- ¹⁹ Vgl. u. a. Becker, Manuel / Löttel, Holger / Studt, Christoph (Hrsg.): *Der militärische Widerstand gegen Hitler im Lichte neuer Kontroversen*, Berlin 2010; Mommsen, Hans: *Germans against Hitler: The Stauffenberg plot and resistance under the Third Reich*, London 2009.

- ²⁰ Zum Kult um die Kriegstoten vgl. den bahnbrechenden Artikel von Koselleck, Reinhart: Kriegerdenkmale als Identitätsstiftungen der Überlebenden, in: *Identität*, hrsg. von Odo Marquard und Karlheinz Stierle, München 1979, S. 255-276. Dieser Beitrag löste eine ganze Welle von Einzeluntersuchungen zu diesem Thema aus.
- ²¹ Schneider, Gerhard: Kriegstotenkult und Kriegerdenkmäler in der deutschen Kultur, in: *erinnern, vergessen, verdrängen. Polnische und deutsche Erfahrungen*, hrsg. von Ewa Kobylińska und Andreas Lawaty, Wiesbaden 1998, S. 331-350, hier S. 346.
- ²² Danyel, Jürgen: Die Erinnerung an die Wehrmacht in beiden deutschen Staaten. Vergangenheitspolitik und Gedenkrituale, in: *Die Wehrmacht. Mythos und Realität*, hrsg. von Rolf-Dieter Müller und Hans-Erich Volkmann, München 1999, S. 1140.
- ²³ Vgl. hierzu Boll, Friedhelm / Wysocki, Wiesław / Ziemer, Klaus (Hrsg.): *Versöhnung und Politik. Polnisch-deutsche Versöhnungsinitiativen der 1960er-Jahre und die Entspannungspolitik*, Bonn 2009.
- ²⁴ Frei, Norbert: NS-Vergangenheit unter Ulbricht und Adenauer. Gesichtspunkte einer „vergleichenden Bewältigungsforschung“, in: *Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten*, hrsg. von Jürgen Danyel, Berlin 1995, S. 125-132, hier S. 126, im Anschluss an die Typologie von Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller in: *Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg*, hrsg. von dens., München 1991, S. 10-15.
- ²⁵ Ebd., S. 128.
- ²⁶ Vgl. Danyel, Jürgen: Die Opfer- und Verfolgtenperspektive als Gründungskonsens? Zum Umgang mit der Widerstandstradition und der Schuldfrage in der DDR, in: *Die geteilte Vergangenheit*, hrsg. von Dems., S. 31-46, hier S. 33 f.
- ²⁷ Ein bekanntes Beispiel ist Adenauers Staatssekretär Globke. Andererseits gibt es, seit die DDR-Archive zugänglich sind, zahlreiche Beispiele dafür, dass von DDR-Seiten vorgelegtes belastendes Material gegen führende Exponenten der Bundesrepublik gefälscht war.
- ²⁸ Vgl. Danyel, Jürgen / Groehler, Olaf / Kessler, Mario: Antifaschismus und Verdrängung. Zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in der DDR, in: *Die DDR als Geschichte. Fragen – Hypothesen – Perspektiven*, hrsg. von Jürgen Kocka und Martin Sabrow, Berlin 1994, S. 148-152, hier S. 149.
- ²⁹ Ebd., S. 150.
- ³⁰ Ebd., S. 151.
- ³¹ Danyel: Die Erinnerung an die Wehrmacht, S. 1147.
- ³² Siehe hierzu u. a. Mechtenberg, Theo: Versöhnung gegen Widerstände. Kirchliche Poleninitiativen in der DDR, in: *Versöhnung und Politik. Polnisch-deutsche Versöhnungsinitiativen der 1960er-Jahre und die Entspannungspolitik*, hrsg. von Friedhelm Boll, Wiesław Wysocki und Klaus Ziemer, Bonn 2009, S. 296-315, hier S. 298-301.
- ³³ Siehe <http://webarchiv.bundestag.de/volkskammer/dokumente/drucksachen/100004.pdf>, Stand: 14.11.2010.
- ³⁴ Siehe hierzu u. a. Leggewie, Claus / Meyer, Eric: *Ein Ort, an den man gerne geht. Das Holocaust-Mahnmal und die deutsche Geschichtspolitik nach 1989*, München / Wien 2005.
- ³⁵ Grass, Günter: *Im Krebsgang. Eine Novelle*, Göttingen 2002.
- ³⁶ Vgl. u. a. Bruhns, Wibke: *Meines Vaters Land*, München 2004; Brunner, Claudia / von Seltmann, Uwe: *Schweigen die Täter, reden die Enkel*, Frankfurt am Main 2004; Timm, Uwe: *Am Beispiel meines Bruders*, Köln 2003.
- ³⁷ Welzer, Harald / Moller, Sabine / Tschuuggnall, Karoline: „Opa war kein Nazi“. *Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis*, Frankfurt am Main 2002.
- ³⁸ So Isabel Heinemann in ihrer Rezension des in Fußnote 38 genannten Titels in *H-Soz-u-Kult* vom September 2002, <http://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=17014>, Stand: 27.11.2010.

Der September 1939 und der Zweite Weltkrieg in der deutschen und polnischen Erinnerungskultur

Krzysztof Ruchniewicz

Obwohl seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges Jahrzehnte vergangen sind, ist der Krieg nach wie vor ein lebendiges Problem. Und dies, obschon unter uns immer weniger Menschen leben, für die diese Jahre eine persönliche Erfahrung waren. Alte und neue Diskussionen haben gezeigt, dass die Unterschiede in der Wahrnehmung des Krieges und seiner Folgen gewichtig ausfallen können. In der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre des 20. Jahrhunderts schien die Vergangenheit, vor allem die tragische, angesichts der guten Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen bewältigt zu sein und als eine Mahnung für die Zukunft fungieren zu können.

1. Einführung

Die Bedingungen für eine gutnachbarschaftliche Zusammenarbeit waren sehr günstig, sowohl die inneren als auch die äußeren. Der Zusammenbruch des Kommunismus in Polen und die Wahl eines ersten nichtkommunistischen Ministerpräsidenten, Tadeusz Mazowiecki, kündigten ein neues Kapitel in der Geschichte Polens an. Der Fall der Berliner Mauer und die Vereinigung Deutschlands signalisierten eine neue Lage in der ganzen Region. Die Deutschen und ihre Nachbarn, hauptsächlich die Polen, sahen sich vor neue Aufgaben gestellt – einer positiven Zusammenarbeit in einem sich vereinigenden Europa. Polen und Deutschland unterschrieben Anfang der 1990er-Jahre Verträge, die die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze endgültig garantierten und den Rahmen für neue, partnerschaftliche Beziehungen in der Zukunft schufen. Die Historiker beider Länder begannen die schwierigen Probleme der Vergangenheit intensiv zu erforschen – vor allem die in der kommunistischen Zeit vernachlässigten Fragen der Vertreibung der Deutschen zum Ende des Krieges und in den ersten Jahren nach 1945.¹ Letzteres war nicht nur Gegenstand des Interesses der Historiker, es wurde darüber hinaus in den Medien und in vielen polni-

schen Familien diskutiert.² Bald darauf erschienen Quelleneditionen, Monographien, populärwissenschaftliche Bücher und Artikel in der Tagespresse. Das Thema der Zwangsmigrationen fand darüber hinaus einen wichtigen Platz im Geschichtsunterricht.³ Schließlich muss man anmerken, dass die vertiefte Auseinandersetzung mit diesen Fragen in den Nord- und Westgebieten Polens von einem wachsenden Interesse an der Geschichte dieser ehemals deutschen Gebiete nach 1945 begleitet wurde.⁴

Man konnte den Eindruck gewinnen, dass man Anfang der 1990er in Polen bewusst oder unbewusst darauf verzichtete, Fragen der deutschen Aggression und Okkupation zu thematisieren. Dagegen konzentrierte man sich auf die sogenannten „weißen Flecken“, also auf die in der öffentlichen Debatte bisher nicht präsenten Themen. Ein Novum daran war, dass diese Themen Polen nicht nur als Opfer erscheinen ließen; sondern sie warfen Licht auf die ganze Komplexität der Nachkriegszeit.⁵

Das bessere Kennenlernen des Schicksals der vertriebenen Deutschen weckte sehr oft Mitleid, sogar Verständnis für das Unrecht, das an einfachen, oft wehrlosen Menschen begangen worden war. Man verglich

die Erfahrungen der Polen, die während des Krieges und kurz danach zunächst von den Deutschen, später von den Sowjets ausgesiedelt worden waren, mit den Gefühlen der Deutschen aus Schlesien oder Pommern.

Die Regierungen Polens und Deutschlands suchten damals in der Geschichte beider Staaten jene Elemente, welche die beiden Nationen zusammenbringen konnten. Für viele Polen schien die erneute Erörterung der bereits so oft diskutierten Schuld NS-Deutschlands gegenstandslos. Manche sahen darin, dass man die Geschichte ausklammerte und sich auf die Probleme der großen politischen Umwälzungen konzentrierte, eine große Chance, das tragische Erbe zu überwinden. „Es kam zu einer in den deutsch-polnischen Beziehungen im vergehenden Jahrhundert beispiellosen Situation“, schrieb der bekannte Historiker Edmund Dmitrow in einem Aufsatz über Erinnerung und Vergessen in den deutsch-polnischen Beziehungen. „Die staatlichen und nationalen Interessen drängen beide Seiten dazu, aus der historischen Erinnerung das hervorzuheben, was der Freundschaft und Zusammenarbeit dienen kann, anstatt, wie sie das bisher getan haben, aus ihr Begründungen für Feindschaft und Kampf zu schöpfen.“⁶

Allerdings haben die neuen historischen Debatten in Deutschland Ende der 1990er-Jahre gezeigt, dass dieser Eindruck gegen Ende des Kapitels „Der Zweite Weltkrieg und seine Folgen“ zu oberflächlich war. In Deutschland rief die Veröffentlichung der Bücher „Der Brand“ von Jörg Friedrich und „Im Krebsgang“ von Günter Grass große Diskussionen hervor.⁷ Jedes dieser Bücher, die in den deutschen Medien breit kommentiert wurden, sprach die Frage der Deutschen als Opfer an, auch als Opfer des Zweiten Weltkrieges. Die Deutschen als Opfer des Bombenkrieges oder der Vertreibungen waren kein neues Thema; diese Probleme waren in der Forschung bzw. in der Öffentlichkeit schon früher präsent gewesen. Nun jedoch beteiligte sich erstmals das gesamte,

vereinigte Deutschland an dieser Debatte. Hinzu kam eine besondere Hinwendung zu den Schicksalen einzelner, konkreter Personen, deren Leiden konnte man sich besser vorstellen.

In Polen wurde dieses wachsende Interesse am Krieg mit Erstaunen, sogar mit Verwunderung aufgenommen. Die Polen akzeptierten eine Stilisierung der Deutschen als alleinige Opfer in großem Maße nicht. Auch denjenigen unter ihnen, die begonnen hatten, in den Deutschen Opfer der Ereignisse in der zweiten Hälfte der 1940er-Jahre zu sehen, gingen die Ansprüche der Deutschen zu weit.

Hinzu kam das wachsende Interesse der deutschen Öffentlichkeit an der „alten“ Geschichte, das von einigen Vertriebenenorganisationen ausgenutzt wurde. So schlug man vor, ein Zentrum gegen Vertreibungen einzurichten, das – jedenfalls in der ursprünglichen Konzeption – hauptsächlich das Leiden der vertriebenen Deutschen zeigen sollte.⁸ Ähnliche Erfahrungen anderer Nationen, auch infolge der NS-Politik, sollten dagegen nur marginal behandelt werden. Diskussionen über die Wiedergutmachung für das im Osten hinterlassene deutsche Eigentum lebten wieder auf. Diese Forderung wurde mit einer europäischen Rhetorik verbunden – die nach dem EU-Beitritt strebenden Staaten sollten demnach „europäische Standards“ einhalten. Die Tatsache, dass diese Forderungen anachronistisch waren, entging den Initiatoren vollkommen.

2. Eine neue Geschichtspolitik

Zur Einforderung von Entschädigungen schuf eine Gruppe Vertriebener eine private Organisation, die „Preußische Treuhand“. Diese Nachricht elektrisierte viele Polen. Auch einige polnische Politiker sahen Chancen darin, diese Problematik aufzugreifen. Es wurden übertriebene Vorwürfe formuliert,

wonach die Deutschen – auch finanzielle Ziele verfolgend – ihre bisherige Einstellung zum Zweiten Weltkrieg neu interpretieren wollten; aus Tätern wollten sie sich en bloc in Opfer verwandeln. Die Idee, ein Zentrum gegen Vertreibungen unter der Schirmherrschaft des Bundes der Vertriebenen zu gründen, wurde eindeutig abgelehnt. Als 2005 in Polen eine neue Partei an die Macht kam, „Recht und Gerechtigkeit“, die sich u. a. zum Ziel gesetzt hatte, eine schärfere Geschichtspolitik (gemeint war die Forcierung des nationalen Geschichtsbildes) zu betreiben, konnte man beobachten, wie sich die gegenseitigen Beziehungen fast täglich verschlechterten.⁹

2004 fand im polnischen Parlament eine stürmische Diskussion über deutsche Kriegsreparationen an Polen statt. Es wurde eine Resolution verabschiedet, welche die polnische Regierung dazu verpflichtete, gegenüber den deutschen Partnern aktiv zu werden. Auf diese Weise wollte man die Eigentumsansprüche eines Teils der Vertriebenen um die Preußische Treuhand kontern. Die Übernahme der Macht durch die Brüder Kaczyński trug dazu bei, dass sich die Bedeutung historischer Probleme zwischen Polen und Deutschland vergrößerte. Das Ziel war die Wiedergeburt des Patriotismus, der in den letzten Jahren angeblich aufgegeben worden war. Sehr schnell stellte sich dabei heraus, wie eng die Kaczyński-Partei „Recht und Gerechtigkeit“ und ihre Anhänger die Vaterlandsliebe definieren.

Die von dieser politischen Formation forcierte, sogenannte neue Geschichtspolitik, durchkreuzte die Politik des „kritischen Patriotismus“. Dieser sollte, vor allem in der Schule und in den Medien, durch eine affirmative Haltung zur Geschichte von Staat und Nation abgelöst werden.

Es ist zu betonen, dass die neue Geschichtspolitik in Bezug auf Fragen der inneren Geschichte Polens große Veränderungen verursachte. Generell wurden die friedlichen

Siege im Kampf gegen den Kommunismus, das Erreichen von Zugeständnissen seitens der Machthaber (sei es im Oktober 1956, sei es im Jahre 1989) weniger positiv beurteilt. Kompromisse mit den Machthabern sind nicht mehr en vogue – auch dann nicht, wenn sie die gesellschaftliche Autonomie etwas erweitert haben. Dagegen wurden die im Blut ertrunkenen Aufstände der Arbeiter in Posen (1956) oder Danzig (1970) stärker exponiert.¹⁰ Im Kontext des Zweiten Weltkrieges war dieser „Kult des Blutes“ anhand der Jahrestage des Warschauer Aufstands 1944 zu beobachten. Die Ruinen und die Asche Warschaus passten eben zum verbreiteten Bild des Polen als eines unschuldigen und edlen Opfers. Das Bild des Polen als Verursacher der Aussiedlung oder von Pogromen wurde hingegen von vielen Milieus und einem Teil der politischen Eliten strikt abgelehnt.

3. Hauptelemente der polnischen und deutschen Erinnerungskultur

Was waren die Hauptelemente der polnischen und deutschen Erinnerungskultur über den Zweiten Weltkrieg? Kann man angesichts der heutigen Kontroversen irgendwelche gemeinsamen Elemente finden? Resultieren die heutigen Probleme bei der Annäherung der beiden Seiten aus der unterschiedlichen Sicht auf den Zweiten Weltkrieg in der Vergangenheit – oder handelt es sich um neue Probleme, die eher mit einem Generationswechsel und dem damit einhergehenden Wandel politischer Programme zu tun haben? Gibt es eine Möglichkeit, eine gemeinsame Perspektive auf die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg zu erreichen? Im folgenden Teil meines Aufsatzes versuche ich, kurz auf die eben gestellten Fragen einzugehen.

Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg wurde von unterschiedlichen Faktoren beeinflusst. Einen wichtigen Platz nahm die Geschichtspolitik des Staates ein, der be-

stimmte Fakten besonders betonte und andere verschwieg. In der kommunistischen Zeit bediente man sich dabei in Polen bewusster Fälschung und Manipulation. Das wichtigste Element der Erinnerung war und ist nach wie vor die individuelle Erinnerung. In Polen bestand sie darin, ein Geschichtsbild privat von Generation zu Generation zu überliefern, das man als „echt“, d. h. nicht von den kommunistischen Machthabern erlogen, betrachtete. Diese Art der Überlieferung spielte eine besonders wichtige Rolle für den Fortbestand der Erinnerung an die aggressive Politik der UdSSR gegenüber Polen, da die kommunistischen Machthaber diese völlig aus dem öffentlichen Diskurs verdrängten. Nicht immer jedoch standen beide Erinnerungsstränge, der private und der offizielle, miteinander im Kampf. Auf einigen Feldern unterstützten und ergänzten sich die vom Staat betriebene Erinnerungspolitik und die individuelle Erinnerung durchaus. Besonders sichtbar war dies im Fall der Wahrnehmung NS-Deutschlands. Das Bild der deutschen Besatzung und die Rolle der Deutschen deckten sich in den Augen eines Durchschnittspolen mit der offiziellen Sichtweise. Die Angst vor den Deutschen war lange Zeit ein Bindemittel, welches das ungewollte kommunistische Regime mit der ihm unterworfenen Gesellschaft verband.

In der polnischen Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg lassen sich nach dem polnischen Historiker und Kulturwissenschaftler Robert Traba drei Perioden unterscheiden:¹¹ 1. die Periode einer „lebendigen Erinnerung“ (1944/45-1949), 2. die Periode einer „legalisierten Erinnerung“ (die 1950er- bis 1970er-Jahre) und Versuche zur „Reanimation der Erinnerung“ (Ende der 1970er-Jahre bis 1989) und schließlich 3. die Periode einer „wiedergewonnenen Erinnerung“. Ob diese Erinnerung tatsächlich „wiedergewonnen“ wurde, ist eine kontroverse Frage.

Die erste Periode war durch zeitliche Nähe charakterisiert. Es war auch eine Zeit, in der

es gewisse Freiheiten in der gesellschaftlichen Diskussion über die Formen der Erinnerung an den zurückliegenden Krieg gab. Die kommunistische Regierung war darauf konzentriert, ihre Macht zu festigen und griff noch nicht in den Verlauf dieser Diskussionen ein. Aktiv wurden Institutionen, die Beweise für die NS-Verbrechen sammeln sollten. Man vernichtete Denkmäler der deutschen Besatzung, in den West- und Nordgebieten tilgte man die Spuren der deutschen Vergangenheit. Zu dieser Zeit erwog man, ein Zentrales Museum des Polnischen Martyriums in Warschau zu schaffen.

Unmittelbar nach dem Krieg begann man sogenannte Denkmäler der Dankbarkeit für die Sowjetische Armee aufzustellen. Dies war eine Initiative der Machthaber und ein Signal für die Art, in welcher das offizielle Bild des Krieges gestaltet werden sollte. Das erste Denkmal dieser Art wurde in Kattowitz aufgestellt; es wurde im Laufe der Zeit zum Vorbild für andere. Auf dem Sockel standen zwei Gestalten: ein polnischer und ein sowjetischer Soldat. Nach 1989 wurde ein Großteil dieser Denkmäler entweder abgerissen oder an andere, weniger repräsentative Stellen versetzt.

Ende der 1940er konnte man eine Veränderung in der Einstellung der Machthaber gegenüber der historischen Erinnerung beobachten. Sie war mit dem Beginn der Stalinisierung des Landes zu erklären. Die Machthaber begannen, ihr Monopol auf unterschiedliche Sphären des gesellschaftlichen Lebens auszudehnen, auf die Formen der Erinnerung. Immer alltäglicher wurde es, die Rolle der UdSSR und der Opfer vonseiten der Roten Armee bei der Befreiung Polens sowie der Einführung des neuen politischen Systems zu betonen. Seither hatten die Polen offiziell nur noch unter einem Besatzer gelitten, unter NS-Deutschland. Nur das Martyrium des polnischen Volkes war noch erinnerungswürdig. Die Tragödie und der Tod anderer Nationen, die ein Teil Vorkriegspolens gewesen waren, vor allem

der Juden, wurden bewusst umgangen. In der Einführung zu dem Reiseführer „Stätten des Kampfes und des Martyriums in den Jahren 1939-1945“, der 1965 u. a. in deutscher Sprache in Warschau publiziert wurde, war zu lesen: „Polen erlitt unter den am Krieg teilnehmenden Ländern während des Zweiten Weltkrieges die größten Menschenverluste im Verhältnis zur Einwohnerzahl. Über sechs Millionen Opfer des Nationalsozialismus – Männer, Frauen und Kinder –, gefoltert und ermordet, in Gaskammern erstickt und in den Krematorien der Vernichtungslager Auschwitz, Birkenau, Majdanek, Treblinka, Sobibór, Belzec, Chełmno (Culmhof), im Fort VII in Poznań, Rogoźnica (Groß Rosen), Działdowo, Sztutowo (Stutt-hof) und zahlreichen anderen Vernichtungslagern verbrannt, an Stätten der Massenhinrichtungen, auf den Straßen der Städte und Städtchen niedergeschossen – das ist der Preis, den das Volk für die Liebe zum Vaterland und für den Kampf um Freiheit bezahlte, das ist das furchtbare Register der grausamen Verbrechen.“¹²

Die zweite Periode der „legalisierten Erinnerung“ stand unter dem Zeichen der unmittelbaren Einmischung der Machthaber in die Art und Weise, wie an den Zweiten Weltkrieg erinnert wurde. Nach Robert Traba wurde der Schwerpunkt dabei auf fünf Leitthemen gelegt:

- die Kämpfe der Polnischen Volksarmee,
- die polnisch-sowjetische Waffenbruderschaft,
- die Opfer der sowjetischen Armee,
- die Erinnerung an den Verteidigungskrieg im Jahre 1939 sowie
- die Erinnerung an den kommunistischen Widerstand (Volksarmee, Volksgarde).

Dieser Themenkatalog zeugte von einer scharfen Selektion. Die Erinnerung an die Heimatarmee, die älteste und größte Untergrundorganisation während des Krieges, die Aggression der UdSSR gegen Polen und die

Besatzungspolitik dieses Staates, die polnische Armee im Westen und die legale polnische Regierung im Exil wurden aus dem offiziellen Gedächtnis getilgt.

In der Öffentlichkeit herrschte ein selektiver Kult um die Opfer des Martyriums. Auf diese Weise wurde die Erinnerung an die Opfer und die Helden zum größten nationalen und staatlichen Wert. Die Politik Konrad Adenauers und der nachfolgenden Kanzler (bis Willy Brandt) war gekennzeichnet durch das Fehlen diplomatischer Beziehungen zu Polen, durch die Nicht-Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze an Oder und Neiße und – was für unser Thema von Bedeutung ist – durch die Einschränkung der Entnazifizierung. An der Weichsel weckte das eine große Empörung, aber der Erinnerungspolitik der kommunistischen Machthaber kam es durchaus sehr gelegen: Konnte man so doch die Erfahrungen aus der Vergangenheit mit den politischen Problemen der Gegenwart verbinden. Die UdSSR sollte in den Augen der Polen nicht nur als ehemaliger Befreier, sondern auch als aktuelle Schutzmacht erscheinen.

Laut einer Meinungsumfrage aus dem Jahre 1973, die vom Zentrum zur Erforschung der öffentlichen Meinung und Programmstudien (Ośrodek Badań Opinii Publicznej i Studiów Programowych) durchgeführt wurde, meinten 63 % der Polen, dass man mit Jugendlichen über den Kampf der Polen während des Zweiten Weltkrieges sprechen müsse. 85 % der Polen gaben an, dass hauptsächlich die UdSSR zum Sieg über Hitler-Deutschland beigetragen habe (an zweiter Stelle wurde Polen mit 38 %, an dritter die USA mit 32 % erwähnt). Der Beitrag Großbritanniens war in den Augen der Polen sechs Mal kleiner als der Polens. Die Kämpfe der polnischen Streitkräfte im Westen, die von 1940 an geführt wurden, erwähnten nur 5 % der Befragten. Unter den Schlachten des Zweiten Weltkrieges wurde an erster Stelle die Verteidigung der Westerplatte 1939 (39 %) erwähnt, weiter-

hin die Schlachten um Monte Cassino 1944 (33 %) und bei Lenino 1943 (30 %) sowie der Warschauer Aufstand 1944 (25 %). Diese Liste spiegelt einen Sieg der inoffiziellen Erinnerung wider, weil hiervon nur Lenino mit der prokommunistischen Armee verbunden war.

In den Daten dieser Meinungsumfrage ist auch eine polonozentrische Dimension des Zweiten Weltkrieges zu erkennen. In der Wahrnehmung der Polen standen die Kriegsanstrengungen ihrer Landsleute gleich hinter jenen der UdSSR und übertrafen an Verdiensten die Weststaaten.

Für die weitere Evolution der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg waren der Beginn der 1980er-Jahre und die Gründung der „Solidarność“ von großer Bedeutung. Während des „Solidarność-Karnevals“ begann man das Monopol der Machthaber auf historische Überlieferung infrage zu stellen. Es wurden zahlreiche Publikationen ohne Eingriffe der Zensur über die sogenannten Weißen Flecken in der polnischen Geschichte gedruckt. Interesse weckte vor allem die – wie man es nannte – Befreiung der Zeitgeschichte von Lügen, u. a. im Bezug auf die antikommunistischen Ausschreitungen der Bevölkerung, aber auch auf den Zweiten Weltkrieg selbst; beispielsweise die Frage nach dem sowjetischen Überfall auf das gegen Deutschland kämpfende Polen am 17. September 1939, oder nach der Ermordung polnischer Gefangener durch die UdSSR.¹³ Nach der Einführung des Kriegszustands (13. Dezember 1981) war die historische Problematik in den illegalen Publikationen konstant präsent. Es wurde sogar eine Auswahl von Broschüren über die „wahre Geschichte“ für die Schulen vorbereitet. Auch wenn diese verbotene Literatur beschlagnahmt wurde, gelang es den Machthabern nicht mehr, das Monopol in dieser Frage zurückzuerobern. An dieser Stelle sollte erwähnt werden, dass der sogenannte „zweite Umlauf“ (Samisdat) seine Wirkung hauptsächlich in den Groß-

städten entfaltete. In den Kleinstädten dominierte dagegen die offizielle Erinnerung, für welche die Machthaber verantwortlich zeichneten. Allerdings gab es darunter nach wie vor eine private und familiäre, zu der offiziellen oft konträre Überlieferung. In den 1980er-Jahren begannen die Machthaber im „Kampf um die Erinnerung“ (Andrzej Paczkowski) an Boden zu verlieren.

Die Opposition gegen die, mit allen Mitteln forcierte offizielle Erinnerung wäre nicht möglich gewesen, hätten sich nicht trotz Repressalien und Unterdrückung verschiedene unabhängige Milieus erhalten. An erster Stelle müssen hier die katholische Kirche und die Laienorganisationen der Katholiken genannt werden. Schon im Jahre 1965 wandten sich die polnischen Bischöfe mit den berühmten Worten „Wir vergeben und bitten um Vergebung“ an ihre deutschen Amtsbrüder. Damals lösten diese Worte große Kritik in der polnischen Gesellschaft aus. Die mutige Botschaft der polnischen Bischöfe wurde erst viele Jahre später verinnerlicht und verstanden. In den Kirchen fanden sich die Ereignisse und Helden wieder, die von den Kommunisten abgelehnt wurden, ebenso Stätten der Erinnerung an sie (Gedenktafeln, Messen für das Vaterland, historische Vorträge u. ä.). Die politische Opposition unterschiedlicher Schattierungen, deren Tätigkeit seit den 1970er-Jahren immer lebendiger wurde, machte die Geschichte zu einem Schlüssel für das Verständnis der Gesellschaft. Es wurde an die Tradition der Aufstände erinnert, vor allem an den Warschauer Aufstand 1944.

Betrachtet man die Akzentsetzung in der Behandlung der historischen Materie, muss man feststellen, dass die Opposition den Gegenstand des Martyriums der Nation und einzelner Personen, der von den kommunistischen Machthabern forciert wurde, zusätzlich gestärkt hat. Zu den bereits existierenden Orten der Erinnerung an die Opfer der NS-Zeit kamen neue hinzu, die den Opfern des sowjetischen und polnischen Kommu-

nismus gewidmet waren. Auf diese Weise nahm das gängige Bild des Martyriums der Polen während des Zweiten Weltkrieges eine vollständige Gestalt an.

4. Erinnerungsentwicklung nach 1989

Nach 1989 wurde die bisherige Art des Gedenkens an den Zweiten Weltkrieg einer Revision unterzogen. Aus dem von den Kommunisten geschaffenen Pantheon wurden die aufgezwungenen Helden entfernt und neue, bisher verleugnete hinzugefügt. In der Art und Weise der Wahrnehmung und der Erinnerung an den Krieg veränderte sich aber grundsätzlich nicht viel. Ein interessantes Beispiel kann man aus der Schulpraxis erwähnen. Der Beginn des neuen Schuljahres in Polen fällt immer auf den 1. September. In der festlichen Rede des Direktors an die Schüler und Eltern wird an den Kriegsbeginn immer wieder erinnert.

Zweifelsohne kam nach 1989 ein Zeitabschnitt, in dem die Erinnerung an die Ursachen des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges und seine Phasen in unzensurierter Form wiedergewonnen wurden. An Bedeutung im historischen Diskurs gewann darüber hinaus der Topos der Verständigung und Versöhnung mit anderen Nationen, allerdings mit unterschiedlicher Intensität und mit unterschiedlichen Ergebnissen. Diesen Diskurs begleitete die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit, sowohl mit ihren Glanz- als auch den Schattenseiten. Das beste Beispiel sind die deutsch-polnischen Beziehungen in den 1990er-Jahren. Die Grundlagen für diese Aktivitäten, die von der katholischen Kirche und ihren Organisationen eingeleitet worden waren, wurden in den 1980er-Jahren durch die antikommunistische Opposition weiterentwickelt. Erwähnenswert sind die Diskussionen über die von Jan Józef Lipski, Jan Błoński und Jerzy Jedlicki aufgestellten Thesen über die Behandlung anderer Völker, die Wahrneh-

mung des Erbes anderer nationaler Kulturen als Teil der europäischen Kultur oder die Form des polnischen Patriotismus. Die aus mehreren Phasen bestehende Diskussion über die polnisch-jüdischen Beziehungen während des Zweiten Weltkrieges nahm dabei den meisten Raum ein. In den deutsch-polnischen Beziehungen spielte die Verbreitung des Wissens über das Leid der ausgesiedelten Deutschen und in ihrer Folge die Anerkennung ihres menschlichen Rechts auf Sehnsucht nach ihrer Heimat eine große Rolle.

Parallel zu diesem kritischen Diskurs über die polnische Geschichte, an dem die Medien aktiv teilnahmen, konnte man den sich verstärkenden nationalkonservativen Diskurs beobachten, der sich dagegen wandte. Es wurden Meinungen laut, dass die Darstellung der Polen als Verursacher von Gewalt und Leid anderer Völker den Nationalstolz zerstöre und den Patriotismus bei den Jugendlichen infrage stelle. Diese Stimmen kamen vor allem aus dem nationalkonservativen und dem fundamentalistischen Lager in der katholischen Kirche. Der Diskurs ist vor allem heute sehr sichtbar. Die negativen Aspekte in der Haltung der Polen während des Zweiten Weltkrieges (die Frage der Kollaboration, der Denunziation, poln. *szmalcownictwo*) und in der Reaktion auf den Holocaust sowie die schlechte Behandlung der Deutschen oder der Ukrainer in der Zeit unmittelbar nach 1945 standen nun nicht mehr im Zentrum des Interesses. In den letzten Jahren wurde der Schwerpunkt auf die Helden- und Leidensgeschichte gelegt. Fast könnte man sagen: „je mehr Opfer, desto besser“. Obschon man seit 15 Jahren weiß, dass in Sibirien 400.000 polnische Staatsbürger von den Sowjets eingekerkert wurden, sprechen die Medien, vor allem das staatliche Fernsehen und die Tagespresse, von 1,5-2 Mio. Personen – jahrzehntealten Schätzungen exilpolnischer Historiker folgend. Der Kult um die Opfer ist auch im bereits erwähnten Jahrestag des Warschauer Aufstands zu sehen, der – wie

es scheint – zum wichtigsten Element der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg stilisiert werden soll. Selbstverständlich wird das historische Ereignis als solches bei diesem Prozess einer Bearbeitung unterzogen, damit es zum gewünschten Bild des heldenhaften Martyriums passt. Aus diesem Grund wird beim gemeinschaftlichen Erlebnis des tragischen Jahrestages des Aufstands der Warschauer seit einigen Jahren nicht mehr die Frage zugelassen, ob die damalige Entscheidung zur Ausrufung des Aufstands sinnvoll war, ob er überhaupt Chancen auf einen Erfolg hatte; ganz so, als wäre Opferbereitschaft ohne jegliche Reflexion ein Vorbild für die Haltung eines hundertprozentigen Polen in der heutigen Welt.

Auch die deutsche Erinnerungskultur an den Zweiten Weltkrieg unterlag in den letzten Jahrzehnten bedeutenden Veränderungen. Dies ist nicht nur durch politische Gründe bedingt, die mit der Teilung Deutschlands nach 1949 in zwei deutsche Staaten und deren Eingliederung in gegensätzliche, feindliche politische Blöcke zusammenhängen.

Es scheint, dass an den 1. September in der Bundesrepublik weder besonders gedacht noch an ihn erinnert wurde. Die „Machtübernahme“ der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 sowie die Niederlage Deutschlands am 8. Mai 1945 waren die wichtigsten Daten aus ihrer Zeitgeschichte.

Die Einstellung gegenüber dem Zweiten Weltkrieg begann sich in der Bundesrepublik Ende der Fünfzigerjahre zu verändern. Erst die Ereignisse des Jahres 1968 zwangen die Gesellschaft zu einer breiteren Diskussion. Es fing die eigentliche Periode an, in der man sich mit der „braunen“ Vergangenheit konfrontiert sah. Allerdings waren diese Diskussionen sehr selektiv geführt worden. Es wurden ganze Gruppen von Opfern bewusst ausgeklammert; die NS-Verbrechen im Osten Europas (mit Ausnahme der Juden) wurden fast verschwiegen. Die Okkupation Polens durch das Dritte Reich

stand im Schatten anderer Ereignisse, vor allem des Krieges mit der UdSSR, der Flucht und Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Ostprovinzen des Reiches. Dieser Zustand dauerte bis zur Vereinigung Deutschlands an.

Im Kontext der Veränderung der Erinnerungskultur sollte auch an die unterschiedlichen Persönlichkeiten des offiziellen Lebens der Bundesrepublik und der NGOs erinnert werden, die sich die Suche nach einer Versöhnung mit Polen zum Ziel gesetzt haben. Der erste Bundeskanzler, der das tat, war der Sozialdemokrat Willy Brandt. Sein „Kniefall“ vor dem Ghetto-Denkmal in Warschau im Dezember 1970 zeigte sehr deutlich die Bereitschaft der demokratischen Bundesrepublik zur Buße, zur Einführung moralischer Elemente in die Politik. Der Preis für den Ausbruch des Krieges und das Leiden von Millionen polnischer Staatsbürger war – seiner Meinung nach – der Verlust der deutschen Gebiete jenseits der Oder und Neiße. Bei der Annäherung der beiden Gesellschaften spielten die beiden Kirchen in der Bundesrepublik, die katholische sowie die protestantische, wie auch unterschiedliche kirchliche Organisationen eine große Rolle (wie z. B. Pax-Christi, Zeichen der Hoffnung u. ä.). Eine gewisse Form der Wiedergutmachung für die Zeit des Krieges, ein Zeichen der menschlichen Solidarität, war die beispiellose „Paketaktion“ Anfang der 1980er-Jahre, als Millionen von Deutschen (auch aus der DDR) dem sich in einer großen wirtschaftlichen und politischen Krise befindenden Polen halfen.

5. Die Haltung der damaligen DDR

Der zweite deutsche Staat, die DDR, war von Anfang an nicht an der Auseinandersetzung mit dem Problem der „deutschen Schuld“ interessiert. Er wollte als ein antifaschistischer Staat gesehen werden, wobei er damit suggerierte, die Geschichte belaste nur die Bundesrepublik. Auf eine Abrech-

nung mit der NS-Zeit verzichtend, pflegten die DDR-Machthaber ein tiefes Misstrauen gegenüber der eigenen Gesellschaft, die sich am Bau des NS-Staates beteiligt hatte. „Diese beiden Tatsachen führten zur Herausbildung einer spezifischen Einstellung zum Nationalsozialismus“, schrieb der deutsche Politikwissenschaftler Klaus Ziemer, „die in der Literatur mit dem Begriff der ‚Schlussstrichmentalität‘ beschrieben wurde. Es fand keine breite Diskussion über den Nationalsozialismus statt. Zu Tabuthemen wurden die Fragen nach der Schuld und Verantwortung, Anpassung und Opportunismus, die die deutsche Bevölkerung betrafen, die vor 1945 im Gebiet der späteren DDR lebten. Das führte einerseits zu den Defiziten in der demokratischen Kultur, andererseits zur Infragestellung des von der DDR so laut propagierten Antifaschismus.“¹⁴

Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg wurde ritualisiert, die Möglichkeit zu ihrer Gestaltung durch die Gesellschaft verhindert. So wurde der 1. September als „Internationaler Tag des Kampfes für die Opfer des faschistischen Terrors und Tag des Kampfes mit dem Faschismus und Krieg“ und „internationaler Friedenstag“ gefeiert. Der 9. Mai 1945 dagegen wurde zusammen mit den sowjetischen Genossen vor dem zentralen sowjetischen Denkmal in Berlin-Treptow und auf den unzähligen sowjetischen Friedhöfen begangen.

Eine gewisse Ausnahme bildeten die Bemühungen von Einzelpersonen, vor allem den Christen – Bemühungen, die am Rande des offiziellen Lebens in der DDR stattgefunden haben. An erster Stelle sollten hier die Mitbegründer der Aktion Sühnezeichen, Lothar Kreyssig und Günter Särchen, erwähnt werden.

Zweifelsohne war die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg in Polen und Deutschland unterschiedlich, weil die beiden Nationen unterschiedliche Standpunkte und Erfahrungen hatten. Polen unterstrich – und zwar

mit Recht – die ungeheuren Verluste an Menschen und Sachwerten, die es infolge der deutschen und sowjetischen Aggression 1939-1945 zu verzeichnen hatte. Es mussten viele Jahre vergehen, bis die Deutschen ihre Erinnerung nicht mehr auf ausgewählte Probleme einschränkten, bis sie die Fragen des Krieges in einem breiteren Kontext sehen konnten. Diese Bereitschaft spielte eine große Rolle dabei, die eigene Einstellung gegenüber den sogenannten „Opfern im Osten“, u. a. den Zwangsarbeitern, zu revidieren. Für diese Revision der Einstellung erwarten die Deutschen jedoch eine gewisse Anerkennung – dass man auch ihnen den Status von Opfern der Kriegsbarbarei gewährt. Die Behauptung, dies stelle eine Reinterpretation des gesamten Zweiten Weltkrieges dar, ist missbräuchlich, weil niemand in Deutschland den verbrecherischen Charakter des Hitler-Regimes anzweifelt.

6. Heutige Betrachtungsweise zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges

Wie die Frage des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges heute betrachtet wird, lässt sich am Beispiel der Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag des Kriegsausbruchs 2009 verdeutlichen. Großes Interesse galt den offiziellen Feiern auf der Westerplatte und den Reden der Politiker unserer Nachbarländer. Die Entscheidung, nach Danzig zu kommen und somit auch offiziell an den Gedenkfeiern teilzunehmen, war ein wichtiges Zeichen, das die deutsche Kanzlerin setzte. Sie zeigte, dass die Deutschen ihre Einstellung zum Zweiten Weltkrieg nicht geändert haben. Vielmehr gedenken sie dieser Tragödie mit großer Demut und wissen um ihre eigene Verantwortung. Kurz vor dem Auftritt Putins in Polen zum 70. Jahrestag des Kriegsausbruchs gab es in Russland anti-polnische Kampagnen, die die Bedeutung und Rolle des Ribbentrop-Molotow-Pakts reduzieren sollten und Polen gar einer Zusammenarbeit mit den Nazis beschuldigten. Der Auftritt Putins wurde darum von eini-

gen Beobachtern auf der Westerplatte als wenig konkret und vage bewertet. Trotzdem ist daran zu erinnern, dass Putin einige sehr wichtige Aussagen getroffen hat, etwa dazu, einen neuen polnisch-russischen Dialog zu starten und ein gemeinsames Haus der Geschichte zu errichten. Wieder einmal zeigten sich die Schwierigkeiten in der polnisch-russischen Verständigung, wie zerbrechlich dieser Dialog ist und dass er keinesfalls mit dem deutsch-polnischen Dialog gleichgesetzt werden kann. Zuletzt hat die russische Seite durchaus guten Willen gezeigt, auch während und nach der Flugzeugtragödie von Smolensk im April 2010, bei der der polnische Präsident Lech Kaczyński und weitere hochrangige polnische Politiker und Militärs ums Leben kamen. Einige Aussagen des russischen Präsidenten Medwedjew weisen auf eine veränderte Wahrnehmung der von Stalin begangenen Verbrechen hin. „Wenn man über Stalin und die Personen, die unter seiner Führung arbeiteten, redet, dann muss man sagen, dass sie ein Verbrechen begangen haben. Dies ist für alle selbstverständlich“, meinte er im Frühjahr 2010. Es ist schwierig vorauszusagen, ob dieser Trend andauern wird. Aber es sprechen mehr Argumente dafür als noch im Gedenkjahr 2009.

Obschon das Gedenken an den Kriegsausbruch mit der Würdigung des 20. Jahrestages der friedlichen Revolutionen in Ostmitteleuropa in gewisser Konkurrenz stand, zog es gebührende Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und ihrer Eliten auf sich. Auf ein großes Echo stieß in Polen eine Erklärung von über 140 deutschen Intellektuellen „Das Jahr 1989 feiern, heißt auch, sich an 1939 zu erinnern!“ Es war eine sehr wichtige öffentliche Stimme, die auf die Genese der Tragödie Polens und anderer Länder der

Region verwies. Außerdem wurde auf die Rolle und Bedeutung Polens und anderer Länder Ostmitteleuropas bei der Niederlage des Kommunismus auf eine unmissverständliche Art und Weise hingewiesen. „Wir werden nicht vergessen, dass es vor allem Polen waren, die für ihre und unsere Freiheit als erste Breschen in das kommunistische Machtsystem geschlagen haben. Wir danken zugleich den Anhängern der tschechoslowakischen Charta 77, die uns ermutigt haben, in der Wahrheit zu leben. Wir erinnern auch all jene, die in Ungarn den Weg zur Demokratie frei machten und im Sommer 1989 den Eisernen Vorhang öffneten. Sowjetische Dissidenten haben sich lange vor Glasnost und Perestroika für die Wahrung der Menschenrechte eingesetzt.“ Polnische Zeitungen, und zwar unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung, hielten diese Aussagen der Intellektuellen für wegweisend und maßen ihnen eine hohe Bedeutung zu.

7. Fazit

Eine Verbindung der Jahresdaten 1939 und 1989 ist – wie es scheint – ein Zeichen für die Herausbildung eines neuen Geschichtsbildes vom 20. Jahrhundert. Das erste Datum war der Beginn einer Tragödie, nicht nur einer einzelnen europäischen Nation, sondern des ganzen Kontinents, der Welt. Das zweite Datum bedeutet die endgültige Überwindung des Konflikts und der Teilung, die ihren Ursprung im Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und seiner politischen Folgen hatte. Es ist auch ein Datum für den Sieg der Demokratie, der Freiheit, der Menschenrechte. Es scheint, dass die polnische und die deutsche Erinnerungskultur eine gute Chance haben, sich an dieser Stelle zu treffen.

Anmerkungen

- ¹ Vgl. Borodziej, Włodzimierz / Lemberg, Hans (Hrsg.): *Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden ... Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945-1950. Dokumente aus polnischen Archiven*, 4. Bde., Marburg 2000-2004.
- ² Bachmann, Klaus / Kranz, Jerzy (Hrsg.): *Verlorene Heimat. Die Vertreibungsdebatte in Polen*, Bonn 1998.
- ³ Vgl. Migdalski, Paweł / Włodarczyk, Edward / Maier, Robert (Hrsg.): *Problematyka przymusowych przesiedleń i stosunków polsko-niemieckich po 1945 roku jako przedmiot badań historycznych i praktyki szkolnej*, Szczecin 2007.
- ⁴ Vgl. Mazur, Zbigniew (Hrsg.): *Wspólne dziedzictwo? Ze studiów nad stosunkiem do spuścizny kulturowej na Ziemiach Zachodnich i Północnych*, Poznań 2000; Mazur, Zbigniew: *Das deutsche Kulturerbe in den polnischen West- und Nordgebieten*, Wiesbaden 2003; Zybura, Marek: *Der Umgang mit dem deutschen Kulturerbe in Schlesien nach 1945*, Görlitz 2005; Andrzej, Zawada: *Niederschlesien. Land der Begegnung*, Dresden 2005; Nowosielska-Sobel, Joanna / Strauchold, Grzegorz (Hrsg.): *Trudne dziedzictwo. Tradycje dawnych i obecnych mieszkańców Dolnego Śląska*, Wrocław 2006; Nowosielska-Sobel, Joanna / Strauchold, Grzegorz (Hrsg.): *Dolnoślązacy? Kształtowanie się tożsamości mieszkańców Dolnego Śląska po II wojnie światowej*, Wrocław 2007.
- ⁵ Ruchniewicz, Krzysztof: *Der Zickzackkurs der polnischen Geschichtspolitik nach 1989*, in: *Neue Politische Literatur* 2/2008, S. 205-223; Ders.: *Die polnische Geschichtspolitik nach 1989*, in: *Länderbericht Polen. Geschichte – Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur*, hrsg. von Dieter Bingen und Krzysztof Ruchniewicz, Bonn 2009, S. 219-233.
- ⁶ Dmitrow, Edmund: *Pamięć i zapominanie w stosunkach polsko-niemieckich*, in: *Przegląd Zachodni* 1/2000, S. 18.
- ⁷ Kettenacker, Lothar (Hrsg.): *Ein Volk von Opfern? Die neue Debatte um den Bombenkrieg 1940-45*, Berlin 2003; Buras, Piotr / Majewski, Piotr (Hrsg.): *Pamięć wypędzonych. Grass, Benes i środkowoeuropejskie rozrachunki. Antologia tekstów polskich, niemieckich i czeskich*, Warszawa 2003.
- ⁸ Zur Idee des Zentrums gegen Vertreibungen vgl. Ther, Phillip: *Die Ursachen von Zwangsmigrationen im 20. Jahrhundert und das geplante „Zentrum gegen Vertreibungen“*, in: *Vertreibungen europäisch erinnern? Historische Erfahrungen – Vergangenheitspolitik – Zukunftskonzeptionen*, hrsg. von Dieter Bingen, Włodzimierz Borodziej und Stefan Troebst, Wiesbaden 2003, S. 215-221; Ther, Philipp: *Erinnern oder aufklären. Zur Konzeption eines Zentrums gegen Vertreibungen*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 1/2003, S. 36-41; Ders.: *Ein Zentrum gegen Vertreibungen. Nationales Gedenken oder europäische Erinnerung?*, Potsdam 2004; Łada, Agnieszka: *Debata publiczna na temat powstania Centrum przeciw Wypędzeniom w prasie polskiej i niemieckiej*, Wrocław 2006; Kruke, Anja (Hrsg.): *Zwangsmigration und Vertreibung – Europa im 20. Jahrhundert*, Bonn 2006; Troebst, Stefan (Hrsg.): *Vertreibungsdiskurs und europäische Erinnerungskultur. Deutsch-polnische Initiativen zur Institutionalisierung. Eine Dokumentation*, Osnabrück 2006.
- ⁹ Traba, Robert: *Historia – przestrzeń dialogu*, Warszawa 2006; Wolff-Powęska, Anna: *Polskie spory o historię i pamięć. Polityka historyczna*, in: *Przegląd Zachodni* 1/2007, S. 3-44 (dort auch die neueste weiterführende Literatur).
- ¹⁰ Siehe Ruchniewicz, Krzysztof: *Juni und Oktober 1956 im Geschichtsbild der polnischen Gesellschaft*, in: *Deutschland Archiv* 3/2006, S. 406-414.
- ¹¹ Vgl. Traba, Robert: *Symbole pamięci: II wojna światowa w świadomości zbiorowej Polaków. Szkic do tematu*, in: *Przegląd Zachodni* 1/2000, S. 52-67.
- ¹² Wieczorek, Janusz: *Vorwort*, in: *Stätten des Kampfes und des Martyriums 1933-1945. Jahre des Krieges in Polen. Guide*, Warschau 1965, S. 7.
- ¹³ Vgl. Karta, Osrodek (Hrsg.): *Katalog zbiorów Archiwum Opozycji (do 1990 roku)*, Warszawa 2001.
- ¹⁴ Ziemer, Klaus: *Stosunek powojennego społeczeństwa niemieckiego do drugiej wojny światowej*, in: *Przegląd Zachodni* 1/2000, S. 29.

Der Bromberger Blutsonntag – oder von der Gegenwärtigkeit der Geschichte

Hans-Erich Volkmann

Der Bromberger Blutsonntag gilt als Synonym für das spannungsreiche Zusammenleben der deutschen Minderheit mit der polnischen Staatsnation zwischen den beiden Weltkriegen. Bislang galten die so genannten Volksdeutschen als Auslöser eines polnischen Massakers am 3. September 1939. Zwischenzeitlich werden Zweifel an dieser Version laut. Der nachfolgende Beitrag will Fingerzeige einer möglichen sachlichen Diskussion des kontroversen Themas geben.

1. Einführung

Im polnischen historischen Gedächtnis sind Deutschland und die Deutschen, nicht zuletzt in Reaktion auf den Nationalsozialismus, bisweilen immer noch negativ besetzt, und zwar als Axiom politischer Gegenwartsgestaltung. So mahnte der einstige polnische Regierungschef Kaczynski mehr Einfluss seines Landes in der EU an: „Hätte Polen nicht die Jahre 1939 bis 1945 durchgemacht, wäre es heute ein Staat mit einer Bevölkerung von 66 Millionen Wir verlangen nur das, was uns genommen wurde“.¹ Gleichwohl handelt es sich um ein zeitlich noch weiter zurückliegendes, geschichtliches Bewusstseinsphänomen, das wir seit Ende des 19. Jahrhunderts kennen. Bis dahin unterschieden die Polen zwischen dem preußischen Staat als Teilungsmacht und den Deutschen als Kulturnation, der, gemeinsam mit der polnischen, die Staatsnation versagt geblieben war. Das sollte sich mit Bismarck ändern. Nun besaßen die Deutschen ein Reich, dessen polnische Bewohner sich einem Germanisierungsdruck ausgesetzt sahen, der zugleich ihre konfessionelle Identität gefährdete.

Der von den Siegermächten des Ersten Weltkrieges geschaffene neue polnische Staat war mit einer existenzbedrohenden Hypothek belastet, nämlich mit seiner deut-

schen Minderheit, die er vor allem durch die territoriale Inkorporation deutscher Ostgebiete – Pommerellen, Posen, Teile Oberschlesiens – übernommen hatte. Auf der Pariser Friedenskonferenz war Polen im Frühsommer 1919 die völkerrechtliche Verpflichtung eingegangen, Kulturautonomie, Besitzstand, berufliche Freizügigkeit, aber auch politische Selbstvertretung der Minderheiten zu respektieren, wobei es sich bei dieser Verpflichtung um ein konstitutives Element des polnischen Staates handelte. Die Einhaltung des Minderheitenschutzvertrages wurde vom Völkerbund überwacht. Denn in Genf war man sich darüber im Klaren, dass Deutschland ebenso auf Revision des Versailler Vertrages sann, wie Polen den Minderheitenschutzvertrag nur in der festen Entschlossenheit akzeptiert hatte, ihn obsolet werden zu lassen.

Die Polen stellten zwar mit einer Mehrheit von rund zwei Dritteln die Staatsnation, deren Handlungsspielraum allerdings durch das Selbstbestimmungsrecht der Minderheiten – hauptsächlich Ukrainer und Weißrussen – seine Begrenzung fand. In ihren deutschen Mitbürgern sahen die Polen, zumindest in den Westgebieten, einen völkisch und politisch nicht assimilierungsfähigen Fremdkörper und somit das gravierendste Hemmnis eines notwendigen innen- und außenpolitischen Konsolidierungsprozesses

des jungen Staates. Um einer Revisionspolitik des Reiches die bevölkerungspolitische Rechtfertigung zu entziehen, verfolgte Warschau eine so genannte Entdeutschungsstrategie. Als besonders integrationsresistent galten, nicht unbegründet, die mehr als 150.000 deutschsprachigen Landesangehörigen, die von dem Recht Gebrauch gemacht hatten, für die deutsche Staatsangehörigkeit zu optieren. Sie mussten das Land verlassen. Ihre landwirtschaftlichen Flächen wurden eingezogen, wie die polnische Regierung überhaupt die Bodenpolitik als eines der wirkungsvollsten Instrumente zur Schwächung der deutschen Minderheit handhabte. Als Assimilationshindernis betrachteten die polnischen Behörden das von ihnen zu tragende deutsche Schulwesen, das das Zusammengehörigkeitsgefühl der deutschen Minderheit mit den Reichsdeutschen bewusst machte. Auf administrativem Wege gelang es, deutschsprachige Kinder polnischen Schulen zuzuweisen, das waren 1925/26 über 33 % und 1929/30 bereits über 45 %. Im Zeitraum von 1922 bis 1928 ging die Zahl deutscher Schulen von 1.100 auf 300 zurück, allerdings auch als Folge der Abwanderung ins Reich. Allmählich wurden die Deutschen mit Hinweis auf mangelnde polnische Sprachkenntnisse aus dem öffentlichen Dienst entfernt, die politische Vertretung der Volksgruppe im Sejm durch Wahlgesetzmanipulation neutralisiert.

Solange es Deutschland an politischen und militärischen Mitteln zur Revision der östlichen Verhältnisse fehlte, bestand die Weimarer Republik auf Respektierung des Minderheitenrechts, weil man unter seinem Schutz die Deutschen polnischer Staatsangehörigkeit in den Kulturraum des Reiches integrieren, ihnen vielfache wirtschaftliche und politische Unterstützung zuteil werden lassen konnte. Da man polnischerseits von der nachfolgenden nationalsozialistischen Regierung einen aggressiven Revisionismus und volkstumpolitisch begründeten Expansionismus erwartete, prüfte man in Warschau ernsthaft die Möglichkeit eines mili-

tärischen Präventivschlages, eine latente Gefahr, die Hitler zu Beginn des Jahres 1934 durch den Abschluss eines Nichtangriffspaktes mit dem potenziellen Aggressor endgültig bannte. Möglich geworden war dieses Arrangement aufgrund des vorausgegangenen Austritts Deutschlands aus dem Völkerbund, was auch Polen die Möglichkeit bot, diesem die Zusammenarbeit in Sachen Minderheitenschutz aufzukündigen, der somit zu einer bilateralen deutsch-polnischen Angelegenheit wurde. Da das NS-Regime wissen ließ, dass es seine Verantwortung für die deutsche Minderheit in Polen nicht „zum Hebel für ein Aufrollen der Grenzfragen“² machen werde, schienen von deutscher Seite die Voraussetzungen für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Berlin und Warschau geschaffen.

2. Hitlers Bemühungen um Polen

Hitler bemühte sich, Polen im Rahmen des Antikomintern-Paktes (Deutschland, Italien, Japan) auf einen gemeinsamen Kurs gegen Moskau einzuschwören, und dies unter Hintanstellung prinzipieller Lösungen wie z. B. der Danzig-Frage. Für ihn war eine polnische Juniorpartnerschaft im Kampf gegen die Sowjetunion selbst volkstumpolitisch attraktiv. Denkt man an die Umsiedlung der Südtiroler zu Gunsten der territorialen Integrität Italiens, so spricht etliches dafür, dass Hitler nach einem erfolgreichen gemeinsamen Vorgehen gegen die Sowjetunion die deutsche Minderheit in Polen als prädestinierte Stammbevölkerung eines erweiterten östlichen Lebensraumes dorthin verfrachtet hätte. Vor allem passte Polen in die europäischen Neuordnungspläne des „Dritten Reiches“, die eine kontinentale Autarkie auf der Basis einer Arbeitsteilung zwischen Agrarüberschuss- bzw. Rohstoffländern und Industrienationen vorsahen. Darüber hinaus ließ sich das mit deutscher technologischer Unterstützung im Entstehen befindliche zentralpolnische Industrieviertel womöglich an deutschen rüstungs- und

kriegsökonomischen Bedürfnissen ausrichten. Noch im Sommer 1938 besaßen für das Auswärtige Amt Rüstungsaspekte Vorrang vor Volkstumsfragen. „Im Interesse der Durchführung des (rüstungorientierten) Vierjahresplans“ war man bereit, eine in mancher Beziehung unerwünschte und auf eine Schwächung der deutschen Volksgruppe hinauslaufende Durchbrechung der geraden Linie in der Politik des Reichs gegenüber der deutschen Volksgruppe in Polen³ in Kauf zu nehmen. Immerhin partizipierte Polen 1938 von der Liquidierung der Tschechoslowakei, indem es sich deren hoch industrialisiertes Olsa-Gebiet einverleiben durfte.

Doch Polen entzog sich einer deutschen politisch-ökonomischen Umarmung. Nach der Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren und der Wiedereingliederung des Memelgebietes militärisch in die Zange genommen und in seiner Existenz bedroht, lehnte es Hitlers Forderung nach Eingliederung Danzigs ins Reich und des Baues exterritorialer Verkehrswege durch den Korridor ab, suchte Rückendeckung bei den Westmächten und erreichte am 31. März 1939 eine französisch-britische Garantierklärung. Im April kündigte Hitler den Nichtangriffspakt, spielte nun die volkstumpolitische Karte aus und ließ Kriegsvorbereitungen treffen. Der Bromberger Blutsonntag am 3. September 1939 lieferte ihm dann die nachträgliche propagandistische Rechtfertigung des Überfalls zwei Tage zuvor.

3. Die Bromberger Ereignisse

Die Bromberger Ereignisse wurden in der polnischen wie in der seriösen deutschen Nachkriegshistoriografie zunächst tendenziell übereinstimmend so dargestellt, wie es noch in einem 1992 vom Institut für Zeitgeschichte herausgegebenen Band steht: „Zu den schlimmsten antideutschen Ausschreitungen kam es am 3. September 1939 in

Bromberg. Nachdem eine deutsche Gruppe aus dem Hinterhalt polnische Truppen beschossen hatte, wurden zahlreiche Volksdeutsche in einem Ausbruch wilden Hasses misshandelt und mindestens 100 ermordet“.⁴ Von dieser These distanzierte sich in den endneunziger Jahren ein inzwischen in Deutschland assimilierter polnischer Kollege, indem er sich außer Stande erklärte, auslösendes Moment und Ablauf des Pogroms rekonstruieren zu können.⁵ Inzwischen hält ein renommierter polnischer Historiker in Bromberg die Schlüssigkeit einer bislang ausschließlichen Indizienbeweisführung einer volksdeutschen Initialzündung des polnischen Massakers für nicht hinreichend überzeugend.⁶ In der Tat fehlt nicht das einleuchtende volksdeutsche Motiv, nämlich das der Rache an einem sich in Auflösung befindlichen polnischen Truppenteil. Es fehlen allerdings die Tatwaffen, bildliche Dokumentationen des Tathergangs sowie die namentliche Benennung volksdeutscher Täter und vermuteter Infiltranten aus dem Reich und aus Danzig. Ebenso fehlen Belege einer reichsdeutschen Verantwortlichkeit.

3.1 Spurensuche

Die Spurensuche führt noch einmal bis in den Beginn der NS-Ära zurück. Zwischen den verbalen Zusagen Warschaws ab 1934, die Nationalitätenfrage nicht zum Prüfstein der deutsch-polnischen Beziehungen werden zu lassen, und den tatsächlichen Polonisierungsbestrebungen klaffte fortan eine immer größere Lücke. Es ist ein Kennzeichen polnischer Zwischenkriegsgeschichte, dass es nicht gelang, Außen- und Innenpolitik halbwegs aufeinander abzustimmen. Einer allgemeinen minderheitenfeindlichen Stimmung Rechnung tragend, fuhr das Innenministerium einen stringenten Kurs der Entdeutschung. Selbst dort, wo das Außenministerium gegenüber dem Innenressort erfolgreiche Überzeugungsarbeit zu leisten vermochte, zeigte sich dieses nur selten in der Lage, auf die maßgeblichen regionalen

politischen Kräfte, die Wojewoden, in ihrem Verhalten gegenüber der deutschen Minderheit mäßigend einzuwirken. Ohne Garantie seines territorialen Besitzstandes und seiner nationalstaatlichen Souveränität seitens des deutschen Nachbarn sahen Politik, Publizistik, Wissenschaft und eine in dieser Ansicht nahezu geschlossene polnische Gesellschaft keinerlei Veranlassung, in dem Bemühen nachzulassen, erwarteten deutschen Revisionsansprüchen durch Entdeutschung und Polonisierung den Boden zu entziehen. Es häuften sich antideutsche Demonstrationen, die sich im Sommer 1938 zu Ausschreitungen z. B. in Form von Beschädigungen von Gebäuden in Bromberg und in Thorn (dortiges Konsulat) ausweiteten.

Die Ursachen dieser sich verschärfenden Konfliktsituation sind einmal in der expansionistischen deutschen Volkstumspolitik unter dem Motto „Heim ins Reich“ zu sehen – dokumentiert an der Annexion Österreichs und des Sudetengebietes. Und zum anderen, und damit im Zusammenhang stehend, in den Nazifizierungsanstrengungen gegenüber der deutschen Minderheit. Tatsächlich ist die Stimulation des völkischen Bewusstseins der deutschen Minderheit seitens nachgeordneter Einrichtungen von Reichsministerien und Gliederungen der NSDAP als Einstimmung und Vorbereitung auf eine wie auch immer geartete Änderung der politischen Verhältnisse in den drei ehemaligen deutschen Teilgebieten betrieben und von dem betroffenen Deutschtum in Polen auch so verstanden worden. Insofern entsprach die deutsche Verselbstständigung der Volkstumspolitik unterhalb der Ebene von Reichskanzlei und Auswärtigem Amt der Situation auf polnischer Seite.

War das Deutschtum in Polen während der Weimarer Republik in erster Linie auf Wahrung und Durchsetzung seiner Minderheitenrechte bedacht, so änderte sich dies zum Jahresbeginn 1933. Zwar kam es nicht zu einer Gleichschaltung der Minderheitenorganisationen durch das Reich. Doch war

es für Polen beunruhigend genug, dass allmählich Inhalte und Abläufe der Aktivitäten deutscher Autonomieeinrichtungen immer mehr von jenseits der Grenze programmiert wurden. Für kritische Beobachter entfremdete die bewusstseinsmäßige Einbeziehung in die NS-Volksgemeinschaft die deutsche Minderheit ihren polnischen Mitbürgern und dem polnischen Staat. „Hitler sei für die deutsche Minderheit eben der ‚Führer‘, von dem man die eigentlichen Ziele und Aufgaben dieser neuen deutschen Volksgemeinschaft erwarte“, resümierte ein volksdeutsches Presseorgan.⁷

Anlässlich der französisch-britischen Garantieerklärung brach unter der polnischen Bevölkerung ein Sturm der Begeisterung aus. Weite Kreise der Öffentlichkeit empfanden dies als Erweiterung der polnischen Außenpolitik von der Bilateralität mit Deutschland zur europäischen Dimension. Flankiert von antideutschen Tiraden der polnischen Presse fanden nun Ausschreitungen der Straße gegenüber Eigentum und Mitgliedern der volksdeutschen Minderheit mit Schwerpunkt in Posen / Pommerellen statt. Polnische Behörden bemächtigten sich deutscher Lehranstalten und Begegnungsstätten. Es folgten Entlassungen deutscher Arbeiter und Angestellter. Antideutsche Kanzelreden und andere kirchliche Bekundungen verstärkten die Animositäten. Proteste gegenüber den Deutschen als verfasste Minderheit erreichten im Laufe des Jahres 1939 die Qualität kollektiver Terrormaßnahmen. Auf dem Obersalzberg gab der polnische Außenminister Beck gegenüber Hitler zu verstehen, dass er in Anbetracht der öffentlichen Meinung keinen Spielraum mehr besaß für ein konstruktives außenpolitisches Zusammengehen mit Deutschland.

Den Polen steckte noch ein zweiter nationalsozialistischer Stachel im Fleisch. Wie anderswo im Ausland, so überspannte auch in Polen ein parteipolitisches Netz der NSDAP die zahlreichen dort lebenden Reichsdeutschen. Ein Landesgruppenleiter

hielt die Fäden in der Hand, unterstützt von Kreis- und Ortsgruppenleitern. Nach strikter Berliner Weisung war die polnischerseits genehmigte NSDAP-Organisation ausschließlich für den parteiorganisatorischen Zusammenhalt, die ideologische Ausrichtung und politische Schulung von Reichsdeutschen zuständig und hatte „jede ... irgendwie geartete Beeinflussung von Volksdeutschen zu unterlassen“.⁸ Verbindungen zur deutschen Minderheit und deren Organisationen ergaben sich aber von selbst, weil z. B. Reichsdeutsche nicht selten in volksdeutschen Unternehmen arbeiteten. Wo Reichsdeutsche kulturelle, schulische und sportliche Minderheiteneinrichtungen nutzten, beziehungsweise Volksdeutsche Veranstaltungen der NSDAP besuchten, schritten die polnischen Behörden ein und griffen mit abschreckenden Maßnahmen bis hin zur Ausweisung durch. Bisweilen hatten die konsularischen Vertretungen ihre liebe Not mit der politischen Disziplinierung eifernder Amtsträger der NSDAP. Diese rekrutierten sich nicht selten aus parteipolitischem Führernachwuchs, zum Teil primitivster Sorte, den der Danziger Gauleiter Forster insgeheim ausgebildet hatte. Traf er doch längst ohne maßgebliche politische Vorgabe aus Berlin eigenmächtig personelle Vorkehrungen für die Übernahme der Parteiherrschaft im Falle einer ethnisch begründeten Neugestaltung der östlichen Verhältnisse.

Tief im politischen und historischen Bewusstsein Polens hat sich die Überzeugung von den Reichs- und Volksdeutschen als Fünfter Kolonne in Vorbereitung und Durchführung eines deutschen militärischen Überfalls eingegraben, festzumachen an Bromberg. Tatsächlich lassen sich Anwerbeaktionen der militärischen Abwehr und des SD für V-Leute, Spione und Saboteure für Oberschlesien recht genau, für Westpreußen / Pommerellen und Bromberg im Einzelfall ebenso nachweisen wie tatsächlich durchgeführte Anschläge, so die letztlich gescheiterten gegen den Jablunka-Tunnel und die Weichselbrücke von Dirschau.⁹

Dem polnischen Spitzelsystem blieb dies nicht verborgen. Am 1. September 1939 fühlten sich die Polen in all ihren antideutschen Ressentiments bestätigt. Sie haben den deutschen Überfall in hypertropher militärischer Siegeszuversicht und entschlossen, sich bei dieser Gelegenheit der deutschen Minderheit als nationalstaatlichem Fremdkörper zu entledigen, geradezu herbeigesehnt. Erste Opfer waren volksdeutsche Soldaten in der polnischen Armee, die man zu Beginn des Polenfeldzuges des Diversantentums, des militärischen Verrats zu Gunsten Deutschlands bezichtigte. Eine Reihe der in der polnischen Armee stehenden Volksdeutschen ist von polnischen Kameraden ermordet worden. Hier jagte die polnische Armee zweifelsfrei ein Phantom.

Eine enthemmte Volkswut, die sich auch anderen Orts im Vorfeld der Wehrmacht entlud, kam in Bromberg in besonderem Maße zum Ausbruch, weil die deutschen Truppen das Territorium einfach umgangen hatten. In Bromberg wusste man durch Radiomeldungen von dem ersten Luftangriff des Zweiten Weltkrieges überhaupt, dem Terrorangriff auf Wieluń, der die Stadt dem Erdboden gleich machte. Was als Psychoschock für die polnische Bevölkerung gedacht war, schlug sich in Bromberg als mordlüsterner Hass gegenüber dem dortigen Deutschtum nieder. Hinzu kam der Anblick sich mehr oder weniger ungeordnet auf dem Rückzug befindlicher Einheiten der eigenen Armee, der die Siegeszuversicht der Bromberger Polen in aggressive Verzweiflung gegenüber der deutschen Volksgruppe als vermeintlicher Ursache des Krieges umschlagen ließ. Zudem bot die militärische Lage in Bromberg nach Auffassung polnischer Einwohner und bewaffneter Kräfte Zeit und Gelegenheit für befürchtete deutsche Diversantenaktivitäten.

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich das Gerücht, das über den Rundfunk gesendete Deutschlandlied sei das erwartete Signal für volksdeutsche Sabotageakte und einen

bewaffneten Aufstand. Ein solches Signal hätte der Instruktion für deutsche Saboteure widersprochen, eben um der Geheimhaltung willen, nach eigener Lageeinschätzung und erst unmittelbar im Vorfeld der Wehrmacht tätig zu werden. Sabotage und volksdeutsche Aufstandsbemühungen in Bromberg wurden nicht durch das Massaker an den Volksdeutschen verhindert. Vielmehr hatte die polnische Administration bereits vor dem deutschen Überfall mögliche Diversanten und Rädelsführer verhaftet, Anwesen nach Waffen untersucht und selbst Jagdgewehre beschlagnahmt. Unmittelbar nach Kriegsbeginn wurden etwa 10-15.000 Angehörige der deutschen Minderheit, völlig unzureichend ausgerüstet und versorgt, auf Todesmärschen in das Landesinnere getrieben. Am 2. September setzte man auch führende Vertreter der Deutschen Brombergs in Marsch, so dass auch personell nahezu alle Voraussetzungen für Sabotageakte fehlten. Die für Kampfgruppen tatsächlich erfassten Volksdeutschen befanden sich zum Zeitpunkt des Überfalls noch weitgehend im Reich und kamen wie Reichsdeutsche oder Danziger Saboteure in Bromberg nicht zum Einsatz. Polnische Darstellungen, die Volksdeutschen unterstellen, illegal Waffen beschafft und mit Unterstützung eingeschleuster deutscher Saboteure die besagten polnischen Truppen beschossen zu haben, sind also zweifelhaft.

Es hat in der Tat Bestrebungen in Danzig gegeben, von dort aus einen Minderheitenselbstschutz für den Kriegsfall zu bewaffnen. Nach Kontaktaufnahme des Oberkommandos der Wehrmacht mit Staatssekretär von Weizsäcker (Auswärtiges Amt) wurde von der Waffenausgabe an Volksdeutsche ausdrücklich abgeraten.

Wahrscheinlicher ist, dass nicht volksdeutsche, sondern polnische Offiziere Schüsse abgaben, um Ordnung in die sich auflösende Truppe zu bringen. Dass die Polen eines besonderen Vorfalles nicht bedurften, um

ihrem Hass Ausdruck zu verleihen, zeigte die Ermordung von Volksdeutschen in den ersten Septembertagen z. B. im Kreis Hohensalza, wo 471 Ermordete, im Kreis Stornik, wo 215 Ermordete, und im Kreis Kosten, wo 153 Ermordete registriert wurden. Es schwanken die Angaben zwischen 3.315 und 12.857 im Zuge des deutschen Überfalls umgekommener Volksdeutscher, eingeschlossen Gefallener in den Reihen der polnischen Armee. Aus propagandistischen Gründen erhöhte Hitler die Zahl auf 62.000. In Bromberg allein starben nach den wohl zuverlässigsten Erhebungen 366, im Landkreis 457 Volksdeutsche durch polnische Hand.¹⁰

3.2 Bedeutung

Das Bromberger Massaker bedeutete für das NS-Regime nicht nur die propagandistische Legitimation des Polenfeldzuges nach außen, sondern die Enthemmung der Einsatzgruppen und eines Großteils der Wehrmachtangehörigen, deren indoktriniertes Polenbild Realitätsbezug erhielt. Jetzt schien sich zu bestätigen, was im Merkblatt des Oberkommandos der Wehrmacht für den Einmarsch in Polen stand, dass nämlich der Pole „willkürlich und rücksichtslos gegen andere“ vorgeht. „Grausamkeiten, Brutalität, Hinterlist und Lügen sind Kampfmittel, die er an Stelle der ruhigen Kraft in der Erregung gebraucht.“ Darauf hatte sich nach Auffassung der Wehrmacht der deutsche Soldat ebenso einzustellen wie auf eine Bevölkerung, die sich in „ihren Hassgefühlen bis zur Sinnlosigkeit und blindem Fanatismus“ steigern konnte.¹¹ Als am 6. September 1939 die deutschen Besatzer in Bromberg einmarschierten, handelten sie entsprechend. Drei Tage später zog der die vollziehende Gewalt innehabende Wehrmachtgeneral Zwischenbilanz: „... Erschossen 200-300 polnische Zivilisten. Kommisarischer Oberbürgermeister Kampe schätzt die Zahl der Erschossenen auf mindestens 400. Genaue Zahlen sind nicht zu ermitteln.

Durchgeführt von Polizei, SD-Einsatzgruppe und Truppe, vornehmlich Flieger-Nachrichtenregiment 1¹².

Noch aber eskalierte die Gewalt. Deutsche Bewohner Brombergs stellten sich den deutschen bewaffneten Kräften zur Selektion und Denunzierung von Polen zur Verfügung und beglichen oft alte Rechnungen. Die deutschen Besatzer feierten eine regelrechte Willkürorgie, nicht selten angespornt und beklatscht von Volksdeutschen, die bei Razzien „schlagt sie tot“ skandierten.

Dies war der rechte Zeitpunkt, einen lokalen Rachefeldzug in einen rassenideologischen Vernichtungskampf umzuetikettieren. Am 11. September übertrug Hitler die Säuberungsaktionen Heinrich Himmler mit dem speziellen Auftrag, 500 Geiseln standrechtlich zu erschießen. Die Wehrmacht wurde angewiesen, die Organe des Reichsführers-SS nicht zu behindern. Sie fühlte sich sogar bemüßigt, den Handlanger zu spielen, indem sie half, die 500 Exekutionsopfer zusammenzutreiben, bei denen es sich nun nicht mehr um September-Täter, sondern um Mitglieder der polnischen Intelligenz und des Klerus handelte. In einer richterlichen Vernehmung 1967 gab ein Einsatzgruppenführer zu Protokoll: „Schon in Bromberg galt bei uns die Parole, dass die polnische Intelligenz ausgerottet werden sollte“.¹³

4. Die Folgen

Mit dem Bromberger Blutsonntag hatte der Überfall auf Polen eine neue inhaltliche Qualität erreicht, nämlich die des rassistischen Vernichtungskrieges, gleichsam als Probeauf für den Überfall auf die Sowjetunion. Schon in Polen sollte sich zeigen, dass die Wehrmacht mit zu den Herrschaftsinsignien des nationalsozialistischen Unrechtsregimes zählte, was auch für die Justiz gilt.

Zur Befriedung des rückwärtigen Heeresgebietes hatte die Wehrmacht am 1. Sep-

tember 1939 die Gründung von zivilen Sondergerichten verfügt. In Anbetracht der Vorkommnisse in Bromberg nahm eines dieser Gerichte am 6. September dort seine Tätigkeit auf. Hier galt es, Feinde des deutschen Volkes zu bestrafen, die als „Gegner der rassischen, volklichen und geistigen Substanz unseres Volkes“¹⁴ eine spezifisch nationalsozialistische Rechtsgröße darstellten. Der spätere Präsident des Volksgerichtshofes und damalige Staatssekretär im Reichsjustizministerium, Roland Freisler, war eigens nach Bromberg gereist, um Richtern und Staatsanwälten dies zu verdeutlichen.

Die Tätigkeit des Sondergerichts Bromberg bestand 1939 und 1940 überwiegend in der Verhandlung von so genannten Septemberdelikten. Insgesamt fällte es bis 1944 diesbezüglich 225 Todesurteile, insgesamt 338 z. B. wegen Waffenvergehens, zumeist unter Missachtung gültiger Rechtsnormen nach dem sog. Polenstrafrecht, dafür aber unter Beachtung höchst persönlicher Eigeninteressen. Denn kein Richter besaß die Qualifikation zum öffentlichen Justizdienst, konnte sie aber durch Bewährung im Osten auf Grund politischer Willfährigkeit erlangen. Die in der Regel erfolgte Übernahme von im „Dritten Reich“ korrumpierten Juristen nach 1945 in den Bundesdienst garantierte auch den Bromberger Richtern eine komplikationslose Nachkriegskarriere, nachdem eine erblindete Justitia alle mangels Beweisen vom Verdacht nationalsozialistischer Unrechtsfindung freigesprochen hatte.

Welchen Stellenwert haben nun der Bromberger Blutsonntag und seine Folgen im historischen Gedächtnis, zunächst im deutschen?

Bromberg stand seit dem Ende des 1. Weltkrieges als Synonym für eine polnische Westexpansion: „... nimmermehr kann Preußen-Deutschland sich mit einem Bromberg, Graudenz, Thorn ..., Posen in polnischer Hand abfinden“, schrieb 1920 Generaloberst

von Seeckt, um zwei Jahre später deutlicher zu werden, er, der sich als Pommer fühlte und dessen Vater Ehrenbürger von Posen gewesen war: „Polens Existenz ist unerträglich, unvereinbar mit den Lebensbedingungen Deutschlands ..., es muss verschwinden und es wird verschwinden“.¹⁵ Der Bromberger Blutsonntag stand schließlich im deutschen historischen Gedächtnis für das bereits beschriebene negative Polenbild, für Hass gegenüber allem Deutschen, der durch die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße seine Dynamisierung fand. So jedenfalls artikuliert es eine neonazistische Publizistik, wie ein Blick ins Internet zeigt. Die Vertriebenen verstehen sich als Opfer polnischer historischer Entwicklung auf Kosten Deutschlands.

Ins historische Gedächtnis und politische Bewusstsein der polnischen Nation haben sich die vermeintlichen Schüsse der Volksdeutschen auf polnische Truppen als Ausdruck eines auf Kulturdünkel in Verbindung mit imperialem Machtstreben beruhenden Ostexpansionismus tief eingegraben. Die Folgen der so genannten Septemberereignisse und der deutschen Besatzungspolitik überhaupt bilden aber lediglich ein Element im historischen Selbstverständnis der Polen als Opfer, als Opfer vor allem der beiden großen Nachbarn Russland und Deutschland. Die Opferrolle ist geprägt, und das gilt auch für die deutschen Vertriebenen, von dem Anspruch auf Wiedergutmachung erlittenen Unrechts und, wo diese erfolgt ist wie in Polen durch die Regelung der Oder-Neiße-Problematik, von der Furcht vor poli-

tischen Entwicklungen, die die nationalen Errungenschaften in Frage stellen könnten. Ein Sozialpsychologe schrieb dazu: „Die osteuropäischen Transformationsgesellschaften“, eingeschlossen mithin die polnische Gesellschaft, „haben erhebliche Selbstvergewisserungsbedürfnisse und sind auf der Suche nach einer integrativen Geschichte, wobei es hauptsächlich Opfernarrative sind, die diese Suche anzuleiten scheinen“. Seiner Auffassung zufolge „scheint das erhöhte Bedürfnis nach Selbstvergewisserung gegenüber der Vergangenheit ... die Folge einer erheblichen Unsicherheit in Bezug auf die Zukunft zu sein“.¹⁶ Dies findet seinen Niederschlag in einer höchst emotionalisierten Politik Polens gegenüber der Bundesrepublik bei Überschätzung des politischen Einflusses der Heimatvertriebenen.

Das moderne Opferverständnis Polens und der deutschen Vertriebenen beruht seit Jahrzehnten auf einer Erinnerungskultur der betroffenen Zeitzeugen, wie sie nur unter der Voraussetzung des Kalten Krieges entstehen konnte. Wir Historiker müssen dafür Sorge tragen, dass unter anderen politischen Vorzeichen des europäischen Zusammenwachsens die Entmythologisierung der Erinnerungskultur stattfindet. Solange wir im Diskurs über den Bromberger Blutsonntag von polnischer Seite verzweifelt auf der Suche nach volksdeutschen Schützen bleiben und uns deutscherseits mit Genugtuung auf die Schultern klopfen, dass die Bösewichte womöglich allein die Polen waren, haften wir noch einem nationalistischen historischen Bewusstsein an.

Anmerkungen

- ¹ Polen rechnet Kriegstote auf, in: Badische Zeitung, 22.6.2007, S. 1.
- ² Neurath an den deutschen Gesandten in Warschau, 14.11.1934, zit. nach Pieper, Helmut: Die Minderheitenfrage und das Deutsche Reich 1919-1933/34, Hamburg 1974, S. 329.
- ³ Aufz. des Ausw. Amts, August 1938, in: Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Serie D, Bd. 5, Göttingen 1953, S. 59-63, hier S. 61.
- ⁴ Jansen, Christian / Weckbecker, Arno: Der „Volksdeutsche Selbstschutz“ in Polen 1939/40, München 1992, S. 27.
- ⁵ Kotowski, Albert S.: Polens Politik gegenüber seiner deutschen Minderheit 1919-1939, Wiesbaden 1998.
- ⁶ Urban, Thomas: Historikerstreit über den „Bromberger Blutsonntag“, in: Süddeutsche Zeitung, 14.9.2006. Gemeint ist Włodzimierz Jastrzębski.
- ⁷ Bericht des deutschen Generalkonsulats Posen, 27.9.1937, an das Ausw. Amt über einen Artikel des „Oredownik“ vom 23.9.1937. Politisches Archiv des Ausw. Amts (PA), Botschaft Warschau/7.
- ⁸ Schreiben des Generalkonsuls von Thorn, 12.2.1939, an Botschafter v. Moltke, Warschau. PA Botschaft Warschau 64/8.
- ⁹ Schindler, Herbert: Mosty und Dirschau 1939, Freiburg 1972, S. 101-158.
- ¹⁰ Jansen / Weckbecker : Der „Volksdeutsche Selbstschutz“; Heike, Otto: Die deutsche Minderheit in Polen bis 1939, Leverkusen 1985; Rasmus, Hugo: Pommerellen, Westpreußen 1919-1939, München / Berlin 1989.
- ¹¹ Merkblatt des OKW, undatiert [August] 1939. Geheim! Polen – Staatsgebiet und Bevölkerung. Bundesarchiv-Militärarchiv (BA-MA), RH 26-17/77.
- ¹² KTB Kommandant für das rückwärtige Heeresgebiet 580 (26.8.1939-4.10.1939), BA-MA RH 23/167.
- ¹³ Weitbrecht, Dorothee: Der Exekutionsauftrag der Einsatzgruppen in Polen, Filderstadt 2001, S. 25.
- ¹⁴ Heydrich, Reinhard: Die Bekämpfung der Staatsfeinde, in: Deutsches Recht 6/1936, S. 121.
- ¹⁵ Deutsche und Polen, hrsg. von Andreas Lawaty und Hubert Orłowski, München 2003, S. 63.
- ¹⁶ Welzer, Harald: Erinnerungskultur und Zukunftsgedächtnis, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 26-26/2010, S. 6-23, hier S. 17.

Deutsche Besatzungspolitik in Polen 1939-1945

Stephan Lehnstaedt

Die fünfzehn Jahre deutscher Herrschaft in Polen zwischen September 1939 und Januar 1945 waren von Gewalt und Genozid geprägt. Die nationalsozialistische Polenpolitik¹ kennzeichneten vor allem drei Elemente: Wirtschaftliche Ausbeutung, Germanisierung des Landes sowie Massenmord und Holocaust. Andere Punkte wie etwa Kultur oder Propaganda² traten dabei in den Hintergrund. Der vorliegende Überblick konzentriert sich anhand der wichtigsten Forschungsergebnisse auf zentrale Ereignisse und Folgen der deutschen Herrschaft, fragt aber auch nach der Motivation der Besatzer, die die Politik ausführten und so zu Tätern wurden.

1. Grundlagen nationalsozialistischer Polenpolitik

Die Vorkriegsüberlegungen der nationalsozialistischen Führungselite in Bezug auf Polen waren wenig tiefgreifend und zeichneten sich vorwiegend durch ihre Brutalität aus. Polen war als einer der Gewinnerstaaten des Ersten Weltkriegs bis Anfang 1939 offiziell ein befreundeter Staat und potenzieller Bündnispartner Deutschlands gegen die Sowjetunion. Überraschend ist das vor allem deshalb, weil Polen das Land war, das nach dem Krieg die größten territorialen Gewinne aus der deutschen Niederlage vorzuweisen hatte – neben Westpreußen vor allem Gebiete um Posen und Kattowitz.

Die nationalsozialistische Politik zielte daher zuvorderst auf die Rückgewinnung dieser Territorien ab – und die Neugewinnung weiteren Landes. Hitler selbst charakterisierte seine Ziele kurz vor Kriegsbeginn am 22. August 1939 vor Vertretern der Wehrmacht wie folgt: „Vernichtung Polens im Vordergrund. Ziel ist die Beseitigung der lebendigen Kräfte, nicht die Erreichung einer bestimmten Linie. ... Herz verschließen gegen Mitleid. Brutales Vorgehen.“³

Die nationalsozialistische Rassenideologie sah Polen nur noch als Reservoir billigerster

Arbeitskräfte, über die „deutsche Herrenmenschen“ herrschen sollten. Der polnische Staat als eine in deutschen Augen künstliche Schöpfung des Versailler Vertrags war auszulöschen, seine rassistisch minderwertige Bevölkerung zurückzudrängen und ihrer Eliten zu berauben. In weiten Teilen konnten die Nationalsozialisten dabei auf einen Rückhalt in der deutschen Gesellschaft bauen, in der ein Grundkonsens vorherrschte, der den polnischen Staat ablehnte und zudem negative Vorurteile über angeblich faule, unterentwickelte Menschen aufwies. In der deutschen Bevölkerung stießen territoriale Eroberungen in Polen auf große Zustimmung, denn sie galten als Rückgewinnung verlorenen Bodens, nicht jedoch als rassistische Expansion.⁴

Der schnelle und deutliche militärische Sieg in nur sechs Wochen ermöglichte zuvorderst eine Aufteilung des eroberten Landes, wobei die Sowjetunion aufgrund der Abmachungen des Hitler-Stalin-Pakts⁵ Gebiete in Ostpolen erbeutete. Der an Deutschland fallende Westen Polens wurde in mehrere Verwaltungseinheiten aufgeteilt: Warthegau, Danzig-Westpreußen, Ostoberschlesien und Generalgouvernement. Schnell erwies sich, dass die Politik für die neu gewonnenen Regionen keinesfalls einheitlich war, obwohl sich doch gemeinsame miteinander verbundene Aspekte identifizieren lassen.

2. Wirtschaftspolitik

Die deutsche Wirtschaftspolitik in Polen war nicht auf einen Aufbau oder nur die Erhaltung der Substanz bedacht, sondern zielte auf eine möglichst schnelle und vollständige Ausbeutung des eroberten Landes – und wurde damit auf dem Rücken der Einheimischen verwirklicht. Gerade wegen ihrer Rücksichtslosigkeit zeigten sich in der Wirtschaft aber nie die beabsichtigten Erfolge, die Hitler seinem für das Generalgouvernement zuständigen Vasallen Hans Frank im Oktober 1939 wie folgt beschrieben hatte:

„Danach kam nur eine Ausnutzung des Landes durch rücksichtslose Ausschlichtung, Abtransport aller für die deutsche Kriegswirtschaft wichtigen Vorräte, Rohstoffe, Maschinen, Fabrikationseinrichtungen usw., Heranziehung der Arbeitskräfte zum Einsatz im Reich, Drosselung der gesamten Wirtschaft Polens auf das für die notdürftigste Lebenshaltung der Bevölkerung unbedingt notwendige Minimum ... in Frage. Polen soll wie eine Kolonie behandelt werden, die Polen werden die Sklaven des Großdeutschen Weltreichs werden.“⁶

Tatsächlich gingen die Nationalsozialisten sogleich zur Enteignung von polnischem, vor allem aber jüdischem Besitz über. Mit Hilfe vor allem der sogenannten Haupttreuhandstelle Ost (HTO), aber auch zahlreicher deutscher Privatbanken, wurden viele Beschlagnahmungen durchgeführt; bis Ende 1941 wurden alleine in den nun zum Reich gehörenden Gebieten über 200.000 Immobilien und fast 40.000 Industrieobjekte beschlagnahmt, in der Landwirtschaft 8,1 Millionen Hektar enteignet. Nutznießer waren deutsche Unternehmen, aber auch private Einzelpersonen.⁷

Die Landwirtschaft hatte nun für das Reich zu produzieren, obwohl das Generalgouvernement eigentlich auf Lieferungen von außen angewiesen war. Während des Krieges wur-

den von dort alleine 1,3 Millionen Tonnen Getreide und fast ebenso viele Kartoffeln nach Deutschland geliefert. Die Folge war eine gigantische und absichtliche Hungersnot. 1941 erhielten Deutsche offiziell 2.310 Kalorien pro Tag, Polen 654 und Juden 184.⁸ Alleine im Warschauer Ghetto starben fast 80.000 Menschen an den direkten und indirekten Folgen dieser Unterernährung.⁹ Auch die eingegliederten Gebiete waren von dieser Politik betroffen, der Warthegau lieferte 1942/43 etwa 13 % des deutschen Getreide- und 30 % des Zuckerverbrauchs.¹⁰

Doch als verfügbare Ressourcen betrachteten die Nationalsozialisten auch Menschen; knapp 2,8 Millionen Polen wurden ins Reich verschleppt – 15 % der arbeitsfähigen Bevölkerung. Sie wurden als Zwangsarbeiter in Fabriken eingesetzt und mussten die Rüstung am Laufen halten. Wie die aktuelle Forschung zeigt, profitierten deutsche Firmen nicht nur finanziell, sondern auch durch einen Lernprozess, der sie gewissermaßen auf die heutige globalisierte Wirtschaft vorbereitete: Sie lernten, mit internationalen Belegschaften dezentral und unter Einsatz von wenig Maschinen Spitzentechnologie zu produzieren.¹¹

Doch Zwangsarbeit gab es auch vor Ort. Alleine im Jahr 1944 mussten 250.000 Polen Stellungen entlang der Weichsel gegen die Rote Armee ausheben, vorher arbeiteten Hunderttausende etwa im Straßenbau, bei Flussregulierungen oder Erdarbeiten. Betroffenen von solchen Arbeiten waren auch Juden, von denen bis 1942 rund 60.000 in Lagern arbeiteten und mehrere 100.000 in den Ghettos schufteten; nach den Mordaktionen im Rahmen der Aktion Reinhardt 1942 (Tarnname für die systematische Ermordung aller Juden und Roma des deutsch besetzten Polens in der Zeit des Nationalsozialismus) wurden die Ghettos in Arbeitslager umgewandelt bzw. die überlebenden Juden in solche deportiert.

Die deutsche Zivilverwaltung organisierte die Zwangsarbeit sowohl der Juden als auch der Polen Hand in Hand mit der SS. Wie in den anderen Bereichen der Wirtschaft kam es zwar manchmal zu Kompetenzstreitigkeiten, aber über die Ziele war man sich weitgehend einig.¹² Neueste Untersuchungen zur jüdischen Arbeit zeigen eine Tendenz, die so auch in den anderen Wirtschaftsbereichen erkennbar ist: Die lokalen deutschen Führer waren primär an ihrem eigenen Fortkommen interessiert. Solange in der Wirtschaftspolitik keine konkreten Vorgaben gemacht wurden, suchten sie ihren eigenen, teilweise privaten Vorteil. Wenn Berlin etwas anderes forderte, stellte das kein Problem dar. „Dem Führer entgegenarbeiten“ und die vermeintlichen oder vermuteten Wünsche der Staatsspitze zu erfüllen, bedeutete gerade in Osteuropa, die eigene Karriere zu fördern. Aus diesem Grunde war die Wirtschaftspolitik kaum weitsichtig und verfolgte nur kurzfristige Ziele; an einen Aufbau oder nachhaltige Ökonomie dachte niemand.

3. Germanisierungspolitik

Von einer zielgerichteten Besatzungspolitik kann am ehesten noch auf dem Feld der Germanisierung die Rede sein. Hinter diesem Begriff verbirgt sich der Versuch, den polnischen Boden mit deutschen oder deutschstämmigen Kolonisten neu zu besiedeln; nicht gemeint ist damit, die Polen gewissermaßen zu Ariern zu machen. Schon diese

kurze Skizzierung deutet das grundsätzliche Problem dabei an: eine Germanisierung Polens war nicht ohne Vertreibungen, Umsiedlungen und Mord möglich. Planungen dafür lagen zu Beginn des Polenfeldzugs jedoch noch fast gar nicht vor. Doch bereits am 8. September 1939 wurde die „Einwandererzentralstelle“ (EWZ) gegründet, die gemeinsam mit dem „Rasse- und Siedlungshauptamt der SS“ für die Auswahl und Verteilung der Siedler zuständig war. Das Gegenstück der Einwandererzentralstelle war die „Umwandererzentralstelle“ – hinter diesem Euphemismus verbarg sich diejenige Behörde, die hauptsächlich die Vertreibung der Polen und Juden organisieren sollte.

Die Zivilverwaltung begann gemeinsam mit SS- und Polizeieinheiten bereits Ende September 1939 mit der Aussiedlung unerwünschter Bevölkerungsgruppen aus den westlichen Gebieten Polens ins Generalgouvernement. Nur wenig später wurden aus dem Baltikum und anderen – vorwiegend sowjetischen – Ländern die ersten Deutschstämmigen geholt und etwa im Warthegau angesiedelt. Dies geschah im Rahmen eines Abkommens mit der Sowjetunion, wobei bemerkt werden muss, dass die deutschen Umsiedler zwar durch günstige Bedingungen und großzügige Landzuteilung gelockt wurden, aber gleichwohl nicht die Wahl hatten, in ihrer östlicheren Heimat zu bleiben. Die Gesamtzahl lag bei etwa 770.000 Menschen.¹³

Über die zahlenmäßigen Vertreibungsoffer informiert folgende Tabelle:¹⁴

„Wilde“ Aussiedlungen (Danzig-Westpreußen)	35.000
Warthegau	630.000
Schlesien	81.000
Danzig-Westpreußen	124.000
Bezirk Białystok	28.000
Bezirk Zichenau	25.000
Region Zamość	116.000
Truppenübungsplätze im Generalgouvernement	171.000

Insgesamt mussten mehr als 1,2 Millionen Polen unter ethnischen Verschiebungen leiden – wobei die Tabelle nicht die jüdischen Vertriebenen und Deportierten enthält. Hinzuweisen ist auch darauf, dass die ursprünglichen Pläne Hitlers sogar die Umsiedlung von acht Millionen Menschen ins Generalgouvernement vorsahen, aber letztlich nur der erste der drei sogenannten „Nahpläne“ realisiert werden konnte. Dennoch war im Wartheland während des Krieges rund die Hälfte der Bevölkerung von Aussiedlungen, Lagereinweisungen und Deportationen betroffen.

Die Vertreibung lief so ab, dass jeder Pole offiziell einen Koffer mit Ausrüstungsgegenständen, seine Bekleidung, eine Decke, Verpflegung für 14 Tage sowie 20 Złoty – etwa 10 Reichsmark – ins Generalgouvernement mitnehmen durfte. Selbst diese radikalen Maßnahmen, die eine Beraubung der Bevölkerung bedeuteten, wurden noch durch wilde Austreibungen konterkariert, bei denen Straßen und ganze Dörfer von Polizei umstellt und innerhalb nur einer Stunde alle Einwohner vertrieben wurden. Massive Gewaltanwendung gegen langsame oder unwillige „Umsiedler“ war an der Tagesordnung.

Die letzte große Umsiedlung war die Vertreibung und Verschleppung der etwa 500.000 Bewohner Warschaws nach der Niederschlagung des Aufstandes im Oktober 1944. Etwa 300.000 von ihnen kamen in andere Orte des Generalgouvernements, 90.000 wurden zur Zwangsarbeit ins Reich verschleppt, 60.000 in KZs eingewiesen.¹⁵

4. Gewalt und Genozid

Ähnlich wie schon die Wirtschaftspolitik war also auch die Germanisierung selbst in Ansätzen nur mit brutalsten Maßnahmen gegen die Einheimischen zu verwirklichen. Gewalt war ein konstituierendes Element der deutschen Herrschaft. Sie begann bereits

1939, und sie richtete sich gegen alle Teile der Gesellschaft. Jochen Böhrer hat mit seinen Untersuchungen zu den ersten Monaten des Krieges zeigen können, dass Gräueltaten gegen die Zivilbevölkerung bereits während des Feldzugs von der Wehrmacht ausgeübt wurden.¹⁶ Zu ersten Pogromen kamen neben Demütigungen und körperlichen Übergriffen auch Morde; Plünderungen wurden häufig von Vergewaltigungen begleitet. Die Verbrechen im Umfeld der Eroberung des Landes erwiesen sich als Auftakt auf dem Weg in den Rassen- und Vernichtungskrieg.

In den ersten Wochen des Feldzugs schickte Berlin auch sogenannte Einsatzgruppen nach Polen aus, die zusätzlich weit über 10.000 Menschen massakrierten.¹⁷ Polen erlitt im Krieg nach Weißrussland die höchsten Verluste pro Tausend Bewohner. Von etwa 35 Millionen Menschen in den Landesgrenzen von 1938 starben etwa 5,7 Millionen, die meisten von ihnen durch die Deutschen ermordet, ein kleinerer Teil auch von der Sowjetunion. Die wenigsten der Opfer starben als Kombattanten, sondern als Zivilisten. Über die Hälfte der Opfer waren Juden, rund 3 Millionen. Diese Dimensionen sprengen jede Vorstellung, sie bedeuten einen Verlust von 16-17 % aller Polen – nahezu jeder sechste Einwohner verlor sein Leben.¹⁸

Bei den deutschen Morden war ein ständiges Ineinandergreifen von Politik, Wirtschaft und schlichtem Terror zu beobachten. Die ersten Verbrechen während des Feldzugs waren in wenigen Fällen „nur“ Pogrome oder „Vergeltungsmaßnahmen“, vielmehr gingen die Einsatzgruppen gezielt gegen die polnische Führungsschicht vor, unter anderem in der sogenannten „Intelligenzaktion“. Geht man über die reine Zeit der Kriegführung hinaus, so waren in den letzten vier Monaten des Jahres 1939 bereits rund 100.000 polnische Opfer zu beklagen – von den etwa 83.000 Personen mit akademischer Ausbildung wurde rund ein Drittel ermordet.¹⁹

Betrachtet man nun die Zeit bis zum Einmarsch in die Sowjetunion, so waren eher weniger Tötungen zu beobachten als vielmehr die gezielte Entrechtung der Menschen. Die Juden wurden in Ghettos gesperrt – nach Erkenntnissen des US Holocaust Memorial Museums gab es für das polnische Territorium von 1938 über 800 davon.²⁰ Die deutsche Politik setzte zunächst auf deren Ausbeutung in Form von Arbeit in den Ghettos selbst, aber auch in zahlreichen Lagern. Diese Wirtschaftspolitik konnte noch nicht als Vernichtung durch Arbeit bezeichnet werden, zunächst waren die Juden noch beliebte Arbeitskräfte.²¹

Doch bereits 1941 zeigte sich, dass dies nicht so bleiben würde. Aus Berlin verdichteten sich die Hinweise, dass der Mord an den Juden erwünscht sei, und die lokalen Machthaber waren nur zu gerne bereit, diesen Wünschen Folge zu leisten.²² Und tatsächlich verfolgten die Besatzer zumindest im Hinblick auf die Juden überhaupt keine langfristigen Ziele, sondern bewegten sich von einer Übergangslösung zur nächsten: Nachdem ein Verbleib der Juden in Polen schon 1939 nicht geplant war, hatte auch ihre Arbeit nur der kurzfristigen Bereicherung der Deutschen sowie der unmittelbaren Vermeidung von Kosten durch ihre bloße Existenz gedient. Der jüdische Arbeitseinsatz brachte den lokalen Machthabern durchaus Vorteile, aber die finanziellen Gewinne waren bei weitem nicht hoch genug, um dafür einen Konflikt mit der Berliner Staatsführung zu riskieren, die seit Herbst 1941 die Vernichtung forcierte.²³

Die Vernichtung der Juden begann zunächst 1941 in Westpolen, als die Juden des Warthegaus im Lager Kulmhof ermordet wurden.²⁴ Ab Mitte 1942 griff der Genozid auch auf das Generalgouvernement über. So wurden im Sommer 1942 unter dem Decknamen „Aktion Reinhardt“ in nur sechs Wochen rund 300.000 Juden des Warschauer Ghettos nach Treblinka deportiert und dort vergast. Doch auch die anderen, kleineren

Ghettos blieben nicht verschont.²⁵ Wen die Nazis nicht in die Vernichtungslager verschleppten, der musste in den nun als Arbeitslager dienenden Ghettos Sklavenarbeit leisten.²⁶ Im Frühjahr 1943 wurden auch die restlichen Juden im Rahmen einer zynisch „Erntefest“ genannten Aktion ermordet.

Die Vernichtung der Juden hinterließ in der Wirtschaft der Nationalsozialisten eine große Lücke, weil die fehlenden Arbeitskräfte nicht kompensiert werden konnten. Nachdem fast drei Millionen Polen im Reich als Zwangsarbeiter schufteten mussten, blieb in Polen kaum jemand, der dort noch für die Rüstung einsetzbar gewesen wäre. Gleichzeitig erlaubte der Holocaust aber auch eine enorme Bereicherung, da den Juden ihre Vermögenswerte geraubt werden konnten. Mit deren Verschwinden aus den Städten wurden zudem zahlreiche Wohnungen frei, wovon wiederum die Besatzer profitierten; zwar gab es auch Polen, die aus dem Mord an ihren Mitbürgern während des Krieges Gewinn zogen, aber im Vergleich mit den Deutschen war ihre Zahl verschwindend gering.

Für die Nationalsozialisten eröffnete der Genozid noch weitere Perspektiven für die Germanisierung, denn die Juden ließen zahlreichen Hausrat zurück, der den deutschen Umsiedlern zur Verfügung gestellt werden konnte. Sie waren es auch, die in den westlichen Gebieten Polens oftmals in jüdische Wohnungen und Häuser einzogen.²⁷ Nicht zuletzt bedeutete der Mord an drei Millionen Juden auch, dass diese Menschen nicht mehr ernährt werden mussten; das war zwar auch vorher nur in sehr geringem Maße geschehen, aber die Nationalsozialisten sahen keinen Grund, dass wegen Juden auch nur ein Deutscher schlechter essen sollte.

Die zahllosen Interdependenzen zwischen Völkermord, Politik und Wirtschaft zeigen sich auch in der Politik gegen katholische Polen, die schließlich nicht „nur“ als Zwangsarbeiter eingesetzt wurden, sondern eben-

falls der Beraubung und Umsiedlung zugunsten der Deutschen ausgesetzt waren. So ist zum Beispiel für den Warschauer Aufstand 1944 festzustellen, wie sehr die deutschen Massenmorde mit den Vorstellungen der deutschen nationalsozialistischen Elite für die Zukunft Polens in Verbindung standen. Schon vor 1944 hatte es Pläne für die Umwandlung Warschaus in eine „deutsche“ Stadt gegeben,²⁸ aus der rund eine Million Einwohner ausgesiedelt werden sollten. Nun bot sich die Gelegenheit, diese Pläne umzusetzen.

Heinrich Himmler hatte in diesem Sinne den Befehl gegeben, sämtliche nichtdeutschen Einwohner Warschaus ohne Ansehen von Alter, Geschlecht oder Beteiligung am Aufstand zu töten und die Stadt dem Erdboden gleichzumachen. Die deutschen Truppen setzten diese Vorstellung um. Wie oben schon erwähnt, wurde über eine halbe Million Warschauer in Lager bzw. nach Deutschland verschleppt; weitere 200.000 wurden noch in der Stadt selbst getötet, höchstens ein Viertel davon Kombattanten. Die Stadt selbst zerstörten die Deutschen mit großer Systematik: Im Januar 1945 lagen rund 85 % der Gebäude in Schutt und Asche, 10 % als Folge des Feldzugs von 1939, 15 % als Folge des Aufstands im Ghetto, 25 % im Zuge des Warschauer Aufstands und 35 % infolge systematischer deutscher Zerstörungsaktionen nach dem Aufstand. Was heutzutage in Warschau sichtbar ist, ist beinahe alles rekonstruiert.

5. Die Täter: „Ganz normale Männer“?²⁹

Die deutsche Politik erwies auch im Warschauer Aufstand 1944 ihre zerstörerische Kraft, ohne nennenswerte schöpferische Ziele zu verfolgen. Gerade angesichts des millionenfachen Mordes stellt sich die Frage, wieso so viele „normale“ Deutsche zu Tätern wurden – sei es auf Befehl oder auf eigene Initiative, immer setzte eine Tötungshandlung

doch einen bewussten eigenen Willen und die Überwindung von ethisch-moralischen Normen voraus; die persönliche Verantwortung des Einzelnen ist umso mehr zu betonen, als kein einziger Fall von Befehlsnotstand überliefert ist: Wer sich weigerte, an Mordhandlungen teilzunehmen, musste nicht um sein eigenes Leben fürchten, selbst Haftstrafen waren eine Ausnahme.

Die Geschichtswissenschaft beschäftigt sich seit einigen Jahren mit der bislang unwiderlegten Erkenntnis, dass für „ganz normale Männer“ die Ermordung eines anderen Menschen eine gewissermaßen alltägliche Handlungsoption darstellte – und sucht nach Erklärungen dafür.³⁰ Am Beispiel Warschaus lässt sich zeigen,³¹ dass die Besatzer über den Massenmord an der jüdischen Bevölkerung bestens informiert waren. Sicherlich war ihnen die Dimension des Genozids nicht in der Gesamtheit ersichtlich, dafür fehlten Informationen aus anderen Teilen Europas. Doch schon die Auslöschung des jüdischen Teils der Stadt, die die Besatzer beobachten konnten, erlaubte ihnen Rückschlüsse auf die nationalsozialistische Politik und ihre Ziele. Die Judenvernichtung war eine öffentlich zugängliche Nachricht, die in vielen Lokalen als alltägliche Information ohne besonderes Aufsehen oder gar moralische Empörung ausgetauscht wurde. Nur wenige Deutsche in Warschau standen den Verbrechen grundsätzlich ablehnend gegenüber. Das Interesse für die reinen Gewalttaten war deutlich größer als das Mitleid oder gar die Identifikation mit den Opfern. Der Genozid war nicht grundsätzlich umstritten, sondern höchstens seine Ausführung.

Wieso aber war die Gewalt ein Alltagsphänomen, das keiner Rechtfertigung bedurfte? Aus ihrer schieren Quantität, ihrer ständigen Wahrnehmbarkeit und ihrer Präsenz in der täglichen Kommunikation folgerten die meisten Besatzer, dass die Ermordung der jüdischen Bevölkerung nicht moralisch verwerflich wäre, sondern ein normales, übliches oder sogar notwendiges Geschehen

darstellte. Je mehr Zeit sie im Osten verbrachten, desto selbstverständlicher wurde diese Auffassung.

In einem falsch verstandenen Pflicht- und Kameradschaftsgefühl hatten die Besatzer keine Bedenken gegen die vorgeblichen „Notwendigkeiten“ des Genozids zu haben, und wenn es sie doch gab, hieß dies, in einen unausgesprochenen moralischen Konflikt mit den Kameraden zu geraten, weil deren vermutete Interessen in Zweifel gezogen wurden. Wer sich daher an der Gewalt beteiligte, wusste sich mit der Masse der Besatzer einig. Zur Übereinstimmung mit dem staatlichen Handeln kam die Gemeinsamkeit mit Kollegen und Kameraden, die die gleichen Handlungen begingen, ermöglichen oder stillschweigend guthießen. Wer mit den Zielen der Mehrheit übereinstimmte, brauchte sich ob seiner Ansichten nicht zu rechtfertigen, sondern gehörte zur Gemeinschaft. Und gerade weil alle Besatzer

ihren Teil zum Massenmord beitrugen, schien der Einzelne individuell nicht dafür verantwortlich. Genauso wenig konnte er aber die Morde verhindern, denn er schien auswechselbar und letztlich nur ein kleines Rädchen innerhalb der Okkupationsherrschaft.

Die meisten Deutschen gewöhnten sich nach kurzer Zeit daran, ständig verschiedenste Formen direkter oder struktureller Gewalt in ihrem Alltag wahrzunehmen, etwa Deportationen zur Zwangsarbeit, Ghetto, Hunger und Betteleien, aber auch Hinrichtungen oder zumindest deren öffentliche Bekanntmachungen. In einer Art Anpassungsprozess betrachteten die Deutschen diese ständigen Angriffe auf das Leben der Besetzten als Normalität. Die kontinuierliche Steigerung der Gewaltformen bis hin zur Niederschlagung des Aufstands 1944 sorgte zudem dafür, dass ein gradueller Anpassungsprozess stattfinden konnte, der letztlich beinahe jegliche Exzesstaten akzeptabel erscheinen ließ.

Anmerkungen

- ¹ Vgl. die immer noch grundlegenden Studien bei Eisenblätter, Gerhard: Grundlinien der Politik des Reiches gegenüber dem Generalgouvernement, 1939-1945, Diss. Frankfurt 1969; Broszat, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, Frankfurt 1972; Madajczyk, Czesław: Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939-1945, Berlin (O) 1987 (gekürzte Ausgabe eines mehrbändigen polnischen Werks).
- ² Vgl. etwa den Klassiker Kleßmann, Christoph: Die Selbstbehauptung einer Nation. NS-Kulturpolitik und polnische Widerstandsbewegung, Düsseldorf 1971, sowie aktuell Jockheck, Lars: Propaganda im Generalgouvernement. Die NS-Besatzungspresse für Deutsche und Polen 1939-1945, Osnabrück 2006.
- ³ Baumgart, Winfried: Zur Ansprache Hitlers vor den Führern der Wehrmacht am 22.8.1939, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 16/1968, S. 120-149.
- ⁴ Vgl. Kershaw, Ian: Der Überfall auf Polen und die öffentliche Meinung in Deutschland, in: Politischer Wandel, organisierte Gewalt und nationale Sicherheit. Beiträge zur neueren Geschichte Deutschlands und Frankreichs. Festschrift für Klaus-Jürgen Müller, hrsg. von Ernst Willi Hansen u. a., München 1995, S. 237-250.
- ⁵ Vgl. Hillgruber, Andreas: Der Hitler-Stalin-Pakt und die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges. Situationsanalyse und Machtkalkül der beiden Pakt-Staaten, in: Historische Zeitschrift 230/1980, S. 338-361.
- ⁶ Bömelburg, Hans-Jürgen / Musial, Bogdan: Die deutsche Besatzungspolitik in Polen 1939-1945, in: Deutsch-polnische Beziehungen 1939-1945-1949, hrsg. von Włodzimierz Borodziej und Klaus Ziemer, Warschau 2000, S. 43-111, hier S. 78.
- ⁷ Vgl. Loose, Ingo: Kredite für NS-Verbrechen. Die deutschen Kreditinstitute in Polen und die Ausraubung der polnischen und jüdischen Bevölkerung 1939-1945, München 2007; Rosenkötter, Bernhard: Treuhandpolitik. Die „Haupttreuhandstelle Ost“ und der Raub polnischer Vermögen 1939-1945, Essen 2003.
- ⁸ Vgl. Łuczak, Czesław: Polityka ludnościowa i ekonomiczna hitlerowskich Niemiec w okupowanej Polsce [Die Bevölkerungs- und Wirtschaftspolitik NS-Deutschlands im besetzten Polen], Poznań 1979, S. 535-556. Siehe auch Rajca, Czesław: Walka o chleb 1939-1944. Eksploatacja rolnictwa w Generalnym Gubernatorstwie [Kampf ums Brot 1939-1944. Die Ausbeutung der Landwirtschaft im Generalgouvernement], Lublin 1991.
- ⁹ Vgl. Sakowska, Ruta: Menschen im Ghetto. Die jüdische Bevölkerung im besetzten Warschau 1939-1943, Osnabrück 1999, S. 40.
- ¹⁰ Vgl. Röhr, Werner: Zur Wirtschaftspolitik der deutschen Okkupanten in Polen 1939-1945, in: Krieg und Wirtschaft. Studien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte 1939-1945, hrsg. von Dietrich Eichholtz, Berlin 1999, S. 221-251, hier S. 243.
- ¹¹ Vgl. den Kommentar von Budrass, Lutz in: Rüstung, Kriegswirtschaft und Zwangsarbeit im „Dritten Reich“. Im Auftrag von MTU Aero Engines und BMW Group, hrsg. von Andreas Heusler u. a., München 2010; siehe auch Herbert, Ulrich: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Bonn 1999; Łuczak, Czesław: Praca przymusowa Polaków w Trzeciej Rzeszy [Die Zwangsarbeit von Polen im Dritten Reich], Warszawa 1999.
- ¹² Vgl. Musial, Bogdan: Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement. Eine Fallstudie zum Distrikt Lublin, Wiesbaden 1999; Pohl, Dieter: Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens, München 1997; Młynarczyk, Jacek: Judenmord in Zentralpolen. Der Distrikt Radom im Generalgouvernement 1939-1945, Darmstadt 2007; Seidel, Robert: Deutsche Besatzungspolitik in Polen. Der Distrikt Radom 1939-1945, Paderborn 2006.
- ¹³ Vgl. Wasser, Bruno: Himmlers Raumplanung im Osten. Der Generalplan Ost in Polen 1940-1944, Basel u. a. 1993.
- ¹⁴ Vgl. Bömelburg / Musial: Besatzungspolitik, S. 92 f.
- ¹⁵ Vgl. Borodziej, Włodzimierz: Der Warschauer Aufstand 1944, Frankfurt 1944.
- ¹⁶ Vgl. Böhler, Jochen: Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939, Frankfurt 2006; Ders.: Der Überfall. Deutschlands Krieg gegen Polen, Frankfurt 2009.
- ¹⁷ Vgl. Krausnick, Helmut / Wilhelm, Hans Heinrich: Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938-1942, Stuttgart 1981; Mallmann, Klaus-Michael u. a.: Einsatzgruppen in Polen. Darstellung und Dokumentation, Darmstadt 2008.

- ¹⁸ Vgl. Bömelburg / Musial: Besatzungspolitik, S. 102 f.
- ¹⁹ Vgl. Wardzyńska, Maria: Był rok 1939. Operacja niemieckiej policji bezpieczeństwa w Polsce. „Intelligenzaktion“, Warszawa 2009.
- ²⁰ Ich danke Martin Dean vom US Holocaust Memorial Museum für diese Auskunft.
- ²¹ Vgl. Gruner, Wolf: Jewish Forced Labor Under the Nazis. Economic Needs and Racial Aims, 1938-1944, New York 2006, S. 230-275.
- ²² Aus der umfassenden Holocaust-Literatur siehe Longerich, Peter: Der ungeschriebene Befehl. Hitler und der Weg zur „Endlösung“, München 2001; Ders.: Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München 1998.
- ²³ Vgl. Lehnstaedt, Stephan: Jewish Forced Labour in the Small Ghettos of Reichsgau Wartheland, in: Yad Vashem Studies (im Erscheinen); Klein, Peter: Die „Ghettoverwaltung Litzmannstadt“ 1940 bis 1944. Eine Dienststelle im Spannungsfeld von Kommunalbürokratie und staatlicher Verfolgungspolitik, Hamburg 2009; Browning, Christopher: „Nazi Ghettoization Policy in Poland 1939-1941“, in: Central European History 19/1986, S. 343-368.
- ²⁴ Vgl. Alberti, Michael: Die Verfolgung und Vernichtung der Juden im Reichsgau Wartheland 1939-1945, Wiesbaden 2006.
- ²⁵ Vgl. „Aktion Reinhardt“. Der Völkermord an den Juden im Generalgouvernement 1941-1944, hrsg. von Bogdan Musial, Osnabrück 2004.
- ²⁶ Vgl. Browning, Christopher: Jewish Workers in Poland. Self-Maintenance, Exploitation, Destruction, in: Nazi Policy, Jewish Workers, German Killers, von Dems., Cambridge 2000, S. 58-88.
- ²⁷ Vgl. exemplarisch Lehnstaedt, Stephan: Volksdeutsche in Tschentochau. Nationalsozialistische Germanisierungspolitik für Täter, Profiteure und Zuschauer des Holocaust, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 57/2008, S. 425-452.
- ²⁸ Vgl. Gutschow, Niels / Klain, Barbara: Vernichtung und Utopie. Stadtplanung in Warschau 1939-1945, Hamburg 1994.
- ²⁹ Vgl. Browning, Christopher: Ganz normale Männer? Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen, Reinbek 1999.
- ³⁰ Vgl. stellvertretend Paul, Gerhard (Hrsg.): Die Täter der Shoah. Fanatische Nationalsozialisten oder ganz normale Deutsche?, Göttingen 2002.
- ³¹ Vgl. hierzu und im Folgenden Lehnstaedt, Stephan: Okkupation im Osten. Besatzeralltag in Warschau und Minsk 1939-1944, München 2010.

Hauptmann der Wehrmacht Wilm Hosenfeld

Retter von Juden und Polen in Warschau 1939-1945

Wolfram Wette

Bis heute wissen wir nur von wenigen Soldaten und Zivilisten in der deutschen Besatzungsverwaltung in Polen, die sich der Vernichtungspolitik verweigerten und sich unter Inkaufnahme eines hohen persönlichen Risikos dazu entschlossen, entgegen der Befehlslage verfolgten polnischen und jüdischen Menschen zu helfen und sie womöglich vollständig vor dem Zugriff der deutschen Verfolger zu retten. Einer dieser mutigen „Retter in Uniform“ war Hauptmann der Reserve Wilm Hosenfeld.

Wilm Hosenfeld kam im September 1939 als Feldwebel der deutschen Wehrmacht mit einem Landeschützenbataillon nach Polen. Zunächst wurde er als Kommandant eines Kriegsgefangenenlagers in Pabjanice bei Lodz eingesetzt, in dem sich polnische Offiziere und Soldaten befanden. Dort wurde er sogleich mit der Atmosphäre des Vernichtungskrieges konfrontiert. Über seine Erlebnisse berichtete er seiner Frau in einem Brief vom 19. September 1939 im Tone der Empörung:

„Jeden Tag kommen Tausende an. ... Es lässt sich natürlich gar nicht vermeiden, dass auch Härten entstehen, weil die Massen zu groß sind. ... Die Deutschen werden sofort ausgeschieden, die Juden und Polen ebenso für sich gestellt. Die Deutschen entlässt man sofort in ihre Heimat. Die Juden haben nichts zu lachen. Mich empört die rohe Behandlung.“¹

Damit kündigte sich bereits an, dass Hosenfeld aufgrund seiner humanen Grundhaltung über kurz oder lang in Konflikt mit dem von der Wehrmacht vorgegebenen Normensystem geraten musste. Aus seiner Empörung über die menschenunwürdige Behandlung der Juden und Polen erwuchs bei ihm schon bald die Willensentscheidung, möglichst vielen Verfolgten zu helfen, um ihnen wenigstens ein Weiterleben zu ermöglichen.

Erhalten gebliebene und vor kurzem veröffentlichte Briefe und Tagebuchnotizen Wilm Hosenfelds² lassen erkennen, in welchem Umfang und aus welchen Motiven heraus dieser Wehrmachtsoffizier in den folgenden Kriegsjahren hauptsächlich in der deutsch besetzten Hauptstadt Warschau verfolgten Juden und Polen geholfen hat. Sein Biograph, der Bremer Unternehmer und Autor Dirk Heinrichs, ein Förderer der Historischen Friedensforschung, sagt über ihn, er sei nicht im eigentlichen Sinne ein Antimilitarist oder Pazifist gewesen, wohl aber – bei aller patriotischen Gesinnung – ein „Herzenspazifist“³, der niemals das Gebot der Achtung des Nächsten aus den Augen verloren habe. Im Folgenden werden einige dieser solidarischen Hilfeleistungen für Verfolgte vorgestellt.

1. Beispiele für Hosenfelds Hilfeleistungen

Eine erste solidarische Aktion unternahm Hosenfeld bereits im Herbst 1939 in der Nähe des Kriegsgefangenenlagers Pabjanice. Der Feldwebel wurde von einer schwangeren Polin angesprochen und um Hilfe gebeten. Sie teilte ihm mit, dass sich ihr verwundeter Mann im Lager befände, und bat ihn, diesen doch frei zu lassen. Hosenfeld

versprach dies, ermittelte den Mann und ließ ihn tatsächlich frei. Auch in einigen anderen Fällen ließ Hosenfeld auf eigene Verantwortung und befehlswidrig kriegsgefangene Polen zu ihren Familien heimkehren.⁴

In Węgrow – einem Ort in der Nähe des genannten Kriegsgefangenenlagers Pabjanice – sah Hosenfeld, wie ein SS-Mann einen polnischen Schuljungen abführte, der aus einer Scheune einen Arm voll Heu gestohlen hatte. Als Strafe und zur Abschreckung wollte der SS-Mann das Kind erschießen. Nach Hosenfelds eigenem Bericht „stürzte [er, Hosenfeld] sich weinend auf den SS-Mann und schrie ihn an: ‚Sie können das Kind doch nicht umbringen!‘“ Der SS-Mann zog daraufhin seine Pistole und bedrohte Hosenfeld mit den Worten: „Wenn du nicht sofort verschwindest, legen wir dich auch um!“⁵ Er konnte den Jungen offenbar nicht retten.

Im November 1939 wurde Hosenfeld Zeuge, wie SS-Männer polnische Intellektuelle verhafteten – wohl wissend, was mit ihnen geschehen würde. Er empfand Verzweiflung, Hilflosigkeit und Ohnmacht angesichts der deutschen Vernichtungspolitik. Am liebsten wollte er seinen Soldatenrock ausziehen und zerreißen.⁶ Wie sein Tagebuch beweist, war Hosenfeld über eine Vielzahl von Verbrechen informiert, weil er Augen und Ohren nicht verschloss, sondern alle Eindrücke und Nachrichten speicherte und sie dann abends, am Schreibtisch – in langen Briefen an seine Angehörigen und in seinem Tagebuch – zu verarbeiten versuchte. Hosenfelds Aufzeichnungen sind ein neuerlicher Beleg dafür, dass ein deutscher Soldat im Osten, der wissen wollte, was vor sich ging, über sehr viele Verbrechen informiert sein konnte. Wie durch ein Wunder wurden die vielen Feldpostbriefe dieses Retters übrigens niemals von den militärischen Zensurbehörden entdeckt.

Am 14. Dezember 1939 beobachtete Hosenfeld auf dem Bahnhof von Sokolow nahe Węgrow einen Personenzug mit angehäng-

ten Viehwaggons, in denen sich halb verhungerte und halb verdurstete Polen befanden, unter ihnen viele Frauen und Kinder, die man aus dem Warthegau ausgesiedelt hatte, um ihre Wohnstätten und Höfe für volksdeutsche Ansiedler frei zu machen. Am nächsten Tage brachte Hosenfeld Brot, Käse und Wurst mit, verteilte die Lebensmittel an die Kinder und suchte das Gespräch mit den Verfolgten. Nach Hause schrieb er über dieses Erlebnis: „Wenn ich an Euch, meine lieben Kinder daheim, denke, dann steigt es mir heiß in der Seele hoch, und ich möchte alle diese Unglücklichen trösten und sie um Verzeihung bitten, dass die Deutschen so mit ihnen sind. So ruchlos, unbarmherzig, so grausam, so unmenschlich. Eine tiefe Traurigkeit legt sich in meine Seele ...“⁷

Hosenfeld sah mit eigenen Augen, wie die deutsche Besatzungsmacht mit kriegsgefangenen Polen und mit den Juden umging. Er fühlte mit den Verfolgten, begann damit, die polnische Sprache zu lernen und suchte Gelegenheiten, mit polnischen Familien Kontakte aufzunehmen, mit ihnen ihre Feste zu feiern und ihre Gottesdienste zu besuchen. Im Juli 1942 vertraute er seinem Tagebuch an, dass er sich selbst keineswegs von Schuld frei sprach: „Wir sind alle mitschuldig. Uns alle, unser ganzes Volk, wird eine furchtbare Vergeltung und Rache treffen. ... Was sind wir Feiglinge, dass wir, die besser sein wollen, das alles geschehen lassen. Darum werden wir auch mitgestraft werden, auch unsere unschuldigen Kinder wird es treffen, denn wir machen uns mitschuldig, indem wir die Frevel zulassen.“⁸

Im Juli 1943, nach der Vernichtung des Warschauer Ghettos durch die Deutschen, vertraute Hosenfeld seinem Tagebuch beeindruckende Beobachtungen und Einsichten an. Er schrieb:

„Das ganze Ghetto ist eine Brandruine, so wollen wir den Krieg gewinnen, diese Bestien. Mit diesem entsetzlichen Judenmassenmord haben wir den Krieg verloren, eine

unaustilgbare Schande, ... einen unauslöschlichen Fluch haben wir auf uns gebracht. Wir verdienen keine Gnade, wir sind alle mitschuldig. Ich schäme mich, in die Stadt zu gehen, jeder Pole hat ein Recht, vor unserm auszuspuken, täglich werden deutsche Soldaten erschossen. Es wird noch schlimmer kommen und wir haben kein Recht, uns darüber zu beschweren, wir haben's nicht anders verdient, jeden Tag wird es mir unheimlicher zumute.“⁹

Im Jahre 1944 versorgte Hosenfeld den vom Sicherheitsdienst der SS gesuchten Priester Stanislaw Cieciora mit falschen Papieren und versteckte ihn in seinen Sportstätten. Auch dessen Schwager Kroschel rettete er vor der Erschießung.¹⁰

2. Hilfeleistung für den jüdischen Pianisten Wladyslaw Szpilman

Hauptmann Wilm Hosenfeld leistete auch einen Beitrag zur Rettung des jüdischen Pianisten Wladyslaw Szpilman aus Warschau. Der verfolgte Künstler, der sich seit Jahren im Untergrund durchgeschlagen hatte und dem in dieser Zeit viele anständige Polen mit Verstecken und Lebensmitteln geholfen hatten, suchte im November 1944 in einer Ruine fieberhaft nach etwas Essbarem. Plötzlich rief ihn ein deutscher Offizier an, und er hielt sein Ende für gekommen. Als Szpilman dann erkannte, dass der deutsche Offizier ihn nicht erschießen wollte, sondern beabsichtigte, ihm zu helfen, indem er ihm versprach, ihm Lebensmittel zu beschaffen, wagte er es, die ungläubige Frage an ihn zu richten: „Sind Sie Deutscher?“ Der Offizier errötete, wie Szpilman in seinen Lebenserinnerungen berichtet, und schrie fast heraus: „Ja! Ich bin Deutscher! Und nach all dem, was geschehen ist, schäme ich mich dafür ...“ Dann drückte er dem Mann die Hand und verschwand. Der jüdische Pianist nannte dem Offizier noch seinen Namen: „Szpilman. Polnischer Rundfunk.“¹¹ Er fügte noch hinzu, vielleicht könne er umge-

kehrt auch ihm einmal behilflich sein. Hosenfeld nannte seinen Namen nicht. So gingen die beiden Männer auseinander – und sahen sich niemals wieder.

Später, als die Wehrmacht aus Polen vertrieben war, erfuhr Szpilman von seinem Freund und Kollegen, dem Geiger Zygmunt Lednicki, dass ein kriegsgefangener deutscher Offizier nach ihm gefragt hatte. Aber besagtes Lager wurde alsbald verlegt und Szpilmans Versuche, seinen Retter wieder zu finden, hatten keinen Erfolg. Was ihm blieb, war nur der im Manuskript seiner „Warschauer Erinnerungen 1939 bis 1945“ geäußerte Wunsch, dass „jener Deutsche – der einzige Mensch in deutscher Uniform, dem ich begegnet bin – glücklich in seine Heimat zurückgekehrt“ ist.¹² Tatsächlich aber starb Wilm Hosenfeld 1952 in russischer Kriegsgefangenschaft.

3. Gefährdung und Risiko

Welchen Gefahren setzte sich ein Wehrmachtsoffizier aus, der im deutsch besetzten Polen jüdischen und polnischen Menschen half und sie vor der Vernichtung zu retten versuchte?

Bei der Beantwortung dieser Frage ist zunächst auf die Befehlslage zu verweisen. Als die Wehrmachtführung erkannte, dass der „von oben“ vorgegebene ideologische Antisemitismus nicht überall geteilt wurde, gab der Chef des Heerespersonalamtes, General der Infanterie Rudolf Schmudt, im Oktober 1942 eine geheime Verfügung heraus, in welcher er den Offizieren eine eindeutige antisemitische Einstellung abverlangte: „Jeder Offizier“, hieß es dort, „muss von der Erkenntnis durchdrungen sein, dass in erster Linie der Einfluss des Judentums dem deutschen Volk den Anspruch auf Lebensraum und Geltung in der Welt streitig macht. ... Der Offizier muss deshalb aus innerer Überzeugung heraus das Judentum und damit jede Verbindung zu ihm ableh-

nen. Wer gegen diese kompromisslose Haltung verstößt, ist als Offizier untragbar. Die unterstellten Offiziere sind in geeigneter Weise zu belehren.“¹³ Der Heerespersonalchef orientierte das Offizierkorps also am Leitbild eines vom Rassismus überzeugten Weltanschauungskämpfers. Der Begriff „untragbar“ signalisierte unmissverständlich, dass ein Offizier, der sich judenfreundlicher Verhaltensweisen schuldig machte, seiner Position enthoben und aus dem Heeresdienst entlassen werden konnte. Tatsächlich hat es solche Fälle gegeben.¹⁴

Neben dieser allgemein gehaltenen Verfügung gab es im deutsch besetzten Polen eine – durch Plakate in polnischer und in deutscher Sprache landesweit bekannt gemachte – Androhung von Todesstrafe für jegliche Art von Judenhilfe.¹⁵ Dort war zu lesen: Personen, die geflüchteten Juden „wissentlich Unterschlupf gewähren, Beköstigung verabfolgen oder Nahrungsmittel verkaufen“, unterliegen der Todesstrafe.¹⁶ Dieser Befehl war in erster Linie an die Adresse der polnischen Bevölkerung gerichtet. Tatsächlich haben deutsche Sondergerichte 795 polnische Judenretter zum Tode verurteilt und hingerichtet. Weitere 200 Judenretter wurden willkürlich, ohne Gerichtsverfahren, ermordet. Zu diesen Opfern gehörten der polnische Landwirt Wladyslaw Rutkowski und seine Ehefrau Genowefa Rutkowska, die wegen „Beherbergung und Verköstigung“ von Juden auf ihrem Hof von einem deutschen Sondergericht in Petrikau am 23. Juni 1943 zum Tode verurteilt wurden.¹⁷

Ob die Androhung der Todesstrafe für Judenhilfe oder „Judenbegünstigung“, wie man es damals nannte, auch für deutsche Soldaten galt, ist nicht eindeutig zu ermitteln. Allgemein lässt sich feststellen, dass die meisten Soldaten, die bereit waren, Verfolgten zu helfen, keine genaue Vorstellung davon hatten, was ihnen im Falle einer Entdeckung widerfahren würde. Genau diese Unkalkulierbarkeit des Risikos war „von oben“ so gewollt.

4. Eine Skizze der Sozialisation von Wilm Hosenfeld

Wilm Hosenfeld wurde im Jahre 1895 in dem hessischen Dorf Mackenzell als siebtes von neun Kindern geboren. Er stammte aus einem katholischen Elternhaus und war ein tief religiöser Mensch. Sein Vater war Lehrer. Neben den Eltern und der katholischen Kirche prägte ihn auch die Wandervogelbewegung. Im Ersten Weltkrieg meldete sich Wilm Hosenfeld als Kriegsfreiwilliger, wurde Vizefeldwebel und Offiziersanwärter. Nach dem Kriege ging er, den Spuren des Vaters folgend, in den Schuldienst und engagierte sich in der Reformpädagogik. Im Jahre 1933 trat er der NSDAP und der SA bei und warb in seinem Einflussbereich als Dorflehrer für Hitler und das nationalsozialistische Gedankengut.

Seit Ende der dreißiger Jahre geriet der Lehrer Hosenfeld in ambivalente Situationen, die schließlich zu einer Abwendung vom Hitler-Staat und zu selbst verantwortetem Handeln führten. Dieser allmähliche innere Wandel begann mit seiner Kritik an den Methoden der Jugendführung in der Hitler-Jugend, setzte sich fort mit seiner Distanzierung vom staatlich verordneten Antisemitismus, der nach seiner Überzeugung gegen die Menschenwürde verstieß, und wurde schließlich irreversibel durch die schockartigen Erlebnisse, welche die Mordtaten von SS und Wehrmacht in Polen 1939/40 und dann in der Sowjetunion bei ihm auslösten. Diese Entwicklung unterschied ihn grundlegend von der großen Mehrheit der Soldaten im Osten, die eben nicht in gleicher Weise aufwachten. Die meisten Wehrmachtsoldaten entschieden den moralischen Konflikt zwischen Pflichterfüllung und Gewissen, so er denn auch bei ihnen vorhanden war, nicht im Sinne der Humanität.

Ein Jahr nach der Eroberung und Besetzung der polnischen Hauptstadt Warschau durch die Wehrmacht kam Hosenfeld zur dortigen Oberfeldkommandantur, wo er die Aufgabe

hatte, die Aufsicht über sämtliche Sportstätten zu führen, welche die Wehrmacht beschlagnahmt hatte. Er tat dort von 1940 bis Herbst 1944 Dienst. Rein äußerlich betrachtet weist seine militärische Laufbahn keine besonderen Merkmale auf. Er wurde im Laufe des Krieges vom Feldwebel zum Hauptmann befördert. Mit dem Vormarsch der Roten Armee geriet er im Januar 1945 in russische Kriegsgefangenschaft.

Weil der Reserve-Feldwebel Hosenfeld schon 1939 für den Frontdienst – übrigens zu seinem Bedauern – nicht mehr jung genug war, wurde er im Zweiten Weltkrieg mit Etappenaufgaben betraut. Das ist insofern von Bedeutung, als wir heute wissen, dass Hilfeleistungen für Verfolgte in der Regel nicht an der Front stattfanden, sondern in den rückwärtigen Gebieten, die von der Wehrmacht besetzt und von der Militär- und Zivilverwaltung wirtschaftlich ausgebeutet wurden. Dort ergab sich für diejenigen, die helfen und retten wollten, die Chance, sogenannte Arbeitsjuden, aber auch Kriegsgefangene, unter dem Deckmantel militärischer Interessen zu schützen.¹⁸

5. Erst vergessen, dann nach Jahrzehnten wieder entdeckt

Vermutlich wüssten wir bis zum heutigen Tage kaum etwas über Wilm Hosenfeld, hätte ihm der polnische Pianist Wladyslaw Szpilman nicht in seinem autobiographischen Bericht über seine Jahre des Leidens im Warschauer Ghetto ein Denkmal gesetzt. Dieses Buch erschien erst im Jahre 1998 in deutscher Sprache unter dem Titel „Das wunderbare Überleben. Warschauer Erinnerungen 1939 bis 1945“.¹⁹ Die Publikation wurde von dem Liedermacher und Schriftsteller Wolf Biermann betreut. Ihm war es, wie er in einem angehängten Essay berichtet, gelungen, den Namen des unbekanntenen Wehrmachtsoffiziers zu ermitteln und damit die Brücke zum Überleben von Szpilman zu schlagen.²⁰ Biermann nahm in das Erinne-

rungsbuch auch Passagen aus den Tagebüchern von Wilm Hosenfeld auf. Damit wurde dieser ungewöhnliche Wehrmachtsoffizier erstmals einer interessierten deutschen Öffentlichkeit bekannt.

Durch die „Warschauer Erinnerungen“ von Szpilman angestoßen, hat Dirk Heinrichs Persönlichkeit und Leben des Hauptmanns Wilm Hosenfeld näher erforscht, hauptsächlich auf der Basis der Quellen, die in der Jerusalemer Gedenkstätte Yad Vashem aufbewahrt werden, aber auch durch Einsichtnahme in Teile des persönlichen Nachlasses von Wilm Hosenfeld. Seine Forschungsergebnisse wurden 2002 in dem Band „Retter in Uniform. Handlungsspielräume im Vernichtungskrieg der Wehrmacht“ veröffentlicht.²¹

Den nächsten Schritt in der Rezeptionsgeschichte bildete die umfangreiche Tagebuchedition von Thomas Vogel, die 2004 erschien.²² Dieses Werk wurde mit öffentlichen Mitteln aus dem Verteidigungsetat produziert. Das ist insoweit bemerkenswert, als hier ein Ungehorsamer gewürdigt wird, für den das militärische Prinzip von Befehl und Gehorsam nicht die vorrangige Handlungsorientierung darstellte. Ähnliches hatte es schon einmal gegeben. Am 8. Mai 2000 benannte der damalige Bundesminister der Verteidigung, Rudolf Scharping, eine Kaserne der Bundeswehr in Rendsburg, Schleswig-Holstein, nach dem Feldwebel und Judenretter Anton Schmid, für den die Humanität ebenfalls ein höheres Gut darstellte als der militärische Gehorsam.

Weithin bekannt, auch international, wurde der bislang vergessene Hauptmann der deutschen Wehrmacht Wilm Hosenfeld im Jahre 2002, als der aus Polen stammende Regisseur Roman Polanski die Überlebensgeschichte des jüdischen Pianisten Wladyslaw Szpilman verfilmte. Sein Film „Der Pianist“ wurde unter anderem in deutschen und polnischen Kinos und später noch mehrfach im Fernsehen gezeigt.

6. Hilfe für verfolgte Juden in Polen durch Polen und Deutsche

Hosenfeld gehört zu der winzigen Minderheit von Angehörigen der deutschen Wehrmacht, die gegen den Strom schwammen, die Verfolgten halfen und sie dadurch vor dem Zugriff der staatlich legitimierten Mörder retteten. Bekanntlich gehörten der Wehrmacht in den Jahren 1939 bis 1945 etwa 18 Millionen Männer und eine halbe Million Frauen an. Bisläng konnten nicht einmal 100 Helfer und Retter in Uniform ausfindig gemacht werden. Das muss nicht heißen, dass es nicht mehr von diesen anständigen und mutigen Menschen gegeben hat. Aber sie haben keine – für den Historiker greifbaren – Spuren hinterlassen.

Es mag von Interesse sein, auch einmal zu fragen, in welchem Umfang polnische Staatsbürger ihrerseits Judenhilfe leisteten.²³ Noch vor einem Jahrzehnt wäre eine Beantwortung dieser Frage mangels einschlägiger Forschungen kaum möglich gewesen. Denn im kommunistisch regierten Polen, also in den Jahren 1945 bis 1990, gab es offenbar kein Interesse an Fragen dieser Art. Erst mit der Wende begann sich dies allmählich zu ändern, angestoßen von Historikern anderer Länder. 2003 veröffentlichte Gunnar S. Paulsson seine Forschungsergebnisse in dem Buch *Secret City. The Hidden Jews of Warsaw 1940-1945*.²⁴ Im Jahr darauf, 2004, erschien die von Israel Gutman herausgegebene Enzyklopädie des Holocaust in deutscher Sprache. Der Polen-Artikel dieses vorzüglichen Werkes informiert auch über die polnischen Judenretter, die von der Gedenkstätte Yad Vashem im Auftrag des Staates Israel geehrt worden sind. Am 1. Januar 2006 waren dies 5.941 polnische Bürger. Das sind mehr als in jedem anderen europäischen Land. Mit dieser Zahl ist das Rettungsgeschehen in Polen jedoch längst nicht erfasst. Nach Schätzungen von Historikern haben etwa 2,5 % der polnischen Bevölkerung – zwischen 160.000 und 360.000 – jüdischen Mitbürgern geholfen.²⁵

Professor Feliks Tych, Direktor des Jüdischen Museums in Warschau, selbst ein Überlebender des Holocaust, hielt am Auschwitz-Gedenksttag 27. Januar 2010 im Deutschen Bundestag die Gedenkrede. Er schilderte bei dieser Gelegenheit, dass er selbst von einer ganzen „Kette von guten, mutigen Menschen“ gerettet worden sei. Als Historiker machte er die folgenden Zahlenangaben: „In Polen retteten etwa 200.000 Menschen in Stadt und Land unter Einsatz ihres Lebens mindestens 40.000 Juden, aber gleichzeitig fanden sich Menschen, die Juden, welche sich versteckt hatten, denunzierten oder der Polizei übergaben.“²⁶

7. Stiftung des Hosenfeld / Szpilman-Preises der Universität Lüneburg

Im Jahre 2004 stiftete die Leuphana Universität Lüneburg einen „Hosenfeld / Szpilman-Gedenkpreis“. Er ist inspiriert von der Szene, nämlich dem zufälligen Zusammentreffen des Wehrmachtsoffiziers Hosenfeld mit dem verfolgten, fast verhungerten jüdischen Pianisten Szpilman, der sich seit mehreren Jahren im Untergrund versteckt hielt. Während andere Preise an eine bestimmte Persönlichkeit erinnern, die Herausragendes geleistet hat, geht dieser Preis einen eigenen Weg. Er will zum einen den Mut und die Risikobereitschaft des Retters als vorbildliche Tat würdigen – ähnlich wie der Staat Israel, der Judenretter als „Gerechte unter den Völkern“ ehrt –, zum anderen will er aber auch den Geretteten ehren, dem wir häufig – so auch im Falle Szpilman – die Überlieferung der Rettergeschichte verdanken, also das Zeugnis.

Der Idee dieser gemeinschaftlichen Würdigung liegt die folgende Beobachtung zugrunde: Das Opfer stößt unter extremen Bedingungen einen Hilferuf aus und wird gehört. Zwischen Retter und Gerettetem entsteht eine ethische Erfahrung „Von-Ange-sicht-zu-Ange-sicht“, wie es der französische Philosoph Emmanuel Levinas formuliert hat.²⁷ Man könnte auch sagen: Es entsteht

spontan eine humane Beziehung, und zwar trotz des von Feindseligkeit geprägten Umfelds, wie es beispielsweise für das deutsch besetzte Polen während des Zweiten Weltkrieges charakteristisch war.

Das wichtigste Anliegen des Hosenfeld / Szpilman-Gedenkpreises besteht darin, „ethisches Widerstandshandeln in Gestalt von Hilfe- und Rettungstaten der öffentlichen Aufmerksamkeit zu empfehlen“. Gewürdigt werden sollen unter anderem Arbeiten, die sich „in geschichtswissenschaftlicher Hinsicht ... in exzellenter Weise der Untersuchung ethisch-praktischen Widerstandshandelns innerhalb der deutschen Bevölkerung im Allgemeinen und der Wehrmacht im Besonderen angenommen haben“.²⁸

Die Jury, die den Preisträger oder die Preisträgerin ermittelt, besteht aus polnischen und deutschen Persönlichkeiten. Bislang wurde der Lüneburger Preis dreimal vergeben und zwar an zwei Historikerinnen und einen Pädagogen. Der würdevollen Verleihung des Preises in der Universität Lüneburg wohnten jeweils die Nachkommen von Wilm Hosenfeld sowie die Witwe von Wladyslaw Szpilman bei, ebenso Vertreter der polnischen Botschaft in Deutschland.

Die Edition der Briefe und Tagebücher Hosenfelds wurde im Jahre 2008 auch in polnischer Sprache publiziert.²⁹ Ein Portrait dieses „Retters in Uniform“ erschien auf dem Titelblatt einer polnischen Zeitschrift. Nach dem Eindruck von Detlev Hosenfeld, einem Sohn des Retters, ist sein Vater heute in Polen wahrscheinlich bekannter als in Deutschland.³⁰

8. Ehrung Hosenfelds als „Gerechter unter den Völkern“

Im Jahre 2009 wurde Wilm Hosenfeld vom Staat Israel als „Gerechter unter den Völkern“ geehrt. Ein ganzes Jahrzehnt lang hatte

die israelische Gedenkstätte Yad Vashem benötigt, um sich davon zu überzeugen, dass Hosenfeld diese höchste Ehrung, die der Staat Israel an Nicht-Juden vergibt, auch wirklich zusteht. Insbesondere galt es, den Vorwurf der sowjetischen Behörden zu entkräften, dass sich Hosenfeld an Kriegsverbrechen beteiligt habe.

Mir fiel die ehrenvolle Aufgabe zu, im Jüdischen Museum Berlin, wo die posthume Verleihung durch einen Vertreter des Staates Israel erfolgte, eine Laudatio zu halten. Namens der Historikerinnen und Historiker, die sich seit dem Jahre 2000 um die Erforschung der Geschichte der Judenretter aus der Wehrmacht gekümmert hatten, gab ich der Hoffnung Ausdruck, dass die Botschaft, die von der Würdigung Hosenfelds ausgeht, „in der Öffentlichkeit mehr als bislang zur Kenntnis genommen wird: Die Botschaft nämlich, dass es in der Nazi-Zeit auch dort, wo man es am wenigsten erwartet hätte, nämlich in der Wehrmacht, wenigstens vereinzelt ein humanes Rettungshandeln gegeben hat.“

In Deutschland steht eine angemessene Ehrung für Wilm Hosenfeld bislang aus. Wie könnte eine solche aussehen? Einen wichtigen Hinweis gibt Hosenfeld selbst in einer Tagebuchnotiz vom August 1940. Nach einer Offiziersbesprechung in Warschau machte er eine Aufzeichnung, aus der hervorgeht, dass ihm sein Status als zwangsverpflichteter Reserveoffizier stets bewusst war. Denn er beurteilte jene seiner Kameraden, die Berufsoffiziere waren, in der folgenden Weise: „Sie sind nichts anderes als Soldaten. Das bin ich nicht. Meine Leistung liegt auf anderem Gebiet, aber das gilt [jetzt hier im Krieg] nicht; deswegen ist unsereiner belastet und unsicher. Es gäbe nichts Schöneres, als in die alte Lebensaufgabe zurückkehren zu dürfen.“³¹ Die alte Lebensaufgabe war die Pädagogik an einer Volksschule. Es wäre also eher nicht im Sinne Wilm Hosenfelds, wenn man, wie es schon mehrfach in Vorschlag gebracht wurde, eine Kaserne

der Bundeswehr nach ihm benennen würde. Als Namensgeber einer Grund- und Hauptschule würde er sich wohl besser aufgehoben fühlen.

Wir können den heute und morgen lebenden Menschen – in Deutschland wie in Polen und anderswo – durch die Persönlichkeit von Wilm Hosenfeld und anderer Retter in Uniform erkennen, dass es auch unter der rigiden Hitler-Diktatur mit ihrem staatlich

verordneten Judenhass und selbst im Herrschaftsapparat der Wehrmacht keineswegs unmöglich war, aktiven Anstand zu praktizieren. Ihr Beispiel vermag uns eine humane Orientierung zu geben und uns Mut zu machen. Wir können erkennen – und das ist wohl das Wichtigste –, dass es selbst damals ein Stück Freiheit, einen gewissen Handlungsspielraum, gegeben hat, sich so oder so zu entscheiden, für das Schlechte – oder für das Gute.

Anmerkungen

¹ Brief Hosenfelds an seine Frau vom 19.9.1939, in Hosenfeld, Wilm: „Ich versuche jeden zu retten“. Das Leben eines deutschen Offiziers in Briefen und Tagebüchern. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Thomas Vogel, München 2004, S. 250.

² Ebd.

³ Heinrichs, Dirk: Hauptmann d. R. Wilm Hosenfeld – Retter in Warschau, in: Retter in Uniform. Handlungsspielräume im Vernichtungskrieg der Wehrmacht. Mit einem Geleitwort von Fritz Stern, hrsg. von Wolfram Wette, Frankfurt/M. 2002, S. 69-88.

⁴ Ebd., S. 71 f.

⁵ So berichtete Wilm Hosenfeld seinem Sohn Helmut. Siehe Biermann, Wolf: Brücke zwischen Wladyslaw Szpilman und Wilm Hosenfeld, gebaut aus 49 Anmerkungen. Essay, in: Das wunderbare Überleben. Warschauer Erinnerungen 1939-1945. Aus dem Polnischen von Karin Wolf. Vorwort von Andrzej Szpilman. Anhang von Wilm Hosenfeld. Mit einem Essay von Wolf Biermann, Düsseldorf u. a. 1998, Taschenbuch 1999, S. 205-231, hier Nr. 36, S. 224.

⁶ Heinrichs: Hauptmann d. R. Wilm Hosenfeld – Retter in Warschau, S. 73.

⁷ Ebd., S. 74 f.

⁸ Tagebucheintragungen vom 23.7.1942, 13.8.1942, 1.8.1942, 6.7.1943 5.12.1943 und 28.12.1943. Zit. ebd., S. 74-76.

⁹ Tagebucheintragung vom 16.6.1943, zit. ebd., S. 77.

¹⁰ Ebd., S. 72.

¹¹ Szpilman: Das wunderbare Überleben, S. 171-176.

¹² Ebd.

¹³ Bundesarchiv-Militärarchiv (BA-MA RL 5/793), Luftwaffenpersonalamt, hier Abschrift O. K. H. Berlin, 31.10.1942.

¹⁴ Siehe Wette, Wolfram: Reichswehr, Wehrmacht, Antisemitismus und militärischer Widerstand (1933-1939), in: NS-Verbrechen und der militärische Widerstand gegen Hitler, hrsg. von Gerd R. Ueberschär, Darmstadt 2000, S. 19-30.

¹⁵ Vgl. zu diesem Komplex Dörner, Bernward: Justiz und Judenmord. Todesurteile gegen Judenhelfer in Polen und der Tschechoslowakei 1942-1944, in: Ausbeutung, Vernichtung, Öffentlichkeit. Neue Studien zur nationalsozialistischen Lagerpolitik, hrsg. von Norbert Frei, Sybille Steinbacher und Bernd C. Wagner, München 2000, S. 249-263.

¹⁶ Bekanntmachung des Stadthauptmanns Dr. Franke, Tschenstochau / Polen, vom 24.9.1942, betreffend Androhung der Todesstrafe für die Beherbergung von geflüchteten Juden. Originalplakat im Jüdischen Historischen Museum Warschau.

¹⁷ Pisarek, Kinga: Antisemitismus und Judenrettung in Polen während des Zweiten Weltkrieges. Phil. Magisterarbeit, Freiburg 2006 (unveröffentlicht), S. 40, 95, Urteil gegen das Ehepaar Rutkowski ebd., S. 98-101.

¹⁸ Siehe im einzelnen Priemel, Kim C.: Wirtschaftskrieg und „Arbeitsjuden“. Möglichkeiten zur Rettung von Juden in Vilnius, 1941-1944, in: Zivilcourage. Empörte, Helfer und Retter aus

- Wehrmacht, Polizei und SS. Mit einem Geleitwort von Bundespräsident Johannes Rau, hrsg. von Wolfram Wette, Frankfurt/M. 2004, S. 305-322.
- ¹⁹ Szpilman: Das wunderbare Überleben, S. 171-176.
- ²⁰ Biermann, Wolf: Brücke zwischen Wladyslaw Szpilman und Wilm Hosenfeld, gebaut aus 49 Anmerkungen. Essay, in: Szpilman: Das wunderbare Überleben, S. 205-231.
- ²¹ Siehe Wette: Retter in Uniform, S. 69-88.
- ²² Hosenfeld: „Ich versuche jeden zu retten“, S. 250.
- ²³ Vgl. dazu die Untersuchung von Kosmala, Beate: Ungleiche Opfer in extremer Situation. Die Schwierigkeiten der Solidarität im okkupierten Polen, in: Solidarität und Hilfe für Juden während der NS-Zeit. Regionalstudien 1: Polen, Rumänien, Griechenland, Luxemburg, Norwegen, Schweiz, hrsg. von Wolfgang Benz und Juliane Wetzels, Berlin 1996, S. 19-97.
- ²⁴ Paulsson, Gunnar S.: Secret City. The Hidden Jews of Warsaw, 1940-1945, New Haven, London 2003.
- ²⁵ Pisarek: Antisemitismus und Judenrettung, S. 92.
- ²⁶ Tych, Feliks: Der lange Schatten des Holocaust, in: Freiburger Rundbrief 3/2010, S. 179-185, hier S. 182 f. Text auch im Internet: www.bundestag.de/kulturundgeschichte/geschichte/gastredner/tych/index.html.
- ²⁷ Miething, Frank: Die Würde des Menschen. Der jüdisch-französische Denker Emmanuel Levinas, der vor zehn Jahren in Paris starb, wäre heute 100 Jahre alt geworden, in: Badische Zeitung, 12.1.2006, S. 9. Dieser Gedanke wurde von der Lüneburger Initiative übernommen. Siehe dazu Därmann, Iris: Der Hosenfeld / Szpilman-Gedenkpreis. Zur Konzeption, in: Der Hosenfeld / Szpilman-Gedenkpreis, hrsg. von der Universität Lüneburg, Lüneburg 2006, S. 7-15, hier S. 8.
- ²⁸ Därmann: Der Hosenfeld / Szpilman-Gedenkpreis, S. 13.
- ²⁹ Hosenfeld, Wilm: „Staram się ratować każdego“. Życie niemieckiego oficera w listach i dziennikach, Warszawa 2008.
- ³⁰ Brief von Detlev Hosenfeld an den Verfasser, Kiel, 6.8.2010.
- ³¹ Hosenfeld: „Ich versuche jeden zu retten“, Eintrag vom 3.8.1940, S. 369.

Jedwabne und die dunklen Seiten der polnischen Geschichte

Jerzy Maćków

Die Jedwabne-Debatte von 2000 bis 2002 hatte ursprünglich die Ermordung von einigen Hundert Juden durch ihre polnischen Nachbarn am 10. Juli 1941 zum Thema. Diese Diskussion hat aber darüber hinaus eine große Wirkung auf die polnische Geschichtsforschung und die nationale Identität der Polen entfaltet. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, ob die notgedrungen verspätete Auseinandersetzung mit den „dunklen Seiten“ der modernen polnischen Geschichte von den deutschen Erfahrungen mit der „Aufarbeitung der Geschichte“ profitieren könnte.

1. Jedwabne und die Jedwabne-Diskussion

Es gibt zwei Jedwabne in Polen: zum einen die kleine Stadt (heute knapp 1.800 Bewohner) und zum anderen eine mit ihrem Namen sich verbindende Diskussion, die in den Jahren 2000-2002 geführt wurde und bis heute kein Äquivalent in irgendeinem anderen postkommunistischen Land findet. Sie gilt als die größte, die in den polnischen Medien seit dem Zweiten Weltkrieg stattfand.¹

Ihren historischen Hintergrund bildeten die Geschehnisse vom 10. Juli 1941. An diesem Tag hat eine Gruppe der polnischen Bewohner – in der Stadt lebten damals ca. 2.500 Menschen, davon waren wahrscheinlich 40 % ethnische Juden² – hunderte ihrer jüdischen Nachbarn auf grausame Art und Weise ermordet, den Großteil von ihnen in einer Scheune bei lebendigem Leibe verbrannt. Ein ähnlich tragisches Schicksal erlebten die sich damals in Jedwabne aufhaltenden jüdischen Flüchtlinge, die ausgerechnet dort den Schutz vor anderswo in der Region tobenden Pogromen suchten. Das Städtchen war zuvor, spätestens am 23. Juni 1941, von den Deutschen, die am 22. Juni die Sowjetunion angegriffen hatten, eingenommen worden. Die Schergen, die dieses Verbrechen begingen, waren aber höchstwahrscheinlich ausschließlich Polen.

Heute liegt Jedwabne im Nordosten Polens – unweit der zwei größeren Städte: Białystok und Łomża – und gehört somit zum sogenannten „Polen B“ („ściana wschodnia“ – „Ostwand“). Diese pejorative Bezeichnung ist nicht mit dem noch in der Vorkriegszeit eher abwertenden Begriff der (östlichen) „Randländer“ – „Kresy“ – zu verwechseln. Der häufig als Eigenname fungierende Terminus Kresy bezieht sich auf die polnischen Ostgebiete der Zwischenkriegszeit (und auch im historischen Polen), die der polnische Staat aufgrund der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit im Jahre 1939, des Verrats der polnischen Westalliierten im Zweiten Weltkrieg und der expansiven Politik Stalins verloren hatte. Heute ruft dieser Begriff in Polen häufig idealisierend-verklärende Reminiszenzen an das „verlorene Paradies“ hervor.³

Nur im Hinblick auf die Geographie lag Jedwabne zur Zeit des zweiten polnischen Staates (1918-1939) zentraler, als dies nach der im Jahre 1945 durchgeführten „Westverschiebung Polens“ der Fall ist. Vom sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungsstand her ähnelte der Ort durchaus den meisten Kleinstädten in den Kresy-Gebieten, in denen der wöchentliche, von den Bauern aus der Umgebung besuchte Markt den ökonomischen Rhythmus bestimmte. Auf dem wirtschaftlichen Gebiet war der ethnische –

polnisch-jüdische – Konflikt zuweilen unübersehbar, zumal in Jedwabne die antisemitische „Nationale Demokratie“ politisch stark war.⁴

Infolge des Ribbentrop-Molotow-Paktes kam Jedwabne nach dem 17. September 1939, als die Rote Armee im Osten Polens einfiel, unter sowjetische Besatzung (die Deutschen haben zwar die Stadt im September 1939 erobert, aber am Monatsende an ihre damaligen kommunistischen Verbündeten abgegeben). So begann die wechselvolle Kriegsgeschichte Jedwabnes, deren Höhepunkte die Zerschlagung eines relativ starken antisowjetischen Untergrundes durch den NKWD im Jahre 1940, der besagte Mord an Juden und der noch in die ersten Nachkriegsjahre hinein dauernde Widerstand gegen die kommunistische Herrschaft darstellten.

Die Diskussion um Jedwabne brachte nicht zuletzt die bis dato in Polen unbekanntete Tatsache ans Licht, dass der Einmarsch der Deutschen am 22. Juni 1941 in vielen zuvor von der Sowjetunion besetzten Gebieten durch die polnische Bevölkerung als Befreiung begrüßt wurde. Sie offenbarte zudem, dass es nicht nur in Jedwabne, sondern in der gesamten zwischen Łomża und Białystok gelegenen Region (beide Städte sind ca. 80 km voneinander entfernt) zu mehreren grausamen antijüdischen Ausschreitungen gekommen war, bei denen die Polen die Mörder waren. Nach den Angaben der deutschen Feldkommandantur in Łomża vom 14. Juli sollen die Polen in Wąsocz (ca. 30 km nördlich von Jedwabne) die Juden sogar noch vor dem Ankommen der deutschen Truppen in einer Scheune „erledigt“ haben.⁵ Auch in „Kolno, Rutki, Grajewo und Szczuczyn“ – schreibt Paweł Machcewicz in einem sehr informativen Beitrag zu diesem Thema – „verübte meist kurz nach dem 22. Juni ein Teil der lokalen polnischen Bevölkerung aus eigenem Antrieb Judengruppen, die offenbar nicht direkt von den Deutschen veranlasst worden waren“.⁶

In vielen Ortschaften der Gegend beteiligten sich uniformierte Deutsche (Wehrmacht, Gestapo, SS, Sicherheitspolizei, Sicherheitsdienst, Polizei) am Morden, obgleich es sich bei den meisten unmittelbaren Tätern um unter deutscher Patronage agierende Polen handelte.⁷ So hatten sich am 7. Juli 1941 in Radziłów, einer kleinen, 18 km nordöstlich von Jedwabne entfernten Stadt, mehrere Polen am Verbrennen von Juden in einer Scheune beteiligt. Sehr viele Zeugen berichten, dass die Deutschen – außer dass sie selbst die Juden drangsalierten, beraubten und ermordeten – auch die polnischen Ausschreitungen beobachteten und fotografieren. Die erste Verbrennung beim lebendigen Leibe – am 27. Juni 1941 in Białystok – bei der mindestens 700-800 Juden umkamen, wurde durch das deutsche 309. Polizeibataillon durchgeführt.⁸ Es ist wichtig zu wissen, dass die Deutschen – die Sicherheitspolizei und der Sicherheitsdienst – nicht nur in Polen während der ersten Besatzungszeit die sogenannten Selbstreinigungsaktionen initiierten und organisierten, in denen die jeweilige lokale Bevölkerung gegen die Juden vorging.⁹

Das enorme Interesse an Jedwabne ist in Polen erst seit dem Jahr 2000 festzustellen. Selbst unter vielen polnischen Historikern waren die Geschehnisse, die sich in der besagten Gegend nach dem 22. Juni 1941 abgespielt hatten, bis dahin unbekannt, und die „normalen“ Polen konnten darüber nicht Bescheid wissen.¹⁰ Denn die polnischen Kommunisten haben nicht nur viele Heldentaten ihrer politischen Gegner bzw. gegen Polen gerichtete kommunistische Verbrechen aus dem polnischen Geschichtsbewusstsein tilgen wollen, weshalb in der Geschichtsschreibung der Volksrepublik Polen (und folglich im Geschichtsbewusstsein der Polen) weiße Flecken entstanden sind.

Die Kommunisten hatten aber auch kein Interesse daran, die „dunklen Seiten“ der polnischen Geschichte aufzuarbeiten. Sie

gaben sich zwar im Sinne des Marxismus-Leninismus durchaus als die Vertreter des Proletariats aus, das angeblich kein Vaterland kennt. Doch bereits in der Stalin-Ära präsentierten sie sich dennoch – übrigens ganz im Einklang mit der für sie vorbildhaften Lehre Stalins, der sich im Zweiten Weltkrieg bekanntlich des russischen Nationalgefühls bedient hatte – als „national in der Form“ (und selbstverständlich „sozialistisch im Inhalt“).

Nach den Erschütterungen des „Polnischen Herbstes“ im Jahre 1956, die den in der Bundesrepublik gern als „Nationalkommunisten“ apostrophierten Władysław Gomułka an die Macht (wieder)gebracht und nun erneut die existenzielle Abhängigkeit der Volksrepublik von der Sowjetunion verdeutlicht hatten, brauchten die polnischen Kommunisten wie nie zuvor eine wirksame Legitimation ihrer Herrschaft. Denn die „Abkehr vom Stalinismus“ nach 1956 bedeutete, dass die kontinuierliche, massive Gewaltanwendung nicht mehr das wichtigste, die politische Stabilität garantierende Herrschaftsinstrument sein durfte. Anstelle des staatlichen Terrors wurde auf den Quasikonsens gesetzt. Im totalitären Staat stellt er eine Art ungeschriebenes Abkommen zwischen den Regierten und den Regierenden dar, dessen Inhalt zwar die Herrschenden allein definieren, dies aber durchaus unter Berücksichtigung der realen Wünsche der Untertanen. Die Machthaber waren zwar in der Lage, den Quasikonsens jederzeit einseitig zu „kündigen“. Es steht jedoch außer Frage, dass er die Polen freier als zuvor atmen ließ.¹¹ Er konnte allerdings nur dann systemstabilisierend wirken, wenn die Kommunisten im Volk nicht als rechenschaftspflichtige Agenten des Kreml, sondern als natürlicher Bestandteil der nationalen Gemeinschaft wahrgenommen wurden.

Da die Volksrepublik Polen in vielem einer von Stalin geschaffenen sowjetischen Kolonie (bzw. einem Protektorat) ähnelte,

konnte es für sie eine glaubwürdige rationale Legitimationserzählung auf der Grundlage der historischen Wahrheit nicht geben. Deshalb mussten für ihre Legitimation die nationalen Emotionen mobilisiert werden, wobei die kollektive Selbstgefälligkeit der Nation, auf die bekanntlich auch in den westlichen Demokratien für Legitimationszwecke (allzu) oft zurückgegriffen wird, die zentrale Rolle spielte. Während in den Demokratien die freie Diskussion zumindest einige Teile der Eliten vor den Folgen der nationalen Selbstgefälligkeit schützt, erstickte der kommunistische Totalitarismus jede freie und wahrhafte Auseinandersetzung gerade über die neueste Geschichte im Keim.

Der Quasikonsens der Volksrepublik Polen nach 1956 basierte zum einen auf dem Versprechen der Kommunisten, sie würden sich, um der gesellschaftlichen Akzeptanz ihrer Herrschaft willen, stärker als je zuvor um die sozialen, ökonomischen und kulturellen Belange des Volkes kümmern.¹² Zum anderen baute er auf der Bemühung auf, die rudimentären nationalen Gefühle der Untertanen zu befriedigen. Die Regierenden griffen in diesem Zusammenhang auf zwei Mythen zurück: den der makellosen Nation mit einer heldenhaften Geschichte und den einer makellosen kommunistischen Partei. Der erste Mythos schöpfte aus der besagten kollektiven Selbstgefälligkeit, zu der jede Nation tendiert. Der zweite Mythos wiederum entstammte dem Marxismus-Leninismus und war insofern in Polen artifizuell. Die falsche, gleichwohl aber gern geglaubte Vorstellung einer makellosen polnischen Nation wurde von den Kommunisten als die eigene ausgegeben, damit die ebenso falsche, aber in Polen nicht akzeptierte Behauptung glaubwürdiger erscheinen konnte, niemand wäre imstande, dem polnischen Volk so gut zu dienen, wie die kommunistische Partei. Die Verbreitung der Wahrheit über Jedwabne (und andere dunkle Seiten der polnischen Geschichte) hätte sowohl dieses emotional untermauerte Legitimationskonstrukt als auch den Quasikonsens torpediert.

Nach dem Ende des Kommunismus im Jahre 1989 hatte Polen noch gut ein Jahrzehnt gebraucht, um sich den dunklen Seiten seiner Geschichte zu stellen. Die Jedwabne-Debatte begann im November 2000, d. h. mehrere Monate nachdem das Büchlein von Jan Tomasz Gross über den 10. Juli 1941 unter dem Titel „Nachbarn. Eine Geschichte der Vernichtung eines jüdischen Städtchens“¹³ erschienen war (Mitte Mai 2000). Offenbar war die Zeit jetzt reif für eine solche Auseinandersetzung.

Am Ausgang der kommunistischen Ära, im Jahre 1988, war dem Journalisten-Ehepaar Danuta und Aleksander Wroniszewski in der gleichen Angelegenheit ein großes Medienecho noch nicht vergönnt gewesen. Inspiriert durch den Bericht eines Überlebenden des Jedwabne-Massakers – Szmul Wasersztejn – vom 5. April 1945, hatte es trotz der Zensur in einer Wochenzeitung aus Łomża eine Reportage über Jedwabne publizieren können, in die sowohl die Erinnerungen Wasersztejns als auch die Gespräche mit den Stadtbewohnern über die besagten Ereignisse Eingang fanden.¹⁴ Auch einige in den neunziger Jahren verstreut publizierte Texte über die Pogrome von Juni / Juli 1941 sowie das beträchtliche Interesse am Jedwabne-Mord, das in den polnischen Medien seit April 2000 feststellbar war,¹⁵ hatten noch keine große Debatte auslösen können.

Die mediale Auseinandersetzung um Jedwabne dauerte etwa bis 2002, wobei im Frühling 2001 in der polnischen Presse monatlich mehr als 150 Artikel zu diesem Thema erschienen. An der Debatte beteiligten sich sowohl Historiker als auch zuweilen prominente Journalisten sowie Publizisten, und sie selbst wurde zum Gegenstand zahlreicher Diskussionen wie Untersuchungen in Polen und außerhalb Polens.¹⁶ Das Buch von Gross ist im Jahre 2001 unter dem Titel „Nachbarn. Der Mord an den Juden von Jedwabne“ beim C.H.-Beck-Verlag auch auf Deutsch erschienen. Die wichtigsten Texte der Diskussion sind auf Deutsch im

Internet zu finden.¹⁷ Die wohl aufschlussreichste, nicht-polnische Auswahl von Texten zu Jedwabne ist allerdings auf Englisch erschienen.¹⁸

2. Dimensionen der Diskussion

Die Lektüre vieler Beiträge der Jedwabne-Diskussion lässt ihre zentralen, häufig sich einander überschneidenden Aspekte erkennen.

Zum Ersten wurde über die Schuldfrage gesprochen und gestritten. Wer war schuld am Massaker? Waren es die unmittelbaren Täter, deren Zahl man mittlerweile auf gut vierzig schätzt? Waren es vielleicht alle Bewohner des Städtchens, von denen sich einige mit der Rolle eines stummen Zeugen des sich vor ihren Augen Abspielenden abfanden, während sich andere offenbar in ihren Häusern verkrochen? Reicht Angst als Rechtfertigung für die Tatsache aus, dass kaum Berichte über die Hilfsversuche von Polen für die von anderen Polen abgeschlachteten jüdischen Nachbarn existieren? Waren es schließlich die antisemitischen Polen, die noch vor dem Krieg ein Klima produziert hätten, das die Barbarei am 10. Juli 1941 zumindest begünstigte? Und welche Art von Schuld trifft die jeweilige Kategorie der Polen? Es fällt auf, dass es sich dabei um jene Fragen handelt, für die Karl Jaspers in seiner berühmten Schrift „Die Schuldfrage“, die unmittelbar nach dem Krieg erschienen war,¹⁹ seine Landsleute zu sensibilisieren versuchte.

Zum Zweiten ging es in der Jedwabne-Debatte um die polnische Nation. Wenn schon ohne jeden Zweifel die Polen den Mord in Jedwabne begangen haben, dann fragt man sich, welche Bedeutung das dann für die bisher vorherrschende polnische Selbsteinschätzung der eigenen Rolle im Zweiten Weltkrieg hat? Stellt die in Polen vorherrschende Überzeugung, die polnische Nation gehöre zu den Völkern, die im Zweiten

Weltkrieg am meisten gelitten hatten, bloß einen Mythos dar? Wenn ja, soll man dann vielleicht dazu übergehen, die Polen als eine „Nation von Tätern“ zu sehen? Oder waren sie Täter und Opfer zugleich? Und wie ist ihr Verhalten gegenüber den Juden im Vergleich mit den anderen am Zweiten Weltkrieg beteiligten Nationen einzuschätzen?

Zu diesem nationalen Aspekt der Diskussion gehört auch die nicht minder interessante Frage, welche Bedeutung Jedwabne für die heutigen Polen hat bzw. haben soll, die in keinerlei Weise die Schuld für die damaligen Ereignisse tragen können.

Schließlich war in diesem nationalen Kontext die Frage wichtig, welche Bedeutung für die polnische Nation das Buch von Gross zum Zeitpunkt der Veröffentlichung hatte. Man kann wagemutig behaupten, dass seit 1989 eine Art Neuformung der polnischen Nation im Gange ist, die nach gut zwei Jahrhunderten fehlender politischer Souveränität (abgesehen von den Jahren 1919-1939) sich selbst gleichsam neu erfinden muss. Polen und die Polen aus dem Jahre 2000 unterschieden sich bereits sehr von Land und Volk aus dem Jahre 1989. Die rapide Modernisierung Polens muss nicht zuletzt auch kollektive Komplexe hervorgerufen haben. Wie reagiert eine verunsicherte Nation auf einen solchen, aus der – mittlerweile recht fern – Vergangenheit kommenden Paukenschlag?

Zum Dritten handelte es sich bei der Jedwabne-Diskussion um eine Debatte über den polnischen Antisemitismus. Eine wichtige Frage in diesem Zusammenhang betraf den Katholizismus: Ist der polnische Antisemitismus katholisch? Man fragte aber auch nach dessen anderen Eigenschaften, zumal viele Polen bisher gern geglaubt hatten, dass er kein solches Potenzial von brutaler Gewalt besitzt, wie sie es „den Russen“, „den Ukrainern“ und selbstverständlich „den Deutschen“ oft attestierten.

Man konnte zudem nicht umhin, sich immer wieder die Frage zu stellen, ob die Jedwabne-Diskussion selbst nicht den Antisemitismus belebte. Insbesondere konnte sie den in Polen ohnehin populären Stereotyp von der angeblichen jüdischen Affinität zum Kommunismus genährt haben.

Zum Vierten tauchte in der Jedwabne-Debatte das Problem der juristischen Verantwortung für das am 10. Juli 1941 Geschehene auf. Einhellig war die Meinung – die auch im Bericht des Instituts für Nationales Gedenken (IPN) vom 9. Juli 2002 vertreten wird –, dass im juristischen Sinne für das Verbrechen die Deutschen die Verantwortung tragen, und zwar ungeachtet der gerichtlich zu verfolgenden kriminellen Schuld der polnischen Schergen. Diese deutsche Verantwortung ergäbe sich alleine schon aus der Tatsache, dass die Besatzer die Jurisdiktion über Polen beanspruchten. Die direkte bzw. indirekte deutsche Anstiftung zum Mord und dessen unzweideutige Billigung durch die Besatzer verstärkte lediglich diese Verantwortung.

Zum Fünften war es auch eine Art „polnischer Historikerstreit“, in dem nach den Ursachen für den Mord gesucht wurde. Es musste aber auch den Fragen, wie er sich genau abgespielt hat und wie viele Opfer es gegeben hatte (Gross hat in seinem Buch die Zahl 1.600 genannt), nachgegangen werden.

Während Gerichtsdokumente, Zeugenaussagen, aufgeschriebene Erinnerungen und die vom damaligen Justizminister Lech Kaczyński angeordnete Exhumierung der Opfer²⁰ deren Zahl hat schmelzen lassen (ca. 340), bleiben – wie immer bei historischen Ereignissen – die Ursachen für das grausige Geschehen am meisten umstritten. Die Überzeugung, die Raubsucht primitiver Menschen, die sich am Eigentum der Juden bereichern wollten, sei die Ursache gewesen, erwies sich im Zusammenhang der Diskussion als Minderheitsmeinung.

Die meisten Diskussionsteilnehmer wiesen dagegen darauf hin, dass, nicht nur in der Vorstellung des mordenden Mobs, „die Juden“ vom 17. September 1939 bis zum 22. Juni 1941 mit den sowjetischen Besatzern gezielt gegen Polen und die Polen vorgegangen waren. Vor diesem Hintergrund erschienen die Pogrome als Racheakte. In Jedwabne war offenbar die Überzeugung verbreitet, „die Juden“ seien an der Denunziation des in der Umgebung aktiven antikomunistischen Untergrundes beteiligt gewesen (was historisch falsch ist). Aus dem gesamten sowjetisch besetzten Ostpolen gibt es wiederum Berichte, die „den Juden“ Freude über die Zerstörung des polnischen Staates nach dem 17. September 1939 sowie über die anschließenden Zwangsdeportationen Tausender Polen nach Sibirien, die Denunziationen der polnischen Offiziere, Beamten, Lehrer bei der sowjetischen Besatzungsmacht sowie die Teilnahme am sowjetischen Regierungs- und Repressionsapparat unterstellen.

Beispiele für die Überzeugung von der angeblich typisch jüdischen Affinität zum Kommunismus brachte der Historiker Krzysztof Jasiewicz in die Debatte:

„So fand sich im Dorf Lubieszczyńskie im Rayon Bielsko in der Wahlurne zur Wahl der Delegierten des Obersten Sowjet der UdSSR und der BSSR (März 1940) ein Zettel mit folgendem Inhalt: ‚Es lebe Polen! Jan Turlejski [kandidierte für den Rayon – K.J.] ist ein Bandit. Raus hier, sonst werden wir Dich am erstbesten Baum aufhängen, bis Du verreckst, Hurensohn, Judenfresse Nieder mit den Kommunisten!‘. [Die anderen Beispiele betreffen den] Inhalt von Flugblättern, die während der Kommunalwahlen [in Białystok im] (Dezember 1940) verteilt wurden: ‚An alle Juden! Gott gebe, dass ihr die Wahlen nicht erlebt, dass euch alle die Cholera holt. Dreckig wie Schweine seid ihr nach Polen gekommen und so werdet ihr es auch wieder verlassen ... Ha! Ihr

Tatarenfrauen und räudigen Judenfressen, wir alle gehen nicht aus freien Stücken wählen‘. ... In einem anderen Flugblatt wurde erklärt: ‚Wir wollen den wahrhaftigen christlichen Glauben, nicht die von den Juden und Stalin aufgezwungene Heuchelei und Falschheit.‘²¹

In der Diskussion leugnete jedoch niemand die polnische Schuld am Mord in Jedwabne. Es gab allerdings Klagen seitens einiger Diskussionsteilnehmer, die Debatte umgehe gezielt diese Problematik des jüdischen Antipolonismus. Derartige Stimmen gingen normalerweise mit der Kritik an den tatsächlichen und vermeintlichen Schwächen der Forschungsleistung von Jan Tomasz Gross einher. Diese Haltung ließ den Mainstream der Diskussion als einen Angriff gegen den guten Ruf Polens erscheinen. So argumentiere z. B. Jerzy Robert Nowak,²² dem im Dezember 2005 vom Stadtrat die Ehrenbürgerschaft Jedwabnes zuerkannt wurde.

Wenngleich die Vorstellungen vom Kommunismus als dem Werk der Juden keineswegs in Polen erfunden wurden und spätestens seit der Machtübernahme der Bolschewiki in Russland im gesamten Europa populär waren, haben sie in Polen den Zwillingsstereotyp von *żydokomuna* („Judeokommune“, „Judeokommunismus“) hervorgebracht. Er verbindet den Antikommunismus mit dem modernen Antisemitismus, wobei die schlichte Überzeugung, Angehörige einer Nation hätten gleiche Eigenschaften, weshalb sie für die jeweilige Nation repräsentativ und für die Taten der anderen Angehörigen auch verantwortlich seien, das moderne Element darstellt. In diesem Vorurteil schien der Antikommunismus zumindest so stark wie der Antisemitismus ausgeprägt zu sein, weil bei den antijüdischen Pogromen zuweilen spontan jene Polen von ihren Landsleuten umgebracht bzw. den Deutschen zur Bestrafung ausgeliefert wurden, die zuvor mit den Sowjets kollaboriert hatten.²³

Schließlich – sechstens – muss auch der politisch-internationale Aspekt der Jedwabne-Diskussion erwähnt werden. Diese wurde besonders in Israel sowie in den Vereinigten Staaten von Amerika zur Kenntnis genommen und aufmerksam studiert. Das große deutsche Interesse an Jedwabne scheint wiederum nicht selten dem Wunsch zu entspringen, die Verantwortung für den Holocaust mit anderen Völkern zu teilen. Dafür scheint der Umstand zu sprechen, dass in der Jedwabne-Angelegenheit der Fokus der deutschen Medien auf den polnischen Antisemitismus, seine Ausprägungen im Krieg und den heutigen Umgang mit ihm gerichtet ist. Dagegen bleibt die Problematik der deutschen Verantwortung für die ethnischen Konflikte von damals ausgespart, obwohl diese bis heute nachwirken.

Zwar gab es in der kommunistischen Zeit mehrere Gerichtsverfahren gegen die am Jedwabne-Mord Beteiligten – mit gut einem Dutzend Verurteilungen (darunter eine Todesstrafe, die später zu 15 Jahren Haft umgewandelt wurde). Es wurden darüber hinaus einige Tausend Polen wegen anderer gegen die Juden gerichteten Verbrechen verurteilt. Doch wurde nicht der Versuch unternommen, alle Polen juristisch zu belangen, die in den Kriegsjahren den Juden Unrecht angetan hatten. Die Selektivität der Rechtsgeltung und die politische Abhängigkeit der Gerichte waren für den kommunistischen Totalitarismus typisch.

3. Offizielle Stellungnahme zu Jedwabne – Bericht des IPN

An dieser Stelle ist es angebracht, auf die Ereignisse des 10. Juli 1941 genauer einzugehen, wozu der erwähnte Bericht des IPN²⁴ vom 9. Juli 2002 besser geeignet ist als die doch nicht immer zuverlässige Untersuchung von Jan T. Gross. Bemerkenswert ist, dass das Geschehen in Jedwabne nach einem bestimmten Schema verlief, das sowohl das Quälen der Opfer, deren Erniedrigung und

Ermordung als auch solche symbolischen Rituale einschloss, die die angebliche Verantwortung der Juden für die kommunistische Herrschaft verdeutlichen sollten. Dieses Schema findet sich in zahlreichen anderen antijüdischen Ausschreitungen von damals wieder, wobei einige seiner Elemente – etwa die Erniedrigung durch die erzwungene „Reinigung“ des Marktplatzes – in ihrer symbolischen Bedeutung recht „deutsch“ anmuten und der früher erfolgten Drangsalierung von Juden in Wien ähneln.

Nach umfassenden Untersuchungen zum Mord in Jedwabne am 10. Juli 1941 wurde im Bericht u. a. festgestellt:

„An diesem Tag, Donnerstag am Morgen, begannen in Jedwabne die Bewohner der angrenzenden Dörfer zu erscheinen, um sich am geplanten Mord an den jüdischen Stadtbewohnern zu beteiligen. Am Vorabend waren noch einige Juden von ihren polnischen Bekannten gewarnt worden, dass eine kollektive Aktion gegen sie vorbereitet werde.

Seit den Morgenstunden des 10. Juli 1941 wurden die Juden zunächst gezwungen, ihre Häuser zu verlassen; anschließend wurden sie zum Marktplatz getrieben. Dort wurde ihnen befohlen, das zwischen den Pflastersteinen des Marktplatzes wachsende Gras zu jäten. Die polnischen Bewohner aus Jedwabne und benachbarten Ortschaften begingen Gewaltakte an den Zusammengetriebenen.

Zahlreiche Zeugen behaupten, dass an diesem Tag uniformierte Deutsche in der Stadt angekommen waren. Diese wahrscheinlich kleine Gruppe von Deutschen half dabei, die verfolgten Menschen zum Marktplatz zu treiben. Darauf beschränkte sich aber ihre aktive Rolle bei den Ereignissen. Die zur Verfügung stehenden Quellen lassen keine Aussage darüber zu, ob die Deutschen darüber hinaus die Opfer zum Ort des Massenmordes begleiteten und an der Scheune anwesend waren. Die Zeugenaussagen darüber widersprechen einander.

Eine Gruppe der auf dem Marktplatz versammelten jüdischen Männer wurde dazu gezwungen, das außerhalb des Marktes, nämlich ... an der Straße Richtung [des Dorfes] Wizna stehende Lenin-Denkmal zu zerstören. Danach, gegen 10.00 Uhr, wurde dieser Gruppe befohlen, einen Teil der zerstörten Lenin-Büste auf einer Holzliege zum Marktplatz und anschließend zur Scheune zu tragen. Diese Gruppe dürfte 40 bis 50 Menschen gezählt haben, darunter waren der lokale Rabbi und der Beschneider. Wie diese Opfer anschließend umgebracht worden sind, ist unbekannt, ihre Leichen wurden in einem in der Scheune ausgehobenen Loch begraben. Die Teile der zerstörten Lenin-Büste wurden ins Grab auf die Körper der Umgebrachten geworfen.

Die andere, größere Gruppe der Juden wurde laut einer Zeugenaussage nach einer Stunde bzw. nach anderthalb Stunden vom Markt weggeführt. Ein anderer Zeuge sagte wiederum aus, dass dies erst am späten Nachmittag geschah. Diese zur Scheune geführte Gruppe zählte einige hundert Menschen, wahrscheinlich um 300. Darauf lässt jedenfalls die Zahl der ... entdeckten Leichen schließen, die ein archäologisch-anthropologisches Team gefunden hat, das mit der Exhumierung beauftragt wurde.

Diese größere Gruppe setzte sich aus Opfern beider Geschlechter, unterschiedlichen Alters, darunter auch Kindern und Säuglingen, zusammen. Diese Menschen wurden in eine Bronisław Śleszyński gehörende Holzscheune geführt, die mit einem Strohdach gedeckt war. Nach der Schließung des Gebäudes wurde dieses in Brand gesetzt, vermutlich mit Kerosin, das aus dem früheren sowjetischen Warenhaus herangebracht wurde.

Es soll zudem klargestellt werden, dass noch vor der Räumung des Marktes vereinzelt Morde an Juden begangen worden waren. Das erwähnt unter anderem das Opfer Awigdor Kochaw, der damals auf dem Marktplatz anwesend war.

Das nur unvollständige Ausmaß der Exhumierungsarbeiten verhindert die Verifizierung der Hypothese über die Existenz noch eines weiteren bzw. weiterer Massengräber auf dem jüdischen Friedhof, weshalb die genaue Festlegung, wie viele Juden am Tag dieser Ereignisse in Jedwabne umgebracht worden sind, unmöglich ist. ...

Die Anzahl von 1.600 Opfern scheint jedenfalls sehr wenig wahrscheinlich. ... Am Tag des Verbrechens hielten sich zweifellos auch Juden u. a. aus Wizna und Kolno in Jedwabne auf, wo sie Schutz suchten. Nichtsdestotrotz überlebte eine bestimmte Gruppe der Juden. Es kann angenommen werden, dass es zumindest einige Dutzend Juden gab, die nach dem Mord bis zum Ende 1942 in der Stadt bzw. in ihrer Umgebung lebten. Danach haben die Deutschen die kleinen Ghettos durch Zusammenführung aufgelöst. ...

Was die Teilnahme der Polen an diesem Verbrechen angeht, so muss angenommen werden, dass sie bei dessen Durchführung die Schlüsselrolle spielten. Es darf wiederum angenommen werden, dass die Deutschen die Polen zum Mord angestiftet hatten. Die passive Anwesenheit der deutschen Polizei in Jedwabne sowie der anderen uniformierten Deutschen – vorausgesetzt, dass sie am Ereignisort tatsächlich gewesen waren – wäre jedenfalls mit ihrem Einverständnis für das Verbrechen gegen die jüdischen Stadtbewohner gleichzusetzen gewesen. In diesem Zusammenhang muss unterstrichen werden, dass es gerechtfertigt ist, den Deutschen – im weiten Sinne – die rechtliche und kriminelle Mitschuld zuzuweisen.

Konkret wurde die Mordtat von den polnischen Bewohnern Jedwabnes und der anliegenden Ortschaften begangen – es handelte sich dabei schätzungsweise um zumindest 40 Menschen. Auf der Grundlage des im Zusammenhang der Strafverfahren von 1949 und 1953 gesammelten Archivmaterials wie auch auf der Basis der anderen Beweise, die

im Laufe der gegenwärtigen Untersuchung verifiziert werden konnten, muss angenommen werden, dass diese Menschen am Mord aktiv beteiligt und mit Stöcken, Balken sowie anderen Geräten bewaffnet waren.

Die Beweislage ermöglicht keine Antwort auf die Frage, weshalb sich die Mehrheit der Jedwabne-Bewohner während des Verbrechens passiv verhielt. Im Besonderen kann die Frage nicht beantwortet werden, ob diese Passivität der Billigung des Mordes oder der Angst entsprang, die durch die Brutalität der Verbrecher verursacht worden war.

Nachdem das Verbrechen vollzogen worden war, wurde das Eigentum der Opfer geplündert. Weder das Ausmaß der Plünderung noch die Zahl der daran beteiligten Menschen konnten genau bestimmt werden.“

4. Standpunkt zur Frage: Heißt von Deutschland lernen „Aufarbeitung der Geschichte“ lernen?

Die Antwort auf diese Frage erfordert es, zunächst zu bestimmen, was das erwünschte Ergebnis eines solchen Aufarbeitens sein sollte. Angesichts dessen, dass die juristisch nicht belangten polnischen Schergen aus dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr am Leben sind, können die Polen kaum aus der bekanntlich umstrittenen deutschen Erfahrung in den Sachen der juristischen Aufarbeitung der verbrecherischen Vergangenheit lernen.

Dagegen scheint es möglich, in Polen die Wahrheit über die polnischen Verbrechen an den Juden zu verbreiten und Empathie für die Opfer zu empfinden. Damit wird angesichts der Schwere der Untaten die Latte zwar nicht besonders hoch gehängt, aber es kann heutzutage auch nicht mehr erwartet werden. Selbst wenn man jedoch nur einen solchen realistischen Anspruch erhebt, fällt es

nicht leicht, die im Titel dieses Abschnitts gestellte Frage eindeutig mit „ja“ zu beantworten.

Zuallererst muss anerkannt werden, dass sie in Bezug auf Ostdeutschland keinen Sinn hat, und zwar sowohl für die DDR-Zeit als auch für die Ära nach der Wiedervereinigung. Denn vieles weist darauf hin, dass eine Debatte der Ostdeutschen über die Verbrechen ihrer Groß- und Urgroßväter sowie den Umgang mit ihnen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR niemals zustande kommen wird. Es scheint für die Ostdeutschen viel einfacher, sich selbst als die in der Nachkriegszeit „zu kurz gekommenen Deutschen“ zu bemitleiden. Aus Sorge um die kollektive Befindlichkeit ihrer ostdeutschen Landsleute heraus fordern die Westdeutschen eine solche Diskussion in den neuen Bundesländern nicht.

Demgegenüber steht es außer Frage, dass auf institutioneller und fachlich-historischer Ebene die westdeutsche Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit für die Polen durchaus als Vorbild gelten soll. Die Zahl der Institutionen und Projekte sowie die Qualität der durch die westdeutschen Historiker erbrachten Forschungen zum Nationalsozialismus lassen mittlerweile den beschämend späten Beginn der publizistischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung damit²⁵ in Polen lediglich als eine Schwäche erscheinen.

Schlechter verhält es sich allerdings selbst in den alten Bundesländern mit den Ergebnissen der Geschichtsaufarbeitung außerhalb der Forschungsenklaven. Alle redlichen Bemühungen im schulischen Geschichtsunterricht ändern wenig daran, dass die deutsche Nation über das Dritte Reich nur ein selektives Wissen hat. Mittlerweile ist sogar das Wissen über den Holocaust sehr oberflächlich, während die Verbrechen an Sinti und Roma sowie an den slawischen Völkern so richtig niemals den Eingang in das historische Bewusstsein der Deutschen gefunden

haben. Es kommt hinzu, dass diese Bevölkerungsgruppen nach wie vor zu denjenigen gehören, die in der deutschen Nation auf die geringste Gegenliebe stoßen.

Auch hinsichtlich der Beschäftigung mit den Tätern zeigt sich die deutsche Geschichtsaufarbeitung selektiv. Das seit mehreren Jahren deutlich zurückgehende öffentliche Interesse für das Dritte Reich ist ohnehin auf Hitler und seine engsten Mitarbeiter fixiert. Dagegen konnte eine recht überschaubare öffentliche Diskussion über die „gewöhnlichen Deutschen“ und ihre Beteiligung an den Verbrechen des Dritten Reiches nur durch ein aus dem Ausland kommendes Buch angestoßen werden.²⁶ Wäre es tatsächlich erstrebenswert, wenn sich die Polen darauf beschränken würden, die Pogrome ihrer Landsleute gegen die Juden zu beklagen und etwa die dunklen Seiten der Ausiedlung der Deutschen bzw. die Umsiedlung der Ukrainer nach 1945 ausblendeten?

Gegen das pauschale Lob der deutschen Geschichtsaufarbeitung spricht zudem die in dem offiziellen bundesdeutschen Trauer-Prozedere seit Jahrzehnten erkennbare Tendenz, die als „Abstrahierung des Bösen“ bezeichnet werden könnte. Sieht man von Holocaust und (erst mit jahrzehntelanger Verspätung) Sinti und Roma ab, so werden recht selten die konkret von den Deutschen Umgebrachten oder Drangsalierten genannt, sondern vielmehr allgemein „die Opfer“ bedauert.²⁷ Auf diesem Wege kann in einem Atemzug der deutschen „Vertriebenen“ (so werden mittlerweile allesamt Flüchtlinge,

Vertriebene und Spätaussiedler genannt) und der Opfer jener Nationen gedacht werden, zu denen die Deutschen den Krieg gebracht hatten. In solch einem Klima können bekanntlich ab und zu sogar die Täter öffentlich zu „Widerstandskämpfern“ erhoben werden, wodurch dem nationalen Kollektiv hinsichtlich der Moral und der kognitiven Fähigkeiten seiner Angehörigen Schaden zugefügt werden kann.

Obwohl auch vielen Polen nicht zuletzt in der Jedwabne-Angelegenheit der Wunsch eigen ist, sich vor der eigenen Verantwortung für die polnischen Verbrechen davonzustehlen, scheint die polnische Nation dennoch von solch einem Schaden geschützt zu sein. Denn wenn die Polen zwischen den Jedwabne-Mördern und etwa den polnischen Juden-Rettern nicht unmissverständlich unterscheiden würden, müssten sie das Gedenken ihrer zahlreichen in jeglicher Hinsicht unschuldigen und oft heldenhaften Kriegsoffer aufgeben. Sie müssten sich dann gleich auch von der Tradition des polnischen Staates verabschieden, der im Zweiten Weltkrieg – verkörpert durch die Exilregierung und den ihr unterstellten Untergrund im Lande²⁸ – sich sowohl gegen die antijüdischen Pogrome wie auch gegen die Kollaboration mit beiden Okkupanten wandte. Sie würden dann nicht nach geschichtlicher Wahrheit suchen, sondern ihre Geschichte leugnen.

Aber so einfach, wie die meisten Polen bis 2000 dachten, ist diese Geschichte dann auch wieder nicht.

Anmerkungen

- ¹ Siehe Szarota, Tomasz: Mord w Jedwabnem, Udział ludności miejscowej w Holokauście, in: Karuzela na Placu Krasińskich. Studia i szkice z lat wojny i okupacji, hrsg. von Dems., Warszawa 2008.
- ² Wenn in diesem Aufsatz von Polen und Juden die Rede ist, ist die Nationszugehörigkeit ethnisch gemeint. Selbstverständlich waren die Juden von Jedwabne (und überhaupt innerhalb der Grenzen des polnischen Staates) polnische Staatsbürger und haben sich häufig als Polen bzw. jüdische Polen verstanden.
- ³ Dazu kritisch Beauvois, Daniel: Trójkąt ukraiński. Szlachta, carat i lud na Wołyniu, Podolu i Kijowszczyźnie 1793-1914, Lublin 2005, S. 12 ff.
- ⁴ Machcewicz, Paweł: Rund um Jedwabne – Neue Forschungsergebnisse polnischer Historiker, in: Der Beginn der Vernichtung. Zum Mord an den Juden in Jedwabne und Umgebung im Sommer 1941. Neue Forschungsergebnisse polnischer Historiker, herausgegeben von Paweł Machcewicz, Edmund Dmitrów und Tomasz Szarota, Osnabrück 2004, S. 19-94, 53 f.
- ⁵ Szarota, Tomasz: Mord in Jedwabne. Dokumente, Publikationen und Interpretationen aus den Jahren 1941-2000. Ein Kalendarium, in: ebd., S. 209-252, S. 213.
- ⁶ Machcewicz: Rund um Jedwabne, S. 51.
- ⁷ Dmitrów, Edmund: Die Einsatzgruppen der deutschen Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes zu Beginn der Judenvernichtung im Gebiet von Łomża i Białystok im Sommer 1941, in: Der Beginn der Vernichtung. Zum Mord an den Juden in Jedwabne und Umgebung im Sommer 1941. Neue Forschungsergebnisse polnischer Historiker, herausgegeben von Paweł Machcewicz, Edmund Dmitrów und Tomasz Szarota, Osnabrück 2004, S. 95-208, S. 185 ff.
- ⁸ Ebd., S. 148 ff.
- ⁹ Sehr aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang die komparative Studie von Szarota, Tomasz: U progu zagłady. Zajścia antyżydowskie i pogromy w okupowanej Europie. Warszawa, Paryż, Amsterdam, Antwerpia, Kowno, Warszawa 2000.
- ¹⁰ Dazu Szarota: Mord in Jedwabne. Zwar hat der Historiker Szymon Datner bereits im Jahre 1966 einen Artikel über den Jedwabne-Mord veröffentlichten können, doch tat er das auf der Grundlage seines damaligen, notgedrungen nicht vertieften Wissensstandes und musste darüber hinaus die im Kommunismus typischen Umwege nehmen, um die Problematik der polnischen Täter des Pogroms anzudeuten. Alles in allem wurde die Brisanz seines Aufsatzes u. d. T. „Eksterminacja ludności żydowskiej w okręgu białostockim“, der in „Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego“ 50/1966 veröffentlicht wurde, nicht erkannt.
- ¹¹ Siehe dazu Maćków, Jerzy: Die Krise des Totalitarismus in Polen. Die Totalitarismus-Theorie als Analyse-Konzept des sowjetsozialistischen Staates. Eine Analyse der System- und Strukturkrise der Volksrepublik Polen in den siebziger und achtziger Jahren, Münster / Hamburg 1992, S. 145 ff.
- ¹² Im Volksmund: „Die Regierenden tun so, als würden sie regieren, die Regierten wiederum tun so, als würden sie arbeiten.“
- ¹³ Gross, Jan Tomasz: Sąsiedzi. Historia zagłady żydowskiego miasteczka, Sejny 2000.
- ¹⁴ „Kontakty“, 10.7.1988.
- ¹⁵ Dazu Machcewicz: Rund um Jedwabne, S. 49 ff.
- ¹⁶ Exemplarisch seien nur genannt: Dmitrów / Machcewicz / Szarota: Der Beginn der Vernichtung; Polonsky, Antony / Michlic, Joanna B.: The Neighbors Respond: The Controversy over the Jedwabne Massacre in Poland, Princeton 2004, <http://books.google.de/books?id=AfeGB5yz0ooC&pg=PA47&lpg=PA47&dq>, Stand: 12.12.2004.
- ¹⁷ Siehe die von „Deutsche-Polnische Informationsbulletin TRANSODRA“ 23/2001 zusammengestellte Dokumentation von 53 Texten aus polnischen Zeitungen („Dziennik Bałtycki“, „Gazeta Polska“, „Gazeta Pomorska“, „Gazeta Wyborcza“, „Głos Szczeciński“, „Kontakty“, „Kurier Poranny“, „Polityka“, „Res Publica Nowa“, „Rzeczpospolita“, „Tygodnik Powszechny“, „Tygodnik Solidarność“, „Więź“, „Wprost“, „Znak“, „Życie“), <http://www.dpg-brandenburg.de/text/nr23.htm>, Stand: 5.12.2010; Siehe zudem: Jedwabne. Der polnische Historikerstreit und die Frage von Schuld und Verantwortung, in: „Osteuropa-Archiv“ vom Januar 2001, A228-A249. Auch das hier bereits oft zitierte Buch von Szarota / Dmitrów / Machcewicz muss in diesem Zusammenhang wieder erwähnt werden.
- ¹⁸ Polonsky / Mychlic: The Neighbors Respond.
- ¹⁹ Karl Jaspers: Die Schuldfrage, Heidelberg / Zürich 1946.

- ²⁰ Bei Exhumierungsarbeiten im Mai / Juni 2001 hielt man sich an die Anweisung des Rabbis von Warschau und Łódź, die Knochen der Ermordeten nicht zu verlegen. Deshalb konnte weder die genaue Opferzahl festgelegt noch die Frage beantwortet werden, wie alle Opfer umgekommen sind.
- ²¹ Zit. nach Jasiewicz, Krzysztof: Unerforschte Nachbarn, „Gazeta Wyborcza“, 9./10.12.2000, in: TRANSODRA 23/2001; http://www.dpg-brandenburg.de/nr23/unerforschte_nachbarn_jasiewicz.pdf, Stand: 10.12.2010.
- ²² Beispielhaft dafür Nowak, Jerzy Robert: Jews Murdering Poles. Jedwabne and the atrocities in East Poland 1939-1941 (part II), „Głos“ 8 (886), http://www.naszawitryna.pl/jedwabne_en_16.html, Stand: 15.1.2011; Ders.: 100 Falsehoods of J. T. Gross (1-3), „Niedziela – Tygodnik Katolicki“ vom 27.2.2001, http://www.naszawitryna.pl/jedwabne_en_55.html, Stand: 15.1.2011.
- ²³ Machcewicz: Rund um Jedwabne, S. 68 ff.
- ²⁴ „Jedwabne“: Final Findings of Poland's Institute of National Memory, <http://info-poland.buffalo.edu/classroom/J/final.html>, 14.11.2010. Übersetzt vom Autor dieses Artikels.
- ²⁵ Es sei daran erinnert, dass erst die Studentenbewegung und die – nach den Worten des Historikers Saul Friedländer – „extrem kitschige“ amerikanische Fernsehserie „Holocaust“ in der Bundesrepublik das Interesse der Öffentlichkeit am Holocaust geweckt hat. Siehe das Interview mit Friedländer, in: Süddeutsche Zeitung, 10.1.2011.
- ²⁶ Es geht um mediale Reaktionen auf das in Deutschland sehr umstrittene Buch von Goldhagen, Daniel Jonah: Hitler's Willing Executioners. Ordinary Germans and the Holocaust, New York 1996.
- ²⁷ Die Neue Wache in Berlin stellt (seit 1993) ein anschauliches Beispiel für diese Art Geschichtspolitik dar, die offensichtlich aller Menschen gedenken will, die – so ist der dort angebrachten Gedenktafel zu entnehmen – wegen „des Krieges“, „der Folgen des Krieges“, „der Gewaltherrschaft“ und „der totalitären Diktatur“ gelitten haben bzw. umgekommen sind. Dabei wird eine religiös anklingende Diktion bemüht, obwohl inhaltlich jeglicher Bezug zur Transzendenz penibel vermieden wird. Das auf der Gedenktafel vorzufindende „Gebet“ mutet daher aufgesetzt und kitschig an.
- ²⁸ Wenngleich dieser Untergrund selbst von Antisemitismus nicht ganz frei war.

Die polnische Exilarmee im Westen und die Besetzung des Emslandes

Jan Rydel

Die polnische Exilarmee entstand ab September 1939 in Frankreich nach der Besetzung Polens durch die deutschen und sowjetischen Truppen. Nach der Niederlage Frankreichs wurde sie in Großbritannien durch die Exil-Regierung der Republik Polen organisiert. Die Soldaten dieser Armee kämpften u. a. in Narvik und Tobruk, bei Monte Cassino, in der Normandie und später in Belgien, Holland und Deutschland. Ein Teil der polnischen Armee wurde nach dem Krieg bis 1947 als Besatzungstruppe im Emsland eingesetzt.

Die polnische Exilarmee, die meistens als Polnische Streitkräfte (Polish Armed Forces) im Westen bezeichnet wird, spielte eine große Rolle in der Gesamtkonstruktion der polnischen Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg.

1. Politischer Rahmen

Ich möchte meinen Beitrag mit einer Handvoll Fakten über diese Armee beginnen, weil die meisten Deutschen wenig über sie wissen, wie auch über den polnischen Beitrag zu der Befreiung Europas von dem Nationalsozialismus. Die Polnischen Streitkräfte unterstanden der Regierung der Republik Polen im Exil, wobei der Begriff „im Exil“ lediglich eine Tatsachenbeschreibung ist und nicht ein Teil der Bezeichnung dieser Regierung, weil sie staatsrechtlich ganz fest in dem Rechtssystem der polnischen Verfassung vom Jahre 1935 verankert war. Der polnische Präsident Ignacy Mościcki ernannte am 30. September 1939, als er in Rumänien interniert wurde, gemäß der polnischen Verfassung seinen Nachfolger. Neuer Präsident Polens wurde Władysław Raczkiewicz, der – ebenfalls im Einklang mit der Verfassung – General Władysław Sikorski, einen führenden liberalen Politiker Polens, zum Premierminister ernannte. Die europäische Geschichte kannte übrigens schon entsprechende Prä-

zedenzfälle, wie etwa den der belgischen Regierung und der belgischen Armee im Ersten Weltkrieg. Daher stellte eine polnische Exilregierung nichts Außergewöhnliches dar. Sie wurde auch in der ganzen Welt anerkannt. Es war also die legitime und international anerkannte Regierung der Republik Polen, die über eine eigene bewaffnete Macht verfügte. Die Stationierung und der Einsatz dieser Armee außerhalb Polens sowie deren Finanzierung und Logistik wurden in entsprechenden internationalen Abkommen geregelt. Interessanterweise vereinbarten die polnischen und französischen Generalstabschefs mehrere Monate vor Kriegsausbruch, dass die in Frankreich lebenden polnischen Staatsbürger im Kriegsfall durch polnische Behörden vor Ort mobilisiert werden und mit ihrer Hilfe eine Truppe in Stärke von 25.000 Mann in Frankreich aufgestellt werden sollte. Eine Art Exiltruppe wurde also geplant, ohne dass man den katastrophalen Ausgang des Feldzuges im September 1939 hätte erahnen können. Auf Grund dieses Abkommens begannen die polnischen Offiziere im Militärlager Coëtquidan bei Rennes in der Bretagne, wo sich heute die berühmte französische Militärakademie Saint Cyr befindet, schon am 12. September 1939, das heißt noch vor der Kapitulation Warschaus, mit der Aufstellung neuer polnischer Einheiten.

In Frankreich und später in Großbritannien war die Kompetenzteilung zwischen den Polen und dem Gastland ähnlich. Dem polnischen Ministerium für Militärische Angelegenheiten (Ministerstwo Spraw Wojskowych) und dem Oberkommando unterstanden die Fragen des Avancements und der Stellenbesetzung, polnisch waren die Kommandosprache, das Militärzeremoniell und die Symbole, die Reglements für den inneren Dienst und die Militärgerichtsbarkeit. Französisch bzw. britisch waren die Reglements für den Felddienst. Im Falle des Kriegseinsatzes unterstanden die polnischen Truppen dem französischen oder dem britischen Oberbefehl, wobei die polnischen Heerestruppen in eigenen Großverbänden eingesetzt wurden. Die kleinsten dieser Verbände, die im Rahmen der fremden operativen Verbände zum Einsatz kamen, waren Brigaden. Eine Ausnahme waren naturgemäß die Spezialeinheiten (die Kommandos) des Heeres. Trotz ziemlich klarer Kompetenzteilung mussten viele Entscheidungen einvernehmlich getroffen werden, wie z. B. die Entscheidungen, welche Art von Truppen die Polen aufstellen sollen bzw. dürfen. Entscheidungen von dieser Bedeutung mussten die Bedürfnisse der Armee des Gastlandes und die polnischen Pläne und Möglichkeiten berücksichtigen. Die Kooperation mit den Briten war wesentlich leichter als mit den Franzosen, da diese überzeugt waren, dass die Polen militärisch wenig taugten und ihre Erfahrungen aus dem ersten Feldzug des neuen Weltkrieges unbedeutend seien. Bei den Briten gab es viel seltener diese Art von Vorbehalten, und die weitgehende und langanhaltende Interessengemeinschaft erleichterte in den meisten (aber nicht in allen) Fällen, einen Kompromiss zu finden.

2. Herkunft der Soldaten

Die Herkunft der Soldaten der polnischen Exilarmee war sehr vielfältig. Man muss sie aber kennen, weil sie ein wichtiger Faktor für das ideelle und politische Profil dieser

Armee war. Das Offizierskorps und ein – nicht sehr großer – Teil der Mannschaften, insgesamt 38.000 Personen, kamen aus Polen in den Westen direkt nach dem verlorenen Feldzug gegen Deutschland. Ein Teil davon überschritt die polnisch-rumänische und polnisch-ungarische Grenze in geschlossenen Formationen am 17. September 1939 und in den darauffolgenden Tagen, also nach dem Angriff der Sowjetunion auf Polen, als die Fortsetzung weiterer militärischer Operationen in Polen jeden Sinn verloren hatte und nur noch die durch die deutsche Wehrmacht eingekesselten Verbände Widerstand leisteten. Danach folgte eine Welle der illegalen Grenzübertritte derjenigen Soldaten, die der deutschen oder sowjetischen Gefangenschaft entkommen konnten oder noch nicht mobilisiert wurden. Diese Fluchtbewegung hielt im Grunde bis zur Kapitulation Frankreichs im Juni 1940 an. Die polnischen Soldaten wurden in Rumänien und Ungarn interniert, flüchteten jedoch massenweise über Jugoslawien und Italien oder über das Schwarze Meer, die Türkei und Syrien nach Frankreich. Die rumänischen, ungarischen, jugoslawischen und sogar italienischen Behörden waren nicht sonderlich bemüht, diese Bewegung zu unterbinden, sehr zum Ärger Berlins. Ein weitaus kleinerer Strom der Flüchtlinge erreichte Frankreich bzw. England über Litauen und Lettland, von wo aus es weiter über Schweden gen Westen ging.

Hervorzuheben ist an dieser Stelle, dass die Entscheidung für die Fortsetzung des Kampfes im Exil gegen die Feinde des Vaterlandes sehr eng mit der polnischen politischen und militärischen Tradition verbunden war. Schließlich war gleich nach den Teilungen Polens im 18. Jahrhundert an der Seite der Französischen Republik die erste polnische Exilarmee entstanden, von der sogar die Strophen der polnischen Nationalhymne berichten. So galt die Emigration aus dem deutsch und sowjetisch besetzten Polen in den ersten Monaten nach der Niederlage im September 1939 als die höchste Form der Erfüllung der patriotischen Pflicht. Damals

ahnte man noch nicht, welche gewaltigen Aufgaben die polnischen Patrioten eben im besetzten Polen gegenüberstehen und welche Opfer von ihnen verlangt werden.

Die andere Gruppe der Soldaten dieser Armee bildeten die polnischen Staatsbürger aus Frankreich, Belgien und Großbritannien, die mobilisiert wurden, sowie die Freiwilligen polnischer Abstammung mit französischer, US-amerikanischer, kanadischer oder auch brasilianischer Staatsbürgerschaft. Es waren insgesamt 46.000 Mann für die Exilarmee. In den ersten zweieinhalb Jahren des Krieges konnte die polnische Regierung im Exil auf keine anderen Menschenreserven zurückgreifen. Erst ab März 1942 eröffnete sich eine neue, ferne Quelle der Ergänzungen. Es war die polnische Armee in der Sowjetunion des später berühmten Generals Władysław Anders. Mit der Aufstellung dieser Armee begann man schon im August 1941, also wenige Wochen nach dem deutschen Angriff auf die UdSSR. Dies geschah aufgrund entsprechender Vereinbarungen zwischen General Sikorski und Josef Stalin. Die polnische Armee unterstand der polnischen Regierung in London. Sie wurde zuerst im Raum Orenburg, später in Kasachstan, Usbekistan und Kirgistan aufgebaut. Das politische Klima um diese Truppen war fast von Anfang an schlecht. Die Sowjets betrachteten die von ihnen politisch unabhängige Armee zunehmend skeptisch und waren lediglich bereit, einzelne polnische Divisionen an die Front zu schicken. Genau das aber lehnten die Polen ab, da sie sich nicht sinnlos im Kampf für den Sowjetstaat, der kurz zuvor noch ihr beispielloser Peiniger gewesen war, in isoliert kämpfenden Einheiten aufreiben lassen wollten. Aus diesem Grund erhielten die Polen von den Sowjets kaum Waffen, und ihre Lebensmittelrationen wurden halbiert. In dieser Situation hießen beide Seiten den britischen Vorschlag, die polnischen Truppen aus der Sowjetunion in den Mittleren Osten zu transferieren und unter britisches Kommando zu stellen, willkommen. Die Evakuierung der polnischen Trup-

pen über das Kaspische Meer in den Iran fand zwischen März und August 1942 statt. Auf diesem Wege verließen 114.000 Polen, darunter 84.000 Soldaten, die Sowjetunion. Im Iran wurden sie aufgepäppelt und erhielten ärztliche Hilfe. Danach wurde die polnische Zivilbevölkerung auf Flüchtlingslager zwischen Indien und Rhodesien verteilt, und die Soldaten wurden in den Irak verlegt, wo eine Neuorganisation der polnischen Truppen vorgenommen wurde. Gleichzeitig versahen sie einen eher harmlosen Besatzungsdienst in den Nordprovinzen des Landes. Ein kleiner Teil der polnischen Soldaten aus dem Irak (etwa 12.000), darunter vor allem Mitglieder der polnischen Luftwaffe und der Marine, wurde nach England verlegt, aus dem Rest – etwa 47.000 frontfähige Soldaten – wurde im Irak und später in Palästina und in Ägypten das 2. Polnische Korps formiert. Dieses Korps stand unter dem Kommando von General Anders und wurde zur Jahreswende 1943/1944 an die italienische Front verlegt, wo es bis zum Ende des Krieges kämpfte.

Die nächste Kategorie der Ergänzungen der polnischen Exilarmee waren die Soldaten der deutschen Wehrmacht. Zum Dienst in der deutschen Wehrmacht wurden etwa 250.000 ethnische Polen herangezogen, die selbst oder deren Eltern die Deutsche Volksliste meist kurz nach der Eingliederung der westlichen polnischen Gebiete in das Deutsche Reich unterzeichnet hatten. Es ist zu betonen, dass in Westpreußen und Oberschlesien nur die polnischen Einwohner geduldet wurden, die diesen Schritt machten. Sogar die polnischen Bischöfe in Oberschlesien forderten ihre polnischen Gläubigen auf, der Deutschen Volksliste beizutreten. Diese massenhafte Eindeutschung hatte zur Folge, dass tausende Personen polnischer Herkunft bald in der Deutschen Wehrmacht dienen mussten. Ein Teil von ihnen tendierte vielleicht tatsächlich zum Deutschtum, ein anderer Teil war indifferent, was die nationale Identität betrifft, ein dritter Teil hatte jedoch eine klare und ausgeprägte polnische Identität. Es gab in

der Wehrmacht sogar Reserveoffiziere und Reserveunteroffiziere der polnischen Armee, die als einfache Soldaten dienten. Diese Männer fühlten sich dem Deutschen Reich in keiner Weise verbunden und wechselten die Uniform, sobald sie in alliierte Kriegsgefangenschaft gerieten und die Möglichkeit bekamen, in der polnischen Exilarmee zu dienen. Es gab auch unzählige Desertionen von Polen aus der Wehrmacht mit dem Ziel, in die Polnischen Streitkräfte einzutreten. Die erste große Gruppe dieser Ergänzungen besonderer Art erreichte die polnischen Truppen nach der Kapitulation des Afrika-Korps im Mai 1943. Die polnischen Offiziere waren mit der Ausbildung, Disziplin und Zuverlässigkeit dieser Soldaten mit Wehrmachterfahrung sehr zufrieden. Mit der Zeit wurden die „Übertritte“ aus der Deutschen Wehrmacht in die polnische Armee derart zur Routine, dass die polnischen Fronttruppen mehrere Sammlungen von notwendigen Dokumenten in blanco mit sich führten, um die Deserteure nach kürzester Befragung in die eigenen Reihen aufnehmen zu können. Die ehemaligen Wehrmachtssoldaten erhielten immer eine neue Identität, damit sie – falls sie erneut in deutsche Hände gerieten – ihre Familien in den besetzten Gebieten nicht gefährdeten. Insgesamt bekamen die Polnischen Streitkräfte auf diesem Wege 89.000 Soldaten.

3. Kriegsschauplätze und Schlachtfelder

Die Liste der Kämpfe, an denen die Soldaten der Polnischen Streitkräfte im Exil teilnahmen, ist lang und enthält sehr viele bekannte Namen. Der erste Einsatzort des Heeres war Narvik in Norwegen im Mai und Juni 1940, wo im Rahmen des alliierten Expeditionskorps eine in Frankreich organisierte polnische Gebirgsbrigade gegen die Gebirgsjäger des Generals Dietl kämpfte. Diese Brigade war ursprünglich für den alliierten Einsatz in Finnland gegen die Sowjetunion vorgesehen, zu dem es jedoch nie kam. Im Frank-

reich-Feldzug waren zwei polnische Infanteriedivisionen und eine Panzerbrigade im Einsatz. Vor dem Hintergrund der allgemeinen Auflösung der französischen Armee kämpften die Polen tapfer und hartnäckig. Ihr Beitrag ging aber in der beispiellosen Niederlage Frankreichs unter. Eine polnische Division sah sich am 20. Juni 1940 nach langer Verteidigung gezwungen, die französisch-schweizerische Grenze zu übertreten und sich internieren zu lassen. Die anderen polnischen Einheiten wurden auf Befehl ihrer Kommandeure aufgelöst. Die Soldaten bekamen die Anweisung, sich einzeln oder in kleinen Gruppen nach England bzw. in das unbesetzte Frankreich durchzuschlagen. Diese Art von Evakuierung war nicht sehr erfolgreich, denn aus der polnischen Armee in Frankreich, die etwas über 80.000 Soldaten zählte, konnte General Sikorski in England im Juli 1940 lediglich etwa 30.000 Soldaten versammeln. Übrigens bildeten die Polen bis zur Ankunft der Amerikaner die mit großem Abstand stärksten nichtbritischen Truppen an der Seite der Briten.

Im Spätsommer und Herbst 1940 schlug die Stunde der polnischen Jagdflieger, die an der Battle of Britain teilnahmen. Die schon in Polen sehr gut trainierten und hoch motivierten polnischen Kampfpiloten konnten sich in England, nachdem sie von den Briten mit modernen Jagdflugzeugen ausgerüstet worden waren, sozusagen erst richtig entfalten. In den kritischen Tagen der Battle of Britain flogen Polen 15 bis 20 Prozent aller Kampfeinsätze. Die Abschussquoten waren bei den Polen im Schnitt zweimal besser als bei den Briten. Aus diesem Grund darf man sich nicht wundern, wenn im Film „Battle of Britain“ polnische Szenen und Dialoge zu sehen bzw. zu hören sind. Seit dieser denkwürdigen Schlacht rissen sich die Briten um die Flieger der Polnischen Luftwaffe. Insgesamt gab es dann 15 polnische Geschwader, darunter viele Bombereinheiten. Eine der Konsequenzen dieses starken polnischen Engagements an der Seite der Royal Air Force ist unter anderem, dass die polni-

schen Flieger ihre Bomben auch über Köln, Hamburg, Berlin und Dresden abgeworfen haben. Sie waren fester Bestandteil auch der Geschichte des Luftkrieges.

Neben dem Heer und der Luftwaffe stand die polnische Marine an der Seite der Briten. Unter polnischer Flagge fuhren während des Krieges insgesamt 2 leichte Kreuzer, 10 Zerstörer, 5 U-Boote und etwa 30 Kanonen- und Schnellboote. Hervorzuheben ist, dass die drei besten polnischen Zerstörer noch im letzten Augenblick, nämlich am 30. August 1939, aus Gdynia nach Großbritannien geschickt worden waren, um dem sicheren Untergang angesichts der deutschen Übermacht zu entkommen, so dass sie schon am 7. September auf Patrouille in der Nordsee fahren konnten. Im Laufe des Septembers brachen auch noch zwei polnische U-Boote von der Ostsee nach England auf. Die wenigen leichten Schiffe der polnischen Marine konnten den Gang des Seekrieges natürlich nicht beeinflussen, aber sie haben ihren bescheidenen Anteil daran gut geleistet. Sie waren in Norwegen, Dünkirchen und Dieppe, in Malta, in den Nordatlantik- und Russland-Konvois sowie an den Küsten der Normandie präsent. Als Beispiel für eine intensive Kooperation mit der Royal Navy ist die Tatsache zu erwähnen, dass bei der Versenkung der „Hood“ durch die „Bismarck“, auch drei polnische Offiziere an Bord des britischen Schiffes starben. Kurz danach wurde die „Bismarck“ am 26. Mai 1941 durch den polnischen Zerstörer „Piorun“ wiederentdeckt und mehrere Stunden verfolgt.

Von August bis Dezember 1941 verteidigte die polnische Karpaten-Schützenbrigade mit ihren südafrikanischen, australischen und neuseeländischen Kollegen die Wüstenfestung Tobruk in Nordafrika erfolgreich gegen die Truppen des Deutschen Afrika-Korps und gegen die Italiener. Die Karpaten-Brigade war 1940 in dem französisch regierten Syrien aufgestellt worden. Als jedoch klar wurde, dass Syrien der Vichy-Regierung treu bleiben würde, ging sie in das benachbarte

Palästina und unterstellte sich dem britischen Oberbefehl. Nach dem Einsatz in Nordafrika wurde die Brigade wieder in Palästina mit den aus der Sowjetunion evakuierten Truppen von General Anders vereinigt und zu einer Karpaten-Infanterie-Division ausgebaut, die mit dem Rest des 2. Polnischen Korps bald nach Italien verlegt wurde. Das Korps begann seinen Einsatz in Italien mit einem richtigen Paukenschlag, und zwar mit der Eroberung des Klosterberges Monte Cassino in einer verlustreichen Schlacht vom 12. bis zum 18. Mai 1944. Im Verlauf weiterer Kämpfe an der Front in Italien haben die Polen unter anderem Ancona und in der letzten Kriegsphase Bologna befreit.

4. Exilarmee und die politischen Umstände am Ende des Krieges

Diese militärischen Erfolge wurden allerdings schon im Jahre 1943 durch politische Rückschläge überschattet. Am 13. April 1943 gab der deutsche Rundfunk die Entdeckung der Massengräber bei Katyn bekannt, in denen die von den Sowjets erschossenen polnischen Offiziere gefunden wurden. Die polnische Zustimmung zu der Untersuchung der Massengräber durch das Internationale Rote Kreuz nahm Stalin am 25. April zum Vorwand, um die Beziehungen zu der polnischen Regierung im Exil abzubrechen, was automatisch die Rückkehr zu dem territorialen und staatsrechtlichen Status Quo aus der Vorkriegszeit in Frage stellte.

Kurz danach, am 4. Juli 1943, war General Władysław Sikorski bei einer Flugzeugkatastrophe in Gibraltar umgekommen, und mit ihm wohl auch der einzige polnische Staatsmann, dessen Stimme bei den Verhandlungen über die Nachkriegsordnung in Ostmitteleuropa etwas Gewicht gehabt hätte. Als Ende November 1943 die „Großen Drei“ Stalin, Roosevelt und Churchill in Teheran vereinbarten, dass nach dem Krieg die sog. Curzon-Linie die polnische Ostgrenze sein soll, bedeutete dies den Heimatverlust eines

großen Teils der Exilsoldaten. Nach der Konferenz in Teheran wurde es auch endgültig klar, dass die Sowjets Ostmitteleuropa befreien und militärisch beherrschen und somit auch das Sagen in dieser Region haben würden. Seit dieser Zeit wurden nicht nur die Polen im Exil, sondern die Polen im Allgemeinen als Störfaktor in der alliierten Maschinerie angesehen. Die politischen Veränderungen führten nicht nur zur Verunsicherung der Soldaten der Exilarmee, sondern auch zur Verzerrung ihres Bildes in den angelsächsischen Medien. Die Exilarmee war in den ersten Kriegsjahren ein Liebling dieser Medien gewesen, jetzt aber schwiegen sie über ihre Verdienste und Erfolge. Auch die polnischen Pläne zur wesentlichen Vergrößerung der Streitkräfte wurden durch die britische Politik vor allem unter dem Druck des Foreign Office vereitelt. Die hier skizzierte Verschlechterung der Atmosphäre war zuerst nur für die eingeweihten polnischen Politiker und Kommandeure erkennbar; ganz offensichtlich wurde sie dann im August 1944.

So waren am D-Day in der Normandie Polen nur durch die Luftwaffe und Marine vertreten. Der erste Verband des Heeres landete in Frankreich Ende Juli 1944. Es war die 1. Polnische Panzerdivision unter dem Kommando von General Stanisław Maczek. Diese Truppe wies eine aus polnischer Sicht einmalige Kontinuität auf. General Stanisław Maczek kommandierte recht erfolgreich den einzigen motorisierten Verband der polnischen Armee im September 1939, die 10. motorisierte Kavalleriebrigade. Er und seine Offiziere sowie ein beachtlicher Teil der Mannschaften konnte sich auf Befehl des Oberkommandos über Rumänien nach Frankreich absetzen, wo sie wieder eine Panzerbrigade bildeten, die sich erneut an der Front gut bewährt hat. Nach deren Auflösung versammelten sich diese Soldaten in England, wo sie nach langwierigen Verhandlungen grünes Licht bekamen, eine Panzerdivision zu organisieren. Nach ihrer Landung auf dem Kontinent wurde die polnische

Division am 8. August 1944 im Rahmen des 2. Kanadischen Korps in der entscheidenden Phase der großen Kesselschlacht in der Normandie in den Kampf geworfen. Ihre Aufgabe war es, die letzten Fluchtwege der deutschen Truppen abzuschneiden. Nach den anfänglichen Problemen, die durch technische Überlegenheit der deutschen Panzer verursacht wurden, hat sie diese Aufgabe mit Bravour gelöst, allerdings zum Preis sehr hoher Verluste. Seit diesem Augenblick galt die polnische Panzerdivision als eine der besten in der britischen 21. Armeegruppe. Im Laufe des schnellen Vormarsches befreite sie Ypern, Gent, Lokeren, Vororte von Antwerpen und Axel. In diesen Städten findet man die nach General Maczek und seiner Division benannten Straßen und Plätze.

Ein anderer polnischer Verband und ein anderer polnischer Kommandeur erhielten erst Jahrzehnte später die ihnen gebührende Anerkennung von den Historikern. Es geht hier um die 1. Polnische Fallschirmbrigade. Diese Truppe wurde in England aufgestellt mit dem Zweck, einem Aufstand der Heimatarmee in Warschau zur Hilfe zu eilen. Darauf wurde sie vorbereitet und dafür trainierten die Fallschirmspringer. Als der Aufstand dann am 1. August 1944 tatsächlich ausbrach, erfuhren sie, dass die Alliierten sie nicht nach Warschau fliegen lassen können und wollen. Daraufhin trat die Truppe in einen Hungerstreik, der nach einiger Zeit auf Bitten ihres beliebten Kommandeurs, General Stanisław Sosabowskis, beendet wurde. Die polnische Fallschirmbrigade nahm dann vom 19. bis zum 26. September 1944 an der Operation Market-Garden (Brücke von Arnheim!) teil. Sie wurde, trotz der Mahnungen General Sosabowskis, der vor dem Krieg Dozent für Taktik an der polnischen Akademie des Generalstabes gewesen war, falsch eingesetzt und erlitt schwere Verluste.

Im Jahre 1945 nahm die 1. Polnische Panzerdivision an den Kämpfen in Holland und in Deutschland teil. Sie befreite das Konzentrationslager Westerbork und einige der

Emslandlager. Am Tag der Kapitulation besetzte sie Wilhelmshaven und Jever und entwaffnete beachtliche deutsche Truppen, die in diesem Gebiet versammelt waren.

5. Polnischer Beitrag

Der Kriegseinsatz der Polnischen Streitkräfte im Exil überstieg sowohl zahlenmäßig als qualitativ den der Niederländern, Belgier, Norwegern, Tschechoslowaken, Griechen und auch der freien Franzosen General de Gaulles bei weitem überstieg. In Polen spricht man gerne und oft davon, dass, wenn man die Anzahl der polnischen Soldaten im Westen und die, die an der Seite der Sowjets gekämpft haben, zusammenrechnet, sich die Feststellung ergibt, dass die Polen am Kriegsende die vierte militärische Kraft in Europa waren. Nach der Sowjetunion, Amerika und Großbritannien!

Natürlich war die große, aber auf viele Kriegsschauplätze verteilte Leistung der polnischen Truppen nicht kriegsentscheidend. Dies ist wahr, allerdings mit einer sehr wichtigen Ausnahme, die hier noch nicht thematisiert wurde. Dies betrifft den großen Beitrag des polnischen Nachrichtendienstes. An erster Stelle muss hier natürlich die wahre Meisterleistung in Form der Entzifferung des „Enigma“-Codes und des Nachbaus der deutschen Chiffriermaschinen durch polnische Mathematiker und Techniker erwähnt werden. Am 25. Juli 1939 erhielten im Zentrum der Polnischen Armee für Radioaufklärung und Dechiffrierung in Pyry bei Warschau die verblüfften hohen Offiziere des französischen und des britischen Geheimdienstes (darunter Sir Stewart Menzies) jeweils eine durch Polen nachgebaute Enigma und die Dokumentation der mathematischen Dechiffrierungsverfahren. Nach der Niederlage Polens setzten die polnischen „Kryptologen“ in den entsprechenden Zentren der französischen und britischen Geheimdienste ihre Arbeit fort. Sogar nach der Einführung des von Alan Turing erfundenen

Rechners gehörten die Polen zu den wichtigsten Spezialisten im berühmten Bletchley Park. Der besondere Beitrag der Polen zur Entzifferung der deutschen Chiffren wurde jedoch jahrzehntelang von den Großmächten geheim gehalten und geleugnet. Auch in unseren Zeiten gab und gibt es Versuche, ihn als unbedeutend darzustellen, was stets heftige Proteste in Polen hervorruft. Der Polnische Nachrichtendienst war aber nicht nur auf diesem Gebiet erfolgreich. Einen besonderen Einfluss bekam die als „Kontinentale Aktion“ bezeichnete geheimdienstliche Organisation. Sie diente nicht nur der Informationsbeschaffung vor allem im politischen und wirtschaftlichen Bereich, sondern auch der Beeinflussung der politischen Eliten in den besetzten oder in den mit Deutschland verbündeten Ländern Europas im Sinne des Widerstandes. In einer sehr glaubwürdigen deutschen Quelle, nämlich in einem Bericht unter dem Titel „Militärische und nachrichtendienstliche Kräfte im Gesamtrahmen der polnischen Widerstandsbewegung“ vom 4. April 1945 im Bundesarchiv-Militärarchiv, Signatur RH2 / 2328, der durch die Leitstelle III Ost für Frontaufklärung vorbereitet wurde, kann man zu diesen Leistungen auf Seite 23 Folgendes lesen:

„Der polnische ND [Nachrichtendienst] ist am gesamt-europäischen Widerstande gegen den deutschen Neubau Europas maßgeblich beteiligt. Erwähnt sei die wohl mit Recht vermutete Teilnahme des polnischen Nachrichtendienstes am Verrat der verbündeten Länder.“

In der Tat, der Seitenwechsel der deutschen Verbündeten war unter anderem das Resultat der langfristigen polnischen Operation in Ungarn, Rumänien und Italien unter dem Decknamen „Tripod“. Ein wichtiges Reservoir der Agenten und eine wichtige Informationsquelle waren die weit und dicht verstreute polnische Diaspora und die polnischen Zwangsarbeiter im ganzen Deutschen Reich. Die Briten gaben während des Krieges zu, dass die Mehrheit ihrer nachrichtendienst-

lichen Informationen über den deutschen Machtbereich aus polnischen Quellen stammte. Wie wirksam diese Mitarbeiter des Geheimdienstes sein konnten, zeigt die Tatsache, dass die polnischen Zwangsarbeiter und Häftlinge in Kooperation mit der Spionagezelle der Heimatarmee in Stettin die deutsche Raketenversuchsanstalt in Peenemünde ausspioniert haben. Ihre Informationen waren die Grundlage für den verheerenden Bombenangriff der Alliierten auf diese strategische Einrichtung. Was die Bekämpfung der deutschen V-Waffen betrifft, gelang dem Nachrichtendienst der Heimatarmee noch ein weiterer Coup. Während der Probeabschüsse der V-2-Raketen im Generalgouvernement gelang es dem Untergrund, ein nur leicht beschädigtes Geschoss zu übernehmen. Es wurde detailliert untersucht und beschrieben, und die wichtigsten Teile wurden bei einer der wenigen Luftoperationen der Alliierten nach einer Landung im besetzten Polen nach England ausgeflogen. Die hier schon erwähnte Quelle der deutschen Abwehr schreibt über den polnischen Nachrichtendienst zusammenfassend auf Seite 19-20:

„Welch weitgehende Verbreitung und nicht zu unterschätzende Bedeutung der ND nicht nur in Polen, sondern in ganz Europa schon seit vielen Jahren hatte, geht eindeutig aus den während des Polenfeldzuges erbeuteten Akten hervor. Ein zahlreiches, trefflich geschultes und äußerst fähiges Netz der Agenten umspannte (und umspannt nach wie vor) ganz Europa. ... Der Wert, den die polnischen nachrichtendienstlichen Ergebnisse für England besitzen, kann leicht daran ermessen werden, dass die englischen Subventionen an die polnische Exil-Regierung in London in erster Linie sich auf dieser Basis regeln. In seiner Arbeit für England hat der polnische ND jedoch niemals vergessen, dass er eigentlich polnischer ND ist.“

Und weiter auf Seite 22 kann man lesen: „Der bisherige deutsche Abwehreinsetz hat gelehrt, dass mit militärischen und polizeili-

chen Mitteln allein der polnische ND nicht ausgeschaltet werden kann. Es gelang wohl, ihn stark anzuschlagen, es gelang jedoch nicht, ihn zu zerschlagen. Und wo er auch noch so stark angeschlagen wurde, hat er sich in erstaunlich kurzer Zeit erholt und aus der Niederlage nur gelernt: seine Methoden sind immer feiner, sein Wesen immer konspirativer und damit schwerer fassbar geworden.“

6. Die Exilarmee in der polnischen Erinnerung

Die Erinnerung an die Polnischen Streitkräfte im Exil und an ihre Leistungen im Krieg war in der polnischen Gesellschaft lebhaft und beliebt. Dazu trug sicherlich die geschickte Propaganda der Exil-Regierung bei: So wurde schon während des Krieges ein Reportagen-Band über die polnischen Flieger in der Luftschlacht um England unter dem Titel „Geschwader 303“ im Untergrund veröffentlicht. In der Epoche des Stalinismus waren alle Soldaten der polnischen Exil-Armee höchst suspekt. Viele namhafte Offiziere aus dem Exil, darunter auch die Helden der „Battle of Britain“ wurden grausam verfolgt. Es wurden sogar Todesurteile verhängt. In dieser Zeit blieb die Erinnerung an die Exilarmee natürlich tief im Verborgenen. Seit dem Jahr 1956 änderte sich dann die Situation. Im Laufe der Jahre erschienen viele Kriegserinnerungen und die ersten wissenschaftlichen Arbeiten über diese Armee. Das Buch „Geschwader 303“ wurde zur Schullektüre. Die ehemaligen Soldaten der Exilarmee wurden nun von der politischen Polizei in Ruhe gelassen, und ab und zu erfuhren sie sogar Anerkennung seitens des kommunistischen Staates ... Trotzdem gehörten sie im Vergleich mit den ehemaligen Soldaten der Volksarmee zu den Kriegsteilnehmern zweiter Klasse. Bei dem kritisch denkenden Teil der Gesellschaft, der der kommunistischen Propaganda nicht alles abkaufte – und dieser Teil der Gesellschaft war wahrhaftig nicht klein – genoss der Personenkreis der Soldaten der Exilarmee

dagegen eine sehr hohe Autorität. Die Erinnerung an diese Armee war in diesem Kreis sehr rege. Seit den 1970er-Jahren, als man häufiger nach Westeuropa reisen durfte, gehörten die in London oder in Paris veröffentlichten historischen Bücher über die Exilregierung und Exilarmee zu den am meisten geschmuggelten Waren. Der Besitz dieser Bücher war in Volkspolen illegal.

Meiner Überzeugung nach lag der tiefere Grund für eine derartige Verbreitung und Popularität der Erinnerung an die Exilarmee in einer besonderen Denkkonstruktion. Die Exilregierung und die Exilarmee verkörperten nämlich – wie ich meine – den Gang der Geschichte, wie er – in den Augen der Nichtkommunisten in Polen – hätte sein sollen. Ich war zutiefst aufgewühlt, als ich in den 1970er-Jahren im Kulturzentrum der Exilpolen in London während einer Ausstellung eine schon gedruckte Serie der polnischen Briefmarken gesehen habe, die für den Gebrauch in Polen nach dem glücklichen Kriegsende vorgesehen war. Die Briefmarken stellten die polnischen Exilsoldaten in den charakteristischen englischen Stahlhelmen dar, die als Sieger am Warschauer Königsschloss vorbeidefilieren. In Wirklichkeit war bei diesen Bildern auf perfide Art und Weise alles falsch: Die Soldaten der Exilarmee, die sich überhaupt nach dem Krieg nach Polen wagten, kamen als demobilisierte Privatpersonen an, ohne Waffen und ohne Fahnen. Sie durften nirgendwo defilieren. Und das Warschauer Königsschloss lag, wie die ganze polnische Hauptstadt, in Schutt und Asche. Das Schloss wurde erst dreißig Jahre nach dem Kriegsende wieder aufgebaut.

7. Polnische Truppen im Emsland: anstelle eines Epilogs

Noch eine Episode aus der Geschichte der Exilarmee, jener Geschichte ohne „happy end“, ist erwähnenswert. Es ist die Geschichte des Besatzungsdienstes, den die 1. Polni-

sche Panzerdivision und die Fallschirmbrigade im Nachkriegsdeutschland versehen haben, und es ist zugleich die Geschichte eines Rollentausches, in dem die Polen die Sieger und Besatzer vertreten und die Deutschen die Unterlegenen sind.

Angesichts des Zusammenbruchs aller ihrer Pläne dachte die polnische Exilregierung in den letzten Kriegsmonaten daran, das eigene Fortbestehen und das der Exilarmee zu sichern. Als Lösung wurde der Einsatz sämtlicher polnischer Truppen bei der Besetzung in Deutschland erachtet. Ein entsprechendes Angebot wurde den britischen Behörden mit Nachdruck unterbreitet. Das britische Kriegsministerium zeigte sich sehr interessiert, weil die polnische Exilarmee, die nach dem Kriegsende nicht nur arbeitslos, sondern auch wahrscheinlich heimatlos werden würde, auf diese Weise sinnvoll genutzt werden konnte. Mehr noch: die Alliierten erwarteten, dass die deutsche Bevölkerung der Besatzung feindlich gegenüber eingestellt sein wird und dass es eine Widerstandsbewegung der Nazis geben wird. Aus diesem Grund schienen den Briten die Polen als Besatzer gut geeignet, weil sie erfahren und – wie man annahm – sehr deutschfeindlich waren. Als Befürworter einer solchen Lösung zeigte sich sogar Winston Churchill, der dazu noch den Polen ein zusammenhängendes Gebiet in Deutschland überlassen wollte. Der polnische Vorschlag stieß allerdings auf vehementen Widerstand des britischen Außenministeriums. Die britischen Außenpolitiker gingen davon aus, dass ein längerer Verbleib der Exilpolen in Deutschland zu einem unvermeidlichen Streit mit den Sowjets und mit der Warschauer Regierung führen wird, wo die britische Politik doch bemüht war, einen „modus vivendi“ in Europa für die Nachkriegszeit zu finden. Wenn auch am Ende das Foreign Office seinen Standpunkt durchsetzen konnte, gelang es der britischen Armee in Deutschland in den ersten drei Wochen nach der deutschen Kapitulation, einige Punkte des polnischen Plans in die Tat umzusetzen. So wur-

den die polnische Panzerdivision und die Fallschirmbrigade in die Struktur der Britischen Rheinarmee aufgenommen und bekamen die Landkreise Lingen, Meppen, die Grafschaft Bentheim, Aschendorf und teilweise Leer, sowie Cloppenburg und Bersenbrück als Besatzungsgebiet zugewiesen.

Die Pläne der Polen und der befreundeten britischen Kommandeure gingen jedoch viel weiter. Man begann damit, die polnischen Zivilpersonen, die sogenannten „displaced persons“ (DPs) aus Norddeutschland auf dem den polnischen Truppen zugewiesenen Gebiet zu konzentrieren. Man dachte daran, 400.000 Polen im Emsland und in den angrenzenden Kreisen zu versammeln. Eine energische Intervention des Foreign Office verhinderte allerdings, dass sich eine so große polnische Kolonie bilden konnte. Auch andere polnische Truppen wurden daran gehindert, ihr Besatzungsgebiet in Westdeutschland zu beziehen. Nichtsdestotrotz versammelten sich im Emsland 19.000 polnische Soldaten und 40.000 polnische „displaced persons“. Für ihre Unterbringung wurden sechs Dörfer und Teile von Papenburg und Meppen ausgesiedelt. Einen besonderen Fall stellte das 5.000-Seelen-Städtchen Haren an der Ems dar. Sämtliche Bewohner wurden ausgesiedelt. Die Polen übernahmen dort nicht nur Häuser, sondern auch alle städtischen Einrichtungen, wie Schulen, Krankenhaus, Pfarrkirche und alle Handwerksbetriebe. Die meisten Polen wurden jedoch in den zahlreichen Barackenlagern untergebracht.

Auf diese Weise entstand im Mai und Juni 1945 im Emsland eine Art polnische Enklave mit vielen Volksschulen, zwei Gymnasien, einer Volkshochschule, mehreren Zeitungen, Theaterensembles und Sportklubs. Gleichzeitig nutzten die Polen ihre Bewegungsfreiheit, die viel größer als die der Deutschen war, um Schwarzmarktgeschäfte im großen Stil zu tätigen. Ein Teil der Polen war ebenfalls für den großen Anstieg der Kriminalität

in dieser Region verantwortlich. Die polnischen Truppen wurden im Frühling 1947 nach England abgezogen, die Räumung der sog. Polenlager und der Siedlungen dauerte bis Ende August 1948. Etwa die Hälfte der Soldaten ging schließlich nach Polen zurück, der Rest blieb im Exil. Die Mehrheit der „displaced persons“ kehrte im Laufe der Zeit nach Polen zurück.

Die Emsländer, denen die Schrecken des Krieges weitestgehend erspart wurden, betrachteten die Polen als Reiter der Apokalypse, die ihre karge, aber heile Welt überfielen. Wenn man die Erinnerungen aus dieser Zeit liest oder mit Zeitzeugen spricht, hört man fast immer von Freundschaften, die damals im Emsland zwischen Deutschen und Polen auf privater Ebene geknüpft wurden. Sobald man aber diese Ebene verlässt, sieht man, dass die beiden „Communities“ sich feindlich gegenüberstanden. In den ersten Nachkriegsjahren waren die Wunden noch viel zu frisch, um irgendwelche Annäherungsversuche zu erlauben.

Literatur

Duraczyński, Eugeniusz: Rząd polski na uchodźstwie. 1939-1945. Organizacja – Personalia – Polityka (Polnische Regierung im Exil. 1939-1945. Organisation – Personalien – Politik), Warszawa 1993.

Garliński, Józef: Polska w drugiej wojnie światowej (Polen im Zweiten Weltkrieg), London 1982.

Zamoyski, Adam: The Forgotten Few. The Polish Air Force in the Second World War, Barnsley 2010.

Biegański, Witold: Regularne jednostki Wojska Polskiego na Zachodzie (Reguläre Einheiten der Polnischen Armee im Westen), Warszawa 1973.

Rydel, Jan: Die polnische Besatzung im Emsland. 1945-1948, Osnabrück 2003.

Kozaczuk, Władysław: Geheimoperation Wicher. Polnische Mathematiker knacken den deutschen Funkchlüssel Enigma, Bonn o. J.

Krieg, Flucht, Vertreibung und Versöhnung im deutsch-polnischen Kontext*

Jan M. Piskorski

Sind die deutsch-polnischen Beziehungen wirklich so kompliziert, wie man das nicht selten suggeriert? Unsere Antworten fallen wohl nach der jeweiligen Perspektive unterschiedlich aus.

1. Wie kompliziert sind die deutsch-polnischen Beziehungen?

Aus langfristiger Perspektive gesehen sind die deutsch-polnischen Beziehungen jedoch nicht schlecht. Im Laufe der letzten Jahrzehnte gingen sie doch von einer Phase der totalen Konfrontation in eine Phase der Kooperation über. Es gibt heute ein vereinigtes Deutschland und ein unabhängiges Polen, und beide Länder haben befreundete Nachbarn. Vor allem aber gibt es die immanenten Gründe für die deutsch-polnische Feindschaft nicht mehr. Wir haben sichere und rechtlich anerkannte Grenzen. Es gibt tausende von nachbarschaftlichen Initiativen. Zweifelsohne wächst auch das gemeinsame Vertrauen, in dessen Klima man die wenigen übriggebliebenen Probleme lösen kann. Man muss jetzt also geduldig Strukturen für eine Zusammenarbeit schaffen. „Unter Hitler“ – schrieben kurz nach dem Krieg im Kontext der deutsch-polnischen Beziehungen Walter Dirks und Eugen Kogon – „war Geduld ein Laster, heute ist es unsere Tugend.“ Sie bleibt unsere Tugend auch heute, besonders wenn sie mit dem Prinzip der Mäßigung verbunden ist.

2. Deutsche und Polen im Gespräch

In den siebziger Jahren, als sich im Klima der von Willy Brandt initiierten europäischen Entspannung auch die Grenzen etwas öffneten, knüpften die alten Bewohner von

Ostdeutschland Kontakte zu den neuen Bewohnern von Westpolen. Die deutsch-polnische Versöhnung von unten begann. Auf höherer Ebene begann sie noch früher, und zwar mit der sogenannten Ostdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland sowie dem Brief der polnischen katholischen Bischöfe von 1965, in dem sie ihre Vergebung angeboten und um Vergebung gebeten haben. In den achtziger Jahren wurde dies durch die Hilfsaktionen für das im Kriegszustand versunkene Polen sowie durch die historische Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker unterstützt, sodass man hier nach der Wende – anders als in der Tschechoslowakei – nicht ganz von vorne anfangen musste.

Zu Anfang wurde bei diesen Treffen nicht über die Vergangenheit diskutiert. Beide Seiten hielten sich für Opfer, wobei sie nicht immer, des Kalten Krieges wegen, voneinander wussten. Erst nach der Wende kam es zum Gespräch über die Vergangenheit, zumal in den neunziger Jahren ein gutes Klima dafür herrschte. Zuerst erinnerten diese Gespräche auf lokaler Ebene an zwei Monologe, die aber im Laufe der Zeit vielfach zu schwierigen Dialogen wurden.

Seit etwa 2000, als das Zentrum gegen Vertreibungen angekündigt wurde, kam es zu einem deutsch-polnischen Streit um Erinnerung. Jedoch spiegelt er zweifelsohne Prozesse im Zusammenhang mit einer neuen Strömung der historischen Kultur in Europa

wider, in der sich die Aufmerksamkeit von den Helden auf die Opfer verschiebt. Trotz der allgegenwärtigen Entschuldigungen will jeder Opfer sein. Zweifelsohne hat die Initiative des Zentrums kurzfristig zu einer großen Abkühlung in den deutsch-polnischen Beziehungen geführt. Auf längere Sicht kann sie sich aber noch als nützlich erweisen, weil sie beide Seiten dazu zwingt, die eigene Geschichte erneut zu betrachten. Besonders wichtig ist das für die Deutschen, weil seit dem 19. Jahrhundert ihr Wissen über Polen ziemlich oberflächlich ist. Es sei vermerkt, dass der Streit um die Erinnerung nicht zu einer dauerhaften Abkehr von jenen Beweggründen geführt hat, die Polen und Deutsche einander nähergebracht haben. Auch die Streitigkeiten über Vergangenheit und Zukunft verlaufen nicht mehr entlang der nationalen Trennlinien.

3. Räume gemeinsamer Erinnerung und Frieden in Europa

Kein vernünftiger Mensch bestreitet die deutschen Leiden im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg. Gesellschaftliche Prozesse haben aber ihre eigene Dynamik. Nach sechs Jahren grausamen Krieges kann man nicht wieder in denselben Fluss steigen. Und dennoch war die Welt der „lebenden Ruinen“, wie sie der polnische Priester Kazimierz Żarnowiecki 1945 nannte, die über viele Jahre bei Hitler und nicht selten wie die Polen ebenfalls bei Stalin zur Schule gegangen war, deren Unterricht nicht zu eifrig gefolgt, wie Detlef Brandes erinnert. Sonst wäre nämlich den Deutschen nach dem Krieg ein völlig anderes Schicksal beschieden gewesen.

Der bekannte Historiker Timothy Snyder von der Yale University betont, dass der Westen nach dem Ende des Kalten Krieges eine Umwertung der Erinnerung vollbringen müsste, um die Apokalypse, zu der es

in den Gebieten zwischen Deutschland und Russland gekommen war, hinter dem Vorhang des Vergessens hervorzuziehen. Ein Teil dieser Apokalypse sind Flucht und Vertreibung der Deutschen. Sie sind aber, wie er feststellt, zugleich auch deren unblutigste Teile.

Frieden ist Europa nicht für immer und ewig gegeben. Man muss sich um ihn kümmern. Die sich durch Dialog ergebenden Räume gemeinsamer Erinnerung können eines seiner Fundamente bilden. Bedingung dafür ist allerdings eine kritische Erinnerung, die nicht versucht, der Geschichte zu entfliehen. Ein Museum, das den Zwangsumsiedlungen gewidmet ist, könnte die europäischen Erinnerungsprozesse unterstützen. Kann aber ein solches Museum im Umfeld der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ entstehen, wenn sie schon in seinem Namen Geschichte auf den Kopf stellt? Quelle der ethnischen Säuberungen im Mitteleuropa des 20. Jahrhunderts ist nämlich der im Namen der Stiftung nicht enthaltene Krieg. Wir müssen uns nämlich nicht der Vertreibung wegen versöhnen, sondern wegen des von den Deutschen verursachten Krieges, der am Ende auch die Flucht und Vertreibung der Deutschen auslöste. Das nationale Zentrum gegen Vertreibungen wird weder der Versöhnung im Hinblick auf die Vergangenheit noch der friedlichen Zukunft Deutschlands und Europas dienen.

„Wenn Europa leben soll“ – rief gleich nach dem Krieg der deutsche Priester Edmund Helewski aus Pommern, müssten „die guten Kräfte, zumal die Nachbarländer Polen und Deutschland sich die Hand für eine bessere Zukunft reichen.“ Hätten wir in den letzten Jahren miteinander nicht nur geredet, sondern auch uns gegenseitig zugehört, hätte es eine solche schwierige Situation wie die mit dem Zentrum gegen Vertreibungen oder dem sogenannten sichtbaren Zeichen nicht gegeben.

Anmerkung

* Stark überarbeiteter und noch stärker verkürzter Vortrag während einer öffentlichen Diskussion mit Erika Steinbach im Schweriner Schloss im Juni 2010 (siehe dazu z. B. [afro]: Siedler überwinden deutsch-polnische Grenze, in: Nordkurier, 10.6.2010 sowie: Die deutsch-polnischen Beziehungen – Mitschnitt einer Podiumsdiskussion, in: NDR 1 Radio MV, 10.6.2010) und dann bei der Hanns-Seidel-Stiftung im Kloster Banz im Juli 2010. Näheres zu der Problematik findet der Leser insbesondere in folgenden Beiträgen und Büchern des Verfassers: Die „alten“ und die „neuen“ Pommern, Pommersches Jahrbuch für Literatur 1, 2003, S. 139-144 (1. Aufl. 2000); Nationalitätenfrage. Kaum Spielräume: Die Vertreibung der Deutschen in Polen, in: Frankfurter Rundschau 20.8.2004; Vertreibung und deutsch-polnische Geschichte. Eine Streitschrift, übersetzt von Andreas Warnecke, Osnabrück 2005 (2. Aufl. 2007); Gemeinsames in einer leidvollen Geschichte. Chancen zur Überwindung deutsch-polnischer Differenzen, in: Neue Zürcher Zeitung, 7.9.2006; „Wir haben die Tür abgeschlossen“. Das Problem der Vertreibungen im 20. Jahrhundert, in: Merkur 6/2006, S. 513-521; In den Spurrinnen der Stereotype: Deutsch-polnische Verkehrshindernisse, in: Merkur 3/2008, S. 261-266; Autochtone,

Migranten, ihre Erinnerung und die Geschichte (Einleitung), in: A ty zostaniesz ze mną / Du aber bleibst bei mir, von Kinga Konieczny und Andrzej Łazowski, Czas / Przestrzeń / Tożsamość 2008, S. 15-23. Grundlage für diesen Beitrag sind vor allem die neuesten Werke des Verfassers, wie: Vom Heldenkult zur Opferverehrung. Veränderungen in der Erinnerungskultur, in: Pommersches Jahrbuch für Literatur 3, Frankfurt am M. 2010 (im Druck); Am Anfang von Flucht und Vertreibung war der Krieg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/2011; Zwangsmigrationen im Kontext des Zweiten Weltkriegs. Zwölf ausgewählte Punkte der mitteleuropäischen Vertreibungsgeschichte, in: Jenseits von Aufrechnung und Verdrängung: Neue Forschungen zu Vertreibung und Vertriebenen, hrsg. von Matthias Stickler, (im Druck, voraussichtlich 2010 in einer Serie der Ranke-Gesellschaft); Wygnańcy. Przesiedlenia i uchodźcy w dwudziestowiecznej Europie, Warszawa: PIW 2010 (im Druck; deutsche Fassung in Vorbereitung – Die Vertriebenen. Zwangsmigrationen und Flüchtlinge in Europa des 20. Jahrhunderts). Siehe auch Zeiher, Katharina: Erst zuhören, dann reden. Auf dem Geschichtsforum '09: Historiker über Opferkonkurrenz und Vergangenheit, in: Neues Deutschland, 3.6.2009.

Autorenverzeichnis

Alexander, Manfred, Prof. em. Dr. phil.
Historisches Seminar, Abteilung für Osteuropäische Geschichte, Universität Köln

Assmann, Aleida, Prof. Dr. Dr. h.c.
Lehrstuhl für Allgemeine Literaturwissenschaft und Anglistik, Universität Konstanz

Lehnstaedt, Stephan, Dr.
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut, Warschau

Maćków, Jerzy, Prof. Dr.
Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft, Universität Regensburg

Piskorski, Jan M., Prof. Dr.
Lehrstuhl für Vergleichende Geschichte Europas, Universität Stettin

Rill, Bernd
Referent für Recht, Staat, Europäische Integration, Integrationspolitik und Dialog der Kulturen, Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München

Ruchniewicz, Krzysztof, Prof. Dr.
Direktor und Lehrstuhlinhaber für Zeitgeschichte, Willy-Brandt-Zentrum, Universität Breslau

Rydel, Jan, Prof. Dr.
Historisches Seminar, Institut für Geschichte, Jagiellonische Universität Krakau

Traba, Robert, Prof. Dr.
Direktor des Zentrums für Historische Forschung der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Berlin

Volkman, Hans-Erich, Prof. Dr.
Historisches Seminar, Abteilung Neuere und Neueste Geschichte, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Wette, Wolfram, Prof. Dr.
Historisches Seminar, Abteilung Neueste Geschichte, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Ziemer, Klaus, Prof. Dr.
Lehrstuhl für den Fachbereich Politikwissenschaft an der Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau, Lehrstuhl für den Fachbereich Politikwissenschaft, Universität Trier

Verantwortlich:

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser

Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München

Herausgeber:

Bernd Rill

Referent für Recht, Staat, Europäische Integration, Integrationspolitik und Dialog der Kulturen,
Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München

„Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen“

Die „Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen“ werden ab Nr. 14 parallel zur Druckfassung auch als PDF-Datei auf der Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung angeboten: www.hss.de/mediathek/publikationen.html. Ausgaben, die noch nicht vergriffen sind, können dort oder telefonisch unter 089/1258-263 kostenfrei bestellt werden.

- Nr. 1 Berufsvorbereitende Programme für Studierende an deutschen Universitäten
- Nr. 2 Zukunft sichern: Teilhabegesellschaft durch Vermögensbildung
- Nr. 3 Start in die Zukunft – Das Future-Board
- Nr. 4 Die Bundeswehr – Grundlagen, Rollen, Aufgaben
- Nr. 5 „Stille Allianz“? Die deutsch-britischen Beziehungen im neuen Europa
- Nr. 6 Neue Herausforderungen für die Sicherheit Europas
- Nr. 7 Aspekte der Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union
- Nr. 8 Möglichkeiten und Wege der Zusammenarbeit der Museen in Mittel- und Osteuropa
- Nr. 9 Sicherheit in Zentral- und Südasiens – Determinanten eines Krisenherdes
- Nr. 10 Die gestaltende Rolle der Frau im 21. Jahrhundert
- Nr. 11 Griechenland: Politik und Perspektiven
- Nr. 12 Russland und der Westen
- Nr. 13 Die neue Familie: Familienleitbilder – Familienrealitäten
- Nr. 14 Kommunistische und postkommunistische Parteien in Osteuropa – Ausgewählte Fallstudien
- Nr. 15 Doppelqualifikation: Berufsausbildung und Studienberechtigung – Leistungsfähige in der beruflichen Erstausbildung
- Nr. 16 Qualitätssteigerung im Bildungswesen: Innere Schulreform – Auftrag für Schulleitungen und Kollegien
- Nr. 17 Die Beziehungen der Volksrepublik China zu Westeuropa – Bilanz und Ausblick am Beginn des 21. Jahrhunderts

- Nr. 18 Auf der ewigen Suche nach dem Frieden – Neue und alte Bedingungen für die Friedenssicherung
- Nr. 19 Die islamischen Staaten und ihr Verhältnis zur westlichen Welt – Ausgewählte Aspekte
- Nr. 20 Die PDS: Zustand und Entwicklungsperspektiven
- Nr. 21 Deutschland und Frankreich: Gemeinsame Zukunftsfragen
- Nr. 22 Bessere Justiz durch dreigliedrigen Justizaufbau?
- Nr. 23 Konservative Parteien in der Opposition – Ausgewählte Fallbeispiele
- Nr. 24 Gesellschaftliche Herausforderungen aus westlicher und östlicher Perspektive – Ein deutsch-koreanischer Dialog
- Nr. 25 Chinas Rolle in der Weltpolitik
- Nr. 26 Lernmodelle der Zukunft am Beispiel der Medizin
- Nr. 27 Grundrechte – Grundpflichten: eine untrennbare Verbindung
- Nr. 28 Gegen Völkermord und Vertreibung – Die Überwindung des zwanzigsten Jahrhunderts
- Nr. 29 Spanien und Europa
- Nr. 30 Elternverantwortung und Generationenethik in einer freiheitlichen Gesellschaft
- Nr. 31 Die Clinton-Präsidentschaft – ein Rückblick
- Nr. 32 Alte und neue Deutsche? Staatsangehörigkeits- und Integrationspolitik auf dem Prüfstand
- Nr. 33 Perspektiven zur Regelung des Internetversandhandels von Arzneimitteln
- Nr. 34 Die Zukunft der NATO
- Nr. 35 Frankophonie – nationale und internationale Dimensionen
- Nr. 36 Neue Wege in der Prävention
- Nr. 37 Italien im Aufbruch – eine Zwischenbilanz
- Nr. 38 Qualifizierung und Beschäftigung
- Nr. 39 Moral im Kontext unternehmerischen Denkens und Handelns

- Nr. 40 Terrorismus und Recht – Der wehrhafte Rechtsstaat
- Nr. 41 Indien heute – Brennpunkte seiner Innenpolitik
- Nr. 42 Deutschland und seine Partner im Osten – Gemeinsame Kulturarbeit im erweiterten Europa
- Nr. 43 Herausforderung Europa – Die Christen im Spannungsfeld von nationaler Identität, demokratischer Gesellschaft und politischer Kultur
- Nr. 44 Die Universalität der Menschenrechte
- Nr. 45 Reformfähigkeit und Reformstau – ein europäischer Vergleich
- Nr. 46 Aktive Bürgergesellschaft durch bundesweite Volksentscheide? Direkte Demokratie in der Diskussion
- Nr. 47 Die Zukunft der Demokratie – Politische Herausforderungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts
- Nr. 48 Nachhaltige Zukunftsstrategien für Bayern – Zum Stellenwert von Ökonomie, Ethik und Bürgerengagement
- Nr. 49 Globalisierung und demografischer Wandel – Fakten und Konsequenzen zweier Megatrends
- Nr. 50 Islamistischer Terrorismus und Massenvernichtungsmittel
- Nr. 51 Rumänien und Bulgarien vor den Toren der EU
- Nr. 52 Bürgerschaftliches Engagement im Sozialstaat
- Nr. 53 Kinder philosophieren
- Nr. 54 Perspektiven für die Agrarwirtschaft im Alpenraum
- Nr. 55 Brasilien – Großmacht in Lateinamerika
- Nr. 56 Rauschgift, Organisierte Kriminalität und Terrorismus
- Nr. 57 Fröhlicher Patriotismus? Eine WM-Nachlese
- Nr. 58 Bildung in Bestform – Welche Schule braucht Bayern?
- Nr. 59 „Sie werden Euch hassen ...“ – Christenverfolgung weltweit
- Nr. 60 Vergangenheitsbewältigung im Osten – Russland, Polen, Rumänien
- Nr. 61 Die Ukraine – Partner der EU

- Nr. 62 Der Weg Pakistans – Rückblick und Ausblick
- Nr. 63 Von den Ideen zum Erfolg: Bildung im Wandel
- Nr. 64 Religionsunterricht in offener Gesellschaft
- Nr. 65 Vom christlichen Abendland zum christlichen Europa –
Perspektiven eines religiös geprägten Europabegriffs für das 21. Jahrhundert
- Nr. 66 Frankreichs Außenpolitik
- Nr. 67 Zum Schillerjahr 2009 – Schillers politische Dimension
- Nr. 68 Ist jede Beratung eine gute Beratung?
Qualität der staatlichen Schulberatung in Bayern
- Nr. 69 Von Nizza nach Lissabon – neuer Aufschwung für die EU
- Nr. 70 Frauen in der Politik
- Nr. 71 Berufsgruppen in der beruflichen Erstausbildung
- Nr. 72 Zukunftsfähig bleiben! Welche Werte sind hierfür unverzichtbar?
- Nr. 73 Nationales Gedächtnis in Deutschland und Polen